

Erasmus Jonas

Die Volkskonservativen 1928–1933

Entwicklung, Struktur,
Standort und staatspolitische Zielsetzung

*Herausgegeben von der Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien*



D R O S T E V E R L A G · D U S S E L D O R F

***Buchausstattung:* JOHANNES MÜHLE**

1965

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:

Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 30

Vorwort

In der politischen Publizistik zwischen 1920 und 1930 erscheint ein neuer programmatischer Begriff: „volkskonservativ“. Es ist die Aufgabe dieser Arbeit, festzustellen, in welcher Form er sich im staatlichen und parteipolitischen Raum manifestiert und ausgewirkt hat.

Wichtigste Quelle des vorliegenden Forschungsthemas war das umfassende Material der Westarp-Akten. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, Freifrau Hiller v. Gaertringen und Gräfin Westarp † für die freundliche Bereitwilligkeit, mit der sie mir die Einsichtnahme in den politischen Nachlaß ihres Vaters ermöglichten, sowie Dr. F. Frhr. Hiller v. Gaertringen für seine ständige Hilfsbereitschaft dabei zu danken. Besonderen Dank für wichtige schriftliche oder mündliche Auskünfte und Hinweise schulde ich auch den Herren Dr. Heinz Dähnhardt, Reichsminister a. D. Dr. Walter v. Keudell, Friedrich Koepp, Verbandsdirektor Erich Stolt, Dr. Hermann Ullmann † und Reichsminister a. D. Gottfried R. Treviranus. Herrn Dr. Armin Mohler danke ich für die Zusendung schriftlichen Materials, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg MdB für die Erschließung einer größeren zeitgenössischen Pressesammlung. Auch Herrn Hans Gildemeister, der mir Korrespondenzunterlagen zur Verfügung stellte, und Herrn Dr. Heinz Josef Varain, der mir Einblick in ein Manuskript über den soziologischen und politischen Aufbau der DNVP gewährte, weiß ich Dank. Herr Dr. Mommsen ermöglichte mir den Zugang zum Schleicher-Nachlaß im Bundesarchiv.

Neben den Westarp-Akten diente vor allem die umfangreiche volkskonservative Publizistik als Grundlage dieser Arbeit. Als zeitgeschichtlicher Anhalt wurde hauptsächlich K. D. Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie“, Stuttgart/München 1955, zugrunde gelegt.

Hervorhebungen in Zitaten entstammen, wenn nichts anderes angegeben, dem Original. Bei Zitaten im Text wurde in seltenen Fällen aus stilistischen Gründen eine Umstellung von der ersten auf die dritte Person vorgenommen, desgleichen aus dem Indikativ in den Konjunktiv.

Folgende Abkürzungen wurden verwandt: DDP = Deutsche Demokratische Partei; DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund; DHV = Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband; DNVP = Deutschnationale Volkspartei; DVP = Deutsche Volkspartei; HZ = Historische Zeitschrift; KVP = Konservative Volkspartei; NS = Nationalsozialismus; NSDAP = Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei; Vjh. f. Zeitg. = Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte;
Vk. St. = Volkskonservative Stimmen; W.-A. = Westarp-Akten. —

Meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Karl Dietrich Erdmann danke ich an dieser Stelle für die Anregung zu dieser Arbeit, seine immer bewiesene Anteilnahme an ihrem Fortgang und seinen stets wertvollen Rat.

Erasmus Jonas

Berichtigungen

- S. 16, Anm. 2, Zeile 3: statt „auch ihre Lehre“ muß es heißen „auch ihrer Lehre“.
- S. 21, Anm. 6: statt „Vgl. oben Anm. 2“ muß es heißen „Vgl. oben S. 19, Anm. 7“.
- S. 22, Anm. 1: statt „Vgl. oben Anm. 7“ muß es heißen „Vgl. oben S. 20, Anm. 5“.
- S. 22, Anm. 7: statt „Vgl. oben Anm. 8“ muß es heißen „Vgl. oben S. 21, Anm. 1“.
- S. 31, Zeile 8: statt „Republick“ richtig „Republik“.
- S. 34, Zeile 9: statt „Annnahme“ richtig „Annahme“.
- S. 46, Anm. 4: statt „Vgl. unten S. 65“ muß es heißen „Vgl. unten S. 54“.
- S. 52, Anm. 3: statt „(s. oben Anm. 217)“ muß es heißen „(s. oben S. 49, Anm. 3)“.
- S. 53, Anm. 2: statt „(s. oben Anm. 33)“ muß es heißen „(s. oben S. 49, Anm. 3)“.
- S. 56, Anm. 1: statt „Vgl. oben S. 66“ muß es heißen „Vgl. oben S. 54“.
- S. 69, Anm. 4: statt „Vgl. oben Anm. 39“ muß es heißen „Vgl. oben S. 66, Anm. 4“.
- S. 74, Anm. 2, Zeile 3: statt „vgl. oben Anm. 284“ muß es heißen „vgl. oben S. 66, Anm. 5“.
- S. 78, Zeile 17 von unten: statt „Hoetsch“ richtig „Hoetzsch“.
- S. 79, Zeile 8: statt „absulute“ richtig „absolute“.
- S. 93, Anm. 2: statt „(vgl. oben Anm. 56)“ muß es heißen „(vgl. oben S. 80, Anm. 5)“.
- S. 99, Zeile 8: statt „Okotober“ richtig „Oktober“.
- S. 146, Zeile 8: statt „Systemw“ richtig „System“.
- S. 153, Anm. 6: statt „Vgl. S. 167, Anm. 14“ muß es heißen „Vgl. S. 126, Anm. 5“.
- S. 155, Anm. 4: statt „s. auch oben S. 159 f.“ muß es heißen „s. auch oben S. 121“.
- S. 156, Anm. 3: statt „Vgl. oben Anm. 2“ muß es heißen „Vgl. oben S. 153, Anm. 7“.
- S. 161, Anm. 3: statt „Vgl. oben S. 106, Anm. 16“ muß es heißen „Vgl. oben S. 83, Anm. 2“.
- S. 161, Anm. 5: statt „Vgl. oben S. 108 ff.“ muß es heißen „Vgl. oben S. 83 ff.“.
- S. 162, Anm. 1: statt „Vgl. oben S. 142“ muß es heißen „Vgl. oben S. 127“.
- S. 163, Zeile 3 von unten: statt „Diskontiunität“ richtig „Diskontinuität“.
- S. 164, Zeile 6: statt „Einberufung“ richtig „Einführung“.
- S. 164, Anm. 7: statt „vgl. oben S. 9 f.“ muß es heißen „vgl. oben S. 15 f.“.
- S. 184, Zeile 10: statt „unterzeichneter Aufsatz“ richtig „ungezeichneter Aufsatz“.
- S. 193: Gildemeister, Alfred 158 (Die übrigen Seitenverweisungen entfallen.).
- S. 194: statt „Gottheuner“ richtig „Gottheiner“.

MEINEN ELTERN

„Die Menschheit im ganzen hat heute das fortschrittliche Vorzeichen angenommen, und dieser Zustand sieht als Minorität ein konservatives Geschlecht . . ., dessen Schlachtrufe nicht mehr klingen wollen; denn ich gebe es zu, auch der Ruf nach dem Könige ist nicht viel mehr als das Signal zum Sammeln eines geschlagenen Heeres . . .“

Quabbe, „Tar a Ri“, p. 188



A. Einleitung

I. Die Volkskonservativen

Versuch einer Eingrenzung

1. *Der Volkskonservatismus als Problem*

Die Endphase der Weimarer Republik, einsetzend mit dem Bruch der Großen Koalition und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, war entscheidend beeinflußt durch eine Neuformierung der deutschen Rechten. In teilweise verwirrendem Gegeneinander und Miteinander entstanden und wirkten verschiedene Gruppen — neuerdings unter dem irreführenden Titel „Konservative Revolution“ zusammengefaßt¹⁾ —, die alle die Überwindung der parlamentarischen Republik, wie sie mit dem Staat von Weimar erstmals in Deutschland Wirklichkeit geworden war, zum Ziel hatten. Doch verfolgten sie nicht, wie die bisherige Rechtsopposition, restaurative Absichten, sondern sie wollten einen „neuen Staat“, ein „drittes Reich“ schaffen, das Überwindung und Synthese der bisherigen Alternativen zugleich sein sollte. Hierbei überschritten sich eine Massenbewegung mit totalitären und teilweise chiliastischen Zügen, die im Nationalsozialismus gipfelte, und eine gemäßigtere autoritäre, gemeinhin als „jungkonservativ“²⁾ gekennzeichnete. Diese, in sich wieder vielfältig differenziert, war nicht wie der Nationalsozialismus durch einen Bruch mit dem staatlichen Gesamtbewußtsein ausgewiesen, sondern in vielen Formen noch mit ihm verbunden; ein Strang dieser jungkonservativen Gruppierung waren die Volkskonservativen. Sofern man eine Wertung nach dem Grad der Annäherung an das herrschende Staatsbewußtsein vornehmen wollte, könnte man sie als den „reformerischen“, gemäßigten Flügel der in sich parteimäßig nicht geschlossenen „Junkonservativen“ bezeichnen; sie waren immer bestrebt, den erwünschten Übergang in einen neuen Verfassungszustand auf evolutionärem, zu den Ten-

¹⁾ Armin Mohler, „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932; Grundriß ihrer Weltanschauungen“, Stuttgart 1950. — Zur Kritik vgl. vor allem K. D. Erdmann in: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ II/9 (1951), S. 369, und Michael Freund, „Konservatives Harakiri“, in: „Die Gegenwart“ VII/2 (1951), S. 41 f.; daneben Herbert Blank, „Konservativ“, Hamburg 1953, S. 10 f., S. 31.

²⁾ Zum Begriff vgl. Mohler a.a.O. S. 172 ff. — Als „jungkonservativ“ müssen vor allem die politisch und publizistisch einflußreichen Klubs in der Motzstraße 22 in Berlin (Juniklub, Herrenklub usw.) bezeichnet werden.

denzen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht in Widerspruch stehendem Wege erfolgen zu lassen. Das verlieh ihnen eine „Schlüsselrolle“ innerhalb der politischen und ideologischen Gesamtentwicklung.

Die jungkonservative Bewegung entstand nach dem Ersten Weltkrieg als Erneuerungsversuch der in ihren Grundlagen erschütterten deutschen Rechten; sie trug dabei, als Folge des deutschen Zusammenbruchs¹⁾ wie der allgemeinen geistesgeschichtlichen Krise, von Anfang an die Tendenz zur Radikalisierung in sich. Sie durchlief, wie auch die Weimarer Republik selbst, drei Phasen²⁾. Einer „Zeit der Klärung und des Sich-Zurechtfindens“, in der sie unter der Ägide Moeller van den Brucks die ideologische Grundlegung erfuhr, folgte ein Abschnitt der Stagnation, der mit der zeitweisen Stabilisierung der Weimarer Republik 1924 bis 1928 parallel ging. Der Beginn der Krise 1929 ist der Moment, in dem die bis dahin latente jungkonservative Strömung, gleichzeitig mit anderen nationalistischen Bestrebungen, neu ans Licht tritt und in einer Unmenge ideologischer Literatur das Feld der öffentlichen Meinung, in einer Vielzahl von Organisationen und „Querverbindungen“ das politische Leben zu beherrschen beginnt. Sie recht eigentlich hat der Spätphase der Republik, der „Präsidial-Ära“, das Gepräge gegeben.

Die volksskonservative Bewegung war nur ein Teil dieser jungkonservativen Strömung. Als organisatorisches Gebilde entstand sie 1929/1930³⁾. Ihre Formen waren die „Volksskonservative Vereinigung“, die aus der ersten Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei im Spätherbst 1929 erwuchs, und die „Konservative Volkspartei“, die nach der zweiten Sezession im Sommer 1930 im Blick auf die im September erfolgenden Reichstagswahlen, bei denen sie scheiterte, gegründet wurde. Die spätere Organisationsform war wieder die „Volksskonservative Vereinigung“, die ihr Wesen als Partei weitgehend zu verleugnen suchte und der herrschenden Ideologie der „Überparteilichkeit“ huldigte mit dem Ziel, ein „Sammelbecken junger Kräfte auf der Rechten“ zu sein⁴⁾. Es ist zu fragen, wieweit hier politische Notwendigkeit und eigener politischer Wille miteinander verflochten waren und wieweit sich hieraus Schlüsse auf die ideologischen Momente ziehen lassen, die Hitlers Machtanstieg und damit das Ende der Republik förderten. Der Schwerpunkt muß dabei auf das Staatsverständnis der Volksskonservativen gelegt werden, in dem sich alte „gouvernementale“ und neue „genossenschaftliche“ Züge mischen.

¹⁾ Zur Wirkung, die der verlorene Krieg und der Versailler Friede auf die Radikalisierung des politischen Lebens hatte, vgl. treffend Friedrich Meinecke, „Die deutsche Katastrophe“, S. 51 ff.

²⁾ Vgl. Mohler a.a.O. S. 51 f.

³⁾ Kurzer und zusammenfassender Abriß der volksskonservativen Entwicklung bei: Klemens von Klemperer, „Germany's New Conservatism“, Princeton 1957, S. 125—129 (deutsche Ausgabe jetzt unter dem Titel „Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“, München 1962).

⁴⁾ Vgl. „Volksskonservative Stimmen“ (weiter abgekürzt Vk. St.) I/1 vom 1. Februar 1930.

Der Höhepunkt der volkskonservativen Bewegung war ihre Entstehungsstunde, die mit dem Beginn der präsidentiellen Regierungsform unter Brüning, die aufs stärkste von ihnen inspiriert und mitgetragen war, zusammenlief. Zwar wäre es falsch, auf ein kausales Wirkungsverhältnis zwischen der Neugliederung auf der Rechten und der Umbildung der Regierung zu schließen. Aber es war doch so, daß beide Vorgänge sich eng aneinander anlehnten und ergänzten¹⁾. Die Umbildung der Regierung durch Brüning schien die volkskonservativen Pläne einer evolutionären Umgestaltung des Weimarer „Systems“ in greifbare Nähe zu rücken und führte sogleich zu ihrer Beteiligung an der Regierung. Das volkskonservative Experiment ist untrennbar mit dem Experiment des Präsidentschaftsstaates und dessen Scheitern verbunden. Die Behandlung des Themas kann darum nicht im Rahmen einer von den politischen Vorgängen abstrahierenden Partei-monographie erfolgen, sondern muß den zeitgeschichtlichen Hintergrund noch mit einbeziehen.

Der Volkskonservatismus war ein Versuch, die Kräfte des preußisch-deutschen Konservatismus innerhalb einer neuen, bewußt staatsbejahenden und die staatliche Verantwortung mittragenden, wahrhaft „konservativen“ neuen Rechten zu sammeln. Ihm schwebte dabei das Vorbild des angelsächsischen Regierungssystems, des Zusammenspiels von Regierung und Opposition vor, wie es sich in der Weimarer Republik niemals funktionsfähig hergestellt hatte²⁾. Mit dem Unterschied nur, daß hierbei weniger der Gesichtspunkt einer Reform des parlamentarischen Systems als vielmehr der einer festen Regierungsautorität hervorgehoben wurde, was dem Gedanken eine antirepublikanische Färbung verlieh. Dies Dilemma ist für den Volkskonservatismus selbst wie für den Versuch, ihn wissenschaftlich-politisch einzuordnen, kennzeichnend geworden: auf der einen Seite steht seine nicht wegzuleugnende Frontstellung gegen die bestehende (parlamentarische) Verfassung, auf der anderen Seite seine Ablehnung aller Experimente und dilettierenden Oppositionsversuche *außerhalb* dieser Verfassung, deren Einmündung in Radikalismus und eine plebiszitär kaschierte Parteiomnipotenz er frühzeitig fürchtete und erahnte. Die Möglichkeit, beliebig einseitige Belege für oder gegen eine Verfassungstreue der Volkskonservativen zu finden, zwingt dazu, bei der Interpretation der Quellen mit größter Vorsicht vorzugehen, vor allem: diese Selbstzeugnisse nicht isoliert zu

¹⁾ Vgl. Karl Dietrich Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 322: „Die Krise der Großen Koalition ließ diese Vorgänge (der Sezession), die mit dem Engpaß der Regierung Müller und den Umbildungsprojekten der Umgebung Hindenburgs zweifellos — und nicht nur durch die Gestalt Treviranus' — in engem Zusammenhang standen, weit über ihren äußeren Umfang hinaus wirken und ein wohl ausschlaggebendes Gewicht für die Bildung der Regierung Brüning gewinnen. Die erstrebte Erweiterung nach rechts setzte eine Mitarbeit der kompromißfähigen Teile der DNVP voraus. So wurde der . . . innerparteiliche Machtkampf zugleich auf bedeutsame Weise durch allgemein staatspolitische Gesichtspunkte beschleunigt.“

²⁾ Vgl. K. D. Erdmann, „Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft“, Vjh. f. Zeitg. III/1 (1955), S. 16.

betrachten (der Fehler zahlreicher Veröffentlichungen auf diesem Gebiet), sondern sie immer am Verhalten in der bestimmten politischen Situation nachzuprüfen und zu wägen. Weder darf eine einseitige ideologische Kritik noch ein einseitig referierender Entwicklungsabriß gegeben werden, sondern eins muß am andern kontrolliert und in den Zusammenhang von Zeitgeschichte und Zeitbewußtsein gerückt werden. Nur so wird sich eine Standortbestimmung der volkskonservativen Bewegung, die so eng mit dem Ende des ersten freiheitlichen Regierungsversuchs in Deutschland verknüpft war, mit der erforderlichen inneren Distanz geben lassen.

2. *Das ambivalente Selbstverständnis der Volkskonservativen*

Einer der einflußreichsten volkskonservativen Publizisten, Hermann Ullmann, der mit seiner „Politischen Wochenschrift“ (erschieden 1924 bis 1931) die volkskonservative Abspaltung von den Deutschnationalen entscheidend mit vorbereitet hat, schrieb 1929: „Die Anhänger dieser (volkskonservativen) Bewegung nehmen eine unabhängige Stellung zwischen den Traditionen des alten zusammengebrochenen Bismarckschen Reiches und den sogenannten gegebenen Tatsachen der Revolution ein. Sie bildeten im alten Reich meist Opposition, Kritik, Reformwillen. Gegenüber den gegebenen Tatsachen von Weimar betonten sie die positiven Kräfte der alten Tradition und bejahen keineswegs kritiklos die Weimarer Verfassung. Sie stehen dem alten wie dem neuen Staate mit dem Maßstabe des in beiden Formen nicht verwirklichten deutschen Staatsgedankens gegenüber“¹⁾. Ganz ähnlich sprach ein Vertreter der jüngeren Generation unter den Volkskonservativen, Rüdiger Robert Beer: „Angesichts der inneren Unsicherheit unserer heutigen staatlichen Verhältnisse ist es beliebt, einer politischen Bewegung die Frage nach ihrem Verhältnis zur Staatsform vorzulegen. Ein verkrampftcs Minderwertigkeitsgefühl hängt sich an Äußerlichkeiten und glaubt, daran Entscheidungen orientieren zu können. Solchen Leuten ist zu antworten, daß es um die Äußerlichkeiten nicht geht: es geht vielmehr darum, ob der innere Gehalt einer Staatsgestaltung dem Volksgeiste entspricht oder nicht. Der Konservative dient nicht einer Staatsform. Er hat nicht der Monarchie gedient —; er dient auch nicht der Republik. Er dient — dem Deutschen Reich . . . Diesem Deutschen Reich . . . dient der Konservative unter jeder Form. Aber immer wird der Konservative mit allen Kräften dahin wirken, daß der Staat der inneren Haltung seines Volkes angepaßt werde. Und das ist im heutigen deutschen Staate nicht der Fall“²⁾.

Was an diesen Selbstzeugnissen auffällt, ist die Rolle, die dem Staatsbewußtsein in ihnen beigemessen wird. Gleichzeitig wird dies Staatsbewußtsein der

¹⁾ Hermann Ullmann, „Das werdende Volk; Gegen Liberalismus und Reaktion“, Hamburg 1929, S. 101.

²⁾ Rüdiger Robert Beer, „Konservativ?“, Berlin 1931, S. 19 f.

bestehenden Verfassungswirklichkeit sowohl des Kaiserreiches wie der Republik als Norm entgegengesetzt. Es wird zu diesem Zweck mit der gefühlhaltigeren Begriffsfassung „Reich“ als dem Ausdruck des „Volksgeistes“ verbunden. Schon hier wird erkennbar, in wie gefährliche Nähe diese Argumentation zu anderen Bestrebungen auf der Rechten, vor allem zum Nationalsozialismus, geraten konnte, der sich gleichfalls auf „Rasse“, „Volk“ und „Volksgeist“ berief, ohne auf die juridischen Rechtssatzungen des Verfassungslebens, auf die die Volkskonservativen in keiner Form verzichten wollten, weiter zu achten. Diese Grenzverwischung hat dazu geführt, daß spätere Betrachter, unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Gewaltregimes und auf der Suche nach dessen Ursachen, die Begriffe, so wie sie sie literarisch vorfanden, einfach in eins setzten und die Gegensätze, wie sie etwa zwischen dem volkskonservativen Staats- und dem nationalsozialistischen Macht-Willen bestanden, nicht mehr wahrnahmen. Der Ruf nach dem „Dritten Reich“, nach einer Umgestaltung des Staatslebens auf antiparlamentarischer Grundlage konnte den Eindruck erwecken, daß „diese verschiedenen Versionen des Dritten Reiches sich widersprechen und sich gegenseitig ausschließen“ und daß doch „der Nationalsozialismus in gewissem Sinne ihre Synthese“ bilde¹⁾.

Noch in anderer Hinsicht mutet der volkskonservative Gedanke zwiespältig an. Er bedeutet die Antwort auf eine politische Krisensituation, in die er vermittelnd einzugreifen suchte. Aber er verfehlte das Wesen politischen Verhaltens im „pluralistischen Verfassungsstaat“²⁾, wie er mit der Republik gegeben war, indem er versuchte, in unmittelbarer, politischen Tageskampf und geistige Neubesinnung verbindender Form weltanschaulich eine neue Gesamthaltung in allen Bereichen menschlichen Lebens herbeizuführen und sich auf seinen „metapolitischen“ Charakter berief³⁾. Das ideologische Denken teilten die

¹⁾ So Jean Neurohr, „Der Mythos vom Dritten Reich“, S. 22. — Der Untertitel „Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus“ ist mißverständlich, da hauptsächlich Autoren des „neuen Nationalismus“, darunter volkskonservativerseits die „Außenseiter“ Edgar J. Jung und Wilhelm Stapel, behandelt werden.

²⁾ Vgl. Hans Freyer, „Revolution von rechts“, Jena 1931, S. 58 ff.: „Es hat nicht viel Zweck, zu fragen, ob dieser Staat der industriellen Gesellschaft Staat heißen dürfe, wie weit er sich vom ‚wahren‘ Staat entfernt habe, ob er vielleicht dessen gerades Gegenteil geworden sei. ‚Den‘ Staat gibt es nicht. Jede geschichtliche Lage erzeugt ihren Staat“. Und ebda.: „Dieser Staat ist die Selbsthilfeorganisation der industriellen Gesellschaft; vielmehr das Produkt ihrer bisherigen Kompromisse und der vorausgesehene Rahmen für ihre zukünftigen. Er ist pluralistisch: das heißt alles, was in ihm reale Entscheidungsgewalt ist, ist das Vielerlei der gesellschaftlichen Interessen, und was an ihm Einheit ist, ist nicht reale Entscheidungsgewalt“.

³⁾ Vgl. Wilhelm Stapel, Vorwort zu „Der christliche Staatsmann; Eine Theologie des Nationalismus“, Hamburg 1932, S. 5: „Dieses Buch ist *metapolitisch*. Aber es ist gleichwohl aus einer politischen *Aktualität* entstanden: es ist entstanden in der Zeit, da die kosmopolitischen, liberalen und säkularen Politiker die deutschen Angelegenheiten nicht mehr meistern konnten, da schließlich Gustav Stresemann und Hermann Müller, also die Vertreter liberaler Anschauungen — eine beachtenswerte Tatsache — *starben* und da ein in seiner ganzen Substanz *religiöser* Politiker, Heinrich Brüning, die Führung übernahm“. (Hervorhebungen im Original.) — Stapels Stellung zur volkskonservativen Bewegung ist — obwohl er einer der ersten war, der den Begriff „volks-

Volkskonservativen mit ihrer Zeit, es belastete sie aber in ihrer Wirkungskraft stärker als andere Gruppen, die sich auf eine in einer längeren Entwicklung bereits durchgebildete „Weltanschauung“ stützen konnten; das galt für das Zentrum wie für die Sozialdemokraten und die deutschnationalen Kreise um Hugenberg, die das alldeutsche Gedankengut übernommen hatten. Die Volkskonservativen, die den konservativen Gedanken nach der liberalen Überfremdung, der er nach ihrer Meinung erlegen war, neu konzipieren wollten, scheiterten an diesem Unterfangen: in der Regierungsverantwortung stehend und ständig um ihre Selbstbehauptung als organisierte Gruppe im Parteileben kämpfend, belasteten sie sich zusätzlich mit einer Grundsatzdiskussion auf breiter Basis, die ihr Ziel, ein Sammelbecken aller konservativen Kräfte, die auf dem Boden der Verfassung standen, zu werden, schon im Ansatz vereitelte.

II. Was heißt „konservativ“?

1. „Konservativ“ und „liberal“

Es war das Anliegen der Volkskonservativen, eine Scheidung der Parteifronten in „konservativ“ und „liberal“, „konservativ“ und „reaktionär“ herbeizuführen. Was aber heißt „konservativ“?

Gemeinhin werden „konservativ“ und „liberal“ als begrifflicher Gegensatz verstanden¹⁾. Diese Ansicht ist nur bedingt richtig. Denn sie berücksichtigt nicht den variablen Charakter, der jedem politischen Begriff anhaftet²⁾. Gewiß liegt geschichtlich ein echter Gegensatz von „konservativ“ und „liberal“ vor, der sich durch die politischen Parteikämpfe des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen läßt; es ist der Gegensatz von monarchisch-ständischem Verwaltungsstaat — Stahl „trat für eine freiheitliche Verwaltung, aber eine antilibérale Verfassung ein“³⁾ — und parlamentarischer Selbstregierung des Volkes. Aber Gegensätze sind nicht unüberwindbar und können sich im Fortgang der Ent-

¹⁾ Vgl. die Artikel „konservativ“ und „liberal“ in: „Politisches Handwörterbuch“, hrsg. von Paul Herre, Leipzig 1923, Bd. 1, S. 1021 f., und Bd. 2, S. 49 f.

²⁾ Vgl. P. R. Rohden, „Die politische Gedankenwelt der Neuzeit in ihren weltanschaulichen Grundlagen“, in: Arch. f. Pol. u. Gesch., Jg. II (1924), Bd. 1, S. 167.

³⁾ Vgl. O. E. Schüddekopf, „Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke“, S. 34 ff.

konservativ“ als Selbstkennzeichnung verwandte — zwiespältig gewesen; politisch lehnte er sie ab (vgl. seinen Artikel „Geht die Rechte zu Bruch?“ in seiner Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, Jg. 1930, H. 1, S. 76 f., und seinen „Offenen Brief an Herrn v. Keudell“ a.a.O. H. 2). Trotzdem „sind viele Menschen überhaupt erst durch seine Zeitschrift zur volkskonservativen Bewegung gekommen . . . Daß er sich selbst der Volkskonservativen Vereinigung *nicht* angeschlossen hat, hat nicht verhindert, daß sein geistiger Einfluß stark war und stark geblieben ist“ (Peter Langendorf, „Wilhelm Stapel zu seinem 50. Geburtstag“, Vk. St. III/43 vom 29. Oktober 1932).

wicklung zur Einheit zusammenschließen. Dann besteht die Gefahr, daß die alten, ihres Sinnes entleerten Begriffe in Form von Kampfpaparen noch weiterbestehen, während die Positionen, die sie bezeichnen sollen, längst hinfällig geworden sind. Sie dienen dann nicht der Klärung, sondern nur noch der Verwirrung zwischen den Parteifronten; das politische Leben „ideologisiert“ sich.

Die Volkskonservativen sind — und zwar in einer für die Weiterexistenz der Weimarer Republik lebenswichtigen Frage, der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien gegen die Totalitarismen von links und rechts — einem solchen künstlichen Gegensatz, der in der Wirklichkeit keine Entsprechung mehr fand, zumindest ideologisch erlegen. Wenn hier trotzdem eine Abgrenzung des „konservativen“ vom „liberalen“ Gedanken versucht wird, so kann das Ergebnis nur einen Annäherungswert besitzen. Die Realität der pluralistischen Massengesellschaft hatte den Gegensatz „konservativ“ — „liberal“ spätestens mit dem Entstehen der parlamentarischen Demokratie in Deutschland überwunden. Doch trat dies politisch nicht gleich zutage. Ein Teil der früheren Nationalliberalen mit Hugenberg entwickelte sich zur verfassungsfeindlichen Rechten; ein Teil der früheren Deutschkonservativen, unter ihnen Graf Westarp, bezog eine staatsloyale Position. Die Ideologie aber paßte sich nicht immer dem parteipolitischen und soziologischen Umschichtungsprozeß an und führte ein zwiespältiges Eigenleben: ein imaginärer Bereich bloßer Begriffe, der vergiftend auf die politische Diskussion zurückwirkte. In diesem Bereich war es dem Nationalsozialismus leicht, die widersprüchlichsten Elemente in seine „Weltanschauung“ einzufügen und jeden seiner Anhänger ideologisch zufriedenzustellen.

Eine Unterscheidung von „konservativ“ und „liberal“ muß sich an wesentlichen Grundbegriffen orientieren. P. R. Rohden setzt dem Grundgedanken des Liberalismus — „Freiheit“ — den konservativen Leitgedanken als „Idee der Dauer“, verwirklicht in der Tradition, gegenüber und trennt ihn scharf von dem Grundgedanken des Absolutismus: „Herrschaft“¹⁾. Während „Herrschaft“ und „Freiheit“ nach ihm rationale Kriterien sind, tritt das Konservative als eine Empfindungsweise zutage, die „im Blute liegt“. Ebendies macht einen Vergleich der konservativen mit der liberalen Gedankenwelt, die sich vielfältig berühren und schneiden, so schwierig. Die fortschreitende Entwicklung kollektivistisch und massenmachiavellistisch orientierter „Bewegungen“ ließ denn auch die Konservativen immer stärker den Wert von Freiheit und geistiger Würde des einzelnen, die Liberalen die Gefahr, die in der egalitären Massendemokratie für die Freiheit liegt, erkennen²⁾. Der vielleicht überzeugendste Denker der Konservativen im Zeitraum vor 1933, Georg Quabbe, faßte den Unterschied „konservativ“ — „liberal“ nicht mehr primär politisch, sondern typologisch, als Ver-

¹⁾ A.a.O. S. 101.

²⁾ Vgl. Erik v. Kuehnelt-Leddihn, „Neukonservatismus und Neoliberalismus“, in „Neues Abendland“ XI/2. Quartal/H. 2, S. 121.

haltensgegensatz des stärker empirisch veranlagten Konservativen und des „fortschrittsgläubig-rationalistisch“ eingestellten Liberalen, und meinte, „Konservatismus und Fortschritt seien nicht so sehr Ideale oder Ideen, als vielmehr psychische, Ideen produzierende Anlagen, von der Natur den Menschen mitgegeben und unter sie verteilt, um die Selbsterhaltung der sozialen Gruppen zu gewährleisten“¹⁾. Das bedingt, daß „konservativ“ in diesem weitergefaßten Sinn keine Parteibezeichnung ist, daß es Konservative in allen Parteien geben kann, obwohl die Gemeinsamkeit konservativer Haltung immer wieder zur Parteibildung führt — und damit zur ideologischen Einengung des Begriffs²⁾, die mit dem Umschlag des konservativen in ein reaktionäres Verhalten fast immer verbunden ist.

2. „Konservativ“ und „reaktionär“

„Reaktionär“ ist eine diskriminierende Bezeichnung, die seit jeher von den verschiedensten Seiten nur auf den Gegner Anwendung gefunden hat. Aus diesem Grunde ist eine deutliche Begriffsfassung schwer. Welche Merkmale müssen zusammenkommen, um einen Menschen, eine Partei, ein politisches Verhalten, eine Ideologie als „reaktionär“ zu benennen?

Rein formal gesehen, könnte eine Partei dann als „reaktionär“ gelten, wenn sie eine bestehende Staatsform zu beseitigen trachtet mit dem Ziel, einen früheren Staatszustand wiederherzustellen; „konservativ“ wäre demgegenüber die Partei, die den bestehenden Staats- und Verfassungszustand stützt und verteidigt³⁾. Diese herkömmliche Definition reicht indes nicht aus, um der Verschiedenheit, in der der Begriff „reaktionär“ gebraucht wird, gerecht zu werden. „Konservative“ und „Reaktionäre“ können die gleichen Ziele verfolgen; der Unterschied liegt in der Methode, mit der sie die Ziele anstreben⁴⁾. Dieser Unterschied berechtigt, den reaktionären Menschen als „eine Entartungsform

¹⁾ Georg Quabbe, „Tar a Ri; Variationen über ein konservatives Thema“, Berlin 1927, S. 59. — Georg Quabbe, Rechtsanwalt in Breslau, war Vorstandsmitglied der schlesischen Wahlkreisverbände der Volkskonservativen Vereinigung (vgl. Vk. St. III/15 vom 16. April 1932). Die Verwendung seines Pseudonyms — Theodor Böttiger — als richtigen Namens durch Klemperer, „Germany's New Conservatism“, S. 124 u. S. 239, ist irrig (Brief von G. R. Treviranus an den Verf. vom 26. Oktober 1958).

²⁾ Vgl. Quabbe a.a.O. S. 122 f.: „... Die konservative Theorie sieht sich immer wieder gezwungen, zugunsten ihrer praktischen Verwendbarkeit, aber in Verleugnung ihres eigentlichen Wesens die Wahrheit auch ihre Lehre darzutun ...“; vgl. auch die Feststellungen von volkskonservativer Seite: „Es entspricht konservativem Wesen, die eigene politische Haltung nicht programmäßig festzulegen“ („Konservative Stichworte“, Wahlkampfbroschüre 1930, Stichwort „Parteiprogramme“) oder, daß für den Konservativen „Einsatz, Wagnis, Einfluß, Arbeit wichtiger sind als Theorien“ („Volkskonservative Hochschulbriefe“ Nr. 8, Hamburg, 3. Mai 1931).

³⁾ So Ludwig Bergsträsser, „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“, 8. u. 9. veränd. Aufl. 1955, S. 14 f.

⁴⁾ Beispiel ist das taktisch grundverschiedene Verhalten von Volkskonservativen und Deutschenationalen bei ähnlichen Zielsetzungen.

des konservativen Menschen“¹⁾ hinzustellen. Was unter „reaktionär“ verstanden wird, ist daher abhängig von der jeweiligen Definition von „konservativ“.

Sofern „konservativ“ eine geistige Verhaltensweise bezeichnet, die politisch der Kontinuität der Herrschaftsverhältnisse verpflichtet ist, ohne Reformen, wenn sie angebracht sind, zu verneinen, ist reaktionär ein Verhalten, das der Veränderung und Weiterentwicklung der Herrschaftsverhältnisse prinzipiell ablehnend begegnet und entstandene Veränderungen mit allen Mitteln rückgängig zu machen sucht. Es beurteilt die Vorgänge aus einer vorgefaßten Sicht, ohne nach ihrer Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit zu fragen. Hierin drückt sich eine Verengung des geistigen Blickwinkels aus, verbunden mit sozialer Intransigenz²⁾. „Reaktionär“ kann als „das Sichausrichten mit umgekehrtem Vorzeichen an der Unbill der Gegenwart“ genannt werden: das bedeutet politisch, daß ein Reaktionär in Ablehnung von pazifistischen, international orientierten und demokratischen Zeittendenzen zum Befürworter von allgemeiner Wehrpflicht, Nationalismus und Diktatur werden kann, daß er vom konservativen Denken unvermerkt ins „jakobinische Lager“ überwechselt³⁾. Während der Konservative „nur dann systematisch denkt, wenn er reaktiv wird“⁴⁾, entwickelt der Reaktionär eine eigene „Weltanschauung“⁵⁾, mit der er sich sein Ressentiment bestätigt; er zerstört so die Grundlagen, die er als „konservativ“ zu verteidigen meint.

„Reaktionär“ ist kein Gegenbegriff zu „konservativ“ im echten Sinn; das erschwert die Unterscheidung. „Reaktionär“ ist die Negation konservativer Haltung bei möglicher Übereinstimmung in den Zielsetzungen. Der Gegensatz läßt sich nicht begrifflich, sondern nur an der Verhaltensdifferenz in konkreten politischen Situationen nachweisen. Die Auseinandersetzung von Volkskonservativen und Deutschnationalen in der Spätphase der Weimarer Republik ist ein eindringliches Beispiel.

3. „Konservativ“ und „nationalistisch“

Die Diskussion über das, was „konservativ“ zu heißen habe, ist schwerwiegend verwirrt worden durch Armin Mohler⁶⁾. Mohlers Ansatzpunkt, der „Nihilismus“⁷⁾, verführt ihn durchgehend zur Gleichsetzung des konservativen Denkens mit dem

¹⁾ Moeller van den Bruck, „Das Dritte Reich“, 3, 1931, S. 167.

²⁾ Vgl. Peter Richard Rohden, „Deutscher und französischer Konservatismus“, in: „Grundideen des politischen Lebens der Gegenwart“, München 1924: „Die Verengung des Kampffeldes vom geistigen auf das nur soziale Gebiet erst macht den Traditionalisten zum eigentlichen Reaktionär mit all der Begrenztheit des Gesichtskreises, die diesem Typus anzuhaften pflegt“ (S. 136).

³⁾ Vgl. v. Kuehnelt-Leddihn a.a.O. S. 125.

⁴⁾ Karl Mannheim, „Das konservative Denken“, in: „Archiv für Sozialwissenschaft“, Bd. 57, S. 86.

⁵⁾ Vgl. Herbert Blank, „Konservativ“, Hamburg 1953, S. 31 (als Kritik an Mohlers Nomenklatur): „Dieser von Wilhelm von Humboldt geprägte, der liberalen Welt zugehörige Begriff ‚Weltanschauung‘ ist dem echten Konservativen völlig unbekannt.“

⁶⁾ Vgl. oben S. 1, Anm. 1.

⁷⁾ Vgl. Mohler, „Konservative Revolution“, S. 122 ff.

modernen Nationalismus. Diese Gleichsetzung fiel ihm leicht, da das konservative Selbstverständnis vor 1933 selbst nicht immer frei war von nationalistischen Anklängen¹⁾. Das ändert nichts daran, daß die Wurzeln des modernen Nationalismus eher liberalen Ursprungs sind; die frühen Konservativen erkannten in ihm den Feind, den es zu bekämpfen gälte²⁾. Das war auch den Volkskonservativen bewußt, etwa wenn sie in ihrem ersten programmatischen Sammelwerk „Politische Praxis“ den Begriff „nationalistische Revolution“ (Aufsatztitel aus der Stahlhelmzeitschrift „Standarte“) zur Kennzeichnung der „Machtergreifung durch den Nationalismus im Sinne etwa faschistischer Ideen“ gebrauchten und als eigene Abgrenzung hinzufügten, dies mute „doch mehr literarisch als realpolitisch“ an³⁾. Es erscheint daher angebracht, Mohlers Terminus „Konservative Revolution“ durch die Begriffsfassung „Revolution des Nationalismus“ zu ersetzen und den Nationalismus nach Maurras als eine „integrale Doktrin“ zu verstehen, als den „Versuch, alle materiellen, moralischen, geistigen Probleme ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Nation zu betrachten, die man als den höchsten Wert, als ein Absolutum hinstellt“⁴⁾.

In dieser Formulierung ist in der Tat das wichtigste Kennzeichen der deutschen Rechten vor 1933, die nationalistische Ideologisierung ihres politischen Denkens, erfaßt⁵⁾. Ullmann stellte damals fest, der Kriegsliteratur nach 1918 sei eine zweite Welle gefolgt, „eine Krisen- und ‚Revolutionsliteratur‘ von ‚rechts‘, die dialektisch, in der Erörterung manchen Wert zeitigte, aber auch neue Mythen in Fülle bildete“. Ihr ursprünglicher Antrieb: die Erkenntnis, daß nichts mehr so werden könne, wie es war, sei gegenüber dem großbürgerlichen Illusionsbedürfnis echt gewesen. Aber sie sei „in ein Barock, in eine spielerische Übersteigerung dieser einfachen Erkenntnis hineingeraten, in eine radikal-geschichtsfeindliche Verneinungswut hier, in eine kalte Asphaltromantik dort, die den Asphaltliberalismus zu übertrumpfen suche an Verstiegtheit und Künstelei“⁶⁾. Als Grund hierfür sieht er an, daß „das Denken des Deutschen über sein Volk und dessen politisches Schicksal sich in neun von zehn Fällen von allen anderen Denkooperationen unterscheide, die der betreffende Deutsche vornähme — nur so sei es erklärlich, daß in denselben Stunden, in denen neue gewaltige Spezialleistungen

¹⁾ Bezeichnend hierfür ein Werbezettel der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, in welchem diese als „die führende Kampfzeitschrift des konservativrevolutionären Nationalismus“ bezeichnet wurde.

²⁾ Vgl. Ludwig von Gerlach, „Aufzeichnungen“ I, S. 393 ff.: „Der Begriff Nation hat, wie alles bloße Naturnum, etwas nebelhaft Verschwimmendes . . .“ (nach Karl Buchheim, „Geschichte der christlichen Parteien“, S. 123; vgl. ebda. S. 176).

³⁾ „Politische Praxis“ I (1926), S. 318.

⁴⁾ Jean Neurohr, „Mythos vom Dritten Reich“, S. 21.

⁵⁾ Vgl. Kurt Sontheimer, „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, Vjh. f. Zeitg. V (1957), H. 1.

⁶⁾ Hermann Ullmann, „In der großen Kurve; Führer und Geführte“, Berlin 1933 (abgeschlossen 1. November 1932), S. 10.

deutscher Herkunft . . . die Welt bewegten und die Wirklichkeit grundlegend änderten, . . . Deutschlands politisches Leben wie aus dem Irrenhaus entsprungen anmute⁽¹⁾). Man habe in Deutschland, besonders aber auf der „Rechten“, nicht richtig zu unterscheiden gelernt zwischen allgemeinen Ideen und politischen „Ideen“, die der Erwägung der politischen Zweckmäßigkeit unterlägen, und hierauf beruhe „ein großer Teil unseres politischen Elends“⁽²⁾).

Als das Gemeinsame am Gedankengut der Nationalisten „seit ihrem geistigen Initiator Moeller van den Bruck“⁽³⁾) charakterisiert Neurohr „die negative Tatsache, daß es nicht von einem kritischen Studium der wirklichen Geschichte ausgeht, nicht auf sorgsamem Analysen der Gesellschaftsentwicklung aufbaut und nicht die wirklichen Gründe der damaligen politischen und sozialen Unordnung zu erforschen versucht“, sondern ein rein ideologischer Reflex war angesichts einer bedrückenden Wirklichkeit, in der man sich nicht mehr zurecht fand⁽⁴⁾). Auch der gründlichste zeitgenössische Analytiker der nationalistischen Ideologien, Waldemar Gurian, sah richtig, daß vor allem „die Kreise der Jugendbünde, die noch keine reale und verantwortliche Beziehung zum tätigen und gestaltenden Leben hatten“, von diesen „Geschichts- und Zukunftsperspektiven“ bewegt wurden und daß „die geistigen und theoretischen Träger des neuen Nationalismus, von Moeller van den Bruck bis Stapel“, trotz ihrer kritischen Distanz zum Nationalsozialismus „doch die Entwicklung förderten, durch die der Nationalsozialismus . . . zur Massenmacht wurde“⁽⁵⁾). Das konservative Denken, bei Quabbe noch ideologiefrei, schlug um in den Nationalismus, wie er bei Moeller van den Bruck in Erscheinung trat. Der Grad der Abhängigkeit von ihm ist bei der volkskonservativen Publizistik das Indiz, wieweit sie noch konservative oder wieweit sie nationalistische Anliegen vertritt.

III. Der Begriff „volkskonservativ“

Die Herkunft des Begriffes „volkskonservativ“ ist strittig; fest steht, daß er zuerst im Jahre 1926 publizistisch verwendet wurde. Die Ansicht von Bracher⁽⁶⁾), daß der Begriff im „Monarchismus“ betitelten Aufsatz Walther Lambachs⁽⁷⁾) „zum ersten Mal wiederholt gebraucht“ worden sei, ist irrig, ebenso die frühere

¹⁾ Ebda. S. 15.

²⁾ Hermann Ullmann, „Die Rechte stirbt — es lebe die Rechte“, Berlin 1929, S. 13 ff.

³⁾ Vgl. Hans-Joachim Schwierskott, „Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus der Weimarer Republik“, Göttingen 1962.

⁴⁾ Neurohr a.a.O. S. 24.

⁵⁾ Walter Gerhart (Pseudonym für Waldemar Gurian), „Um des Reiches Zukunft. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion?“, Freiburg 1932, S. 144, S. 61 f.

⁶⁾ K. D. Bracher, „Auflösung der Weimarer Republik“, S. 314, Anm. 107.

⁷⁾ „Politische Wochenschrift“ IV/24 vom 14. Juni 1928, S. 495 ff.

Meinung¹⁾, daß Stapel, und zwar in seinem Buch „Volksbürgerliche Erziehung“ (1928) den Terminus erstmalig verwandt habe²⁾).

Der Begriff taucht am frühesten auf bei Hermann Ullmann, in einem Aufsatz: „Katholizismus, Protestantismus und volkskonservative Front“³⁾“, wo im Anschluß an einen Bericht über die zweite Tagung für Nationalerziehung der „Fichtegesellschaft“ in Halle (vom 5. bis 7. März 1926) gefordert wird, die konservativen Erneuerungskräfte auf evangelischer wie katholischer Seite möchten für den täglichen politischen Kampf eine „volkskonservative Front“ bilden, wie sie z. B. in der Arbeit der christlichen Gewerkschaften schon vorgezeichnet sei. Das weist darauf hin, daß eine „volkskonservativ“ bestimmte politische Richtung schon vor der Entstehung des Begriffs bestanden hat; als „volkskonservatives Manifest“ kann in gewisser Weise schon das „Essener Programm“ von 1920 des christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gelten, das Brüning verfaßte⁴⁾. Zumindest war mit dem Begriff „volkskonservativ“ schon 1926 eine antinationalistische konservative Einstellung bei christlicher und sozialer Grundhaltung gemeint. Das wird auch deutlich aus dem Zusammenhang, in dem dies Wort im gleichen Jahre im Vorwort Walther Lambachs zum Sammelband „Politische Praxis“ erschien⁵⁾. Zwar heißt es dort noch: „Der Kreis der Mitarbeiter ist jener großen volkskonservativen Gesinnungsgemeinschaft entnommen, die ihre parlamentarische Vertretung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion findet“, es wird aber gleichzeitig für die kommenden Jahre eine „Versachlichung der politischen Arbeit“ gefordert, eine Tendenz, die später für die Volkskonservativen die Trennung von Hugenberg bedeutete.

Die folgenden beiden Jahre brachten den Namen „volkskonservativ“ allgemein zum Durchbruch; immer mehr wurde er zur Sammelbezeichnung der Kräfte in der DNVP, die die Regierungsbeteiligung der Jahre 1925 und 1927, vor allem die Zusammenarbeit mit dem Zentrum, fortsetzen wollten und sich der rechtsradikalen Strömung in den Landesverbänden, die nach der Wahl-

¹⁾ Vgl. Peter Langendorf, „Wilhelm Stapel. Zu seinem 50. Geburtstage“, in: Vk. St. III/43 vom 29. Oktober 1932.

²⁾ Wilhelm Stapel, „Volksbürgerliche Erziehung. Versuch einer volkskonservativen Erziehungslehre“, Hamburg 1928. — Im Text erscheint — im Gegensatz zum Untertitel des Werkes — das Wort „volkskonservativ“ nicht mehr; dagegen mehrfach in Stapels gleichzeitig erschienener Schrift „Die Fiktionen der Weimarer Verfassung; Versuch einer Unterscheidung der formalen und der funktionalen Demokratie“, Hamburg 1928.

³⁾ Hermann Ullmann, „Katholizismus, Protestantismus und volkskonservative Front“, in: „Politische Wochenschrift“ II/11 vom 18. März 1926.

⁴⁾ Hierzu vgl. Hermann Ullmann, „Das Essener Programm“, November 1920, in: „Deutsche Rundschau“, Jg. 76 (1950), S. 897—903.

⁵⁾ Vgl. „Politische Praxis“, Jg. I (1926), S. 5. — Die Frage, ob Ullmann oder Lambach den Begriff „volkskonservativ“ geprägt hat, ist nicht mehr genau zu entscheiden; Auskünfte hierzu waren widersprüchlich. Lambach machte noch bei der Gründung der „Volkskonservativen Vereinigung“ 1930 — nach Auskunft eines Beteiligten — die Übernahme der Bezeichnung in den Verbandsnamen „zur Kabinettsfrage“.

niederlage 1928 zur Übernahme der Parteiführung durch den alldeutschen Flügel führte, entgegenstellten. Ullmann eröffnete den vierten Jahrgang seiner „Politischen Wochenschrift“ mit einem programmatischen Aufsatz „Wir Volkskonservativen“, in dem er die Formel „volkskonservativ“ als bewußt gewählte Tautologie bezeichnete, um dem Mißverständnis der Gleichsetzung von „konservativ“ und „reaktionär“ zu entgehen¹⁾. Schon 1927 war der zweite Band von „Politische Praxis“ erschienen, in dessen Vorwort es hieß, man wolle „den ganzen großen Kreis der praktischen Politiker volkskonservativer Richtung Zeugnis von seinem Schaffen geben lassen²⁾“. In dem gleichen Band fand sich ein Aufsatz von Walther Lambach³⁾, in welchem er Ullmanns Forderung nach einer „volkskonservativen Front“, einer „volkskonservativen Koalition“ (in bewußtem Gegensatz zur „Großen Koalition“) aufnahm und eine „nationale Arbeiter- und Bauernregierung“ forderte, „in der christlich-nationale Arbeiter und Angestellte mit den Landwirten, nationalen Industriellen, Handwerkern, Beamten und anderen christlich, national und sozial gesonnenen konservativen Kräften zusammenstehen⁴⁾“. Von dem Ziel einer antimarxistischen Sammelpartei auf breiter Basis, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in der CDU verwirklicht wurde, unterschied sich diese Forderung nur dadurch, daß sie die ideologische Trennung von „konservativ“ und „liberal“ noch aufrechterhielt⁵⁾.

Ihren ersten nachhaltigen Widerhall in der Öffentlichkeit erreichte die Bezeichnung „volkskonservativ“ durch den Aufsatz „Monarchismus“ von Walther Lambach⁶⁾. Dieser Aufsatz, dessen kritische Offenheit in deutschnationalen Parteikreisen einen Sturm der Entrüstung entfesselte, enthielt neben anderen Hinweisen auf den volkskonservativen Gedanken den Satz: „Nicht als einseitig monarchistische Partei, sondern als volkskonservative Partei der Selbsthilfe wird die deutschnationale Partei ihren Weg in die Zukunft gehen.“ Es erscheint berechtigt, von hier und dem bald darauf erfolgenden Abgang Graf Westarps vom Parteivorsitz den eigentlichen Beginn der volkskonservativen Bewegung zu datieren.

Trotzdem blieb die Bezeichnung „volkskonservativ“, auch in den eigenen Reihen, vor allem seitens der älteren Konservativen um Graf Westarp, um-

¹⁾ Hermann Ullmann, „Wir Volkskonservativen“, in: „Politische Wochenschrift“ IV/1 vom 5. Januar 1928, S. 3 ff.

²⁾ Der Titel „Politische Praxis“ ist für das volkskonservative Wollen — im Gegensatz zur „Gesinnungspolitik“ Hugenburgs — bezeichnend. — Allerdings befanden sich unter den Mitarbeitern 1927 auch die Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Freytagh-Loringhoven und Dr. E. Oberföhrer, die Hugenburg anhingen.

³⁾ Vgl. Walther Lambach, „Um die Führung im Reich“, in: „Politische Praxis“ II (1927), S. 49 ff.

⁴⁾ Ebda. S. 59.

⁵⁾ So auch ein Werbezettel für „Deutsches Volkstum“ 1927, der „rationalisierten Liberalismus“ (sic!) und „volkskonservative Idee“ einander entgegenstellte.

⁶⁾ Vgl. oben Anm. 2.

stritten; bereits bei den Gründungsverhandlungen zur „Volkskonservativen Vereinigung“ (Januar 1930) gehörte die Namensfrage zu den strittigsten Punkten¹⁾. Die „Kreuzzeitung“, damals noch das Sprachrohr Graf Westarps, meldete schon am 30. Januar 1930 unter dem Titel „Volkskonservative Vereinigung“ ihre Bedenken gegen die Namensgebung an und sprach von einer „Abschwächung des klaren Begriffs ‚konservativ‘ . . . , die zur Irreführung werden kann“²⁾. Nach der zweiten Spaltung der Deutschnationalen übte der in Sachsen vorherrschende „Westarp-Flügel“ der Volkskonservativen erneut eine scharfe Kritik am Parteinamen³⁾, während er einem publizistischen Außenseiter wie Edgar J. Jung noch zu nichtssagend war, der ihn in „revolutionär-konservativ“ umgeändert wünschte⁴⁾. Schließlich wurde der Kontroverse um die Namensfestlegung teilweise ausgewichen, indem man auf den Grundbegriff „konservativ“ zurückgriff⁵⁾.

Die Bedeutung des Begriffs „volkskonservativ“ ist von seinen Bekämpfern, die darin eine Abwertung des konservativen Gedankens, ja in dem Zusatz „Volk“ ein plebejisches Element erblicken wollten⁶⁾, nie richtig verstanden worden. Ullmann, der ihn zuerst gebrauchte, nahm die Tautologie, die in dem Begriff steckte, in Kauf, um nicht noch einmal eine Verwechslung der Vorstellungen von „konservativer“ und „reaktionärer“ Politik zu ermöglichen⁷⁾. Das Profil, das die volkskonservative Bewegung dann gewann, gab ihm recht; es ähnelte nur sehr wenig dem Vorkriegsbild der Konservativen. „Volkskonservativ“ wurde zur Bezeichnung einer politisch eigenständigen Bewegung.

¹⁾ Vgl. oben Anm. 7.

²⁾ „Kreuzzeitung“ vom 30. Januar 1930.

³⁾ Vgl. Brief Dr. Rademacher an v. Lindeiner-Wildau vom 3. November 1930 (Westarp-Akten; weiter abgekürzt W.-A.), wo vorgeschlagen wird, das offizielle Presse-Organ „Volkskonservative Stimmen“ in „Konservative Stimmen“ umzubenennen.

⁴⁾ Vgl. Brief G. R. Treviranus vom 10. Dezember 1930 (W.-A.). — Die Forderung Edgar Jungs ist der einzige an Mohlers Terminologie anklingende Vorschlag auf volkskonservativer Seite.

⁵⁾ Vgl. Lejeune-Jung, „An alle Mitglieder des Führerrings“ (der volkskonservativen Bewegung) vom 16. März 1931 (W.-A.). Dort ist die Rede von „Erster Reichstagung der Konservativen“ und vom „Führerring als Oberstem Organ der konservativen Bewegung“.

⁶⁾ So der Zeitungsverleger Weber/Hann. Münden an Graf Westarp vom 25. Juli 1930 (W.-A.).

⁷⁾ Vgl. oben Anm. 8.

B. Stufen der Entwicklung

I. Das deutschnationale Problem

Der Widerstreit von „grundsätzlicher Opposition“ und „positiver Mitarbeit“ in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) 1918 bis 1928.

In den Mittelpunkt einer Studie, in der er den Werdegang seiner Partei vom Standpunkt des rechten Parteiflügels her nachzeichnete, stellte der Staatsrechtler und deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven das Problem, das die Partei bis dahin in einen unlösbaren Widerspruch verwickelt hatte¹⁾. „Es war das Problem der nationalen Rechten im anationalen Staate, ein Problem, das bei all seiner Schwierigkeit und Kompliziertheit in zwei Fragen zusammengefaßt werden kann. Kann eine nationale Rechte als eine im tiefsten staatsbejahende und staatserhaltende Partei grundsätzlich und dauernd im Kampfe gegen die Träger der Staatsgewalt stehen, ohne dadurch in einen Gegensatz zum Staate selbst zu geraten? Und umgekehrt: Müssen die aus dem Wesen einer nationalen Rechten erwachsenden Zugeständnisse an die Staatsnotwendigkeiten nicht letzten Endes zu einem Rückzug, zu einem Verzicht auf jenen Kampf und damit zu einer Anpassung an Zustände führen, die eine Verneinung des nationalen Gedankens bedeuten?“²⁾ In dieser Fragestellung war, wie rückblickend erkennbar wird, „Das deutschnationale Problem“³⁾ tatsächlich in aller Kürze umrissen; nur war es nicht das Problem der „nationalen Rechten im anationalen Staat“, sondern das Problem der anti-republikanischen und dennoch gouvernemental eingestellten Opposition in der Republik, das auf die Dauer zu einer Zerreißprobe wurde, an der die Partei

¹⁾ Axel Freiherr v. Freytagh-Loringhoven, „Deutschnationale Volkspartei“, Berlin 1931. — Vgl. von deutschnationaler Seite ferner Walter Graef-Anklam, „Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928“, in: „Der nationale Wille“, hrsg. von Max Weiß, Leipzig 1928, S. 15—54. — Eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung steht noch aus. Für Teilabschnitte siehe Werner Liebe, „Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924“, Düsseldorf 1956, und Manfred Dörr, „Die Deutschnationale Volkspartei 1924—1928“, Phil. Diss. Marburg 1964, desgl. den Beitrag Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringens „Die Deutschnationale Volkspartei“, in: Matthias/Morsey, „Das Ende der Parteien 1933“, Düsseldorf 1960, S. 543—652. Die deutschnationale Politik aus eigener Sicht behandelt Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft; Bilanz des deutschen Parlamentarismus 1918—1932“, Berlin 1932. Neueste ausländische Behandlung des Themas: Lewis Hertzmann, „The Right Wing Opposition in the Weimar Republic 1918—1924“, (University of Nebraska Press, Lincoln) 1963.

²⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 11.

³⁾ So der Titel eines Kapitels ebda. S. 10 ff.

zerbrach¹⁾. Noch im Frühjahr 1930 stellte Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ fest: „Will und soll die Deutschnationale Volkspartei die Führerin einer geschlossenen vaterländischen Rechten sein und bleiben, so muß sie grundsätzlich und in jeder neuen Lage von neuem die richtige Verbindung zwischen dem Kampf gegen das System und der praktischen Arbeit in und mit dem System finden“²⁾. Aber auch er konnte diese „richtige Verbindung“ nicht überzeugend herstellen, bis er mit seinen Anhängern ein halbes Jahr später die gespaltene Partei verließ.

Das herkömmliche Verhalten der Konservativen zum Staat bis 1918 war „gouvernemental“, d. h. „grundsätzlich regierungsfreundlich“³⁾. Ihre Einstellung war bestimmt durch ein Denken, das in der Nachwirkung Stahls legitimistischen und rechtsstaatlichen „Ordnungsvorstellungen“ anhing, in denen ein demokratisch-parlamentarisches Bewußtsein auf der Grundlage der Volkssouveränität nicht aufkommen konnte⁴⁾. Die Gründe hierfür lagen in der deutschen Verfassungsentwicklung beschlossen⁵⁾; vor allem war das ursprünglich ständische Staatsdenken der preußischen Konservativen unter Bismarck fast ganz einer regierungsautoritären Einstellung gewichen⁶⁾. Es hatte sich in Preußen ein besonderes staatlich-monarchisches Bewußtsein entwickelt, in dem die Begriffe „Pflicht“ und „Gehorsam“ vor denen von staatsbürgerlicher Freiheit und Selbstbestimmung standen⁷⁾.

Die Umwälzungen des Jahres 1918 bedeuteten eine erdbebenartige Erschütterung der bisherigen Machtpositionen der Konservativen, nicht aber ihres obrigkeitsstaatlichen und gouvernementalen Staatsdenkens⁸⁾. Heer und Beamtentum, die Stützen des gestürzten Regimes, stellten sich unter Hindenburg der neuen Ordnung zur Verfügung und ermöglichten erst ihr Funktionieren. Das erweckte

¹⁾ Vgl. auch Hans Erdmann v. Lindeiner-Wildau, „Konservatismus im neuen Staat“, Interview mit der Wiener „Neue Freie Presse“, abgedruckt in Vk. St. I/26 vom 26. Juli 1930: „Die Staatsumwälzung in Deutschland stellte den Konservatismus vor besonders schwierige Probleme. Aus der grundsätzlichen Ablehnung des unhistorisch gewordenen Staates (sic!) ergab sich eine klare Oppositionsstellung. Das Gefühl persönlicher, verantwortlicher Gebundenheit mit dem Schicksal des Staates aber, das die Wesensgrundlage konservativen Denkens ausmacht, drängte zu gestaltender Mitarbeit. Dieser Konflikt hat die Geschichte der Rechten im neuen Staat, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei gesammelt hatte, zwölf Jahre lang durchzogen und bestimmt“.

²⁾ Zitiert nach Vk. St. I/4 vom 22. Februar 1930.

³⁾ So Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 16; vgl. auch ebda. ff.

⁴⁾ Vgl. Schüddekopf a.a.O. S. 34; Quabbe, „Tar a Ri“, S. 95.

⁵⁾ Eine sehr überzeugende Erklärung für die eigenwillige deutsche Ideologie des gouvernementalen Rechtsstaates gibt Rudolf Stadelmann in seiner Studie „Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen“ (vgl. Ders., „Deutschland und Westeuropa“, Laupheim 1948, S. 11—33).

⁶⁾ Über Bismarcks Gouvernementalismus vgl. Bismarcks Brief an den Prinzen Wilhelm in der Sache Stoecker vom 6. Januar 1888 (abgedruckt „Gedanken und Erinnerungen“ III, S. 14 ff.).

⁷⁾ Vgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 17.

⁸⁾ Vgl. Liebe a.a.O. S. 20.

sogleich wieder Hoffnungen, auf dem Wege der Mitarbeit im neuen Staat die alten verlorengegangenen Machtpositionen wiedererlangen zu können — einer Mitarbeit, die nicht rückhaltlos, sondern „bedingt“, immer von heftiger Agitation gegen das „System“ begleitet war und im Verdacht stand, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in aktive Gegnerschaft umzuschlagen, was von Anfang an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit praktisch unmöglich machte.

Eine zwingende Folge des Novemberumsturzes für die Konservativen war, daß sie ihre Kräfte einheitlicher zusammenfassen mußten, wollten sie nicht im Wechselspiel der demokratischen Mehrheiten zu einer bedeutungslosen Minderheit, die vom Einfluß auf die Staatsgestaltung ausgeschlossen blieb, zurücksinken. Schon vor dem Zusammenbruch am 9. November waren von deutschkonservativer Seite Vorbereitungen zu einer Einigung der verschiedenen Rechtsparteien eingeleitet worden; die Verhandlungen wurden unter dem Zwang der Umstände rasch vorangetrieben und führten am 22. November zum Zusammenschluß der vier rechtsgerichteten Hauptgruppen — Deutschkonservative, Freikonservative, Christlich-Soziale und Völkische — zur Deutschnationalen Volkspartei, die am 24. November mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit trat¹⁾. Weiterer Zuzug kam von den Alldeutschen und der bisherigen Vaterlandspartei, von Kräften, die bisher den Nationalliberalen nahegestanden hatten, nun aber in der neuen Partei „von vornherein den rechten Flügel bildeten . . . , in den bald ausbrechenden inneren Kämpfen den Standpunkt der grundsätzlichen Opposition gegenüber der neuen Ordnung und den Mittelparteien verfochten und in der Folge ihren Standpunkt durchzusetzen wußten“²⁾.

Vorerst allerdings steuerte die neue Partei einen Anpassungskurs auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse. Die Parteiämter wurden anfänglich mit Vertretern der gemäßigten Richtung besetzt, der Parteivorsitz ging an den preußischen Staatsminister a. D. Hergt, dessen Ziel auf die Mitarbeit im Staat gerichtet war³⁾. Aber bald änderte sich diese Zurückhaltung. Hatte es im Gründungsaufruf vom 24. November noch geheißen: „Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen“ und war dort von „der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform“ die Rede⁴⁾, so fand sich in den „Grundsätzen der Deutschnationalen Volkspartei“ vom Jahre 1920 die Feststellung, daß „der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands die monarchische Staatsform“ entspräche; der Volksvertretung wurde nur noch eine „entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksame Aufsicht über Politik und Ver-

¹⁾ Hierzu und zum Folgenden vgl. Liebe a.a.O. S. 7 ff.

²⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 9 f.

³⁾ Vgl. Dr. Wahrmond, „Gericht über Hugenberg“, Dillingen 1932, S. 37.

⁴⁾ Vgl. auch „Aufruf des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei vom 27. Dezember 1918 (Richtlinien für die Wahl zur Nationalversammlung)“: „Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die parlamentarische Regierungsform . . .“ (s. Liebe a.a.O. S. 110).

waltung“ zugebilligt, neben ihr aber eine neu zu bildende berufsständische Vertretung gefordert¹⁾. Es war ein ausgesprochen reaktionäres Programm, und seine Propagierung brachte es in den Augen der Öffentlichkeit in enge Nähe zum Kapp-Putsch (März 1920), der die Partei vor ihre erste innere Krise stellte.

Dem Parteivorsitzenden Hergt und dem Hauptgeschäftsführer v. Lindeiner-Wildau, die vor dem Putsch gewarnt hatten, standen andere führende Vertreter der Partei, so Frhr. v. Freytagh-Loringhoven und Pfarrer Traub, gegenüber, die sich aktiv an ihm beteiligten, und wieder andere, wie Graf Westarp, die zumindest vorbereitenden Anteil an ihm nahmen²⁾. Die Erinnerung an das Scheitern des Kapp-Putsches wurde für die weitere Entwicklung der Partei zum Trauma, an dem sich die Gegensätze immer wieder neu entzündeten.³⁾

Trotz allem wuchs die DNVP bei den ersten Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 von 42 (Nationalversammlung) auf 66 Mandate. Hergt und die deutschnationale Reichstagsfraktion waren schon damals gewillt, sich an einem nun möglich gewordenen Mehrheitskabinett aller bürgerlichen Parteien zu beteiligen⁴⁾. Ihre Oppositionsstellung während der außen- und innenpolitischen Krisenjahre bis 1923 verschaffte den Deutschnationalen weiteren Anhang in den enttäuschten Volksmassen. Der deutsch-völkische Flügel allerdings unter Albrecht v. Graefe-Goldebee und Reinhold Wulle schied aus der Partei aus.⁵⁾

Damit war eins der Hindernisse beseitigt, die einer deutschnationalen Regierungsbeteiligung und damit der erstrebten Wendung der deutschen Politik nach rechts im Wege standen⁶⁾. Das Kabinett Cuno, das nach schwierigen Vorverhandlungen, die bereits die Funktionsschwierigkeiten der Weimarer Verfassung erkennen ließen, am 22. November 1922 als Fachministerium unter loser Anlehnung an die „Arbeitsgemeinschaft“ der Mitte gebildet wurde, erhielt als erstes ein Vertrauensvotum von der DNVP bis zur SPD — wobei die Einwirkungen der DNVP auf die Regierung „auf innerer Übereinstimmung und nahen Beziehungen persönlicher Art, die besonders von Helfferich und Graf Westarp gepflegt werden konnten, beruhte“⁷⁾. Als Cuno, „gegen Helfferichs Wunsch und

¹⁾ Textabdrucke bei Liebe a.a.O. S. 107 f., S. 112 ff.

²⁾ Über Graf Westarps immerhin vorbereitenden Anteil am Kapp-Unternehmen, bei dem er „nicht grundsätzlich die Gewaltanwendung ablehnte, sondern nur auf Prüfung der Möglichkeiten des Erfolges drängte“, vgl. Liebe a.a.O. S. 55 sowie dort die Anmerkungen.

³⁾ So noch 1929 anlässlich der volkskonservativen Sezession; vgl. „Der Niedergang der nationalen Opposition“, hrsg. vom Jungnationalen Ring, S. 8 ff., mit dem Satz: „... Eine Wiederholung des Kapp-Putsches wäre ... in Deutschland das schlimmste vorstellbare Verbrechen gegen die Nation“.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 29; dgl. Wahrmund, „Gericht über Hugenberg“, S. 37 f.

⁵⁾ Vgl. die Flugschrift von A. v. Graefe-Goldebee, „Völkische Freiheitsbewegung, Deutschnationale und NSDAP“, Berlin 1930; dgl. Liebe a.a.O. S. 61 ff.

⁶⁾ Vgl. Graefe-Goldebee a.a.O. S. 9.

⁷⁾ Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 48.

Rat¹⁾ zurücktreten mußte und „Helfferich bei Eintritt in die Verhandlungen über die Reparationen trotz der einmütigen Präsentation durch Vorstand und Zentralausschuß im Herbst 1923 nicht zum Reichsbankpräsidenten ernannt, aber auch nicht als Sachverständiger zu den Beratungen mit der Dawes-Kommission herangezogen wurde“²⁾, traten die Deutschnationalen erneut in einen scharfen Gegensatz zur Regierung, diesmal die unter Stresemann zustande gekommene „Große Koalition“. Trotzdem „gab die DNVP Helfferich in ‚positiver Opposition‘ die gewünschte Zustimmung, dem ersten Kabinett Stresemann Anfang August sein Währungsprojekt in einem ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Verfügung zu stellen“³⁾. Die Gedanken Helfferichs wurden vom Finanzminister im zweiten Kabinett Stresemann, Dr. Luther, aufgegriffen und zur Grundlage der Sanierung der deutschen Währung gemacht.

Nach Abbruch des Ruhrkampfes und Überwindung der Inflation waren die Schwierigkeiten, die einer stetigen Regierungspolitik entgegenstanden, nicht geringer geworden. Das am 30. November 1923 ins Amt getretene Minderheitskabinett Marx, das die finanzwirtschafts- und sozialpolitischen Reformen durchzuführen hatte, mußte erstmals mit Hilfe eines befristeten Ermächtigungsgesetzes und präsidialer Notverordnungen regieren, die schließlich zur ersten „präventiven Auflösung“ des Reichstages durch den Reichspräsidenten führten — ein Vorgang, „auf den sich beim zweiten Fall dieser Art das Kabinett von Papen berief“⁴⁾. Die Neuwahlen vom 6. Mai 1924 brachten der DNVP wieder einen großen Erfolg; mit 106 Abgeordneten wurde sie zur stärksten Fraktion im Reichstag.

Deutschnationale Erwartungen, daß nunmehr der Zeitpunkt einer Kabinettsbeteiligung, eventuell sogar unter deutschnationaler Führung, gekommen sei, erfüllten sich nicht⁵⁾. Inzwischen war am 9. April 1924 das Gutachten des Sachverständigenausschusses unter Dawes fertiggestellt worden, das die Hauptzielscheibe der deutschnationalen Agitation im Wahlkampf gebildet hatte⁶⁾. Eine sachliche Übereinkunft mit den Mittelparteien war — trotz deutlichen Einlenkens der Deutschnationalen vor und während der Londoner Konferenz, bei dem sie vom früheren „Unannehmbar“ auf sieben „Mindestforderungen“ zurückwichen — nicht möglich⁷⁾. So führte die dritte Lesung der Dawes-Gesetze, bei der für das verfassungsändernde Reichsbahngesetz Zweidrittelmehrheit erforderlich war, zum Auseinanderfall der deutschnationalen Fraktion: 48 Abgeordnete stimmten — nicht zuletzt unter dem Druck der der Partei nahe-

1) Ebda. S. 53.

2) Ebda. S. 65.

3) Ebda. S. 57.

4) Ebda. S. 64.

5) Vgl. Liebe a.a.O. S. 78 f.

6) Ebda. S. 76 f.

7) Vgl. Liebe a.a.O. S. 78 ff.

stehenden Wirtschaftsverbände — für, 52 gegen die Annahme¹⁾. Erstmals war die Partei, bei der „die Exponenten der durch das Schlagwort ‚Hinein in den Staat‘ gekennzeichneten Politik: Helfferich, Hergt mit seinem ‚Generalstabschef‘ von Lindeiner und Wallraf, als Gruppen: die christlichen Gewerkschaften . . . und eigenartigerweise auch der Reichslandbund“²⁾ die Annahme der Dawes-Gesetze zumindest nicht verhindert hatten³⁾, in eine grundsätzliche Auseinandersetzung gestellt, die nach weiteren mißglückten Regierungsverhandlungen am 28. Oktober 1924 mit dem Rücktritt Hergts vom Partei- und Fraktionsvorsitz endete⁴⁾. Helfferich, der vielleicht als einziger die Partei zu einheitlicher Politik hätte zusammenhalten können⁵⁾, war am 22. April des Jahres das Opfer eines Eisenbahnunglücks geworden. Ein neuer Wahlerfolg der Deutschnationalen am 7. Dezember — Anwachsen der Reichstagsmandate auf 111 — täuschte nicht darüber hinweg, daß ihre Entscheidung für oder gegen eine Mitarbeit auf dem Boden der „gegebenen Tatsachen“ unumgänglich geworden war. Die doppelte Oppositionsstellung „gegen das republikanisch-demokratische System als solches nach innen und gegen den Zustand der Fremdherrschaft von Versailles nach außen“⁶⁾ ließ sich nicht länger aufrechterhalten.

Die neue Parteiführung — an der Spitze der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Landrat a. D. D. Winckler, als Führer der Reichstagsfraktion anfänglich Schiele, nach dessen Eintritt als Innenminister ins Kabinett Luther ab 21. 2. 1925 Graf Westarp, der ein Jahr später, am 24. 3. 1926, auch den Parteivorsitz übernahm — stand innerparteilich vor großen Schwierigkeiten: einer intransigenten Richtung, die durch die heftige Polemik gegen den Dawes-Plan im Lande Anhänger gewonnen hatte, stand eine gemäßigte und regierungswillige gegenüber, die schon wegen der Wirtschaftsinteressen, die sie vertrat, aus der negativen Opposition herauswollte⁷⁾. Zwischen den beiden Gruppen stand eine mittlere Richtung, die nicht dem Regierungseintritt an sich, sondern nur dem dafür gewählten Zeitpunkt kritisch begegnete⁸⁾. Zu ihr gehörte auch Graf

¹⁾ Ebda. S. 86 ff.; dgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 24 ff.

²⁾ A. v. Graefe-Goldebee a.a.O. S. 4.

³⁾ Hergt persönlich stimmte, wie auch Graf Westarp, mit Nein; Hugenberg, der im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie vergeblich gegen die Annahme gesprochen hatte (Liebe a.a.O. S. 166, Anm. 393), blieb der Abstimmung fern (vgl. auch kritisch Wahrmund a.a.O. S. 38 ff.).

⁴⁾ Vgl. Liebe a.a.O. S. 88 ff.

⁵⁾ So übereinstimmend Ullmann, „Durchbruch zur Nation“, Jena 1933, S. 206 f., und Hans Schlange-Schöningen, „Am Tage danach“, Hamburg 1946, S. 31.

⁶⁾ Graf Westarp a.a.O. S. 68.

⁷⁾ Vgl. Schlange-Schöningen, Rede auf einer Mitgliederversammlung in Greifswald, wiedergegeben bei Liebe a.a.O. S. 178, Anm. 465; und v. Lindeiner-Wildau, an Graf Westarp am 22. September 1924 (Liebe a.a.O. S. 96).

⁸⁾ Vgl. Graf Westarp an Hergt vom 18. September 1924 (abgedruckt bei Liebe a.a.O. S. 179, Anm. 468).

Westarp, der bis dahin als Führer des rechten Flügels betrachtet worden war¹⁾, an welche Stelle jetzt Hugenberg rückte. „Schiele und Westarp dagegen machten die Entwicklung mit, von der zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion um die Jahreswende 1924/25 und in den folgenden Monaten erfaßt wurden“, und die dazu führte, daß „gelegentlich der Abstimmung über ein Vertrauensvotum im Sommer 1925 . . . nur noch 6 Mitglieder der Fraktion unbedingt an ihrer Auffassung (der unbedingten Opposition) festhielten“²⁾.

Am 15. Januar 1925 wurde das erste Kabinett Luther gebildet, es war die erste Regierung der Republik, an der sich die Deutschnationalen — mit einem „Vertrauensmann im Kabinett“ (Martin Schiele) und zwei Fachministern (Neuhaus und v. Schlieben) beteiligten. In einer Rede zur Regierungserklärung im Reichstag versicherte Graf Westarp, daß die Verfassung auch von den Deutschnationalen „als bindendes Recht, als Grundlage ihrer Arbeit“ betrachtet werde, möge diese Arbeit „in der Opposition im Parlament oder möge sie in der Teilnahme an Regierungsgeschäften zu leisten sein“³⁾; damit war ein klarer Standpunkt auf dem Boden der bestehenden Staatsform bezogen, der allerdings je länger, je weniger von der Parteianhängerschaft im Lande geteilt wurde. Anfänglich gab die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten dieser Auffassung eine starke moralische Unterstützung⁴⁾.

Doch bald darauf führte die deutschnationale Opposition gegen Stresemanns Locarno-Politik⁵⁾ zu neuer Verwirrung. Während der Kampf im Kabinett taktisch-hinhaltend geführt wurde, steigerte er sich in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt unter Hugenburgs Einfluß, zu maßloser Schärfe⁶⁾. „Kanzler und Außenminister paraphierten die Locarno-Verträge mit einem Inhalt und unter Voraussetzungen, die von der DNVP als unannehmbar und nicht als Erfüllung ihrer Forderungen und der im Kabinett getroffenen Vereinbarungen angesehen wurden. Minister Schiele und eine knappe Mehrheit der Fraktion, zu der Graf Westarp als Fraktionsvorsitzender gehörte, wollten weiter in der Regierung

¹⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 28.

²⁾ Ebda. S. 27.

³⁾ Nach Graf Westarp, „Klar das Ziel, fest das Wollen!“, Deutschnationale Flugschrift Nr. 260, 1926, S. 16.

⁴⁾ Vgl. Dr. v. Dryander, MdR, in der „Deutschen Tageszeitung“ (zitiert nach „Rendsburger Tageblatt“ Nr. 34 vom 10. Februar 1930): „Daß er (Hindenburg) den *Verfassungseid* leistete, war ein *Akt von geschichtlicher Bedeutung*. Ich persönlich, der ich die Konflikte der Eidesfrage zur Genüge kenne, mache kein Hehl, daß diese Stunde für die Einstellung sehr vieler von uns von großer Bedeutung geworden ist. Wenn Hindenburg, dessen Treue keinen Zweifel zuließ, den *Verfassungseid* leistete, bedeutete dies einen Strich unter die Konflikte der Besten des alten Beamtentums, es bedeutete einen Appell an alle, die guten Willens sind, zur Mitarbeit am Bau des neuen deutschen Reiches“. — Vgl. auch Antonina Vallentin, „Stresemann“, Leipzig 1930, S. 171 f.

⁵⁾ Vgl. von deutschnationaler Seite zusammenfassend Graf Westarp, „Unser Ziel: Deutschlands Befreiung“, Rede auf dem Reichsparteitag in Berlin am 16. November 1925, Deutschnationale Flugschrift Nr. 246; ferner Erich Eyck, „Geschichte der Weimarer Republik“, Bd. II (1956), S. 29 ff., S. 59 ff.

⁶⁾ Vgl. Annelise Thimme, „Gustav Stresemann“, Hann./Frkft. 1957, S. 88 f.

bleiben, in der Erwartung, das Abkommen in der geschlossenen Form noch verhindern oder es entsprechend den Forderungen der Partei umgestalten zu können¹⁾. Sie scheiterten am Widerstand der Landesvorsitzenden, die am 23. Oktober den Auszug aus dem Kabinett forderten und durchsetzten²⁾.

Die Meinungen über den Austritt waren keineswegs einheitlich in der Partei. Schon wenige Tage später folgte zur Locarno-Frage eine Gegenerklärung prominenter und der Partei nahestehender Persönlichkeiten, in der die Parteiführung scharf angegriffen wurde³⁾. Es hieß dort, es sei unverständlich, daß die DNVP, noch ehe der gesamte Tatbestand zur Beurteilung reif sei, gegen Locarno Stellung genommen habe und aus dem Kabinett ausgeschieden sei. Durch die Schwächung der Regierung sei ihre außenpolitische Position gefährdet, die innerpolitische Situation aber „in eine Richtung getrieben, die von keinem konservativ denkenden Manne gebilligt werden könne“. — War dies die Stellungnahme von — wie der „Vorwärts“ schrieb — „konservativen Granden und kapitalistischen Wirtschaftsführern, die in der Rechtsregierung eine Vertreterin ihrer sogenannten Belange erblickten und die mit der Sprengung der Rechtskoalition ihre Felle davonschwimmen sahen“⁴⁾, so äußerte sich eine ähnliche Kritik am Regierungsaustritt auch bei deutschnationalen Abgeordneten⁵⁾ und weiterdenkenden Publizisten⁶⁾. Knapp ein Jahr später bekannte der ehemalige Parteivorsitzende Hergt in einem Brief an den Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, bei aller Kritik an Locarno sei der Eintritt in den Völkerbund (am 8./9. September 1926) durch Stresemanns Rede „würdig“ und ein „moralischer Erfolg“ gewesen und es ergäben sich auf der so gewonnenen Basis „neue politische Möglichkeiten“⁷⁾. Die Bereitschaft der Deutschnationalen zu einer neuen Regierungsbeteiligung war unverkennbar.

Nach langwierigen Vorverhandlungen — die deutschnationalen Kandidaten für das Innen- und Justizministerium, v. Lindeiner-Wildau und Graef-Thüringen,

¹⁾ Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 75.

²⁾ Wahrmond, „Gericht über Hugenberg“, S. 40 f.

³⁾ Vgl. „Kieler Zeitung“ Nr. 529 vom 12. November 1925; Unterzeichner waren u. a. Werner v. Alvensleben, Graf Klaus v. Bismarck-Varzin, Fürst zu Fürstenberg-Donaueschingen, Karl Haniel-Düsseldorf, Fürst zu Hohenlohe, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch u.a.m.

⁴⁾ Nach „Kieler Zeitung“ a.a.O.

⁵⁾ So Dr. v. Dryander und Prof. Strathmann-Erlangen (vgl. „Hamburger Correspondent“ Nr. 124 vom 15. März 1926), die beide später der volkskonservativen Bewegung angehörten.

⁶⁾ Am schärfsten wohl bei Georg Quabbe, „Tar a Ri“, S. 11: „... Es kam (nach Hergt) Graf Westarp und die Demission unserer Minister nach Locarno. ... ich fürchte sehr, hier wurde die Dynastie der Hohenzollern erst wirklich zu Grabe getragen. ... Die Hoffnung, die der Dolchstoß von 1918 noch übrig ließ, verkam unter der Forke der täppischen Royalisten. Ihnen, die ehemals der Papierfetzentheorie für Verträge zugejubelt hatten, verbot nun die „Ehre“, ihre Unterschrift unter den Pakt von Locarno zu setzen, da sie ihn innerlich nicht zu halten gedachten, und das Traurige ist, daß diese, einem Korpsstudenten wohl anstehende „hohe Auffassung“ völlig ernst gemeint war ...“

⁷⁾ Vgl. „Hamburger Correspondent“ Nr. 468 vom 7. Oktober 1926.

mußten durch v. Keudell und Hergt ausgewechselt werden¹⁾ — kam am 29. Januar 1927 das vierte Kabinett Marx zustande, an dem sich die Deutschnationalen mit vier Ministern beteiligten. „Die Einigung war dieses Mal schwerer als 1925, schon weil Marx und nicht Luther verhandelte“ und weil das Zentrum die DVNP „sowohl auf die bisherige Außenpolitik wie auf die Weimarer Verfassung . . . festlegen“ wollte²⁾. Zwar gelang es den Deutschnationalen, in den „Richtlinien der künftigen Regierungspolitik“ die Wendung „uneingeschränkte Anerkennung der Republik“ in „Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung“ umzuändern³⁾ und durch Graf Westarp am 4. Februar im Reichstag erklären zu lassen, ihr „Bekenntnis zum Staat sei nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis innerer Zustimmung zur Staatsform oder zu dem System parlamentarischer Parteiherrschaft“⁴⁾, d. h. ein neues Gesinnungsbekenntnis zur Monarchie trotz ihres Regierungseintritts abzulegen. Aber der Mißklang, mit dem der so sehr gewünschte, von einer starken Mehrheitsströmung in der Partei getragene Neueintritt ins Kabinett begonnen hatte, pflanzte sich fort. Am 17. Mai erfolgte im Reichstag unter Zustimmung der Deutschnationalen die Verlängerung des „Republiksschutzgesetzes“⁵⁾. Damals fing Hugenberg an, die oppositionellen Kräfte in der Fraktion zu sammeln, und brachte gleichfalls seinen ganzen Presseeinfluß gegen die Regierung ins Spiel⁶⁾. In heftiger polemischer Form, mit ständiger Betonung der „Weltauffassung“, die Hugenberg als die „eigentliche Grundlage“ der Partei bezeichnete, agitierte er gegen die deutschnationale Mitarbeit am parlamentarischen System und forderte von Graf Westarp als dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden: „Geben Sie der Partei ein wirkliches Eigenleben neben den Fraktionen und lassen Sie die unparlamentarische Partei das Gewissen der in den heutigen Parlamenten mitarbeitenden Fraktionen sein oder werden!“ Nur so ließen sich „die Kräfte zur Lösung der wirklichen Aufgabe der Partei freimachen oder sammeln“⁷⁾. Hugenbergs Ziel war klar: Durchsetzung seiner Vorstellungen von „konsequenter Opposition“, mit der vor allem das Zentrum für eine endgültige Rechtsorientierung, auch in Preußen, bereitgemacht

¹⁾ Zur Ablehnung Graefs als Justizminister durch Stresemann vgl. Eyck a.a.O. S. 141; v. Lindeiner-Wildau, der mit Fraktionsmehrheit (34) vor Hergt (32) und v. Keudell (6 Stimmen) für das Innenministerium nominiert war, mußte auf Einwände von Marx, ohne daß die Fraktion noch beraten konnte, in letzter Stunde durch v. Keudell ersetzt werden: Mündliche Mitteilung von Reichsminister a.D. G. R. Treviranus, zur Zeit der Verhandlungen über den Regierungseintritt „Politischer Beauftragter“ der DNVP.

²⁾ Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 79.

³⁾ Vgl. Werner Conze, „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“, „Historische Zeitschrift“ Nr. 178, S. 53.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp a.a.O. S. 69 f.; ferner ders., „Die Sendung der Deutschnationalen Volkspartei“, Deutschnationale Flugschrift Nr. 294, S. 9 f.

⁵⁾ Vgl. Graf Westarp, „Deutschnationale Innenpolitik in der Regierungskoalition“ (1927), Deutschnationale Flugschrift Nr. 292, S. 24 ff.

⁶⁾ Vgl. Wahrmund, „Gericht über Hugenberg“, S. 47 ff.

⁷⁾ Brief Hugenbergs an Graf Westarp vom 17. September 1927 (Abdruck s. Anhang, Anlage I).

werden sollte, oder — Parteispaltung¹⁾). Es war in dieser Situation für die regierungswilligen Kräfte in der Partei ein Unglück, daß das von ihnen als Hauptziel der Regierungsbeteiligung in den Vordergrund gerückte, von Minister v. Keudell ausgearbeitete Reichsschulgesetz²⁾ am Widerspruch der Deutschen Volkspartei scheiterte und zur Auflösung der Koalition führte.³⁾

Die Reichstagswahlen vom 2. Mai 1928 verliefen enttäuschend für die DNVP: ihr Fraktionsstand ging auf 78 Abgeordnetensitze zurück. Schon am Jahresanfang stellte der Abgeordnete Dr. Oberföhrn fest, „daß die Kritik der Anhängerschaft an Weg, Methode und Erfolg der Partei seit ihrem Eintritt in die Regierung erheblich an Umfang zugenommen hat und daß ein ziemliches Maß an Verdrossenheit oder mindestens politischer Interesselosigkeit weithin festzustellen“ sei⁴⁾. Nach dem Wahlmißerfolg steigerte sich dieser Unmut naturgemäß noch⁵⁾. Er leitete in verschiedenen, näher zu verfolgenden Stufen zum Ausscheiden der Volkskonservativen aus der DNVP über. Das Fazit des Zwiespalts, der die Partei zehn Jahre lang innerlich zwischen „konsequenter Opposition“ und „positiver Mitarbeit“ zerrissen hatte⁶⁾, zog General a. D. Graf Friedrich von der Schulenburg, einer der nicht wiedergewählten Reichstagsabgeordneten, in einem Brief an General v. Schleicher: „... Wenn man in eine republikanische Koalition eintritt, 4 Minister in dieses Kabinett schickt und sie auf die Verfassung schwören läßt, und die republikanischen Richtlinien unterschreibt, so kann man nicht gleichzeitig in Presse und Versammlungen mit der schwarzweißroten Fahne wehen und ins monarchische Horn stoßen und die auswärtige Politik in Grund und Boden schimpfen.“ Die Außenpolitik Stresemanns sei in der großen Linie richtig gewesen, und Hergt als Vizekanzler habe die Möglichkeit besessen, sich über alle Wege der auswärtigen Politik unterrichtet zu halten und notfalls Einspruch zu erheben — was nicht geschehen sei. Es sei daher Schuld der Führung, daß sie nie ernstlich gegen die Opposition des radikalen Flügels in der Öffentlichkeit angegangen sei. Es sei jetzt die Zeit gekommen, den radikalen Flügel abzustößen „und die Partei in Führung, Organisation und Programm ganz neu aufzubauen...“⁷⁾.

¹⁾ Zu Hugenberg's politischen Zielvorstellungen gegenüber dem Zentrum vgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 56; die Spaltungsabsichten des rechten Flügels sind sehr deutlich ausgesprochen ebda. S. 26, S. 40; vgl. ferner Wärmund a.a.O.

²⁾ Vgl. Walter v. Keudell, „Unser Kampf um das Reichsschulgesetz“, in: „Der nationale Wille“ S. 204—208.

³⁾ Vgl. Eyck a.a.O. S. 196 ff.; dgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 89.

⁴⁾ Dr. Ernst Oberföhrn, „Deutschnationale Gedanken zum Jahreswechsel“, in: „Der Deutschnationale“ IV/1, Januar 1928.

⁵⁾ Vgl. zur Rückwirkung des Mißerfolges bei den Reichstagswahlen Elisabeth Friedenthal, „Volksbegehren und Volksentscheid über den Youngplan und die Deutschnationale Sezession“, Phil. Diss. Tübingen 1957, S. 12 ff. — eine Arbeit, die — z. T. unter anderen Gesichtspunkten und ohne hier häufiger zitiert zu werden — die behandelte Problematik gleichfalls sehr eingehend untersucht hat.

⁶⁾ Vgl. auch Schlange-Schöningen, „Am Tage danach“, S. 27 ff.

⁷⁾ Brief General a. D. Graf Friedrich von der Schulenburg an General von Schleicher vom 2. Juni 1928 (Schleicher-Nachlaß). — (Abdruck s. Anhang, Anlage II).

II. Vorstufen zur volkskonservativen Sezession (1928)

1. Der „Fall Lambach“

Im Verlauf der in der Partei entbrannten Diskussion über die Wahlniederlage veröffentlichte Walther Lambach, der Vertreter des etwa 300 000 Mitglieder zählenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV) in der deutschnationalen Reichstagsfraktion, durch Rednergabe und parlamentarische Erfahrung zu ihrem Geschäftsführer aufgerückt, einen Aufsatz mit dem Titel „Monarchismus¹⁾“. Er sagte darin, daß durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sich eine Veränderung im Bewußtsein der monarchisch eingestellten Volkskreise ergeben habe. Durch Hindenburgs überragende Figur sei die Erinnerung an die Hohenzollern in den Hintergrund gedrängt worden. Ungewollt und unbewußt sei hierdurch eine Neuorientierung der nationalen Kräfte eingetreten, die ihren ersten Ausdruck im Volksentscheid über das Fürstenvermögen, einen weiteren in der deutschnationalen Niederlage bei den Reichstagswahlen gefunden habe; der ganze Verlust der Deutschnationalen sei ein Verlust des Monarchismus. Hinzu komme, daß die Jugend, die Jahrgänge ab 1905, kein lebendiges Verhältnis zur Monarchie mehr besäße²⁾. Für sie sei die Monarchie zu einer „Film- und Bühnensache“ geworden. Darum müsse, solle die Parteientwicklung nicht stagnieren, der Werberuf in Zukunft lauten: „Monarchisten und Republikaner, tretet in unsere Reihen.“ Aus dieser Neueinstellung müßten dann auch programmatische und personalpolitische Folgerungen gezogen werden.

Der Aufsatz erregte — sehr zu Lambachs Verwunderung³⁾ — einen wahren Entrüstungssturm in deutschnationalen Parteikreisen⁴⁾. Dieser wurde noch geschürt durch die Lambach als Vertreter des Gewerkschaftsflügels in der Partei feindlich gesinnte Hugenberg-Presse. Lambach war in den Formulierungen, die auch die monarchisch eingestellten Vertreter der gemäßigten Richtung wie

¹⁾ Walther Lambach, „Monarchismus“, in: „Politische Wochenschrift“ IV/24 vom 14. Juni 1928, S. 495 ff. — Zum „Fall Lambach“ allgemein vgl. Walter H. Kaufmann, „Monarchism in the Weimar Republic“, New York 1953, S. 182 ff., und K. v. Klemperer, „Germany's New Conservatism“, S. 125 f.; ferner Eyck a.a.O. S. 215; Otto Schmidt-Hannover, „Umdenken oder Anarchie“, Göttingen 1959, S. 230 ff.

²⁾ Einen wichtigen Rückhalt für die Lambachsche Argumentation bilden Zahlen, die in einem pseudonymen Aufsatz „Um den Nachwuchs“ in „Politische Wochenschrift“ IV/1 vom 5. Januar 1928, S. 6 ff., veröffentlicht wurden. Danach betrug „schon 1924 die Zahl der Wahlberechtigten, die den Krieg nicht mehr aktiv und bei politischem Bewußtsein mitgemacht hatten, etwa 5 Millionen gegen 33 Millionen“. 1928 veränderte sich dies Verhältnis auf 10 oder 11 Millionen gegen 30 Millionen. In zehn Jahren, resümiert der Aufsatz, werde die Mehrheit aller Wähler die politischen Formen der Vorkriegszeit nur noch aus Geschichtsbüchern kennen.

³⁾ Mündliche Mitteilung von Erich Stolt, Direktor im Verband der Angestelltenkrankenkassen in Hamburg, früher Gauvorsteher des DHV in Hannover.

⁴⁾ Vgl. „Einige Stimmen aus der durch den Aufsatz von Walther Lambach, MdR, in Gang gebrachten öffentlichen Aussprache“, als Manuskript gedruckt und herausgegeben vom DHV am 20. Juli 1928.

Graf Westarp treffen mußten, gewiß unglücklich vorgegangen¹⁾). Doch war, was er sachlich zu sagen hatte, berechtigt²⁾). Die Tatsache, daß die monarchische Frage auch vorher schon in der Partei erörtert worden war³⁾, ohne daß erregter Widerspruch laut geworden wäre, deutete hinter dem Vorgehen gegen Lambach auf andere, ungenannte Motive.

Lambach soll vor der Wahl dunkle finanzielle Hintergründe bei der Aufstellung der Wahllisten angegriffen haben. Es soll deshalb versucht worden sein, ihn bei Gelegenheit seines Aufsatzes „unschädlich“ zu machen⁴⁾). Für diese Vermutung spricht nicht weniger als für die Annahme, daß auch von gewisser Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Mitgliedschaft Lambachs in der DNVP hinderlich erschien, alles versucht wurde, um ihn in einen Bruch mit der Partei hineinzutreiben⁵⁾). Fest steht, daß mit Lambach der ganze Gewerkschaftsflügel der Partei getroffen werden sollte, und daß der Verdacht, Lambach habe nur versucht, „durch Aufnahme sogenannter konservativer Republikaner seine persönliche Anhängerschaft zu stärken, um seine Gewerkschaftspolitik erfolgreicher als bisher durchführen zu können⁶⁾“, auch ihm Wohlgesinnte an einer aktiven Verteidigung seines Vorgehens hinderte.

Am 2. Juli erfolgte eine Mißbilligung des Lambach-Artikels durch Mehrheitsbeschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion⁷⁾). Ein Ausschluß Lambachs aus der Fraktion, der automatisch ein Ausschlußverfahren vor dessen Landesverband nach sich gezogen hätte, erfolgte nicht. Am 7. Juli beschloß die Parteileitung „mit überwiegender Mehrheit“, gleichfalls keinen Ausschlußantrag beim Landesverband zu stellen. Kritisch für Lambach hingegen verliefen die Sitzungen der Parteivertretung am 8. und 9. Juli. Sie wurden durch den

¹⁾ Schon Lambachs 1918 erschienene Schrift „Ursachen des Zusammenbruchs“ enthielt scharfe Urteile gegen Wilhelm II. (dort nur „Wilhelm von Hohenzollern“ genannt), das preußische Offizierkorps und das Beamtentum. Lambach hat aus seiner antimonarchischen Einstellung schon damals kein Hehl gemacht.

²⁾ Vgl. zum Problem auch Schlange-Schöningen a.a.O. S. 27.

³⁾ Vgl. einen ungezeichneten Artikel in „Politische Wochenschrift“ IV/23 vom 7. Juni 1928 — also noch vor Lambachs Artikel —: „Das Bekenntnis zur Staatsform muß innerhalb der Rechten freigegeben werden, so daß in der Arbeit um Staat und Volk Royalisten wie konservative Republikaner innerhalb einer erneuerten Rechten sich die Hand reichen können“ („Neue Männer, neuer Weg“, ebda, S. 476).

⁴⁾ „Der Staatsbürger“, Heft 9, S. 8 (zitiert nach Johann Gildemeister, „Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei vom Oktober 1929 bis Mai 1932 mit besonderer Berücksichtigung derenspaltung der Volkskonservativen“, Staatsexamensarbeit Hamburg 1951, Anm. 265).

⁵⁾ Brief Treviranus' an v. Restorff vom 23. August 1928 (W.-A.).

⁶⁾ „Hamburger Nachrichten“ vom 10. Juli 1928 (zitiert nach „Handelswacht“ Nr. 14 vom 25. Juli 1928).

⁷⁾ Hierzu und zum Folgenden vgl. Graf Westarp, „Aufgaben der Deutschnationalen Volkspartei“, Deutschnationale Flugschrift Nr. 330, 1928. — (Enthält eine Schilderung des Ablaufs des „Falles Lambach“ bis zum Ausschluß aus dem Landesverband).

Rücktritt Graf Westarp vom Parteivorsitz zu einer Wende in der Entwicklung der DNVP¹⁾.

Bei Eröffnung der Tagung der Parteivertretung am 8. abends wurde sogleich ein Beschluß von 15 Landesverbänden verkündet, der von Westarp als Mißtrauensvotum und als Eingriff in die Unabhängigkeit der zur Entscheidung des Falles Lambach berufenen Instanzen empfunden wurde. Hugenberg als Sprecher der als geschlossene Front auftretenden 15 Landesverbände lehnte es ab, den Beschluß zurückzunehmen. Darauf erklärte Graf Westarp, unter diesen Umständen den Parteivorsitz nicht länger beibehalten zu können.

Es scheint, als wenn die Parteivertretertagung, vor allem infolge einer unglücklichen Regie von Treviranus, schlecht geleitet worden sei²⁾. Treviranus selbst führte die herrschende Verwirrung auf die Disziplinlosigkeit „der gesondert marschierenden Landesverbände, die aus einer erregten Diskussion die Uneinigkeit prononciert in einer Erklärung niederlegten“, zurück und darauf, daß ein geregelter Ablauf des Lambachfalles nicht vorbereitet werden konnte, da „in Parteileitung und Parteivorstand eine starke Minderheit jeden Versuch einer Regelung als Versuch des Vertuschens ansah und dem Parteivorsitzenden die Möglichkeit nahm, diesem Wunsche zu opponieren³⁾“. Wie dem auch sei, der Tagungsverlauf des 9. ging nicht reibungsloser ab als am Vortage. In der Vormittagssitzung wurde erneut der Beschluß der 15 Landesverbände zur Erörterung gestellt. Darauf gab Westarp den Tagungsvorsitz an Wallraf. Eine einstimmig beschlossene Aufforderung, Westarp möge den Vorsitz weiterführen, wurde von ihm als Rücknahme des Mißtrauenscharakters des Beschlusses der Landesverbände akzeptiert. Er brachte dann folgenden Antrag ein⁴⁾:

„... Die Parteivertretung erwartet, daß alle Parteiangehörigen die von den zuständigen Instanzen in voller Unabhängigkeit zu treffende Entscheidung über die Angelegenheit Lambach anerkennen und die Einheit und die Geschlossenheit der Partei wahren werden, deren es bedarf, um die Aufgaben zu erfüllen, die ihr aus dem Wahlergebnis des 20. Mai erwachsen sind.“

Nach der Neuaufnahme der Sitzung 12 Uhr mittags — in der Zwischenzeit hatte Graf Westarp mit Hugenberg und General v. Dommès, dem Landesverbandsvorsitzenden Lambachs, konferiert — erklärte Hugenberg, Westarps Antrag nicht annehmen zu können und eine neue eigene Entschließung einbringen zu wollen. Dies bedeutete den Konfliktfall: Westarp übergab abermals Wallraf die Verhandlungen und verließ den Saal. In der fortgeführten Versammlung wurde daraufhin, entgegen dem Antrag einer Minderheit, beschlossen, die Ent-

¹⁾ Vgl. zum Tagungsablauf Graf Westarp, Brief „An die Herren Landesvorsitzenden — Vertraulich“ vom 12. Juli 1928; ferner Treviranus an DNVP Wiesbaden (Fresenius) vom 28. Juli 1928; dgl. Graef-Anklam an Graf Westarp vom 25. Juli 1928; dgl. DNVP-Landesverband Ostpreußen an Graf Westarp vom 31. Juli 1928 (alle W.-A.).

²⁾ Graef-Anklam a.a.O.

³⁾ Treviranus a.a.O.

⁴⁾ Graf Westarp a.a.O.

scheidung über den Fall Lambach „den satzungsgemäß berufenen Instanzen zu überlassen und ihnen die vorliegenden Anträge auf Ausschluß als Material zu überweisen“¹⁾).

Am 24. Juli 1928 schloß der für den Fall zuständige Landesverband Potsdam II Lambach aus der Partei aus²⁾). Die Revision, die Lambach beim Parteigericht einlegte, verschärfte die Auseinandersetzung weiter³⁾). Eine Fülle von Vorwürfen ergoß sich über Parteivorstand und Parteivertretung und machte im Hinblick auf den relativ geringfügigen politischen Anlaß deutlich, in welchen ausschließlichen Gesinnungskategorien das deutschnationale politische Bewußtsein sich erschöpfte⁴⁾).

Graf Westarp bemühte sich — trotz sachlicher Ablehnung des Lambach-Artikels in einer Stellungnahme in der „Kreuzzeitung“⁵⁾ — ausgleichend zu wirken. Er ersuchte den Reichstagsabgeordneten Schultz-Bromberg, er möge den Vorsitz des Parteigerichts in Sachen Lambach übernehmen, da dessen 1. Vorsitzender, Wallraf, die Verhandlungsführung infolge von gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, sein Verhalten in der Dawesabstimmung und als Führer einer Parteirichtung betreffend, strikt ablehne⁶⁾). Den Stellungnahmen, die für Lambach abgegeben wurden, so in dem Organ des Reichslandbundes „Deutsche Tageszeitung“⁷⁾), standen weiterhin heftige Angriffe in der Scherl-Presse, gipfelnd in Hugenbergs Manifest „Block oder Brei“⁸⁾), gegenüber. Das endlich am 29. August unter dem Vorsitz Schultz-Brombergs zusammengetretenen Parteigericht faßte folgendes Urteil⁹⁾:

„. . . Unter Abänderung des Beschlusses des Vorstandes des Landesverbandes Potsdam II vom 24. Juli 1928 wird gegen den Reichstagsabgeordneten Lambach auf einen Verweis erkannt.“

Begründung:

„Dem Landesvorstand Potsdam II wird darin beigetreten, daß der Aufsatz ‚Monarchismus‘ des Abgeordneten Lambach nach Form und Inhalt scharf zu mißbilligen ist. Andererseits hat das Parteigericht unter Würdigung des gesamten Sachverhalts die

1) Graf Westarp, „Aufgaben der DNVP“ a.a.O.

2) Begründung des Ausschlusses (29 Maschinenseiten) in W.-A.

3) Vgl. einen Brief von DNVP-Generalsekretär Klett an Graf Westarp vom 27. Juli 1928 (W.-A.).

4) Die Stellungnahme des Vorstandes des Landesverbandes Hamburg der DNVP gegen Lambach ist abgedruckt in: „Handelswacht“ Nr. 14 vom 25. Juli 1928.

5) Abgedruckt in „Handelswacht“ a.a.O.

6) Vgl. Briefe Graf Westarps an Wallraf und Schultz-Bromberg vom 26. Juli 1928 (W.-A.).

7) Vgl. „Handelswacht“ Nr. 15 vom 10. August 1928. — Zur Motivierung des gemäßigten Verhaltens des Reichslandbundes vgl. Brief Treviranus an v. Restorff vom 23. August 1928 (W.-A.): „. . . Bei uns im Reichstag weiß ja jedes Milchmädchen, daß unsere ganze Schutzzollpolitik ohne offene und geheime Pakte mit den christlichen Gewerkschaftlern in den anderen Parteien weder erreicht noch durchgehalten worden wäre . . .“

8) Alfred Hugenberg, „Block oder Brei“, „Berliner Lokalanzeiger“ vom 26. und 28. August 1928.

9) Wortlaut nach „Der Deutschnationale“ IV/9, September 1928.

Überzeugung gewonnen, daß der Abgeordnete Lambach nicht einen Verstoß gegen das Parteiprogramm beabsichtigt habe, sondern der Partei habe nützen wollen. Da die monarchische Gesinnung des Herrn Lambach und sein öffentliches Eintreten dafür außer Zweifel stehen und er überdies sein Bedauern ausgedrückt hat, Gefühle der Verehrung verletzt zu haben, kommt das Parteigericht zu dem Schluß, daß man Herrn Lambach nicht aus der Partei ausschließen könne, weil er einen falschen Weg eingeschlagen habe für einen Zweck, den er für die Partei nützlich hielt. Es bleibt aber die Mißbilligung, die auch das Parteigericht zu dem Aufsatz „Monarchismus“ aussprechen muß. Deswegen ist gemäß § 21 Absatz 2 der Satzungen auf einen Verweis erkannt worden . . .“

Auch mit dieser gewundenen Erklärung waren die Auseinandersetzungen noch nicht abgeschlossen. Am 7. September ging bei Graf Westarp ein von den Landesverbänden Osnabrück, Hannover-Süd, Bremen, Grenzmark und Potsdam I gestellter Antrag ein, auf Ende Oktober erneut die Parteivertretung einzuberufen und als Punkt 1 auf die Tagesordnung einen Antrag folgenden Inhalts zu setzen:

„Die Parteivertretung erwartet, daß Herr Lambach auf Grund des Spruches des Parteigerichtes und zur Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schädigung der Partei seine Parteiämter und sein Reichstagsmandat niederlegt.“

Nach der Satzung mußte diesen Wünschen nachgekommen werden¹⁾.

Habermann, der Generalsekretär des DHV, stellte in der „Handelswacht“ damals fest, „bei Gelegenheit der von Lambach entfachten Diskussion über Republik und Monarchie“ habe sich in der DNVP „ein unpolitisches Wesen von beängstigendem Ausmaß gezeigt“²⁾. Und der demokratische „Hamburger Anzeiger“ bemerkte, daß es „wegen des inneren Gegensatzes von konservativ und reaktionär“ zweifelhaft erscheine, ob „die neuen volkskonservativen Elemente... auf die Dauer in parteiorganisatorischer Verbindung mit den alten reaktionären Elementen in der DNVP“ bleiben könnten³⁾.

2. Der Übergang im Parteivorsitz von Graf Westarp auf Hugenberg

Für die gemäßigten Kräfte in der Partei kam alles jetzt darauf an, Graf Westarp zu einer Wiederkandidatur für den Parteivorsitz zu gewinnen und seine Wahl durchzusetzen. Es war vorauszusehen, daß die Abstimmung bei der für den 20. Oktober anberaumten Parteivertretertagung zu einem „Kampf um die letzte Stimme“ werden würde⁴⁾. Zwar war es Westarp in der Sitzung der deutschen Reichstagsfraktion am 2. Juli gelungen, als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt zu werden. Aber die Stimmung in der Fraktion war nicht identisch mit der in der Partei. Bei der Parteivertretertagung am 8. Juli war es offenkundig

¹⁾ Brief Graf Westarp an Lambach vom 7. September 1928 (W.-A.).

²⁾ Max Habermann, „Querverbindungen; Eine politische Betrachtung zum ‚Fall Lambach‘“, in: „Handelswacht“ Nr. 14 vom 25. Juli 1928.

³⁾ Nach „Handelswacht“ a.a.O.

⁴⁾ Briefe Lambachs an Rippel und Dr. Koch vom 11. Oktober 1928 (W.-A.) — Westarp wird dort „der zur Zeit stärkste Gegenspieler gegen unsere Gegner“ genannt.

geworden, „daß Hugenberg den größeren Teil der Versammelten auf seiner Seite hatte und die künftige Parteiparole bestimmen konnte“¹⁾. Trotzdem war Westarps Autorität noch groß und der Ausgang der Wahl noch völlig offen. Aber er allein bot die Garantie, daß die gemäßigten Kräfte nicht aus der Partei hinausgedrängt werden würden. In einem Artikel in der „Kreuzzeitung“ nahm er wieder einen vermittelnden Standpunkt ein und führte die aufgetretenen Gegensätze „auf die deutsche Gründlichkeit . . . in der Verfechtung der Grundsätze“ zurück²⁾. Er sah oder wollte nicht sehen, daß diese Grundsätze nur Vorwände für politische Absichten waren.

Die Kreise um Hugenberg waren sich über den Widerstand, der in der Person Westarps für ihre Ziele beschlossen lag, im klaren. Sie bemühten sich, schon vor der Parteivertretertagung die Streitfragen in ihrem Sinne zu entscheiden. Sie entfalteten eine starke Propagandatätigkeit und „eine ins Groteske wachsende Hetze“ gegen Lambach und Treviranus³⁾. Gleichzeitig entwickelten sie den Plan eines „Führungs-Triumvirats“, mit dessen Hilfe Westarps Einfluß neutralisiert werden sollte⁴⁾. Es sollte bestehen aus Graf Westarp, Hugenberg und dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, v. Winterfeld. Der Plan stieß, da v. Winterfeld als mit Hugenberg verbündet angesehen wurde, auf Widerstände in Reichstagsfraktion wie Parteivertretung und fand auch durch Westarp eine feste Ablehnung, „weil dadurch nicht die für die Autorität der Parteileitung unerläßliche Klarheit der Verhältnisse geschaffen würde“⁵⁾.

Nun entwickelten die gemäßigten Kräfte einen Gegenvorschlag. Die Landesverbände, die sich nicht dem Diktat Hugenbergs fügen wollten, wandten sich an den früheren Parteivorsitzenden Hergt mit der Bitte, ob er den Vorsitz nicht wieder übernehmen wolle. Hergt sagte nicht nein, forderte aber, daß wenigstens die Partei in der Mehrheit sich auf ihn einige. Hugenberg und die hinter ihm stehenden Landesverbände lehnten ab. So trat die Parteivertretung am 20. Oktober zur Wahl zusammen, ohne daß eine interne Vorklärung erfolgt war. Schlange-Schöningen unternahm einen letzten Versuch, doch noch Hergt zu präsentieren. Hergt war einverstanden, wünschte aber statt Zettelwahl offene Abstimmung. Hugenberg bestand auf Zettelwahl⁶⁾. Ein Ausgleichsvorschlag des Landesverbandsvorsitzenden Ostpreußen, v. Restorff, der erneut den Gedanken eines

¹⁾ Heinrich Teipel, „Graf von Westarp, der Parlamentarier wider den Parlamentarismus“, S. 83 ff. — Dagegen spricht allerdings eine Äußerung Freytagh-Loringhovens, zitiert bei Hiller v. Gaertringen a.a.O. S. 546, Anm. 7.

²⁾ „Kreuzzeitung“ Nr. 14 vom 2. September 1928.

³⁾ Lambach a.a.O. — Treviranus war kurz nach Lambachs Aufsatz für diesen öffentlich eingetreten; vgl. „Politische Wochenschrift“ IV/26 vom 28. Juni 1928, S. 540 ff.

⁴⁾ Wahrmond, „Gericht über Hugenberg“, S. 51 ff.; dgl. Entwurf Graf Westarps zu einer Selbstrechtfertigung, Manuskript bei den Westarp-Akten.

⁵⁾ Graf Westarp, „Entwurf“ a.a.O.; dort auch die bündige Formulierung: „... ist der Gedanke einer Führung durch drei gleichberechtigte Vorsitzende an dem Widerspruch und der Ablehnung des Grafen Westarp gescheitert . . .“

⁶⁾ Wahrmond a.a.O.

Triumvirats aus Hugenberg, Schlange-Schöningen und einem dritten Herrn vorbrachte, scheiterte an Schlange-Schöningen, der diese Basis als nicht tragfähig ansah¹⁾. Darauf erfolgte die vor allem von den alldeutschen Abgeordneten Dr. Bang, Gok und Frhr. v. Freytagh-Loringhoven betriebene Wahl von Hugenberg²⁾. Das Abstimmungsergebnis blieb geheim, so daß sich Berichte, daß Hugenberg nur mit Mehrheit von wenigen Stimmen gewählt worden sei, nicht erhärten lassen³⁾. Die von Eyck — wenn auch zweifelnd — angenommene Einstimmigkeit bei der Wahl⁴⁾ ist unter Berücksichtigung der gespannten Atmosphäre bei der Parteivertretertagung sehr unwahrscheinlich. — Zusammen mit Hugenberg wurde der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover, ein ihm ergebener Anhänger, an Stelle von Treviranus zum „Politischen Beauftragten“ der Partei gewählt.

Hugenberg machte von vornherein klar, daß unter seiner Führung ein härterer Kurs als bisher gesteuert werden würde⁵⁾. Wenn der als stellvertretender Parteivorsitzender wiedergewählte Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau wenige Tage nach Hugenburgs Wahl öffentlich erklärte: „Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den großen politischen Tagesfragen bleibt die gleiche wie bisher“⁶⁾, so war das neben der „offenen Demonstration gegen das von Hugenberg bei der Übernahme des Amtes verkündete Programm“⁷⁾ ein vergeblicher Versuch, Hugenberg auf eine mittlere Linie festzulegen. Im Dezember, knapp zwei Monate nach der Wahl, verlangte und erhielt er von der Parteileitung umfangreiche Vollmachten. Die über und neben dem Parteivorstand bestehende Parteileitung, die sich aus 32 Mitgliedern zusammensetzte, wurde beseitigt, und „das Schwergewicht der Beratung und Beschlußfassung wurde in den Parteivorstand verlegt, nachdem dessen Mitgliederzahl . . . herabgesetzt und den Vorsitzenden der Landesverbände als den Trägern der Organisation die Mitgliedschaft im Vorstand ipso jure zugestanden worden war“⁸⁾. Bei den Beratungen über den Youngplan ein halbes Jahr später sicherte sich Hugenberg auch seine Stellung gegenüber der Reichstagsfraktion, indem er sich das Recht und die Pflicht

¹⁾ Schlange-Schöningen, „Am Tage danach“, S. 33.

²⁾ Vgl. Junius Alter (Pseudonym für Walter Sontag), „Nationalisten; Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit“, Leipzig 1930, S. 151.

³⁾ Gildemeister a.a.O. S. 17 spricht (nach zeitgenössischen Pressegerüchten) von fünf, Treviranus von nur einer Stimme Mehrheit bei der Wahl Hugenburgs.: vgl. G. R. Treviranus, „Ein Politiker der Weimarer Republik“ (über Graf Westarp), in: „Tagesspiegel“ Nr. 5751 v. 12. 8. 1964, S. 3.

⁴⁾ Vgl. Eyck a.a.O. S. 216; feststehend ist, daß gegen Hugenberg kein Gegenkandidat aufgetreten ist.

⁵⁾ Vgl. Hugenburgs Rede auf der Parteivertretertagung nach seiner Wahl, „Die politische Lage Deutschlands und unsere Aufgaben“, Deutschnationale Flugschrift Nr. 503.

⁶⁾ Otto Kriegk, „Hugenberg“, Leipzig 1932, S. 82.

⁷⁾ Kriegk ebda.

⁸⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 55.

bestätigen ließ, die Politik von Partei und Fraktion entscheidend festzulegen¹). Der Satz, mit dem Graf Westarp der Parteivertretung am 20. Oktober 1928 gegenübergetreten war: „... Was heute in diesem Saal geschieht, kann zu einem Wendepunkt in der Geschichte des gesamten deutschen Volkes werden²)“, sollte seine unaufhaltsame Bestätigung finden.

Es kann unter diesen Umständen nur gefragt werden, wie ein solcher Führungswechsel mit allen politischen Konsequenzen, wie sie der Wechsel im Parteivorsitz von Graf Westarp auf Hugenberg zur Folge hatte, gegen den Widerstand der verantwortungsbewußten Kräfte in der Partei möglich wurde. Er war wohl nur möglich, weil Graf Westarp, „in einem langen politischen Leben müde geworden und offenbar angewidert durch die unaufhörlichen inneren Streitigkeiten“, es ablehnte, um seinen Posten zu kämpfen. „Hätte er es getan, er wäre nicht gestürzt³).“ Aber damit ist nicht erklärt, wie ausgerechnet „der Geheimrat Hugenberg, der Führer des industriellen, scharfmacherischen Flügels, ... ein äußerst starrsinniger und vollkommen unbelehrbarer Mann, der sich in schroffer ‚doktrinärer‘ Opposition gefiel und damit zum Totengräber des echten konservativen Ideengehalts der Partei wurde⁴)“, an seine Stelle rückte. Hugenberg besaß nichts von dem, was man von einem konservativen Staatsmann erwartete⁵), „weder rednerische noch schriftstellerische Fähigkeiten zeichneten ihn aus⁶)“, und „wo er zur Jugend oder zur Frontgeneration sprach, wurde das Fehlen eines unmittelbaren Kontaktes geradezu körperlich fühlbar⁷)“, wie ein mit Hugenberg sympathisierender Biograph sagen mußte. Auch der ihm nahestehende Frhr. v. Freytagh-Loringhoven wußte sich, um Hugenbergs politische Qualitäten herauszustellen, nur mit einem Analogieschluß zu behelfen, indem er sagte, daß „ein weltfremder Doktrinär noch niemals erfolgreicher Geschäftsmann“ gewesen sei⁸). Hugenberg, der engster Kampfgefährte von Claß war und alle Unternehmungen des Alldeutschen Verbandes seit dessen Gründung, einschließlich der Kritik an Wilhelm II., mitgemacht hatte⁹), war in der Tat allein durch den „dominierenden Einfluß seiner zielstrebig zusammenorganisierten Pressemacht, ... die im Endeffekt schwerer wog als die größere Aktivität seines

¹) Vgl. Gildemeister a.a.O. S. 17.

²) Rede von Graf Westarp vor der Parteivertretung Sonnabend, den 20. Oktober 1928 (W.-A.).

³) So Schlange-Schöningen a.a.O. S. 32 f.

⁴) Walter Görlitz, „Hindenburg“, Bonn 1953, S. 304.

⁵) Vgl. Georg Quabbe, „Tar a Ri“, S. 121: „Es ist die Art des konservativen Staatsmannes, aus den Tatsachen das Ideal zu zimmern, die lebendige Umwelt auf ihre Wünsche abzuhorchen; nicht einen Tatbestand zu schaffen, weil er irgendeinem heteronomen Ideal entspricht, sondern die Form und Behandlung, die nur der Staatsmann geben kann, einem Substrat angedeihen zu lassen, das existiert und nach Form verlangt.“

⁶) Eyck a.a.O. S. 216.

⁷) Junius Alter a.a.O. S. 155.

⁸) Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 45.

⁹) Vgl. Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 23 f.

auf derselben politischen Linie liegenden Fraktionskollegen und Freundes Dr. Bang, . . . zum Führer der Deutschnationalen geworden¹⁾“. Darüber hinaus verstand er es, die durch die Revolution „im Bürgertum erzeugten Komplexe . . . mit allen Mitteln eines sehr scharfen Verstandes zu pflegen“ und auszunutzen²⁾. Eine politische Naivität wie die seines Ausspruchs: „Worauf es ankommt, ist die Frage, was anstelle der Parteien und des Parlamentarismus treten soll³⁾“, zeigte allerdings, daß auch er selbst diesen Komplexen weitgehend erlegen war.

„Der Kampf zwischen Hugenberg und Graf Westarp“, schrieb Sigmund Neumann, „wurde — ähnlich dem des Presselords Beaverbrook gegen Baldwin in England, nur mit umgekehrten Vorzeichen — zu einem Ringen zwischen zwei Führertypen⁴⁾“. Daß Hugenberg an die Stelle eines durch eine lange politische Schule gegangenen Parteiführers wie Graf Westarp gelangte, der schon „im alten Reich die rechte Hand Heydebrands gewesen“ war⁵⁾, dem Klugheit, Kenntnisse, Fleiß und persönliche Integrität auch von politischen Gegnern bestätigt wurden⁶⁾ und dessen Entwicklung nach Ansicht späterer Beurteilung „folgerichtig, seinem Charakter und seinen Anschauungen entsprechend, die ganze Linie vom konservativen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag von 1912 bis zum Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung ohne Bruch durchlief⁷⁾“, zeigte den Rückgang der echten konservativen Kräfte in der Partei und das mächtige Anwachsen ihres alldeutsch nationalistischen Flügels. Westarps Schwäche war vielleicht eine Neigung zu Unentschlossenheit und Kompromissen, wo er selbsttätig hätte handeln müssen, eine hinter äußerer Strenge verborgene Sensibilität, die dazu führte, daß das Bild desselben Mannes, das „ruhig und zielklar in der Mitarbeit an der Regierung“ wirkte, in der Opposition leicht verschwommene Züge annahm⁸⁾. Gerade daran erwies sich deutlich sein altkonservativer, gouvernemental eingestellter Charakter. Doch man wird seinem Biographen Heinrich Teipel, dem Chefredakteur der Berliner „Germania“, zustimmen müssen, daß Graf Westarp der „Repräsentant . . . , doch niemals das Produkt einer bestimmten politischen ‚Kaste‘ war“, daß sein politisches

¹⁾ Alter a.a.O. S. 141 f.

²⁾ Ullmann a.a.O.

³⁾ Alfred Hugenberg, „Parteien und Parlamentarismus“, in „Der Tag“ vom 9. Januar 1926 (nach Wahrmond a.a.O. S. 42).

⁴⁾ Sigmund Neumann, „Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege“, Berlin 1932, S. 69.

⁵⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 28.

⁶⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. — Weshalb Görlitz, „Junker“, S. 330, Westarp als „des parlamentarischen Lebens im Grunde unkundig“ bezeichnet, ist nicht verständlich. Westarp war seit 1908 fast ununterbrochen bis 1932 Mitglied des Reichstages, die längste Zeit als Fraktionsführer.

⁷⁾ Gildemeister a.a.O. S. 76 f.

⁸⁾ Vgl. die Porträtskizze „Graf Westarp“ in „Politische Wochenschrift“ II/12 vom 25. März 1926; dgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O.

Bekenntnis für ihn niemals der grundsätzlichen Problematik enthoben blieb und daß er „stets innerlich in dem Maße unabhängig gewesen ist, wie überhaupt ein Mensch mit selbsterarbeiteter und festgegründeter politischer Lebensauffassung unabhängig sein kann. Da er trotzdem in hohem Maße konservativ im altpreußischen Sinn geblieben ist und auch so gelten wollte, . . . so konnte es allerdings nicht ausbleiben, daß er in politische Konflikte kommen mußte, daß er für viele allmählich zwiespältig erschien . . .“¹⁾. So ist er „nicht zu der Stellung eines verantwortlichen Staatsmannes im engeren Sinne des Wortes gelangt, zu der er kraft seiner politischen Begabung, seiner Untadeligkeit und auch seines immensen Fleißes wohl berufen sein konnte . . .!“²⁾.

III. Der Ausbruch der Krise (1929)

1. Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan

Die durch den Youngplan²⁾ eingeleitete Revision des Dawesplans traf anfänglich auf starke Vorbehalte der deutschen Regierung und des Reichsbankpräsidenten Schacht, der in der Folge öffentlich gegen den Youngplan, dessen vorbereitendes Gutachten von ihm mitunterzeichnet war, polemisierte³⁾. Die Befürchtungen bezogen sich vor allem auf den Fortfall der Transferschutzklausel und die Höhe und Langfristigkeit der geplanten Zahlungen (durchschnittlich 2 Milliarden Goldmark jährlich in gestaffelten Raten). Als Vorteile waren die Vorverlegung der Rheinlandräumung um 5 Jahre, der Fortfall der bisherigen Kontrollen und Pfänder aus dem Dawesplan und für die ersten drei Jahre eine Ermäßigung der Annuitäten gegenüber dem Dawesplan um etwa 700 Millionen Mark anzusehen. Unter Berücksichtigung aller Faktoren entschloß sich die Reichsregierung zur Teilnahme an der am 5. August 1929 beginnenden Haager Konferenz, die am 30. August mit dem „Haager Protokoll“, in dem der Youngplan grundsätzlich von allen Beteiligten gebilligt wurde, endete.

Die Aktivität Hugenburgs und der DNVP während der Pariser Vorverhandlungen war gering. Abgesehen von einer Panikmache gegen die deutsche Währung in den beiden Hauptorganen von Hugenburgs Scherl-Konzern, dem „Tag“ und dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, im März und April 1929, die später von ihren

¹⁾ Heinrich Teipel, „Graf Westarp“, S. 3 ff.

²⁾ Vgl. Hans Ronde, „Von Versailles bis Lausanne; Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg“, Stuttgart 1950, S. 146 ff.; dgl. von deutschnationaler Seite Alexander Graf Brockdorf, „Das Youngsystem und seine Wirkung“, Langensalza 1930, S. 18 ff. Vgl. vor allem auch Wolfgang J. Helbich, „Die Reparationen in der Ära Brüning; zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930—1932“, Berlin 1962.

³⁾ Vgl. Eyck a.a.O. S. 237 ff., S. 284 f.; dgl. Helga Timm, „Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition“, Düsseldorf 1952, S. 141 ff.; Schachts Kritik ist niedergelegt in „Das Ende der Reparationen“, Oldenburg 1931 (vgl. dagegen Eyck a.a.O.).

eigenen Initiatoren — vermutlich nach Vorstellungen maßgeblicher Wirtschaftskreise — wieder eingedämmt werden mußte¹⁾, verhielt die Rechtsopposition sich abwartend. Die gemäßigten Kräfte in der Partei, die auf gestaltende Mitwirkung auch aus der Opposition drängten, waren dagegen der Ansicht, daß angesichts von kritischen Stimmen aus dem Zentrum, denen Kaas und die Zentrumspresse Ausdruck gegeben hatten, „für das Vöglersche Nein wohl eine andere politische Konstellation möglich“ gewesen wäre, „wenn die Hugenbergsche Führung sich nicht bewußt außerhalb jeder Bündnisfähigkeit nach der Mitte gestellt hätte²⁾“. In der grundsätzlichen Ablehnung des Vertrages stimmten sie mit Hugenberg überein, verwarfen aber die Methoden des von ihm zur Durchsetzung seiner Ziele gewählten Vorgehens, von dem sie sich keine Ergebnisse versprachen.

Am 9. Juli, noch vor Zusammentritt der Haager Konferenz, erfolgte die Gründung eines „Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan“ unter Beteiligung des Stahlhelms, der DNVP, der „Vaterländischen Verbände“ unter Graf v. d. Goltz, der Landvolkpartei, des Reichslandbundes und der erstmals mit der „Nationalen Opposition“ gemeinsam auftretenden NSDAP. Die Anregung zur Volksbegehrensfront war vom Stahlhelm gekommen und von Hugenberg in modifizierter Form aufgegriffen worden. Im Mittelpunkt der propagandistischen Aktion, die keine realpolitischen Auswirkungen versprach, aber geeignet war, den Bruch zwischen den Mittelparteien und der DNVP endgültig werden zu lassen, stand der „Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, auch „Freiheitsgesetz“ genannt³⁾. Der Text dieses Gesetzes wurde zusammen mit einem „Aufruf des Reichsausschusses an das

¹⁾ Vgl. „Der Niedergang der nationalen Opposition“, S. 22.

²⁾ Max Habermann, „Der Sieg des Börsenkapitals“, in: „Handelswacht“ Nr. 11 vom 10. Juni 1929.

³⁾ Textabdruck der abschließenden Fassung in Reichstagsdrucksache Nr. 1429, IV. Wahlperiode 1928/29, Anlage 1, sowie in Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 281 vom 2. Dezember 1929; die erste, noch schärfere Fassung abgedruckt in „Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933—45“, hrsg. von Walter Hofer, Fischer-Bücherei Nr. 172, 1957, S. 22. — Der abschließende Text hatte folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2

Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

deutsche Volk“ am 11. September verkündet, am 21. September nochmals redigiert und verändert und am 28. September mit einem Zulassungsantrag auf das Volksbegehren bei der Reichsregierung eingereicht. Am 30. September erfolgte die Festsetzung der Eintragsfrist auf den 16.—29. Oktober. Die amtliche Bekanntgabe des Eintragungsergebnisses am 2. November zeigte, daß das Volksbegehren mit 4,135 Millionen Unterschriften, etwas mehr als dem von der Verfassung geforderten Zehntel aller Stimmberechtigten, knapp angenommen war und damit dem Reichstag zur Beschlußfassung zugeleitet werden mußte.

Inzwischen waren innerhalb des Reichsausschusses wie innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei schwere Widerstände aufgetreten. Sie richteten sich, abgesehen von Zweifeln an der Zweckmäßigkeit des Volksbegehrens an sich¹⁾, vor allem gegen den Wortlaut von § 4 des „Freiheitsgesetzes“. Dieser Artikel, der ursprünglich summarisch von „Bevollmächtigten des Deutschen Reiches“ sprach und damit auch eine Strafandrohung gegen den Reichspräsidenten enthielt, wurde hinterher so begründet, daß das Verbot des ersten Artikels zwangsläufig die Sanktion im vierten bedingt habe²⁾. Dessen Aufnahme sei auch von namhaften Staatsrechtlern als notwendig erklärt worden, um Severing die geringste Möglichkeit zu entziehen, die Zulassung des Gesetzantrages mit der Begründung abzulehnen, das Gesetz sei ohne eine Strafbestimmung eine „Lex imperfecta“. Eine andere als die angedrohte Strafbestimmung des § 92,3 StGB sei aber für solche Fälle juristisch nicht gegeben gewesen.³⁾ Hier enthüllten sich die Konsequenzen, die eine Praktizierung von Hugenburgs „Gesinnungspolitik“ nach sich ziehen mußte: die Übertragung von moralisch-strafrechtlichen Gesichtspunkten auf die Entscheidung von Sachgegensätzen und die dadurch zwangsläufige Verwilderung des politischen Tageskampfes bis zur Androhung von Zuchthausstrafen für den andersdenkenden Gegner. In diesem

¹⁾ Gildemeister a.a.O. S. 65 führt das Kuriosum an, daß im parteioffiziellen deutschnationalen „Politischen Handwörterbuch“ von 1928 (S. 928 ff.) das Recht des Volksentscheids wie folgt charakterisiert wird: Er könne leicht dazu mißbraucht werden, „die Entscheidung wichtiger Rechts- und Wirtschaftsfragen unter Hintansetzung von Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der blinden Volksleidenschaft und dem Agitationsbedürfnis zu überlassen“.

²⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 63 f.

³⁾ So „Der Deutschnationale“ V/12. Dezember 1929.

§ 3

Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen. Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4

Reichskanzler und Reichsminister sowie deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Absatz 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den in § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.“

Sinne war das Volksbegehren „der eigentliche Start Adolf Hitlers zur Machtergreifung“¹⁾ und waren seine taktischen und agitatorischen Gewinner die Nationalsozialisten, die allein rücksichtslos genug waren, um seine letzten propagandistischen Möglichkeiten auszunutzen²⁾. Warnend wies am 15. Oktober ein Aufruf von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten, darunter die Professoren Anschütz, Einstein, von Harnack, Kahl und Meinecke, darauf hin, daß das deutsche Volk jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen habe³⁾. Hindenburg bemerkte zur Verbindung der Tribut- mit der Kriegsschuldfrage treffend: „Tribut zahlen wir nicht als Kriegsschuldige, sondern als Unterlegene“⁴⁾. In einem öffentlichen Schreiben an Reichskanzler Müller vom 18. Oktober 1929 teilte er mit, er bedauere und verurteile den § 4 des sogenannten „Freiheitsgesetzes“, wonach der Reichskanzler und die Reichsminister, die den Youngplan oder ähnliche Verträge unterzeichneten, als Landesverräter unter Anklage gestellt werden sollten⁵⁾.

Nicht zuletzt Hindenburgs Haltung war es, die in die Front des Reichsausschusses Bedenken, Zwiespalt und offene Auflehnung brachte. Am 9. September erfolgte die Fertigstellung der ersten Fassung des „Freiheitsgesetzes“. Am folgenden Tage erhob der Erste Direktor des Reichslandbundes, v. Kriegsheim, Bedenken im Vorstand des Reichslandbundes, vor allem gegen die Fassung von § 4, worauf der Reichslandbund § 4 förmlich beanstandete. Am Nachmittag sprachen Vertreter des Reichslandbundes mit Hugenberg und verlangten, er möchte die Bekanntgabe des „Freiheitsgesetzes“ verzögern und das Präsidium des Reichsausschusses nochmals zusammenrufen. Hugenberg lehnte dies ab mit der Begründung, daß der Entwurf schon gedruckt, z. T. schon in den Händen der Presse sei und daß die Verzögerung der Bekanntgabe die Arbeit des Volksbegehrens erschweren und der gegnerischen Agitation nur weiteren Stoff liefern würde. Daraufhin teilte der Reichslandbund am 12. September in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ offiziell mit, daß er gegen den § 4 des „Freiheitsgesetzes“ sei⁶⁾.

Am 17. September richtete der Reichslandbund an Graf Westarp eine Denkschrift, in der er seine Bedenken näher erläuterte. Es hieß darin: „Paragraph 4 will zwar den Reichspräsidenten nach seiner Fassung ausnehmen; indes kann auch der Reichspräsident als Bevollmächtigter des Reichs angesehen werden und unter die Bestimmungen fallen. Unzweifelhaft muß auch der Reichspräsident ein Gesetz über den Youngplan ‚zeichnen‘. Selbst wenn man den Reichspräsi-

¹⁾ Ullmann, „Durchbruch zur Nation“, S. 275.

²⁾ Max Habermann in „Handelswacht“ Nr. 18 vom 25. September 1929.

³⁾ Vgl. Leo Wegener, „Hugenberg“, Sölln-München 1930, S. 32.

⁴⁾ Randbemerkung Hindenburgs auf einem Artikel in der „Kreuzzeitung“, nach Görlitz, „Hindenburg“, S. 320.

⁵⁾ Vgl. Görlitz a.a.O. S. 311.

⁶⁾ Wegener a.a.O. S. 30 ff.

dentem als juristisch nicht betroffen ansehen wollte, so wird er doch, da ja das Zeichen infamiert ist, moralisch betroffen¹⁾.

In einer Besprechung der deutschnationalen Parteiführer am 20. September im Reichstag sprach Hugenberg von der Kritik des Reichslandbundes als „Dolchstoß Kriegsheim“, erklärte, die Forderung nach Streichung des § 4 sei zu einem Zeitpunkt überbracht worden, als es zu spät war, und schnitt im übrigen das Thema mit den Worten ab: „Hitler hat entschieden abgelehnt.“ Schiele, als Vertreter des Reichslandbundes, widersprach ihm, und Graf Westarp, der dessen Bedenken teilte, bemerkte, „er stehe nicht an, für den Fall, daß eine Option zwischen Landbund und Nationalsozialisten sich nicht vermeiden ließe, . . . dringend zu bitten, daß für den Landbund optiert werde“. Das sei auch für die weitere Arbeit der Fraktion unerlässlich. Weiter bat er dringend, den § 4 zu streichen und befürwortete den Vorschlag Schieles, den § 3 so zu fassen, daß auch ein inzwischen erlassenes Gesetz zum Youngplan nicht ausgeführt werden dürfe. Auch dies lehnte Hugenberg ab²⁾.

Am 21. September kam es zur Tagung des Präsidiums des Reichsausschusses in Berlin. Hier gelangte man schließlich zu einer Einigung über die Gegensätze zwischen Reichslandbund und Landvolkpartei einerseits und den übrigen Mitgliedern des Reichsausschusses andererseits. Hugenberg mußte nachgeben. Der § 4 wurde so abgeändert, daß Hindenburg nicht mehr betroffen werden konnte. Er begann jetzt: „Reichskanzler und Reichsminister sowie *deren* Bevollmächtigte . . .“. Im übrigen blieb der § 4 bestehen. Es blieb auch die grundsätzliche Stellungnahme der Vertreter des Reichslandbundes und der Landvolkpartei gegen die Strafbestimmungen des § 4 überhaupt bestehen. Die prinzipiellen Gegensätze waren also nach wie vor offen³⁾.

Bei der abschließenden Lesung des „Freiheitsgesetzes“ im Reichstag am 30. November 1930 enthielten sich siebzehn der anwesenden deutschnationalen Abgeordneten, die gegen den § 4 eingestellt waren, der Stimme⁴⁾. Das Gesetz wurde abgelehnt. Der folgende Volksentscheid am 22. Dezember 1929 ergab ein Anwachsen der Volksbegehrensfront von 4,1 auf 5,8 Millionen Stimmen, erreichte aber längst nicht die für die Annahme des Gesetzes erforderlichen 21 Millionen Stimmen. Am 20. Januar 1930 wurde der Youngplan als „Neuer Plan“ von der Reichsregierung in den Haag unterzeichnet, am 12. März vom Reichstag angenommen und schon am 13. März von Hindenburg als Reichspräsidenten gezeichnet. Sofort nach dem Scheitern des Volksentscheides waren Landvolk-

¹⁾ Denkschrift des Reichslandbundes an Graf Westarp vom 17. September 1929 (W.-A.), Abschnitt I/4.

²⁾ Niederschrift Graf Westarps über Besprechung deutschnationaler Parteiführer am 20. September 1929 im Reichstag (W.-A.).

³⁾ Vgl. den Artikel „Einheitsfront?“ (anonym) in: „Politische Wochenschrift“ V/39 vom 28. September 1929.

⁴⁾ Vgl. unten S. 65.

partei und Reichslandbund aus dem Reichsausschuß bereits ausgetreten. Die Agitation gegen den Youngplan war eine Niederlage Hugenbergs geworden.

2. Innerparteiliche Frontenbildung und Parteispaltung

Noch vor dem Scheitern von Volksbegehren und Volksentscheid war die Spaltung der DNVP vor auszusehen¹⁾. Die publizistische Auseinandersetzung zwischen den Anhängern und den Gegnern Hugenbergs vollzog sich in aller Öffentlichkeit. Die „völlige Abstinenz von der politischen Macht“, auf die sich die DNVP unter Hugenbergs Führung einrichtete, erweckte in den wirtschafts- und gewerkschaftsgebundenen Kreisen der Partei größte Besorgnis²⁾. Es stand zu befürchten, daß durch die reine Gesinnungspolitik, die Hugenberg der Partei vorschrieb — „durch Reinheit zur Kleinheit“, spotteten die Gegner —, jede weitere Koalitionsmöglichkeit verbaut würde³⁾. Schlange-Schöningen schrieb in der „Berliner Börsenzeitung“, der Ruf nach dem starken Mann und dem gesinnungseinheitlichen „Block“, der nach dem Zusammenbruch des „Systems“ die Führung übernehmen und bis dahin jede Zusammenarbeit mit der Republik ablehnen sollte, sei eine Utopie. Dieser Zusammenbruch werde sich niemals in chaotischen Formen, sondern in einer latenten Agonie abspielen. Das könne von keinem deutschnationalen Politiker verantwortet werden. Dem setzte der „Tag“ Hugenbergs stereotype Forderung nach „Kompromißlosigkeit“ entgegen: „was die Ausdehnung der Partei anlange, müsse sie an der Grenze der Weltanschauung ihre Tore schließen“⁴⁾. Die Gegensätze in der Partei wurden unüberbrückbar.

Sie verschärften sich noch durch den Kampf um das Volksbegehren. Ein „Jungnationaler Ring“, der nur bei dieser einen Gelegenheit an die Öffentlichkeit trat⁵⁾, veröffentlichte eine Kampfschrift „Der Niedergang der nationalen Opposition“⁶⁾, die eine heftige Anklage gegen Hugenbergs Politik war. Die dort und von anderen erhobenen Anschuldigungen gegen Hugenbergs Einstellung zur deutschen Außenpolitik fanden zusammenfassenden Ausdruck in einem

¹⁾ Dieser Erwartung gab der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff (DVP) in einem Aufsatz „Das Gebot der Stunde“, „Berliner Börsenzeitung“ vom 16. Oktober 1929, offen Ausdruck; vgl. Wegener a.a.O. S. 32.

²⁾ Vgl. Max Habermann, „Politik des Monats“, in: „Handelswacht“ Nr. 8 vom 25. April 1929.

³⁾ Vgl. Max Habermann, „Der Sieg des Börsenkapitals“, in: „Handelswacht“ Nr. 11 vom 10. Juni 1929.

⁴⁾ Vgl. die kritische Auseinandersetzung mit beiden Artikeln („Der Kampf um die Rechte“) in: „Politische Wochenschrift“ V/18 vom 4. Mai 1929, S. 413.

⁵⁾ Der „Jungnationale Ring“ war nicht identisch mit dem „Jungnationalen Bund“, der aus der Jugendbewegung hervorgegangen war: Schriftliche Mitteilung Dr. Dähnhardts an den Verf. vom 16. September 1956. — Nach einem Brief R. R. Beers an Gildemeister vom 3. April 1956. war der „Jungnationale Ring“ „... nur eine Firma“. Verfasser der Flugschrift war Hans Wendt, damals Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

⁶⁾ „Der Niedergang der nationalen Opposition; Ein Warnruf aus den Reihen der Jugend“, hrsg. vom „Jungnationalen Ring“, Berlin 1929.

Aufsatz, den Georg Quabbe nach seinem Ausscheiden aus der DNVP in Stapels „Deutsches Volkstum“ erscheinen ließ¹⁾).

Doch so energisch die Verfechter eines staatspolitisch verantwortungsbe-
wußten Kurses warnend ihre Stimme in der Öffentlichkeit erhoben, so gering
war ihre Wirkungsmöglichkeit in Partei und Fraktion²⁾. Der Einfluß der Reichs-
tagsfraktion auf die politische Gesamtlinie der Partei wurde stark eingeengt³⁾.
Westarps Aufnahme in den „Arbeitsausschuß“ des Reichsausschusses für das
Volksbegehren, auf der er in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender bestand,
gelang ihm erst nach einer schriftlichen Beschwerde bei Hugenberg; Hugenbergs
späte und ausweichende Antwort, in der er die notwendige „Geschlossenheit
und einheitliche Leitung des glücklich gebildeten Blocks“ betonte, zeigte deut-
lich, daß er Graf Westarp nach Möglichkeit auszuschalten suchte⁴⁾. Westarps
Zuwahl in den Arbeitsausschuß erfolgte erst am 30. November 1929, nachdem
das „Freiheitsgesetz“ schon eingereicht war. Nach Rücktritt vom Fraktions-
vorsitz am 4. Dezember legte Westarp auch seine Mitgliedschaft im Reichs-
ausschuß nieder⁵⁾.

Hugenbergs besondere Befürchtung galt den Kontakten, die Treviranus und
andere Reichstagsabgeordnete zum Zentrum unterhielten⁶⁾. Zwar mußte die

¹⁾ Vgl. Theodor Böttiger (Pseudonym für Georg Quabbe), „Außenpolitik der ‚Nationalen
Opposition‘“, in: „Deutsches Volkstum“, Jg. 1930, H. 2, S. 97 f.:

„Die ‚Nationale Opposition‘ . . . blickt anscheinend immer noch nach dem Westen und glaubt
ihre Kräfte in der Bekämpfung des Young-Planes entwickeln zu müssen . . . Da wir den Krieg
verloren haben, kommen wir um die Tribute nicht herum. Man mag bezweifeln, ob die auf der
Haager Konferenz beschlossenen Summen von Deutschland gezahlt werden können. Man mag
zweifeln, ob aus taktischen Gründen eine Fortdauer des provisorischen Zahlungssystems, wie sie
das Dawes-Gutachten vorsah, vorzuziehen ist. Aber man darf nicht *alle* Widerstandskräfte gegen
den Punkt des Versailler Diktates ansetzen, der die geringsten Erfolgsmöglichkeiten bei einem
Angriff bietet.“

²⁾ Vgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 65.

³⁾ Vgl. Hermann Ullmann, „Positive Opposition“, in: „Politische Wochenschrift“ V/32 vom
8. Juni 1929, S. 532 ff.

⁴⁾ Briefe Graf Westarp an Hugenberg vom 11. Juli 1929; Hugenberg an Graf Westarp vom
1. August 1929 (W.-A.).

⁵⁾ Brief Graf Westarp an Hugenberg vom 6. Dezember 1929 (W.-A.).

⁶⁾ Vgl. Brief Hugenbergs an Graf Westarp vom 24. August 1929 (W.-A.): „Bei der Entwicklung
der Dinge im Haag und der durch das Problem Stresemann entstandenen, besonderen Lage ist
nach früheren Erfahrungen damit zu rechnen, daß namentlich von jüngeren Zentrumsabgeord-
neten in verstärktem Umfang Fühlung mit unseren Herren gesucht werden wird. — Sie haben ja,
ganz in Übereinstimmung mit mir, wiederholt betont, daß die gegenwärtigen politischen und
Mehrheitsverhältnisse die Möglichkeit einer Regierungszusammenarbeit mit dem Zentrum aus-
schließen. Da durch Umdeutung und ungenaue Weitergabe von Couloirgesprächen in Zeiten
politischer Spannung aber allzuleicht unerwünschte Nebenwirkungen entstehen, wäre m. E. die
Bitte um größtmögliche Zurückhaltung an diejenigen Herren der Fraktion, die mit dem Zentrum
politisch in nähere Berührung kommen, vielleicht nicht überflüssig. —“. Daß Hugenberg *seiner-
seits* durchaus Kontakte mit dem Zentrum suchte, wird deutlich bei Schmidt-Hannover a.a.O.
S. 247 ff., wo von einem Gespräch Hugenbergs und Schmidts mit dem Zentrumsvorsitzenden,
Prälat Dr. Kaas, im September 1929 in Bad Kissingen berichtet und von „deutschnationalen
Bündnisvorschlägen“ gesprochen wird, die an Kaas gescheitert seien (ebda. S. 250).

praktische Bedeutung dieser Kontakte, solange die Große Koalition noch bestand, als gering angesehen werden¹⁾). Doch enthielten sie für Hugenberg eine latente Gefahr, die dadurch verstärkt wurde, daß Treviranus, an dessen Person und engen Kontakt zu Brüning sich die meisten dieser Hoffnungen knüpften, in der Partei recht populär war²⁾). Wie sich bald herausstellte, war Hugenburgs Verdacht nicht ungerechtfertigt.

Vorerst konzentrierte sich die Auseinandersetzung in der Partei auf Sinn, Form und Methoden des Volksbegehrens³⁾). Bereits im September hatten die Abgeordneten Hoetzsch, v. Keudell, Klönne und v. Lindeiner Graf Westarp mitgeteilt, daß sie nicht für den § 4 des Freiheitsgesetzes stimmen könnten. Am 3. Oktober berichtete Graf Westarp in der Fraktion über die Bedenken, die er Hugenberg gegenüber gegen das Volksbegehren und gegen den § 4 geltend gemacht hatte; abschließend stellte er fest, daß die Fraktion auf seinen Vorschlag widerspruchslös beschließen, sich trotz der Bedenken für das Volksbegehren einzusetzen. In der Woche vor dem 29. Oktober, dem Abschluß der Listenauslegung, traten, geführt von v. Lindeiner, Fraktionsmitglieder an Westarp heran mit der Ansicht, daß der Parteitag in Kassel ausgenutzt werden müsse, um gegen Hugenburgs Politik zu protestieren und einen Führerwechsel herbeizuführen. Westarp widersprach im Einvernehmen mit Hergt und Schiele. Sein Ziel sei in erster Linie, ohne Führerwechsel die Bedenken auszuräumen. Selbst wenn der Führerwechsel aber gewollt werde, sei die Partei noch nicht reif und der Parteitag werde nicht den geeigneten Boden abgeben, um einen Protest gegen Hugenberg wirksam zu machen. „Lindeiner bestand darauf, daß in Kassel etwas geschehen müsse, sonst werde sich eine Sezession vollziehen. Sie sei überhaupt kaum noch aufzuhalten. Die Christlich-Sozialen würden gedrängt, den Bruch zu vollziehen; von allen Seiten werde einer neuen volkshervorhebenden Sezession größtes Interesse entgegengebracht, auch ein sehr weitgehendes Geldangebot liege vor. 25 bis 30 Reichstagsabgeordnete hätten sich solidarisch erklärt und würden im Reichstag eine neue Fraktion bilden.“ Westarp riet dauernd dringend ab. Die Neugründung werde im Reichstag, wo ja selbst mit der geschlossenen deutschnationalen Fraktion eine antisozialdemokratische Mehrheit nicht zu bilden sei, aber auch im Lande ins Leere fallen. Das Ziel müsse sein, die DNVP mit oder ohne Hugenberg wieder auf den richtigen Weg zu

¹⁾ Vgl. Werner Conze, „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“, HZ 178, S. 80.

²⁾ Vgl. Wegener a.a.O. S. 35. — Treviranus, Kapitänleutnant a.D., 1924 in den Reichstag gewählt, prononciierter Vertreter der „Frontgeneration“ unter den jüngeren Reichstagsabgeordneten, war 1926/28 „Politischer Beauftragter“ der Partei. — Sein Kontakt zu Brüning datierte seit einer gemeinsamen Englandreise 1927 (mündliche Mitteilung von G. R. Treviranus an den Verf.).

³⁾ Vgl. zum Folgenden, z. T. unter wörtlicher Anlehnung bei einzelnen Auslassungen oder Umstellungen, eine „Niederschrift von Graf Westarp“ (vermutlich kurz nach oder um den 4. Dezember 1929) über Entwicklung und Ausbruch der Sezessionsbewegung; Originalmanuskript (11 Maschinenseiten und 1 Anlage) im Nachlaß Graf Westarps.

bringen. Zu einem entscheidenden Vorstoß sei die Zeit um so weniger reif, als § 4 sachlich bedeutungslos sei und in den sachlich entscheidenden Fragen — Zolltarif, Agrarpolitik, Ablehnung des Youngplans — volle Einigkeit herrsche. Die Wirkung der Fehlschläge der Hugenbergschen Führung müsse sich erst allmählich im Lande durchsetzen, und, da das in Kassel noch nicht der Fall sein werde, sei dort der psychologische Augenblick noch nicht gekommen. Den gleichen Standpunkt vertraten Hergt, der zu den Verhandlungen von Lindeiner nicht zugezogen wurde, und Schiele. Lindeiner, von Tag zu Tag schwankend, kam immer wieder darauf zurück, daß schon in Kassel der Bruch erfolgen müsse oder werde¹⁾.

Am 4. November 1929 beantragte Hugenberg die Einberufung der Fraktion auf den 18. November mit dem Thema „Die Politik der Partei in den nächsten Monaten“. Schiele, Lindeiner und Westarp verabredeten am 13., eine Diskussion in der Fraktion über die Haltung zum Freiheitsgesetz zu vermeiden. Am 14. besprach Hugenberg mit Graf Westarp das Programm, das er im Einvernehmen mit der Fraktion in Kassel vortragen wollte. Westarp warnte dabei davor, eine Festlegung dahin zu treffen, daß die Partei, solange die Große Koalition in Kraft sei, die Mitte prinzipiell nicht unterstützen oder, solange der Youngplan bestehe, an keiner Regierung teilnehmen würde. Er forderte Hugenberg weiter auf, den § 4 des Freiheitsgesetzes im Reichstag selbst zu begründen, um Widerstände in der Fraktion damit auszuräumen. Hugenberg lehnte dies ab.

Am 18. November führte die Fraktionssitzung — trotz der vorangegangenen Abmachung von Schiele, Lindeiner und Westarp — zu scharfer Konfliktstimmung wegen des § 4. Auf einen Antrag von Quaatz nach einem einstimmigen Beschluß, daß die Fraktion das Freiheitsgesetz einschließlich des § 4 annehmen werde, entgegnete Schiele, der ursprünglich dies nicht vorgehabt hatte, er werde aus seiner bisherigen Stellungnahme heraus den § 4 ablehnen müssen. Versuche von Westarp, die Diskussion noch einzudämmen, waren erfolglos. Erklärungen gegen den § 4 gaben unter anderen Schlange-Schöningen, v. Keudell, Klönne, v. Lindeiner und Hoetzsche ab. § 4 wurde als Anzeichen einer Politik gekennzeichnet, die das Band mit den anderen bürgerlichen Parteien zerreiße und die DNVP an die Politik der Nationalsozialisten fessele. Der Abgeordnete Schlange sprach von einer Führerkrise. Hingegen erklärte Hugenberg jedes Stimmen gegen § 4, auch die Enthaltung, die nur Bazille und Schiele zugestanden wurde, als Parteikonflikt. Westarp beendete die Sitzung nach siebenstündiger Dauer ohne Beschlußfassung²⁾.

In den Tagen vor Kassel nahm Hugenberg mit Graf Westarp keine Fühlung mehr auf. Am 20. November verabredeten v. Lindeiner, Schiele und Graf Westarp, ihrerseits in Kassel die Aussprache über den § 4 möglichst zu vermeiden. Schiele beharrte darauf, daß er nur gegen den § 4 stimmen könne. Graf Westarp

¹⁾ „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 1.

²⁾ Vgl. „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 2 f.

erklärte v. Lindeiner, daß er beabsichtige, in der Fraktion darauf hinzuwirken, daß niemand gegen den § 4 stimme und daß andererseits diejenigen, die sich enthalten oder fernbleiben würden, durch eine besondere Erklärung ihre Haltung rechtfertigen könnten. Sie sollten dabei betonen, daß sie im übrigen für das Gesetz, die Volksabstimmung und die außen- und innenpolitisch damit verbundenen Kampfziele einträten¹⁾.

Am 22./23. November fand der Parteitag in Kassel statt. Der Termin lag für die Hugenberg-Gegner ungünstig, da der Reichslandbund, eine ihrer Hauptstützen, zur gleichen Zeit in Berlin tagte²⁾. Die Opposition kam auf dem Parteitag nicht zum Ausdruck. Hugenberg eröffnete ihn mit einer Rede, die jede „Beteiligung an einem bürgerlichen Ordnungsblock, dessen Aufgabe die Durchführung des Youngplanes . . . wäre“, ablehnte. Zu dieser Zeit bereits war den meisten Mitgliedern der Fraktion ein Begebnis bekanntgeworden, das sich am Vortage, dem 21., in einer Sitzung des Parteivorstandes ereignet hatte³⁾.

Hugenberg hatte — in Abwesenheit von Treviranus, der dem Parteivorstand nicht mehr angehörte — einen Brief verlesen, den Treviranus am 1. November an einen Herrn v. Ahlefeldt in Bremen, den Bruder eines verstorbenen Freundes von ihm, gerichtet hatte. Der Brief soll anschließend Hugenberg durch eine Illoyalität des Bremer Landesgeschäftsführers der DNVP, Fagts, in die Hände gespielt worden sein⁴⁾. Seine Verlesung in der Parteivorstandssitzung bedeutete — abgesehen von der Ungewöhnlichkeit des Vorgehens an sich — eine politische Sensation.

Der Brief, in der nachträglich von Treviranus veröffentlichten Fassung⁵⁾, sprach von der tiefen Unzufriedenheit in der Partei, die nach dem Mißerfolg der badischen Landtagswahlen und dem Scheitern des Volksbegehrens noch stark gestiegen sei und „unter der Oberfläche eine wahre Revolution hervorgerufen“ habe. Aus den Kreisen der Beamten, der Industrie, der gesamten Angestellten (DHV) werde eine Loslösung von der Partei verlangt, „weil der Goodwill der alten Firma nicht mehr erneuerungsfähig“ sei. Die Konkordatsabstimmung im Preußischen Landtag — bei der den katholischen deutschnationalen Abgeordneten das Eintreten für das Konkordat verweigert worden war — habe zweifellos den katholischen Volksteil abgeschreckt. Die psychologische Einstellung Hugenburgs nach der Seite der Nationalsozialisten sei vielen Gutmeinenden eine unerträgliche Belastung. Es sei inzwischen von ihm, Treviranus, und seinen Freunden für notwendig erachtet worden, „für den Fall, daß eine Erneuerung in der Parteileitung nicht als gangbar sich erweise, eine neue Form vorzubereiten,

¹⁾ Ebd. S. 3.

²⁾ Wegener a.a.O. S. 34.

³⁾ Ebd. S. 32 ff.

⁴⁾ G. R. Treviranus, „Rückblick“ (Selbstrechtfertigung, als Manuskript gedruckt Anfang 1930), S. 7 ff., und mündliche Mitteilung an den Verf.

⁵⁾ Vgl. Treviranus a.a.O. S. 4.

unter der eine fortschrittliche konservative Politik, die ihre Grundlagen nicht verleugne, weitergeführt werden könne“. Er bäte daher um eine Mitteilung, wie die Stimmung in Bremen sei und „wie dort der Boden sein würde, falls sie gezwungen seien, ihre Arbeit in einer anderen Umgebung fortzusetzen¹⁾“.

Der Brief war das, was Hugenberg brauchte, um seinen Gegnern zuvorzukommen und Treviranus' Einfluß in der Partei auszuschalten; er beantragte sofort ein Ausschlußverfahren gegen ihn. Graf Westarp trat umgehend und nachfolgend mehrfach noch für seinen „Freund und langjährigen Mitarbeiter Treviranus“, dem keine Gelegenheit geboten sei, sich selbst zu verteidigen, ein. Er äußerte sein „besonders lebhaftes Bedauern über die Art der Benutzung dieser Briefe“ — zusammen mit Treviranus' Schreiben hatte Hugenberg noch einen Brief eines Ostbankbeamten verlesen, der Treviranus belastete — und erklärte, solange er Vorsitzender gewesen sei, habe es nur die Möglichkeiten „Papierkorb und völliges Vergessen oder sofortige Rücksprache mit dem Angeeschuldigten“ für solche Briefe gegeben²⁾. Vorerst erreichten Graf Westarps Vergleichsbemühungen die Vertagung der Angelegenheit auf den 1. Dezember, wo sie endgültig geklärt werden sollte. Inzwischen überstürzten sich die Ereignisse³⁾ und ließen es zu einer ruhigen Auseinandersetzung nicht mehr kommen.

¹⁾ In der von Hugenberg verlesenen Fassung dieses Briefes befand sich ein weiterer Passus (abgedruckt im Mitteilungsblatt „Unsere Partei“ VII/24 vom 15. Dezember 1929, S. 420), dessen Echtheit von Treviranus bestritten wird. Er lautete:

„Der Tod Stresemanns hat für viele, die bisher in der DVP waren, die Bahn freigemacht für eine Neuorientierung. Das Zentrum wartet — dafür kann ich mich verbürgen — nur auf die Klärung in der Rechten, um den Bruch mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit uns im Bunde durchzuführen. Die Person Hugenbergs und die Tendenz der Alldutschen gilt wie beim Reichspräsidenten als unübersteigbares Hindernis.“

Ob Fälschung oder nicht, gibt dieser Abschnitt, nach der negativen Bilanz des Vorhergehenden, doch zweifellos die Hoffnungen breiter Teile der Sezessionisten wieder und ist auch von den Zeitgenossen (mündliche Mitteilung Dr. Dähnhardts an den Verf.) zweifellos als echt angesehen worden. Vgl. in diesem Sinn auch Wegener a.a.O. S. 32 ff.

²⁾ „Ausführungen des Grafen Westarp in der Parteivorstandssitzung vom 3. Dezember“ (1929), nachträgliche Niederschrift nach dem Protokoll (W.-A.).

³⁾ Vgl. den detaillierten Überblick bei Graf Westarp, „Westarp-Niederschrift“ (s. oben Anm. 217) S. 3:

„Der eigentliche Konflikt verlief äußerlich folgendermaßen:

Mittwoch 27. November 6 Uhr abends meine Teilnahme an Besprechungen im Kontinental-Hotel unter Vorsitz von v. Lindeiner,

Donnerstag 28. November 4 bis 9.30 Uhr Fraktionssitzung

Freitag 29. November 8 bis 3 Uhr nachts Fraktionssitzung

Sonnabend 30. November Abstimmung über § 4 im Plenum und gegen 4 Uhr Veröffentlichung der Erklärung von Hartwig, Lambach und Hülser,

Dienstag 3. Dezember 10 Uhr Vorstandssitzung und 6 bis 9 Uhr Fraktionssitzung mit Austritt von Hartwig und Genossen; abends 11 Uhr Austritt von Treviranus, Lejeune und Klönne,

Mittwoch 4. Dezember Austritt von v. Lindeiner, Schlange, v. Keudell, Hoetzsch, Mumm, Behrens; 2 Uhr Besprechung von Hugenberg und mir und Fraktionssitzung mit Niederlegung des Vorsitzes.

Gegenstand des Konfliktes war die Abstimmung zu § 4 und die Erklärung dazu und zweitens der Fall Treviranus.“

Bereits in der Parteivorstandssitzung am 21. November in Kassel hatte Graf Westarp die Bedenken dargelegt, die einen Teil der Fraktion veranlaßten, gegen den § 4 des „Freiheitsgesetzes“ aufzutreten¹⁾. Am 27. November abends folgte er einer Einladung durch v. Lindeiner ins Kontinental-Hotel in Berlin, wo über zwanzig Fraktionsmitglieder aus der Parteiopposition tagten. Trotz der durch eine Anzahl von drohenden Schreiben der Landesverbände an ihre Abgeordneten besonders erregten Stimmung dort sprach Westarp sich mäßigend und gegen eine Sezession aus Anlaß des § 4 aus. — In der Fraktionssitzung am 28. November berichtete er, nachdem der Fall Treviranus besprochen war, über die Vorstandssitzung am 21. November und seine Haltung dabei. Dann stellte er kurz die Abstimmung zum „Freiheitsgesetz“ zur Diskussion, betonte, daß man einstimmig das Gesetz annehme und es gelungen sei, eine Abstimmung einzelner gegen § 4 zu verhindern, wenn die Fernbleibenden ihr Verhalten kurz begründen könnten. Schiele erklärte erneut, er werde der Abstimmung fernbleiben und sein Verhalten durch eine Erklärung erläutern. Die Debatte verlief in der Hauptsache in leidenschaftlichen Appellen, daß die Fraktion auch bei § 4 unbedingt geschlossen bleiben müsse. Quaatz wiederholte scharfe Vorwürfe gegen Westarps Fraktionsführung und gegen seine Teilnahme an der Sitzung im Kontinental-Hotel. Hugenberg gab zu, daß er in Kassel am Schluß das Fernbleiben von der Abstimmung als an sich möglich, wenn auch sehr unerwünscht bezeichnet habe; es komme jetzt darauf an, daß das Fernbleiben nur auf eine ganz geringe Zahl sich beschränke und unter Umständen stattfinde, bei denen es nicht als auf politischem Dissens, sondern auf anderen Behinderungsgründen beruhend in Erscheinung trete. Als Redner in der Debatte wurden Oberföhrn und Freytag-Loringhoven bestimmt, nachdem Graf Westarp ein Reden abgelehnt hatte. Er stellte im Ganzen „friedliche Schlußstimmung“ fest²⁾.

So schien eine Einigung erreicht zu sein, als die Fraktion am folgenden Tage, dem 29., abermals zusammentrat. Am Vormittag hatte Schiele in einer Besprechung versucht, Hugenberg für den Gedanken einer Erklärung der Fernbleibenden zu gewinnen, was Hugenberg zu der Bemerkung: „schließlich kann ich die Erklärung ja nicht hindern“ veranlaßte. Schiele glaubte, daran Hugenbergs Zustimmung ersehen zu können. In der Fraktionssitzung erbat er zunächst eine Entscheidung, ob der Gedanke einer Erklärung grundsätzlich und vorbehaltlich aller Einzelheiten als möglich angenommen werde. Der Widerstand hiergegen versteifte sich in der Diskussion immer mehr. Nach etwa dreistündiger Dauer erklärte Hugenberg, daß die Abgabe einer Erklärung keinesfalls geduldet

¹⁾ Vgl. Graf Westarp, „Äußerungen in der Parteivorstandssitzung in Kassel am 21. November 1929“ (Niederschrift nach S. 30 des Protokolls), in W.-A.: „... Man sieht in dem § 4 über seine unmittelbare Bedeutung heraus eine Betätigung einer Politik, die ohne sachliche Notwendigkeit die Gegensätze verschärft, ein Zusammenarbeiten mit den anderen nichtsozialdemokratischen Parteien ... unmöglich macht. Man verurteilt das Eintreten der Partei und Fraktion für den § 4 insbesondere auch, weil es uns an den Wagen der Nationalsozialisten spanne ...“

²⁾ „Westarp-Niederschrift“ (s. oben Anm. 33) S. 4 f.

werden könne, daß es im übrigen auf die Zahl der Fernbleibenden ankomme; er bestand darauf, daß zunächst die Zahl festgestellt werde, was Westarp auf Wunsch Schieles bis zur grundsätzlichen Stellungnahme Hugenberg's, ob eine Erklärung zugelassen würde, zurückgestellt hatte. Zur Überwindung der Krise wurde in getrennten Gruppen weiterverhandelt; zur Gruppe, die für sich eine Erklärung forderte, gehörten Schiele, v. Lindeiner, Schlange, Klönne, Rademacher, Hülser, Lambach, v. Keudell, v. Dryander, Lejeune, Treviranus, Mumm, Fromm und Strathmann. Es wurde beschlossen, auf einer Erklärung zu bestehen und die Namen zu nennen, die die Erklärung unterschrieben hätten. Nachdem die Fraktion wieder zusammengetreten war, wurde ein Antrag Preyers, daß „eine einheitliche Erklärung über die Abstimmung zum § 4 . . . nicht zulässig“ sei, mit 29 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Gruppe um v. Lindeiner behielt sich trotz des Beschlusses eine Erklärung vor, deren Wortlaut im Einzelnen sie nicht mitteilte. Sie ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß sie die übrigen Gesetzesbestimmungen außer § 4 annehmen und das in der Erklärung betonen würde, wie Westarp es im Blick auf die Öffentlichkeit wünschte. Hugenberg erklärte schließlich, er müsse, falls die Dissentierenden nicht überhaupt der Abstimmung fernbleiben wollten, Fraktionszwang beantragen. Die Sitzung wurde erneut zu getrennten Besprechungen unterbrochen. Westarp und Schiele gelang es endlich, v. Lindeiner und die übrigen Anwesenden mit Ausnahme Hülser's zur Zurücknahme der geplanten Erklärung zu veranlassen. Hugenberg sprach seinen Dank für diesen Entschluß und seine Befriedigung über die erzielte Einigkeit aus. Die Sitzung wurde geschlossen¹⁾.

Die Abstimmung im Reichstag am Sonnabend, dem 30. November, verlief wie zu erwarten war. § 1 des „Freiheitsgesetzes“ wurde mit 318 gegen 82 Stimmen, die beiden nächsten Paragraphen wurden mit ähnlicher Mehrheit abgelehnt. Bei § 4 aber brach die deutschnationale Reichtagsfraktion auseinander. Von den anwesenden deutschnationalen Abgeordneten stimmten nur 55 mit Ja; siebzehn — darunter außer den anschließend aus der Partei Austretenden die Abgeordneten Hergt, Schiele, Reichert, Spahn und Wallraf — enthielten sich der Stimme²⁾. — Am Nachmittag des gleichen Tages erließen die Abgeordneten Hartwig, der Vorsitzende des Deutschnationalen Arbeiterbundes, Hülser, Vorsitzender des deutschnationalen Landarbeiterverbandes, und Lambach — entgegen dem Fraktionsbeschluß — eine Mitteilung an die Presse, die folgenden Wortlaut hatte³⁾:

„Die unterzeichneten Abgeordneten haben sich in der Abstimmung zum § 4 des Volksbegehrensgesetzes auf seiten des Ministers Schiele gestellt. Sie werden sich am Dienstag gelegentlich der Behandlung des Ausschlußantrages gegen ihren Kollegen

¹⁾ „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 5 ff.

²⁾ Vgl. Eyck a.a.O. S. 283, E. Friedenthal a.a.O. S. 113 ff., Walter W. Kaufmann a.a.O. S. 193.

³⁾ Wortlaut nach Mitteilungsblatt „Unsere Partei“ VII/24 vom 25. Dezember 1929; dgl. Wegener aa.O. S. 35 ff.

Treviranus in der Fraktion solidarisch an dessen Seite stellen; sie halten fruchtbare politische Arbeit nicht für möglich, wenn freimütige und sogar private politische Meinungsäußerungen unterdrückt werden sollen.“

Diese Erklärung, die alle in der Fraktion gewünschten und abgewiesenen Stellungnahmen an Schärfe weit übertraf und praktisch eine Austrittserklärung bedeutete, veranlaßte Hugenberg zur sofortigen Einberufung des Parteivorstandes noch am gleichen Tage. Zweifellos lag der Bruch in der Absicht der die Erklärung Abgebenden¹⁾, so daß der Vorstandsbeschluß auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen sie, der mit 65 gegen 9 Stimmen bei Stimmenthaltung Westarps angenommen wurde, keine Änderung in der Situation brachte. Westarp als Fraktionsvorsitzender bemühte sich, die Sezession einzudämmen, kritisierte das Verhalten des Parteivorstandes sowohl wie das der drei Abgeordneten, sah aber im Ganzen gute Aussichten, die Krise zu überwinden und die Fraktion zusammenzuhalten. Eine Solidaritätserklärung mit Hartwig, Hülser und Lam bach lag nicht vor, und Lindeiner und Schlange zeigten wenig Neigung dazu, weil die drei Abgeordneten mit ihrer Erklärung selbständig vorgegangen waren. Westarp schreibt: „Ich bemühte mich, den Austritt der drei zu isolieren und bin überzeugt, daß das zum mindesten zur Zeit gelungen wäre, wenn nicht die Behandlung des Falles Treviranus die Gesamtkrise zum vollen Ausbruch gebracht hätte“²⁾.

In der Fraktionssitzung am 28. November war Treviranus das Wort zu einer persönlichen Erklärung gegeben worden, in der er feststellte, sein Brief an v. Ahlefeldt, den Hugenberg auf dem Kasseler Parteitag verlesen hatte, sei ein Privatbrief gewesen, weitergehende Briefe seien nicht von ihm geschrieben worden und seine Äußerungen seien nicht im Sinne der Vorbereitung einer neuen Partei gemeint gewesen. Andererseits verlangte er Genugtuung für die Behandlung des Briefes, die seine persönliche und politische Stellung verletzt habe. Hugenberg antwortete schroff ablehnend und erklärte, daß er das Ausschlußverfahren gegen Treviranus einleiten werde. In den folgenden Tagen gab der Fall Veranlassung zu erregten Auseinandersetzungen. v. Keudell, v. Dryander und andere forderten eine Fraktionssitzung, zu der sie einen Antrag mit Solidaritätserklärung vorbereitet hatten. Westarp, der auf die zugesagte Vermittlung von Hugenberg nahestehende Personen wie Stubbendorff, Schmidt-Hannover und Nagel rechnete, schob die Sitzung vorerst hinaus. Am 29. hatte v. Lindeiner selbständig versucht, von Hugenberg die sofortige Beilegung des Falles Treviranus mit dem Verzicht der Dissentierenden auf eine besondere Erklärung zum § 4 zu erreichen. Hugenberg lehnte dies ab und erklärte dem Abgeordneten Stubbendorff, er sei sich nicht sicher, „daß bei Behandlung des § 4 nicht doch

¹⁾ Nach Gildemeister a.a.O. S. 22 f. hat Hartwig versucht, den DNAB von der Partei loszulösen, „auf Grund von Vollmachten, die er sich vom Bund am 21. November in Kassel vorsorglich hatte geben lassen“. Der Schritt gelang nicht, da der Zweite Bundesvorsitzende mit Erfolg Einspruch dagegen erhob.

²⁾ „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 7 f.

noch unter Wasser geschossen werde, bevor das nicht feststehe, könne er im Fall Treviranus nichts tun“. Am 2. Dezember suchte Hugenberg Graf Westarp zu einer Vorbesprechung über die Vorstandssitzung am 3. auf, dabei drängte Westarp mit großer Entschiedenheit auf Beilegung des Falles Treviranus, da, wenn nicht schnellstens eine endgültige Regelung erfolge, Treviranus nicht länger warten und eine allgemeinere Austrittskrise die Folge sein werde. Hugenberg sprach von „Pression“, er gedenke in das vom Landesverband Westfalen eingeleitete Ausschlußverfahren nicht einzugreifen und stellte sich im übrigen auf den Standpunkt: „Man soll den Reisenden nicht aufhalten“. Nach der Vorstandssitzung am 3. wiederholte Graf Westarp seine Vorstellungen auf das dringendste. In der am gleichen Tage abends stattfindenden Fraktionssitzung appellierte er an Hugenberg und Treviranus, den Konflikt zu beenden, und bat v. Keudell, der einen Antrag eingereicht hatte, jede Kritik, auch jede Solidaritätserklärung im gegenwärtigen Moment zu unterlassen. Endlich nahm Treviranus das Wort. Er erklärte, die Beilegung, vor Tagen vielleicht noch möglich, sei für ihn jetzt unmöglich, nachdem sich Hartwig, Hülser und Lambach solidarisch mit ihm erklärt hätten¹⁾. Er könne nicht, während sie ausgeschlossen würden, unter das schützende Dach der Partei zurückflüchten. Westarp erwiderte, er könne diese Bedenken nicht für durchschlagend halten; der Ausschluß der drei sei nicht wegen der Solidaritätserklärung, sondern wegen ihrer Erklärung zu § 4 beantragt. Er würdigte Treviranus als Persönlichkeit und bat noch einmal Hugenberg, „das erlösende Wort zu finden“. Hugenberg sagte darauf: „Da bei der bekannten Indiskretion der Fraktion jedes Wort, das ich hier sage, an die Öffentlichkeit gebracht wird, kann ich nichts sagen; ich gebe jetzt keine Erklärung ab.“ Nach diesen Worten Hugenbergs war eine Diskussion in der Fraktion, von Westarp bis dahin bewußt vermieden, nicht mehr aufzuhalten. Lambach und Hülser erklärten schriftlich, Hartwig mündlich ihren Austritt. Als sie den Saal verlassen hatten, beantragte v. Lindeiner Aussetzung der Diskussion über den Fall Treviranus, die keinen Zweck mehr habe. — Abends elf Uhr erklärten Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus ihren Austritt. Es folgten am nächsten Tag die Abgeordneten Behrens, Hoetzsch, v. Keudell, v. Lindeiner, Mumm und Schlange-Schöningen²⁾. Am gleichen Tag, den 4. Dezember, legte Graf Westarp den Vorsitz in der Fraktion nieder³⁾. Ein Nachspiel, das darum ging, daß keiner der ausgetretenen Abgeordneten sein Mandat niederlegte — wozu sie sich mit

¹⁾ Vgl. oben S. 66.

²⁾ Vgl. „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 8 ff.; Treviranus, „Rückblick“ S. 7 ff.

³⁾ Aus der Rücktrittserklärung Graf Westarps vor der Fraktion: „... Ich habe meine Aufgabe als Fraktionsvorsitzender darin erblickt, all die Jahre hindurch über alle Schwierigkeiten hinweg die Geschlossenheit und Einigkeit der Fraktion aufrechtzuerhalten. Der Erfolg dieses Strebens ist mir in den letzten Tagen versagt geblieben, und zwar ... hauptsächlich deshalb, weil ich bei dem Herrn Parteivorsitzenden nicht die Unterstützung gefunden habe, die ich beanspruchen konnte. Dazu kommt, daß die Entwicklung der letzten Tage dahin geführt hat, daß ich nicht mehr die Möglichkeit sehe, in der Fraktion und ihrer jetzigen Zusammensetzung eine Politik zu führen, die meinen Auffassungen entspricht ...“: „Westarp-Niederschrift“ a.a.O. S. 11.

Ausnahme von v. Lindeiner durch einen Revers vor der Wahl verpflichtet hatten¹⁾ —, mutete nur mehr wie das Satyrspiel nach der Tragödie an.

Nach dem Austritt der zwölf Abgeordneten aus der Partei setzte eine Vielzahl von Erklärungen, Gegenerklärungen, Anschuldigungen und Dementis ein²⁾. „Die Spaltung erfolgte nicht planmäßig, nicht geschlossen, sondern ein zufälliger Anlaß brachte alte, schon kaum mehr stille Gegnerschaft zum Ausstrag“³⁾. Es war keine Reinigungskrise, Westarp und zahlreiche seiner Anhänger, die nur den Anlaß des Austritts — den § 4 des Freiheitsgesetzes und den Fall Treviranus —, nicht aber den Austritt an sich für falsch hielten, blieben weiter in der Fraktion. „Man behielt die Notwendigkeit, auszuschneiden, weiter im Auge, wollte aber erst sachliche Differenzen zum Anlaß nehmen, die eintreten würden, wenn es sich um die Stellungnahme zu einer neuen Hindenburg-Regierung handeln werde“⁴⁾. Aus diesem Grunde verblieben u. a. die Abgeordneten Rademacher, Reichert, Lind, Strathmann, v. Dryander und andere, die Anfang Dezember noch mit v. Lindeiner zusammen den Austritt vorbereitet hatten — Lindeiner rechnete ursprünglich mit etwa 30 Ausscheidenden —, in der Partei⁵⁾. Westarp und auch die „Kreuzzeitung“ beobachteten zum Vorgefallenen bewußt Zurückhaltung⁶⁾. Für die Ausgetretenen aber galt es nun, „die richtige Front aufzurichten, die Front der Männer, die bereit sind, auf der Grundlage des heutigen Staates, auf der Grundlage der heute gegebenen Verhältnisse für ihr Vaterland zu arbeiten und zu kämpfen“⁷⁾.

IV. Politischer Neubeginn

1. Gründung und Anfangsentwicklung der Volkskonservativen Vereinigung

a) Die Gründungsversammlung im Herrenhaus am 28. Januar 1930

Der erste organisatorische Zusammenschluß der aus der DNVP ausgetretenen Abgeordneten war die „Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag.

¹⁾ Vgl. zu den beiderseitigen Argumenten Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 77 f., Treviranus a.a.O. S. 10 ff., Wegener a.a.O. S. 36.

²⁾ Von deutschnationaler Seite erschien eine Kampfschrift „Die Abtrünnigen; Geschichte einer Absplitterung, die die Festigung der Partei brachte“, Deutschnationales Rüstzeug Nr. 16, Berlin 1930; die Publikation, die nur in Privatbesitz zu ermitteln war, konnte nicht eingesehen werden. — Vgl. ferner Rudolf Fischer, „Die Entscheidung“, in „Politische Wochenschrift“ V/49 vom 7. Dezember 1929, S. 955 ff.; Wilhelm Stapel, „Geht die Rechte zu Bruch?“, in „Deutsches Volkstum“ Jg. 1930, H. 1, S. 76 f. — Von der Seite der Sezessionisten: Moritz Klönne, „Die Deutschnationale Parteikrise“, in „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 562 vom 4. Dezember 1929.

³⁾ Wilhelm Stapel, „Geht die Rechte zu Bruch?“ a.a.O.

⁴⁾ Graf Westarp, Private Niederschrift über Vorgänge April 1930; „Betrifft Trennungsabsichten“ (W.-A.).

⁵⁾ Ebd.

⁶⁾ Vgl. Graf Westarp, Niederschrift über die Spaltung der DNVP, vom Jahre 1930 (W.-A.).

⁷⁾ Moritz Klönne in „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 562 vom 4. Dezember 1929. — Vgl. in ähnlichem Sinn auch Walther Lambach, „Bruch mit Hugenberg“, in „Handelswacht“ Nr. 23 vom 10. Dezember 1929.

Sie hatte 12 Mitglieder, die Abgeordneten Behrens, Hartwig, Dr. Hoetzsch, Hülser, Dr. v. Keudell, Dr. Klönne, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, v. Lindeiner-Wildau, D. Mumm, Schlange-Schöningen und Treviranus. Durch Zusammenschluß mit den neun Abgeordneten der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei zur „Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft“ erreichte sie mit 21 Abgeordneten Fraktionsstärke. In organisatorischer Hinsicht verwirrte sich bald das einheitliche Bild und wies von Anfang an auf die Spannungen, die einem geschlossenen Auftreten und Einsatz der Sezessionisten im Wege standen. Die Abgeordneten Behrens, Hartwig, Hülser und Mumm schlossen sich dem am 28. Dezember 1929 gegründeten Christlich-sozialen Volksdienst an, dem anfangs auch v. Keudell, Lambach und v. Lindeiner-Wildau nahestanden, verblieben aber in der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft. Schlange-Schöningen suchte und fand Anschluß an die Landvolkpartei. Für die ganze erste Zeit noch waren Doppelmitgliedschaften bezeichnend; so gehörten D. Mumm und Schlange-Schöningen trotz ihrer anderweitigen Parteizugehörigkeit zu den Gründungsmitgliedern der Volkskonservativen Vereinigung¹⁾.

Der Gründungsaufwurf der „Volkskonservativen Vereinigung“, die der neue organisatorische Rahmen für die aus der DNVP ausgeschiedenen erneuerungswilligen Kräfte sein sollte — auch diejenigen, die parteipolitisch in anderen Rechtsgruppen mitarbeiteten —, erfolgte in einer stark besuchten und beachteten Versammlung im Preußischen Herrenhaus in Berlin am 28. Januar 1930, nachdem am Vortage bereits die offizielle Gründung vollzogen war. Das Hauptreferat hielt Treviranus. Die Schlußworte der Versammlung verband Prof. Hoetzsch mit einem Treuegelöbnis für den Reichspräsidenten, das Hindenburg in einer Adresse übermittelt und von diesem in einer Antwort „gern entgegengenommen“ wurde²⁾.

Der Höhepunkt der Versammlung, die Rede Treviranus', des erst am Nachmittag gewählten Vorsitzenden der „Volkskonservativen Vereinigung“, wurde ob der „Ehrlichkeit und Überzeugungsfreudigkeit ihrer Ausführungen“ von der den Sezessionisten neutral gegenüberstehenden „Kreuzzeitung“ besonders hervorgehoben³⁾. Treviranus stellte darin mit einem Wortspiel die rhetorische Frage, ob die Volkskonservativen „wirklich nur eine Gruppe mißvergnügter ‚Sezessionisten‘ seien, die der alten Jury nicht mehr angehörten, weil ihre Bilder schlecht gehängt wurden“ und antwortete, die „Volkskonservative Vereinigung“ wolle nicht eine Partei im hergebrachten Sinne des politisch-parlamentarischen

¹⁾ Vgl. zum Vorstehenden Vk. St. I/2 vom 8. Februar 1930; „Der Deutschnationale“ V/12, Dezember 1929; Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 71, Jg. 1930, S. 10 ff. (weiter zitiert als Schultheß); Bracher a.a.O. S. 322; Schlange-Schöningen a.a.O. S. 41 f.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/1 vom 1. Februar 1930 (mit der Wiedergabe der Ansprachen; vgl. zusammenfassend auch Schultheß S. 10 ff.); der Gründungsaufwurf mit über 450 Unterschriften abgedruckt in Vk. St. a.a.O.; Hindenburgs Antwort auf die Grußadresse „Kreuzzeitung“ vom 30. Januar 1930.

³⁾ „Kreuzzeitung“ vom 30. Januar 1930.

Begriffs sein. Sie wolle „jederzeit bereit sein, über den eigenen Schatten zu springen und einzugehen in eine größere Gemeinschaft, in die große Rechte, ... die durch Sammlung aller konservativen Elemente von der ‚Volkskonservativen Vereinigung‘ aus aufgestellt werden solle“. Darum trete sie auch nicht mit einem Programm vor die Öffentlichkeit, sie würde nur um Vertrauen. Mit deutlichem Bezug auf Hugenberg erklärte Treviranus: „Parteiengedanke hat mit dem Hang zur Selbstgerechtigkeit, zum Doktrinarismus, zum Kompromißzwang zwischen Programm und Tagespflicht die Menschen abgestoßen; Parteidisziplin, die wie ein Exerzierreglement gehandhabt wurde, die Verdrossenheit verstärkt.“ Der Ruf nach Diktatur könne auf die Dauer das eigene Nachdenken nicht ersetzen¹⁾. Zusammenfassend sprach sich Treviranus, wie auch die übrigen Redner, für eine Erneuerung des Parteiwesens aus, stellte sich jedoch auf den Boden der geltenden Verfassung²⁾. In einer etwas später auf der Gründungsversammlung der Volkskonservativen Vereinigung Hamburg gehaltenen Rede, stellte Treviranus die DNVP vor die Alternative, ob sie in Zukunft noch einen konservativen oder ob sie einen nationalsozialistischen Weg gehen wolle: „Jetzt beginnt die große Scheidung im nationalen Lager. Auf der einen Seite stehen Nationalsozialisten, die von einer Revolution alles Gute erhoffen, auf der anderen Seite die Volkskonservativen, die durch ihre Arbeit im Staate die nationalen Kräfte stärken und erhalten und auf dem langsameren, aber auch sichereren Wege ... , durch Verständigung mit den übrigen nationalen und bürgerlichen Parteien die Grundlage für den Wiederaufstieg schaffen wollen³⁾.“ Es war das gleiche Ziel, das Prof. Hoetzsch in seiner Herrenhausrede mit dem bezeichnenden Wort der „Tory-Demokratie“, die die Volkskonservativen anstreben wollten, umriß⁴⁾.

Treviranus' Herrenhausrede setzte für die weitere Entwicklung der Volkskonservativen wichtige Akzente und fand ein umfangreiches Presseecho, das deutlich machte, wie aufmerksam das Entstehen einer volkskonservativen politischen Gruppierung von allen Seiten als Anfang der seit längerem erwarteten Veränderungen im Parteienfeld verfolgt wurde⁵⁾. Die Rede wies darauf hin, daß mit der „Volkskonservativen Vereinigung“ kein Parteiersatz für die Deutsch-nationale Volkspartei geschaffen werden sollte, sondern daß vielmehr mit einer weiteren Klärung in den Reihen der DNVP, mit einem Einbezug ihrer zur Mitarbeit bereiten Kräfte in eine neue politische Kombination gerechnet wurde,

¹⁾ Vgl. Vk. St. und „Kreuzzeitung“ a.a.O.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O.

³⁾ Vgl. Vk. St. I/8 vom 22. März 1930.

⁴⁾ Vgl. Vk. St. a.a.O.; dgl. Prof. Dr. Hoetzsch, „Tory-Demokratie“, in: „Politische Wochenschrift“ vom 8. Februar 1930.

⁵⁾ Vgl. z. B. „Germania“ Nr. 54 vom 2. Februar 1930 (1. Ausgabe), Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 47/1930, Berliner Börsenzeitung Nr. 47/1930, Kölnische Zeitung Nr. 56/1930; dgl. auch „Pressebericht“ Nr. 24 der DNVP vom 29. Januar 1930.

für welchen Fall der vorläufige organisatorische Rahmen, der vor allem der ideologischen Neubesinnung dienen sollte, gedacht war¹⁾. Später entwickelte sich dies Provisorium aus seiner Eigengesetzlichkeit heraus zu einer Art überregionalen politischen Klubs und wirkte hemmend auf die Ansätze zur volksskonservativen Parteilarbeit. Was in den Herrenhausreden an Kritik des Partei-systems bei gleichzeitiger Loyalitätskundgebung für den Staat gesagt worden war, ließ erkennen, daß die Vereinigung weder zur Monarchie noch zur Republik sich bekannte²⁾, und daß in ihr der Gedanke des autoritären Staates seinen ersten quasi-parteilichen Ausdruck gefunden hatte. Trotzdem war ihr Gegensatz zur DNVP, in der die Gleichsetzung von „Demokratie und Pöbelherrschaft“³⁾ dem volksskonservativen Ideal der „Tory-Demokratie“ strikt entgegenstand, nicht zu übersehen. Die „Germania“ schrieb: „Wer der Meinung ist, daß der Staat unter dem Mangel einer wirklichen Opposition und einer positiv eingestellten staatswilligen Rechten ernstlich leidet, der muß die Existenzberechtigung der volksskonservativen Bestrebungen bejahen, auch wenn er ihnen in vieler Hinsicht sachlich nicht zustimmt⁴⁾.“ Und der sozialdemokratische Reichsinnenminister a. D. Sollmann bemerkte in der „Rheinischen Zeitung“: „Diese Treviranus und v. Keudell und andere sind keine Nationalliberalen, keine Plutokraten, auch keine parlamentarischen Routiniers. Es sind Menschen mit einer Idee: der Idee eines christlich-sozialen Jungkonservativismus⁵⁾.“ Für diese Politiker waren „Konservativismus und Demokratie mitnichten Gegensätze“ und war „Gottes Gnadentum in jeder berufenen Führung zu spüren⁶⁾“.

b) Auf dem Wege zur Präsidialregierung

Die Herrenhauskundgebung, die Gründungsversammlung der „Volksskonservativen Vereinigung“, war der innere Höhepunkt der volksskonservativen Bewegung. Niemals vorher oder nachher war sie von einem ähnlich starken Selbstvertrauen getragen, niemals vorher oder nachher knüpften sich in der Öffentlichkeit so viele Erwartungen an sie. Von der politischen Wirklichkeit noch nicht desillusioniert, als moralischer Sieger aus der Auseinandersetzung mit Hugenberg hervorgegangen, dessen mit großem agitatorischen Aufwand betriebener Volksentscheid mißglückt war, in der Erwartung des Auseinanderfalls der „Großen Koalition“ und der damit einsetzenden „Parteiendämmerung“ sah sich die Volksskonservative Vereinigung wegen der in ihr zahlreich vertretenen Intelligenz, ihrer Querverbindungen und ihrer neuartigen und elasti-

¹⁾ Mündliche Mitteilung von G. R. Treviranus.

²⁾ „Vorwärts“ Nr. 47/1930 (nach „Pressebericht“ Nr. 24 s. o.).

³⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 7.

⁴⁾ „Germania“ Nr. 54 vom 2. Februar 1930 (Ausgabe 1).

⁵⁾ Zitiert nach „Handelswacht“ Nr. 24 vom 25. Dezember 1929.

⁶⁾ G. R. Treviranus, „Konservativismus in der Demokratie“, in: Vk. St. I/12, 13 vom 26. April 1930.

sehen organisatorischen Form, die den des Parteihaders überdrüssigen Volkswünschen entgegenzukommen schien, bereits als einer der Schwerpunkte eines neuen politischen Führungsstils. Die scheinbare Zeitgemäßheit ihres Auftretens wurde unterstrichen durch die fast gleichzeitig ins Leben gerufene Sammlungsbewegung der „Volksnationalen Reichsvereinigung“, die ausging vom „Jungdeutschen Orden“¹⁾.

Die ersten politischen Stellungnahmen der Volkskonservativen erfolgten im Zusammenhang der Schlußdiskussion um den Youngplan. Entsprechend ihrer bisherigen Stellungnahmen in der DNVP begründeten die Abgeordneten Prof. Hoetzsch, Dr. Klönne und v. Lindeiner-Wildau am 12. Februar und 12. März im Reichstag die volksskonservative Ablehnung des Youngplanes wie des damit zusammenhängenden Liquidationsabkommens mit Polen²⁾. Eine neue Nuance in die Auseinandersetzung wurde durch Angriffe der Deutschnationalen gegen Hindenburg gebracht, die nach dem Scheitern des Volksentscheids versuchten, den Reichspräsidenten zur Verweigerung seiner Unterschrift unter die vom Reichstag angenommenen Young-Gesetze zu veranlassen. In einem „Offenen Brief“ an Hindenburg, gezeichnet von Treviranus³⁾, stellten sich die Volkskonservativen ihrerseits eindeutig hinter den Reichspräsidenten⁴⁾. Auf dem Hintergrund der wenig später erfolgenden Umbildung der Regierung durch Hindenburg, der er die präsidentialen Vollmachten zur Verfügung stellte, deutete das entschiedene Eintreten der Volkskonservativen für den Reichspräsidenten, trotz Nichtübereinstimmung in der Sache⁵⁾, schon eine neue politische Konstellation an.

Für die Verwirrung der Parteifronten war es kennzeichnend, daß zur gleichen Zeit, in der die Deutschnationalen ihre Angriffe gegen Hindenburg richteten, Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ mit denselben Argumenten wie die Volkskonservativen gleichfalls den Reichspräsidenten verteidigte und sein Verhalten als das staatspolitisch einzig mögliche darstellte⁶⁾. Schon vorher veröffentlichte er eine Stellungnahme mit grundsätzlichen Überlegungen über die Aufgaben eines konservativen Politikers, die Hugenbergs Vorstellungen kraß widersprach, und in der er sagte⁷⁾:

¹⁾ Der Erlaß von „Richtlinien zur Vorbereitung einer volksnationalen Aktion“ durch das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens erfolgte am 25./26. Januar 1930, die offizielle Gründung der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ am 5./6. April in Berlin. Vgl. Klaus Hornung, „Der Jungdeutsche Orden; ein Beitrag zur Geschichte des ‚Neuen Nationalismus‘ in Deutschland 1919—1933“, Düsseldorf 1958.

²⁾ Vgl. Reichstagsberichte vom 12. Februar 1930 S. 3970 C. und 3997 C.D., vom 12. März 1930, S. 4382 A.; dgl. Schultheß S. 33 ff., 73 f.

³⁾ Wortlaut in Vk. St. I/7 vom 15. März 1930.

⁴⁾ Vgl. auch Vk. St. I/8 vom 22. März 1930.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 325 über eine Aussprache Hindenburgs mit Graf Westarp am 15. Januar 1930.

⁶⁾ Vgl. „Kreuzzeitung“ Nr. 77 vom 16. März 1930.

⁷⁾ Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ (nach Vk. St. I/4 vom 22. Februar 1930).

„Mag der konservative Politiker in noch so streng durchdachtem, von heißer Leidenschaft und starkem Wollen getragenen Gegensatz zu dem System stehen, solange es da ist und er es nicht beseitigen kann, muß er in dem System, mit seinen Mitteln, unter seiner Herrschaft und in den von ihm gezogenen Grenzen seine politische Pflicht erfüllen . . . Der Gedanke, es müsse erst noch schlimmer, ja ganz schlimm werden, bevor es besser wird, mag eine harte und bittere tatsächliche Erkenntnis sein. Als Maxime des politischen Handelns muß der Gedanke abgelehnt werden, die Entwicklung tatenlos oder gar fördernd zur Katastrophe treiben zu lassen. Denn die Hoffnung, daß aus dem Aschenhaufen der Phoenix entstehen werde, ist unbegründet, zum mindesten viel zu unsicher, um die Verantwortung zu decken . . .“

Wie begründet es war, daß die Volkskonservativen mit einem weiteren Zerfallsprozeß in der DNVP rechneten, zeigte der Austritt des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Mönke, der Mitte März 1930 von der DNVP zur Landvolkbewegung übertrat und sich der Christlich-Nationalen Fraktionsgemeinschaft im Reichstag anschloß¹⁾. Gleichzeitig lief ein Ausschlußverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. v. Dryander, der in der „Kreuzzeitung“ den Nachweis geführt hatte, daß die aus der Partei ausgeschiedenen Abgeordneten zu der von der DNVP geforderten Niederlegung ihrer Mandate nicht verpflichtet seien²⁾. Während der Ausbau der volkskonservativen Organisation im Lande Fortschritte machte und im Mai eine erste volkskonservative Kundgebung in der Berliner Philharmonie stattfand, die trotz Störversuchen der Nationalsozialisten erfolgreich verlief³⁾, erklärte Johann Albrecht v. Rantzau in den „Volkskonservativen Stimmen“, daß in der DNVP ein falsch aufgefaßter Führergedanke verhängnisvoll zu werden drohe. Wenn die fähigsten Abgeordneten die Partei verließen, wenn die konservativen Schichten, vor allem die Landwirtschaft, ihre Vernichtung für unklare Zukunftshoffnungen erleiden sollten, so sei das Führung zum Selbstmord. Gerade Besitz und Einfluß der staatserhaltenden Schichten sei nicht von jener auf katastrophale Konjunkturen gegründeten Art, daß er aus dem Chaos einer alles umwälzenden Krise lebensfähig hervorgehen könnte. Hoffnung auf das Nichts könne nur der Nationalsozialismus setzen, dessen politische Forderungen oft übertrieben, dessen wirtschaftliche Vorstellungen phantastisch seien⁴⁾. — In Warnungen dieser Art kündigte sich schon die Aprilkrise in der DNVP an, die der Auftakt zur zweiten Spaltung der Deutschnationalen wurde.

Vorerst aber nahm der Rücktritt des Kabinetts Müller das gesamte politische Interesse in Anspruch. „Ein ganzes System ist mit seinem Latein am Ende . . . Hier geht mehr vor als einer der Regierungswechsel, wie sie das parlamentarische System nun einmal mit sich bringt“, schrieben die „Volkskonservativen Stimmen“ und fügten hinzu: „Wir ²⁰Volkskonservativen haben auf diese Ent-

¹⁾ Vgl. Vk. St. I/7 vom 15. März 1930.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/8 vom 22. März 1930.

³⁾ Vgl. Vk. St. I/17 vom 24. Mai 1930.

⁴⁾ Vgl. Vk. St. I/4 vom 22. Februar 1930.

scheidung (Hindenburgs Eingriff in die Krise) gewartet.“ Aber sie waren sich auch des Ernstes der Lage und der Folgen bei ihrer Nichtbewältigung bewußt: „Wenn dieser Versuch scheitert, wenn die sicher zu erwartenden Widerstände unüberwindbar werden sollten, dann sind alle legalen Möglichkeiten zu einer Ordnung des deutschen Lebens erschöpft, dann bleibt nur noch das Chaos und Diktatur. Das ist der Sinn dieser Stunde¹⁾.“

2. Die Bildung der Regierung Brüning

Die Krise der „Großen Koalition“, der letzten parlamentarischen Regierung der Republik, war seit dem Jahreswechsel 1929 bis 1930, vor allem seit dem Rücktritt Hilferdings als Finanzminister offenkundig geworden²⁾. Der Zusammenfall dieser Krise mit dem Klärungsprozeß auf der Rechten gab Raum für neue politische Kombinationen, die in einer Unterredung Hindenburgs mit Graf Westarp am 18. März 1929 erstmals ihren Niederschlag gefunden hatten, ohne daß damals schon die Person Brünings in diese Überlegungen einbezogen worden war³⁾. Doch wurde damals bereits für den Fall einer Krise des Kabinetts Müller von Hindenburg die Bildung einer Regierung seines persönlichen Vertrauens in Erwägung gezogen, wobei auch ausführlich personelle Fragen behandelt wurden.

Am 15. Januar 1930 fand eine erneute Unterredung Graf Westarps mit Hindenburg sowie mit dessen Staatssekretär, Meißner, statt. Die Fühlungnahme erfolgte, weil der Reichspräsident für Februar oder März mit einer Regierungskrise über die Finanzreform rechnete und die Möglichkeiten der Unterstützung einer dann zu bildenden Präsidialregierung durch die DNVP besprechen wollte. Westarp sah, vor allem wegen der nach wie vor intransigenten Einstellung Hugenburgs, wenig Aussichten für eine solche Lösung, bezeichnete hingegen seine Anhängerschaft in der Fraktion als eine starke Minderheit von etwa 30 zu 35 Abgeordneten. Meißner nannte anschließend als Voraussetzungen eines Präsidialkabinetts, daß es „antiparlamentarisch“ und ohne Koalitionsverhandlungen zu bilden wäre, daß es „antimarxistisch“ orientiert sei und daß auch in Preußen eine Regierungsänderung durchgeführt werden müsse⁴⁾.

Diese Ausführungen Meißners zeigen, daß in Kreisen um Hindenburg schon feste Vorstellungen über Form und Aufgaben einer auf die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten gestützten neuen Regierung bestanden. Das wird erhärtet durch einen Brief Groeners an seinen Freund Alarich (= Gerold) v. Gleich vom

¹⁾ Vk. St. I/9 vom 29. März 1930.

²⁾ Vgl. Helga Timm a.a.O. S. 157 ff.

³⁾ Vgl. Niederschrift Graf Westarp über „Montag, 18. März (1929) 5.30 bis 6.15 von Hindenburg eingeladene Besprechung“ (W.-A.) — (Abdruck s. Anhang, Anlage III).

⁴⁾ Diktat des Grafen Westarp über Unterredungen mit Hindenburg und Meißner am 15. Januar 1930 (W.-A.). — Vgl. auch Werner Conze, „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“, HZ 178, S. 78.

4. Januar 1930¹⁾), in dem er den Sturz Müllers und den Eintritt der Sozialdemokratie in die Opposition „in einem nicht zu fernen Zeitpunkt“ als wahrscheinlich voraussetzt und einen Einbezug der hugenbergfeindlichen Kräfte aus der DNVP, zu denen er „die besten Beziehungen“ unterhalte, in eine neue Regierungsfront erhofft. Sein „Kardinal in politicis“, Schleicher, habe „ausgezeichnete Arbeit hinter den Kulissen geleistet und den Boden für die zukünftige Entwicklung vorbereitet²⁾“.

Die Schlüsselfigur aller dieser Überlegungen war Dr. Heinrich Brüning, seit 1924 Reichstagsabgeordneter, seit Ende 1929 Fraktionsvorsitzender der Zentrumspartei, der als Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes sein politisches Talent früh unter Beweis gestellt hatte. Aus dieser Zeit bestand um Brüning ein Kreis rechtsgerichteter Politiker, die mit dem Generalsekretär des DHV, Max Habermann, in ihm „den kommenden Mann“ sahen und durch ein nach außen wenig in Erscheinung tretendes, aber doch politisch bedeutsames Netz von „Querverbindungen“ miteinander in Kontakt standen³⁾.

Die Kontakte dieser Gruppe zum Reichspräsidenten wirkten sich in dem Moment, als eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Mehrheitsbasis nicht mehr möglich war, unmittelbar zugunsten Brünings aus. Brüning, der noch in

¹⁾ Reichswehrminister Groener an Alarich v. Gleich vom 4. Januar 1930 (vgl. Reginald H. Phelps, „Aus den Groener-Dokumenten“, „Deutsche Rundschau“ Bd. 67, Jg. 1950 S. 1013 f.).

²⁾ Die Mitwirkung Schleichers bei der Beauftragung Brünings wird schon — unter Berufung auf einen Artikel von Kurt v. Reibnitz — in der zeitgenössischen Schrift von Walter Schotte, „Das Kabinett Papen, Schleicher, Gayl“, Leipzig 1932, S. 20, festgestellt: „Als der Reichspräsident im März 1930 dem mit seinem Kabinett stark wackelnden Reichskanzler Hermann Müller die berühmte rote Mappe mit dem Dekret der Reichstagsauflösung geben wollte, war es Groener, der auf *Veranlassung von Schleicher* Einspruch erhob und dem Reichsoberhaupt erklärte, in einem Kabinett, das mit Notverordnungen arbeiten wolle, könne er die Verantwortung nur übernehmen, wenn die sozialdemokratische Führung ausgeschaltet würde . . .“ (Eigene Hervorhebung). Eine bei Thilo Vogelsang, „Reichswehr, Staat und NSDAP“, Stuttgart 1962, S. 414 f. (Dok. Nr. 5), wiedergegebene Vortragsnotiz Schleichers vom März 1930 erhärtet dies jetzt; dort auch der Satz: „Hugenberg wird damit endgültig kaltgestellt, die D.N. werden aus ihrer unfruchtbaren Opposition erlöst.“ Vgl. auch Hermann Pünder, „Politik in der Reichskanzlei; Aufzeichnungen aus den Jahren 1929—1932“, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 46.

³⁾ Eine wichtige, noch unaufgehellte Rolle in diesem Kreis, der mit Brüning größtenteils dem „Juni-Klub“ in Berlin angehörte (vgl. Max Hildebert Boehm, „Ruf der Jungen“, Freiburg 1933, S. 18 ff.), spielte der Oberstleutnant Frhr. v. Willisen (vgl. den Nachruf Treviranus' auf ihn in Vk. St. IV/1 vom 7. Januar 1933). Mitarbeiter Seeckts im Reichswehrministerium, besaß er die Oberleitung des 1919 gegründeten „Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ und war von dort mit Ullmann bekannt (vgl. H. Ullmann, „Pioniere Europas“, München 1956, S. 26). Ullmann, 1922 auf Initiative Brünings und Habermanns Chefredakteur des „Deutschen“, des Organs des DGB, geworden, begründete 1924 „mit entscheidender Unterstützung des Frhr. v. Willisen“ die „Politische Wochenschrift“. Von Willisen wurde auch das berühmte Haus Motzstraße 22 in Berlin, die Heimstätte der verschiedenen jungkonservativen Klubs, angekauft. Intimus von Schleicher, soll er diesen als erster auf Brüning hingewiesen haben. Da sowohl Willisen als Ullmann, wie auch Treviranus und Habermann enge Kontakte zu Brüning hatten, „ergab es sich zwangsläufig, daß dieser in alle Planungen, die dann zur Gründung der Volkskonservativen Vereinigung führten, eingeweiht war“ (mündliche Mitteilungen Hermann Ullmanns). Willisen war später Arbeitskreisvorsitzender der Volkskonservativen Vereinigung in Berlin (Brief Treviranus' an den Verf. vom 20. März 1958).

letzter Stunde, am 27. März 1930, mit einer Vermittlungsaktion in der Streitfrage der Sanierung der Arbeitslosenversicherung gescheitert war, konnte schon am 30. März mit einem neuen Kabinett an die Öffentlichkeit treten, in dem, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die bisherigen Minister der Regierung Müller, beibehalten waren. Das bemerkenswerteste Kennzeichen der neuen Regierung war „die Einbeziehung von Treviranus und Schiele; auch dieser legte jetzt sein deutschnationales Mandat nieder und erreichte auch nach anfänglichen Schwierigkeiten durch persönliches Eingreifen Hindenburgs die Durchsetzung seiner agrarischen und Osthilfe-Programmpunkte¹⁾“. „Brüning hatte sich als Fraktionsführer des Zentrums vor der Abstimmung über die Youngplan-Gesetze schon am 11. März 1930 von Hindenburg die Durchführung der Finanzreform ‚mit allen verfassungsmäßigen Mitteln‘, also unter Einschluß des Artikels 48, garantieren lassen; er vollzog und sicherte dann auch seine Regierungsbildung deutlich auf dieser Grundlage²⁾.“

Bezeichnend für die Reaktion der Volkskonservativen war es, daß ihnen die Bildung der Regierung zu sehr noch nach den Spielregeln der „veralteten Partei- und Fraktionsarithmetik“ vollzogen zu sein schien³⁾, weil von den vier Zentrumsministern zwei, v. Guérard und Wirth, vornehmlich aus taktischen Gründen, um den linken Zentrumsflügel zufriedenzustellen, ins Kabinett übernommen worden waren, und weil der bisherige Außenminister Curtius als „Youngpolitiker“ gleichfalls seinen Posten beibehalten hatte. Trotzdem zeigte die Entstehung des Kabinetts unter der direkten Einflußnahme des Reichspräsidenten Züge, die den volkskonservativen Vorstellungen einer festeren Staatsautorität entsprachen. Der rasche Eintritt in die Regierungsverantwortung, so sehr er als Gebot der Stunde erschien, wirkte sich hingegen für die im Lande noch ungefestigten Volkskonservativen, je mehr die Wirtschaftskrise und die außenpolitischen Erfordernisse das Kabinett zu unpopulären Maßnahmen zwangen, immer stärker als Handikap aus.

3. Die „April-Krise“ in der DNVP

Vom 1. bis 3. April erfolgte die Aussprache über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts im Reichstag, die mit der Zurückweisung eines Mißtrauensvotums der KPD, SPD und NSDAP gegen Brüning am 3./4. April abschloß.

¹⁾ Bracher a.a.O. S. 325. — Treviranus, nach der „Vossischen Zeitung“ Nr. 156 vom 30. März 1930 „der Schrittmacher dieses Kabinetts“, trat auf ausdrücklichen Wunsch Brünings in es ein (mündliche Mitteilung von G. R. Treviranus an den Verf.), anfangs als Minister für die besetzten Gebiete, später als Reichskommissar für die Osthilfe und nach der Kabinettsumbildung vom Herbst 1931 als Reichsverkehrsminister.

²⁾ Bracher a.a.O. S. 305; vgl. auch Eyck a.a.O. S. 302. — Zur Gesamtproblematik der Regierungsbildung durch Brüning s. Bracher a.a.O. S. 287 ff.; Helga Timm a.a.O. S. 178 ff.; Conze a.a.O. S. 81 f.

³⁾ So übereinstimmend Ullmann, „Durchbruch zur Nation“, S. 278 f.; Rüdiger Robert Beer, „Heinrich Brüning“, Berlin 1931, S. 55.

Am 2. April begrüßten der Abgeordnete Hülser im Namen der Volkskonservativen Vereinigung und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Abgeordnete Schlange-Schöningen für die Landvolkpartei das Regierungsprogramm, letzterer allerdings mit der Einschränkung, „daß er manche der neuen Kabinettsmitglieder viel lieber im Parkett des Hauses als auf der Regierungsbank sähe; vor allem außenpolitisch dächten seine Freunde genau wie bisher¹⁾“. Die DNVP war jetzt auf die Probe gestellt, ob sie ihre bisherige Parole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ wahrmachen und für die Regierung oder ob sie gegen sie stimmen wollte.

Der Reichslandbund, dessen Vorsitzender Schiele Ernährungsminister im Kabinett Brüning geworden war, hatte von seinen in der DNVP befindlichen Abgeordneten gefordert, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen. Anfangs zwölf, später noch mehr Abgeordnete der deutschnationalen Fraktion waren bereit, dieser Weisung zu folgen²⁾. Hingegen war Hugenberg fest entschlossen, das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten und Kommunisten zu unterstützen in der Absicht, eine Reichstagsauflösung zu erreichen; sein Hintergedanke dabei war, durch Neuwahlen einer organisatorischen Festigung der ausgeschiedenen deutschnationalen Gruppen und weiteren Abspaltungen zuzuvorkommen³⁾. Bis zum 2. April abends forderte er „mit größter Entschiedenheit bis zur Kabinettsfrage“ die Annahme des Mißtrauensvotums und erreichte auch einen Mehrheitsbeschluß der Fraktion für dieses Vorgehen⁴⁾. Am Vormittag des 3. April, um 10 Uhr, machte dagegen plötzlich „der Fraktionsvorsitzende (Oberföhr) der Fraktion die überraschende Mitteilung, daß er entgegen dem Mehrheitsbeschluß vom vorigen Abend jetzt die einmütige Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags vorschlage und daß der Herr Parteivorsitzende bereit sei, diese Haltung der Fraktion im Plenum zu begründen⁵⁾“. Nach Unterbrechung der Fraktionssitzung erschien Hugenberg erst gegen 10.50 Uhr (vor der auf

¹⁾ Schultheß a.a.O. S. 99; vgl. auch Vk. St. I/10 vom 5. April 1930.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/11 vom 12. April 1930; dgl. Graf Westarp, „Niederschrift über die Spaltung der DNVP, vom Jahre 1930“ (W.-A.): „... die überwiegende Mehrzahl aller landwirtschaftlichen Abgeordneten (abgesehen etwa von v. Goldacker, Stubbendorff, Graf Eulenburg, Soth und Agena) unter Einschluß noch einiger anderer, nicht unmittelbar landwirtschaftlicher Vertreter aus landwirtschaftlichen Wahlkreisen die Fraktion verlassen hätten, wenn wir am 3. April ... durch Annahme des Mißtrauensvotums das Kabinett Brüning gestürzt hätten ...“

³⁾ So Westarp a.a.O.; vgl. auch Bracher a.a.O. S. 331.

⁴⁾ Westarp a.a.O.; ferner „Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg“, betr. Zustimmung zum „Junktim“ vom 12. April 1930, abgedruckt in: Vk. St. I/12 und 13 vom 26. April 1930. — Vgl. auch Vk. St. ebd.: „Der Parteivorsitzende Dr. Hugenberg forderte die einmütige Zustimmung der Fraktion zum sofortigen Sturz des Kabinetts, widrigenfalls er vom Parteivorsitz zurücktreten wollte ...“

⁵⁾ Vgl. über die vorangegangenen Besprechungen Oberföhrens mit der Regierung, die auf eine Verschiebung der Abstimmung über die Mißtrauensvoten bei Annahme des Agrarprogramms hinausliefen, die „Aufzeichnung aus der Reichskanzlei über verschiedene Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Brüning mit Vertretern der DNVP“ vom 3. Dezember 1930, abgedruckt bei Vogelsang a.a.O. S. 419 ff. (Dok. Nr. 9), besonders ebd. S. 421, sowie Pünder a.a.O. S. 47 f.

11 Uhr anberaumten Plenarsitzung) und verlas die von ihm beabsichtigte Erklärung, worauf Oberföhren eine Diskussion „als zeitlich nicht mehr möglich erklärte und die Fraktion nur ihre Zustimmung zu dem hochbedeutsamen und überraschenden politischen Entschluß als Ganzes geben konnte¹⁾“.

Nur mit der Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Abgeordneten, die notfalls zu dem für Hugenberg dann in einer äußerst ungünstigen politischen Konstellation erfolgenden Bruch entschlossen waren, war Hugenbergs dramatisches Einlenken zu verstehen²⁾. Seine Rede im Reichstag wirkte dementsprechend zwiespältig und erregte stellenweise schallende Heiterkeit. Der Zentralpunkt seiner Ausführungen war folgende Erklärung:

„... Wir sehen keine Veranlassung, einem uns nahestehenden Wirtschaftsverbande wie dem Reichslandbund in den Arm zu fallen, wenn er Verantwortungen übernehmen will, wie es in diesem Augenblick höchster Not der Landwirtschaft des Ostens geschehen ist. Obwohl unsere politische Auffassung über die Gesamtlage eine abweichende ist, glauben wir ihm nach erfolgter Übernahme dieser Verantwortung den Weg zunächst freilassen zu sollen...“

Daneben drückte er sein „weitgehendes Mißtrauen“ gegen die Regierung aus³⁾.

Das Mißtrauensvotum wurde mit 66 Stimmen Mehrheit — darunter die Stimmen der Deutschnationalen — abgelehnt. Das volkskonservative Fazit aus dieser Sitzung war: „Der Reichstag, nicht das Kabinett ist gerettet... Wären die 66 Stimmen ausgeblieben, so hätte das weder den Bestand der Regierung noch die im Interesse des Landes erforderlichen Maßregeln gefährden können.“ Jede andere Meinung stelle eine überwundene „parlamentarische Betrachtungsweise“ dar⁴⁾.

Aus Hugenbergs Rede vor dem Reichstag ging eindeutig hervor, daß seine Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung nur augenblicksbedingt war und daß er weiter jede Gelegenheit benutzen würde, sie zu stürzen, sofern die Lage in der Fraktion ihm dies Vorhaben nur irgendwie möglich erscheinen ließ. Anlaß hierzu bot der Kampf um die Etat- und Deckungsvorlagen der Regierung, der bis zum 16. Juli das innenpolitische Feld beherrschte.

Am 8. und 9. April tagten Parteivorstand und Parteivertretung der DNVP und sprachen Hugenberg einstimmig das Vertrauen aus. Sie verbanden diese Erklärung mit der Aufforderung an die Reichstagsfraktion, bei den bevor-

¹⁾ Vgl. „Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg“ a.a.O.

²⁾ Geradezu widersinnig mutet die Apologie Hugenbergs bei Lothar Steuer, „Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden“, Detmold 1951, I, S. 10 f., an: „Den Kritikern von heute sei ins Gedächtnis zurückgerufen, daß z. B. am 3. April 1930 die deutschnationale Reichstagsfraktion unter Führung Hugenbergs und Oberföhrens geschlossen gegen die beiden von der SPD und KPD eingebrachten Mißtrauensanträge gestimmt und damit das Kabinett Brüning gerettet hat...“

³⁾ Vgl. Schultheß a.a.O. S. 100 f. und Reichstagsberichte vom 3. April 1930, S. 4770 f.

⁴⁾ Vk. St. I/10 vom 5. April 1930; vgl. übereinstimmend Pünder a.a.O. S. 47 f.

stehenden Reichstagsverhandlungen die von Schiele eingebrachte Agrarvorlage ohne Zustimmung zu den damit verbundenen Steuergesetzen durchzusetzen¹⁾ — ein Ansinnen, das praktisch nicht zu bewerkstelligen war, da Agrargesetze und Steuervorlage als „Junktin“ verbunden waren²⁾. Abgesehen von der Zweifelsfrage, ob Direktiven von Parteivorstand und Parteivertretung für die Fraktion verbindlich waren, ließ sich die Aufforderung der Parteiorgane nicht als reale politische Alternative ansehen. „Eine Durchsetzung der Agrarvorlage ohne die Steuervorlagen wäre entweder dadurch denkbar gewesen, daß die Regierungsparteien im Reichstag auch bei Ablehnung der Steuergesetze die Mehrheit für das Agrarprogramm gestellt hätten, oder daß nach Ablehnung von Agrar- und Steuervorlagen die Regierung gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung das Agrarprogramm durch Notverordnung durchgeführt hätte.“ Beides war nicht zu erwarten. Reichskanzler und Reichsfinanzminister ebenso wie die Parteien sahen die Kassensanierung durch die Steuergesetze als ihre Hauptaufgabe an, und nur hinsichtlich dieser standen sie unter zwingendem Druck des Reichsbankpräsidenten und der sonstigen Gläubiger der kurzfristigen Kredite³⁾. Es war daher vor auszusehen, daß, wenn das Gesamtprogramm der Wirtschaftsreform scheitern würde, die Regierung jedes Interesse an einer Durchführung von Schieles Agrarprogramm — Schieles Stellung im Kabinett war sowieso nicht die stärkste — verlieren würde⁴⁾.

Überlegungen dieser Art ließen noch mehr Abgeordnete als in der Frage des Mißtrauensvotums sich Hugenbergs Plänen widersetzen. „Denn inzwischen hatten fast alle industriellen Vertreter und eine Reihe anderer Abgeordneter — in der Fraktions-Sitzung vom 11. April waren es 27, bei den Plenarabstimmungen (am 12. und 14. April) bis zu 36 — sich der Haltung der landwirtschaftlichen Vertreter angeschlossen“⁵⁾, schon um einen Bruch mit der Landwirtschaft überhaupt zu vermeiden. Finanz- und Agrarvorlagen wurden am 14. April in dritter Lesung endgültig angenommen.

Damit war innerhalb von 14 Tagen die innerparteiliche Situation in der DNVP ein zweites Mal zum Zerreißen gespannt. Anders als in der Auseinandersetzung vom Dezember 1929, wo über die Ablehnung des Youngplanes grundsätzlich Einigkeit geherrscht hatte und nur um die Formen politischen Verhaltens gerungen wurde, traten jetzt erstmals schwere Sachgegensätze zum Vorschein. Sie führten auch Reichstagsmitglieder, die Hugenbergs Kurs und

¹⁾ Vgl. Schultheß a.a.O. S. 106; dgl. „Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg“ a.a.O.

²⁾ Vgl. Graf Westarp, „Agrarprogramm und Steuervorlagen“, in: „Kreuzzeitung“ Nr. 108 vom 17. April 1930.

³⁾ Vgl. „Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg“ a.a.O.

⁴⁾ Vgl. auch Pünder a.a.O. S. 49 ff., vor allem dort über nochmalige Kontaktnahmen Oberföhrens mit der Regierung (am 11. und 12. April), wobei ihm am 12. Mitteilung von dem Junktin gemacht wurde „mit dem Hinzufügen, daß bei Ablehnung Reichstagsauflösung stattfinden werde“ (ebd., S. 50).

⁵⁾ Graf Westarp, „Niederschrift über die Spaltung der DNVP, vom Jahre 1930“ (W.-A.).

politischen Praktiken an sich nahestanden, an die Seite der Opposition¹⁾). Jetzt erstmals trat eine organisierte „Westarp-Gruppe“ in Erscheinung, die sich am Abend des 14. April „zwecks Stellungnahme zu den bevorstehenden Verhandlungen und Beschlüssen des Parteivorstandes“ konstituierte. Westarp, der an der Vorbereitung der Sitzung nicht beteiligt war, übernahm ihren Vorsitz, „weil er es sachlich für richtig und nötig hielt, den gegen die Fraktionsmehrheit²⁾ gerichteten Angriffen entgegenzutreten und weil er sich verpflichtet fühlte, seinerseits dazu beizutragen, daß der in der Partei entbrannte Kampf für den Gedanken und die Organisation der großen vaterländischen Bewegung und der Deutschnationalen Volkspartei möglichst wenig vernichtend wirke³⁾“. Im Einverständnis mit 23 Abgeordneten der Reichstagsfraktion richtete er zur Rechtfertigung ihres Verhaltens in der Abstimmung zur Brüning'schen Agrar- und Steuervorlage („Junktin“) vom 12. April 1930 an Hugenberg ein Schreiben⁴⁾, das das politische Verantwortungsbewußtsein dieser Gruppe noch einmal unterstrich. Hugenburgs Gegenargument wirkte wenig überzeugend: Danach sollte „am 12. April, vor der Abstimmung in zweiter Lesung, Brüning ein bereits niedergeschriebener und unterzeichneter Brief Hugenburgs überreicht werden, in dem der Vorschlag einer Verständigung gemacht wurde. Das Zentrum zusammen mit den übrigen Mittelparteien sollte sich von der Sozialdemokratie lösen, auch in Preußen einen Regierungswechsel herbeiführen und gemeinsam mit den Deutschnationalen die Reichsfinanzen sanieren, der Landwirtschaft helfen und außenpolitisch einen neuen Kurs einschlagen. Nun, nachdem die Spaltung in der Fraktion unvermeidlich geworden und die Regierung darüber unterrichtet war, konnte der Brief nicht überreicht werden“⁵⁾). Der Erpressungscharakter dieses „sorgfältig vorbereiteten Schachzuges“⁶⁾, dem die Not von Volk und Reich ebenso wie die der eigenen agrarischen Anhängerschaft nur ein Mittel der Parteitaktik war, konnte nicht dazu angetan sein, die Bedenken der verantwortlich denkenden deutschnationalen Politiker zu beschwichtigen.

An der Spitze der Parteiopposition stand der agrarische Flügel, um dessen elementare Interessen es ging. Gerade die Landesverbandsvorsitzenden der vor allem landwirtschaftlich ausgerichteten Gebiete Mittelschlesien, Niederschlesien und Pommern hatten „sehr entschieden gefordert, daß die Steuern angenommen werden müßten, wenn nur dadurch das Agrarprogramm erreichbar sei“⁷⁾). Hugenburgs Anhänger erkannten resignierend, daß „unter dem Druck der landwirtschaftlichen Organisationen, die vor keiner Beeinflussungsmaßnahme

¹⁾ Vgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 75.

²⁾ In der Schlußabstimmung am 14. April „blieben nur 20 Mann Hugenberg treu, 36 stimmten für die Regierung, 6 blieben der Abstimmung fern“: Freytagh-Loringhoven a.a.O.

³⁾ Westarp-Niederschrift a.a.O.

⁴⁾ Vgl. oben Anm. 39.

⁵⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O.

⁶⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O.

⁷⁾ „Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg“ a.a.O.

zurückscheuten, die die Abgeordneten mit drohenden Briefen und Telegrammen überschütteten, die Einheit der Fraktion nicht gewahrt werden könnte¹⁾. Der Vorsitzende des Schlesischen Landbundes, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz²⁾, richtete am 13. April ein empörtes Schreiben an Hugenberg, in dem er ihm die Gefolgschaft aufkündigte³⁾. In einer Rede in Zielenzig im Kreise Sternberg am gleichen Tage forderte er den sofortigen Rücktritt Hugenburgs und bezeichnete Graf Westarp als den einzig möglichen Parteiführer. Am 18. April richtete v. Richthofen einen neuen Brief an Hugenberg mit der Forderung, sein Amt niederzulegen⁴⁾. Gleichzeitig veröffentlichte er eine Flugschrift mit dem Titel „Speckzölle über Nationalpolitik“⁵⁾, in der er die landwirtschaftliche Interessenpolitik gegen Hugenburgs grundsätzliche Obstruktion verteidigte und mit einem Treuegelöbnis für Hindenburg schloß⁶⁾. Sogar von einer Seite, von der dies schwerlich zu erwarten gestanden hatte, erhielt v. Richthofen Unterstützung. In einem Aufsatz „Wie die Dinge wirklich liegen“ pflichtete der alte Kammerherr v. Oldenburg-Januschau der Frage v. Richthofens, ob Hugenberg die Not im deutschen Osten überhaupt kenne, bei und formulierte: „Die Deutschnationale Partei wird agrarisch sein oder sie wird nicht sein⁷⁾.“ Und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte ein „führender Deutschnationaler“, „die Sezessionsbewegung der Keudell—Lindeiner—Treviranus sei eine notwendige Etappe auf dem Weg zu der großen staatsbejahenden Rechten gewesen, die Deutschland brauche und die Deutschland längst haben würde, hätte nicht Helfferichs Tod und das Emporkommen utopischer Doktrinen und auf fremdem Boden gewachsener Persönlichkeiten die Deutschnationalen von den Grundanschauungen ihres Programms entfernt⁸⁾“. Die Volkskonservativen kommentierten: „Die Diskussion ist in vollem Gange . . . Wir stehen vor der größten innerpolitischen Auseinandersetzung der letzten Jahre. Es ist nicht möglich, sie zu verschieben oder zu vermeiden. Sie lautet: Hugenberg oder alle Wege frei zur großen deutschen Rechten. Sie wendet sich besonders an diejenigen deutschnationalen Politiker, die im Grunde nichts anderes wollen als wir⁹⁾.“

¹⁾ Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 74.

²⁾ Vgl. Freytagh-Loringhoven a.a.O. S. 75.

³⁾ „In tiefster Empörung stellen wir Ihre Haltung zum Agrar- und Steuerprogramm fest . . . bin ich zu meinem aufrichtigen Bedauern nicht mehr in der Lage, Ihnen als Führer weitere Gefolgschaft zu leisten . . .“:

Nach Wegener a.a.O. S. 10.

⁴⁾ Wegener a.a.O.

⁵⁾ Frhr. v. Richthofen, „Speckzölle über Nationalpolitik; Aufklärung und Klärung“. Als Manuskript gedruckt Boguslawitz, 18. April 1930.

⁶⁾ Ebd. S. 23.

⁷⁾ Elard v. Oldenburg-Januschau, „Wie die Dinge wirklich liegen; Ein Mahnruf“ in: „Kreuzzeitung“ vom 23. April 1930; vgl. auch „Der Ring“ Nr. 17 vom 27. April 1930.

⁸⁾ Nach Vk. St. I/12—13 vom 26. April 1930.

⁹⁾ Vk. St. a.a.O.

Die Antwort Hugenburgs und seiner Anhänger auf diese Angriffe waren Maßnahmen, mit denen der Führungsanspruch Hugenburgs auf alleinige Festlegung der politischen Linie mit größter Schärfe und Intransigenz bekräftigt wurde. Am 25. April kam es zu einer Sitzung des Parteivorstandes in Berlin. Zur Debatte standen die Mißhelligkeiten in der Reichstagsfraktion wegen der Abstimmungen über die Finanzvorlagen. Mit $\frac{4}{5}$ Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der dem Parteiführer Hugenberg und dem Fraktionsvorsitzenden Oberfohren der Dank für ihr Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitag und in der Vorstandssitzung am 8. April aufgestellten Richtlinien ausgesprochen wurde. Ihr Verdienst — so folgerte dieses Gremium — sei die Durchsetzung der Agrargesetze. Die Partei stehe in Opposition zu dem Kabinett, die gegebene Lage verlange unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Es sei daher zu bedauern, daß eine Mehrheit der Fraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April anders als die Führung gestimmt habe; das Junktim sei sachlich nicht begründet gewesen¹⁾. Nachdem von einigen Landesverbänden sogar die Forderung auf Ausschluß von Westarp, Wallraf, Dryander und anderen regierungsfreundlichen Abgeordneten gestellt worden war²⁾, bekräftigte der Parteivorstand Hugenburgs alleinigen Führungsanspruch mit einer EntschlieÙung folgenden Wortlauts³⁾:

„... Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts Brüning sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen.“

Damit waren EntschlieÙungen und Abstimmungen der Fraktion einem absoluten Veto des Parteivorsitzenden unterworfen. Auf einen Antrag des Landesverbandes Ostpreußen wurde mündlich die Androhung des Ausschlusses bei Zuwiderhandlungen hinzugefügt. Westarp und 27 andere Abgeordnete protestierten gegen diesen Zwang in einem Brief vom 2. Mai und beschlossen, einem etwaigen politischen Druck sich nicht zu fügen⁴⁾.

4. Zweite Spaltung der DNVP

Während des ganzen Verlaufs der April-Verhandlungen fand ein fortgesetztes Drängen auf Graf Westarp statt, zusammen mit dem hugenbergfeindlichen Flügel der Fraktion die Partei zu verlassen. Besonders die Abgeordneten Rademacher, Hampe, Reichert, v. Richthofen, Koch und Wallraf drängten auf

¹⁾ Vgl. Schultheß a.a.O. S. 115.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 332.

³⁾ Nach „Berliner Börsenzeitung“ Nr. 193 vom 26. April 1930 früh; vgl. auch Schultheß a.a.O.

⁴⁾ Graf Westarp, „Niederschrift über die Spaltung der DNVP, vom Jahre 1930“ (W.-A.).

sofortige Sezession; andere wie Strathmann, Schmidt-Stettin, Jandrey und Mentzel verhielten sich zurückhaltender. Westarp selbst argumentierte, er würde es — „ganz abgesehen von allen persönlichen Hemmungen“ — vorziehen, daß bei einer wirklich unvermeidlich werdenden Trennung die Sezessionisten „den Apparat und die Firma“ behielten, statt eine neue Partei zu gründen. Der Anlaß müsse zumindest so gewählt sein, daß ein Großteil des Apparates den Austretenden folge. Er machte weiter geltend, daß ein Verbleiben in der Fraktion günstigere Aussichten eröffne, nach dem Vorbild der Abstimmungen im April Mehrheiten für die Regierung zu erreichen, als ein Ausscheiden. Eine Verbindung mit den Volkskonservativen und der Sammelfraktion Hepp — v. Lindeiner — Treviranus hielt er deswegen nicht für möglich, „weil diese Regierungspartei sei, sie aber um der Sache willen und um den Boden nicht vollends zu verlieren, Opposition bleiben müßten“¹⁾).

Dagegen argumentierten Rademacher und andere, „Hugenberg sei fest entschlossen und an der Arbeit, die Wiederaufstellung aller derjenigen, die ihm nicht unbedingt folgten, unter allen Umständen zu verhindern. Träte man jetzt nicht aus, sondern lasse die Dinge bis zu einer Auflösung laufen, deren Zeitpunkt Hugenberg in seine Hand bringen wolle, so werde bis dahin die Stellung der einzelnen Abgeordneten im Wahlkreis endgültig unterwühlt sein. Man werde aber dann nicht genügend gerüstet sein, unabhängig von der Hugenbergpartei mit einer Neuorganisation in den Wahlkampf einzutreten“²⁾“. Wieder, wie im Herbst 1929, förderte Westarp durch sein Zögern die Absichten seiner Gegner. Die Argumente derjenigen, die ihn zum Entschluß des Austritts drängten, bewahrheiteten sich in einem für die Volkskonservativen und Westarp selbst verhängnisvollen Umfang.

Am 28. April vormittags fand eine Besprechung zwischen Schiele und den Abgeordneten Graf Westarp, Rademacher, Reichert und Leopold statt, bei der eine etwaige Neugründung erwogen wurde. Schiele hatte Graf Westarp „vorher allein die Beseitigung Hugenbergs als das in erster Linie erstrebenswerte Ziel bezeichnet und für den Fall, daß es wie wahrscheinlich nicht rechtzeitig erreichbar sei, den Plan einer Konservativen Volkspartei entwickelt, der es vielleicht eher noch als der DNVP selbst ohne Hugenberg gelingen könne, die Bauernpartei und die unvermeidlich kommenden weiteren Landbundlisten wieder einzugliedern“. Doch riet er in der Besprechung dringend ab, „den Vorstandsbeschuß vom 25. als solchen schon zum Anlaß des Bruches zu nehmen oder werden zu lassen. Um Verständnis zu finden und einen möglichst großen Teil der Partei herüberzubekommen, sei es unbedingt erforderlich, einen sachlichen Anlaß ähnlich demjenigen vom 3. und 14. April abzuwarten“. Westarp entsprach dieser Ansicht, indem er „gegen den Wunsch von Rademacher und

¹⁾ Graf Westarp, Private Niederschrift über Vorgänge April 1930; „Betrifft Trennungsabsichten“ (W.-A.).

²⁾ Westarp a.a.O.

anderen“ seinem Brief an Hugenberg vom 2. Mai eine entgegenkommende Form gab. Aus verschiedenen Hinweisen folgerte er, „daß man im Lande nur Einigkeit wolle, ohne den Anlaß zum Bruch zu werten, daß man deshalb den Beschluß vom 25. April in der Annahme, daß er den Konflikt beilege, begrüßt habe und deshalb kein Verständnis dafür haben werde, wenn der Beschluß mit seinen nur theoretischen Festlegungen den Bruch herbeiführe“¹⁾.

Nachdem die politisch-psychologischen Möglichkeiten der April-Krise von der Westarp-Gruppe ungenutzt gelassen worden waren, ergab sich in den zwei Monaten, die zwischen der Beschlußfassung der deutschnationalen Führungsgremien vom 25. April und dem Eintritt des Reichstages in die Etatberatungen zum Notprogramm Brünings lag, keine wesentliche Kräfteverschiebung in der Partei. Wichtige Zeit für den Aufbau einer eigenen Parteiorganisation verstrich, die Westarp-Gruppe, weit davon entfernt, in den Landesverbänden Boden zu gewinnen, sah sich infolge der wachsenden allgemeinen Krise, die nun auch in den landwirtschaftlichen, bisher mit ihr sympathisierenden Kreisen eine steigende Radikalisierung der politischen Auffassungen bewirkte, in ihrer Argumentation vor immer größere Schwierigkeiten gestellt. Durch die Entwicklung, die zur Auflösung des Reichstages führte, war sie in ungünstigster Position vor die Entscheidung eines Neuanfangs gestellt, der im Schatten der nationalsozialistischen Konkurrenz mit ihrem Massennimbus und ohne den Rückhalt eines nennenswerten Parteiapparats begonnen werden mußte.

Vom 7. bis 10. Juli 1930 trat der Reichstag zur Etatberatung und 1. Lesung der Deckungsvorlagen zum Reichshaushalt zusammen; für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Dr. Oberfohren, daß die deutschnationale Fraktion nicht in der Lage sei, für die Regierungsvorschläge die Mitverantwortung zu übernehmen. — Am Dienstag, den 15. Juli wurde der Artikel 1 des Deckungsprogramms in zweiter Lesung angenommen. Die Mehrheit bekundete dadurch, daß sie gleich der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der akuten Finanznot für erforderlich hielt. Doch brachte die SPD Änderungswünsche vor. Brüning verkündete daraufhin die Entschlossenheit der Reichsregierung, „von *allen* verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch zu machen, die zur Abdeckung des Defizits im Haushalt notwendig seien“. Für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Dr. Oberfohren:

„Die Deutschnationale Fraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwie wesentliche Änderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in 1. Lesung nicht

¹⁾ Westarp a.a.O. — Vgl. ebd. die Feststellung: „Am 25. April hatten außer Winckler und Kries die Landesverbandsvorsitzenden v. Gossler, Graf Schulenburg (Filehne), v. Zitzewitz, v. Waldow, Meyer (Magdeburg), Jäntsch (Dessau) und Wesenfeld mit uns gestimmt. Ich legte einigen von ihnen am 25. abends bei Mitscher die Frage vor, ob sie, wenn der Bruch unvermeidlich sei, den Parteiapparat mit hinüberbringen würden. Gossler erklärte das höchstens für 5 bis 6 Kreisvereine möglich; v. Zitzewitz meinte, Pommern sei durchaus nicht reif und werde auseinanderfallen, Meyer beschwor mich, den Bruch zu vermeiden. Auch in seinem Landesverband stehe die Mehrheit hinter Hugenberg. Nur Wesenfeld bejahte meine Frage.“

eingetreten ist. Die Fraktion ist daher entschlossen, auf dem Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvorlagen in erster Lesung durch mich abgegeben hat.“

Am 16. Juli wurde bekannt, daß der Reichspräsident Brüning die Vollmachten aus § 48 der Reichsverfassung erteilt hatte. Brüning benutzte die starke Stellung, die er dadurch erhielt, um auf der Annahme der ursprünglichen Deckungsvorlage zu bestehen, ohne auf die vorhandene Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokratie einzugehen. Wie weit diese Verhandlungsbereitschaft ging, wurde deutlich, als in der gleichen Sitzung ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit einer Mehrheit von 185 Stimmen abgelehnt wurde. Trotzdem stimmten die Sozialdemokraten, die sich am Vortage der Stimme enthalten hatten, bei der 2. Lesung des Art. 2 der Deckungsvorlage mit Nein, was das Scheitern der Deckungsvorlage bedeutete. In der Nacht zum Donnerstag, den 17. Juli, unterzeichnete der Reichspräsident zwei Notverordnungen, durch die die von der Regierung für erforderlich gehaltenen Steuermaßnahmen unverzüglich in Kraft gesetzt wurden. Am 17. morgens wurden die Notverordnungen veröffentlicht. Unmittelbar darauf reichte die SPD den Antrag auf ihre Aufhebung sowie einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett ein¹⁾.

Um 16 Uhr des gleichen Tages erhielt die Regierung von der DNVP ein Schreiben, in welchem diese um eine Besprechung über die gesamtpolitische Lage nachsuchte. Sie fand noch am 17. Juli zwischen Brüning einerseits, Hugenberg und Oberföhrn andererseits statt. „Die Deutschnationalen boten in einer zweistündigen Besprechung ihre Mitwirkung dazu an, daß die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag bis nach den Reichstagsferien verschoben werde, und verlangten dafür Beteiligung an der Regierung sowie Änderung der Verhältnisse in Preußen. Der Reichskanzler konnte sich mit einer Verschiebung der Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag nicht einverstanden erklären²⁾.“ — Am Freitag, den 18. Juli, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Gleichzeitig spaltete sich die deutschnationale Fraktion. Der Reichskanzler erklärte den Reichstag für aufgelöst. Am 26. Juli wurden neuerlich Notverordnungen zur Deckung des Haushalts erlassen. Die Neuwahlen zum Reichstag wurden auf den 14. September angesetzt.

Die Auflösung des „zweifelloso noch funktionsfähigen Reichstages³⁾“ durch Brüning, bedingt durch seine intransigente Einstellung zu den Vermittlungsvorschlägen der SPD, war einer der wichtigsten Einschnitte auf dem Wege des

¹⁾ Vgl. Schultheß 1930, S. 162 ff., Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, II, S. 336 ff.; Vk. St. I/25 v. 19. Juli 1930.

²⁾ Vk. St. a.a.O.; inhaltlich diesem entsprechend Schmidt-Hannover a.a.O. S. 264. — Wie sehr das deutschnationale Anerbieten nur taktisch gemeint war, erhellt aus der bei Vogelsang a.a.O. S. 419 ff. (Dok. Nr. 9) wiedergegebenen „Aufzeichnung aus der Reichskanzlei“ (vgl. oben Anm. 284), besonders dort S. 420.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 337 ff.

Niedergangs der Weimarer Republik und der Errichtung eines präsidential orientierten Regierungssystems. Hierbei muß Brüning zugute gehalten werden, daß „die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, denen sich die Regierung zu diesem Zeitpunkt gegenüber sah, . . . einen Spannungsgehalt erreicht hatten, der äußerste Gegenmaßnahmen und einschneidende Interventionen auch von staatlicher Seite notwendig zu fordern schien¹⁾“. Trotzdem bleibt die Reichstagsauflösung nur verständlich, wenn man sie mißt an Brünnings Wunsch einer Regierungsorientierung nach rechts. „Hindenburg sowohl wie Brüning wünschten, die gesprengte Große Koalition durch eine Verbindung der Mitte mit der Rechten, soweit sie staatsreu und verhandlungsfähig war, zu ersetzen. Wich Brüning von dieser Linie ab, so war er in Gefahr, das Vertrauen des Präsidenten zu verlieren . . . Brüning aber, verführt durch seinen Erfolg vom 14. April, redete sich ein, daß nur ein entschiedenes und unbeugsames Auftreten nötig sei, um eine Mehrheit um sich zu scharen²⁾“. Allerdings berücksichtigte er nicht die Vertrauenskundgebung des deutschnationalen Parteivorstandes für Hugenberg vom 25. April, die deutlich machte, „daß die Sezessionisten von der Partei keine Organisation hinter sich und deshalb keine Wahlchancen hatten. Ein Staatsmann, der das beachtete, hätte im letzten Moment das Steuer herumwerfen und die Hilfe der Sozialdemokraten annehmen müssen, wenn sie zu erträglichen, die Finanzreform nicht gefährdenden Bedingungen zu haben war³⁾“. Die Gangbarkeit dieses Weges ist von Brüning zumindest nicht erprobt worden. Andererseits erreichte er mit seinem Beharren auf dem Regierungsvorschlag nicht, eine deutschnationale Mehrheit zu sich herüberzuziehen.

In einer Fraktionssitzung der Deutschnationalen am 17. Juli abends „kamen die Meinungsverschiedenheiten so stark zum Ausdruck, daß eine Gruppe von etwa 25 Abgeordneten unter Führung des Grafen Westarp die Sitzung verließ und ihre Besprechungen allein fortsetzte⁴⁾“. In einer Fraktionssitzung am nächsten Tage morgens 9 Uhr, vor der entscheidenden Reichstagssitzung, verkündete Graf Westarp seine und seiner Freunde Zustimmung zur Notverordnung und gab folgende Erklärung zu Protokoll⁵⁾:

¹⁾ Bracher a.a.O. S. 341.

²⁾ Eyck a.a.O. S. 341. — Brüning ist von der Erreichung dieses Ziels nicht weit entfernt gewesen; die negative Mehrheit betrug nur 15 Stimmen (236 : 221). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Friedrich Meinecke, „Die deutsche Katastrophe“, S. 93, wo er einen Bericht über „die entscheidende Sitzung der deutschnationalen Volkspartei“ vom 30. Juni (?) 1930 wiedergibt: „Damals fand . . . die Frage statt, ob man die Regierung Brüning im Reichstage unterstützen solle oder nicht. Ich (der Berichterstatter) und meine Freunde waren für die Unterstützung, Hugenberg und sein Anhang gegen sie. Ein paar meiner Freunde fehlten ganz zufällig in jener Sitzung. Wären sie dagewesen, so wäre die Abstimmung für Brüning ausgefallen —, und der ganze weitere Ablauf der Dinge hätte anders werden können.“

³⁾ Eyck a.a.O.

⁴⁾ Vk. St. a.a.O. („Die letzten Stunden des Reichstags“).

⁵⁾ Erklärung des Grafen Westarp in der Fraktionssitzung am 18. Juli 1930 (9 Uhr) zu Protokoll der Fraktion (W.-A.), zitiert nach Bracher a.a.O. S. 349, Anm. 61.

„Die nachfolgende Mitteilung mache ich im Auftrag einer Anzahl von Fraktionsmitgliedern, und zwar zurzeit 21. Die Zahl ist noch nicht endgültig, weil einige Erklärungen noch ausstehen. Wir sind entschlossen, in der heutigen Reichstagssitzung gegen die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der wesentlichen Notverordnung zu stimmen und diese Haltung im Plenum mit einer kurzen Erklärung zu begründen. Wir sind uns bewußt, daß nach dem Parteivorstandsbeschluß vom 26. April und nach der Erklärung, die der Parteivorsitzende noch in letzter Zeit in der Fraktion abgegeben hat, dieses Verhalten Trennung von Fraktion und Partei bedeutet. Deshalb wollen wir den Schritt nicht tun, ohne ihn vorher in der Fraktion mitzuteilen und an die Fraktion in letzter Stunde die dringende und ernste Bitte zu richten, erwägen zu wollen, ob sich diese Konsequenzen nicht doch durch eine Änderung der Haltung der Fraktion zu der Notverordnung vermeiden läßt. Das scheint uns um so eher möglich zu sein, als auch der vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Regierung gemachte Vorschlag einer Vertagung der Abstimmung bis zum Herbst die praktische Folge gehabt hätte, die Notverordnung einstweilen in Kraft treten und die darin vorgesehenen Steuern erheben zu lassen.“

Doch Westarps Argumente blieben ohne Gehör. Nach einer längeren offiziellen Rede Oberföhrens im Namen der deutschnationalen Reichstagsfraktion¹⁾ gab Westarp am 18. Juli, zugleich „im Auftrag einer Anzahl seiner politischen Freunde“, im Plenum den endgültigen Entschluß zur Unterstützung der Regierung Brüning durch einen Teil der deutschnationalen Abgeordneten bekannt²⁾ und versicherte:

„... Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, glauben aber, dieser Regierung, die auf vielen Gebieten mit Reformarbeiten begonnen hat, noch eine Frist zur Überwindung der schweren, in kurzer Zeit überhaupt nicht zu behebenden wirtschaftlichen Nöte, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet einräumen zu müssen. Die wirtschaftliche Not erfordert eine stabile Regierung und erträgt keine weitere Erschwerung durch Regierungskrisen und Wahlkämpfe. Wir halten den Erlaß noch schwebender Gesetze, so des Amnestiegesetzes, des Osthilfe- und Westhilfegesetzes für unerlässlich und derart dringlich, daß wir die sofortige Verabschiedung dieser Gesetze nicht durch eine Regierungskrise gefährden wollen. Wir wollen dem Entschluß des Herrn Reichspräsidenten, die dringenden finanziellen Schwierigkeiten durch eine Notverordnung zu beseitigen, nicht durch sofortige Aufhebung der Verordnung die Wirksamkeit entziehen, zumal wir die Gefahr sehen, daß dadurch die Regierungskrise auch zu einer Staatskrise werden könnte. Wir glauben auch nicht, dem von uns für unerlässlich gehaltenen Kampf gegen den Marxismus dadurch führen zu können, indem wir auf Grund sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge den Sturz einer bürgerlichen Regierung herbeiführen, die gerade auch in den letzten Tagen ohne sozialdemokratische Stütze und Hilfe ihres Amtes zu walten den Mut besessen hat. Wir werden daher sowohl dem Antrag auf Wiederaufhebung der wesentlichen Notverordnung als den gegen das Kabinett gerichteten Mißtrauensanträgen unsere Zustimmung versagen.“

In der anschließenden Abstimmung über den Aufhebungsantrag stimmten 25 deutschnationale Abgeordnete für die Regierung, 5 enthielten sich der Stimme. Das Abstimmungsverhältnis innerhalb der Fraktion war für die

¹⁾ Vgl. Schultheß 1930, S. 177.

²⁾ Reichstagsberichte v. 18. Juli 1930, S. 6517; Schultheß 1930, S. 179.

Westarp-Gruppe ungünstiger als in den April-Abstimmungen. „Wenige Tage später, am 24. Juli, fand die Spaltung mit einer EntschlieÙung des Parteivorstands, die Hugenbergs Haltung billigte und alle für den Brüning-Kurs stimmenden Abgeordneten verurteilte, auch formal ihre Bestätigung: in einer scharfen, von Oberföhren unterstützten Rede begründete Hugenberg vor dem Vorstand der DNVP seine Opposition gegen Brüning, stellte den ‚Kampf gegen den Marxismus‘ allen Erwägungen einer nationalsozialistischen Gefahr voran und vollzog mit dem Schlagwort von der ‚Einigkeit der Fraktion‘ offiziell seinen Bruch mit den Westarp-Trevisanus-Gruppen¹⁾.“ Die Spaltung dehnte sich auch auf die deutschnationale Fraktion im Preußischen Landtag aus, die von sieben Abgeordneten des landwirtschaftlichen Flügels am 8. August verlassen wurde²⁾. Die Gesamtbilanz der Veränderungen in der deutschnationalen Reichstagsfraktion seit Herbst 1929 wies — bei einer Anfangsstärke der Fraktion von 78 Mitgliedern im Jahre 1928 — 43 Austritte und nur 35 verbleibende Abgeordnete auf³⁾. Diese Zahl änderte sich auch in den weiteren Reichstagswahlen nicht mehr wesentlich. Die strukturbedingte machtpolitische Schwäche der Fraktion gegenüber der Parteiführung, kennzeichnend für jede moderne Massenpartei, bewirkte, daß mehr als die Hälfte aller Reichstagsabgeordneten die Partei verließ, ohne daß Hugenbergs Stellung als Parteiführer dadurch erschüttert wurde.

Das Fazit des langjährigen Konflikts in der DNVP zogen am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in einer auch rückschauend überzeugenden, zusammenfassenden Analyse die volkskonservativen „Briefe nach Ostdeutschland“. Sie schrieben⁴⁾:

„Die Maiwahl 1924 machte die DNVP zur stärksten Partei. Sie stellte den Reichstagspräsidenten. Sie zählte 106 Mandate. Neben ihr standen 36 Völkische unter Graefe-Wulle-Henning, die die Dezemberwahl freilich aufrieb. Sie selbst erreichte mit 111 Mandaten ihren höchsten Stand.

¹⁾ Bracher a.a.O. S. 349 f. (nach: „Mitteilungen Nr. 17 der Parteizentrale“, W.-A.).

²⁾ Vgl. die namentliche Erklärung der Ausscheidenden in: Vk. St. I/28 v. 9. August 1930.

³⁾ Vgl. die Aufstellung „Hugenbergs Verlustliste“ in: Vk. St. I/27 v. 2. August 1930:

<i>Wahlkreis:</i>	<i>Ausgetreten:</i>	<i>Geblichen:</i>
1. Ostpreußen	Behrens Mönke	Graf zu Eulenburg Dr. Preyer Gottheiner
2. Berlin	Hampe	Berndt Laverrenz
3. Potsdam II	Graf Westarp Ohler	Frau Lehmann
4. Potsdam I	Staffehl	Stubbendorff Dr. Steiniger
5. Frankfurt a. O.	v. Keudell Bruhn	Wege v. Troilo

6. Pommern	Schlange Mentzel Jandrey Schmidt	Wolf Schultz-Bromberg
7. Breslau	Frhr. v. Richthofen Dr. Lejeune-Jung Hülser	v. Freytag-Loringhoven
8. Liegnitz	Schröter	Hergt
9. Oppeln		Kleiner
10. Magdeburg	Schiele	Rieseberg
11. Merseburg	Hemeter Leopold	
12. Thüringen		Graef
13. Schleswig-Holstein		Dr. Oberfohren Gerns Soth
14. Weser-Ems		Dr. Agena
15. Ost-Hannover		Schmidt
16. Süd-Hannover/Braunschweig		Dr. Wienbeck
17. Westfalen-Nord	Treviranus	Dr. Hugenberg
18. Westfalen-Süd	Dr. Mumm	
19. Hessen-Nassau	v. Lindeiner-Wildau	
20. Köln-Aachen	Wallraf	
21. Koblenz-Trier	—	—
22. Düsseldorf-Ost	Dr. Reichert	Dr. Koch
23. Düsseldorf-West	Dr. v. Dryander	
24. Oberbayern-Schwaben	v. Lettow-Vorbeck	
25. Niederbayern	—	—
26. Franken	Prof. D. Strathmann Bachmann Fromm	Sachs
27. Pfalz	—	—
28. Dresden-Bautzen	Domsch Hartmann	Dr. Bang
29. Leipzig	Dr. Hoetsch Dr. Philipp	
30. Chemnitz-Zwickau	Dr. Rademacher Dr. Bazille	
31. Württemberg	Vogt Dingler Haag	
32. Baden		Dr. Hanemann
33. Hessen-Darmstadt	—	—
34. Hamburg	—	Gok
35. Mecklenburg	—	Dr. Everling
Reichswahlliste	Lambach Hartwig Lind Dr. Klönne Dr. Haßlacher	Frau Müller-Otfried v. Goldacker Biener Dr. Quaatz Dr. Spahn

⁴⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 45 v. 13. Dezember 1932 (Hervorhebungen im Original).

Mit dieser Stärke änderte sich ihr Verhältnis zum *Staat*. Bisher war sie vom Einfluß auf den Staat ausgeschlossen. Ob sie wollte oder nicht: in Betracht kam nur *Opposition*, ‚unbedingte‘ oder ‚sachlich aufbauende‘. Nunmehr ergab sich die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung.

In der Partei rangen *zwei Strömungen*:

- a) eine mehr konservative, der die Beteiligung als staatspolitische *Pflicht* erschien,
- b) eine andere, die als nationale ‚*Bewegung*‘ grundsätzliche Opposition forderte, um nach ‚unaufhaltsamem Siegeszug‘ die ‚absolute Mehrheit‘ zu erringen und dann den Aufbau *allein* in die Hand zu nehmen.

Die überragende Persönlichkeit *Helfferrichs* hätte die Geister vielleicht zusammengehalten. *Helfferrich* war tot. Dem Siegeszug folgte 1928 ein schwerer Rückschlag. Der Gegensatz spitzte sich zu unerhörter Schärfe zu, als *Hugenberg* sehr geschickt

- a) zuerst die *Treviranus-Gruppe*,
- b) dann die *Westarp-Gruppe*,

insgesamt die Mehrheit der 1928 gewählten Reichstagsfraktion, zum Austritt zwang. Der Erfolg, heute klar ersichtlich, war

1. daß die zur Auswirkung im Staat drängenden Gruppen als *Gruppen* (nicht durchweg als Persönlichkeiten) von der politischen Bühne verschwanden.
2. daß die deutschnationale Restpartei, dezimiert, isoliert, innerlich unlebendig, die Kraft zur Umstellung auf die Aufgaben einer neuen Zeit nicht mehr aufbrachte,
3. daß Führung, aber auch Opferbereitschaft, Idealismus, jugendliche Aktivkraft auf den radikalen, noch durchaus unreifen Gegner zur Rechten überging.“

Wie Schlange-Schöningen rückblickend sagte: Jeder Radikalismus fällt dem noch schärferen Radikalismus zum Opfer¹⁾. *Hugenberg* wurde wider Willen zum Schrittmacher Hitlers.

V. Das volkskonservative Problem: Partei oder Vereinigung?

Der Widerstreit von „Konservativer Volkspartei“ und „Volkskonservativer Vereinigung“ 1930 bis 1932

1. Die Gründung der „Konservativen Volkspartei“

Dem Ausschluß der *Westarp-Gruppe* aus der DNVP folgte die sofortige Einberufung der Mitglieder des Reichsausschusses der Volkskonservativen Vereinigung für den 21. Juli nach Berlin durch *Treviranus*²⁾. Gleichzeitig trat die *Westarp-Gruppe* an die Volkskonservative Vereinigung heran mit dem Ziel, die Sammlung aller konservativ eingestellten Kräfte in einer neuen gemeinsamen Organisation zu erreichen. Der Reichsausschuß der Volkskonservativen Vereinigung erteilte seinem Vorsitzenden, *Treviranus*, Vollmacht, diese Verhandlungen durchzuführen und zum Abschluß zu bringen. Beteiligt an den Besprechungen waren seitens der Vereinigung *Max Habermann* und *v. Lindeiner*

¹⁾ Schlange-Schöningen a.a.O. S. 29.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/25 v. 19. Juli 1930.

Wildau, seitens der ausgeschiedenen Abgeordneten Graf Westarp, Dr. v. Dryander und andere. Die Verhandlungen führten am 23. Juli zu einer Einigung und zur Gründung der „Konservativen Volkspartei¹⁾“, die am 24. Juli mit einem Gründungsauf Ruf an die Öffentlichkeit trat²⁾.

Die ideologische Annäherung beider Gruppen verlief, trotz Übereinstimmung in der politischen Lagebeurteilung, nicht ohne Schwierigkeiten. Es zeigte sich, daß dem verschiedenen taktischen Verhalten, das zu den getrennten Sezessionen geführt hatte, auch ideologische Gegensätze entsprachen. Insgesamt verkörperte sich in der Westarp-Gruppe mehr eine altkonservativ, monarchisch und verwaltungsstaatlich eingestellte Richtung, die stärker den traditionell konservativen Interessengruppen von Landwirtschaft und Industrie, dadurch jedoch auch stärker praktisch-politischen Gedankengängen zuneigte, während sich bei den Mitgliedern der Volkskonservativen Vereinigung ein stärker bündisch-ideologisches, auf genossenschaftliche Vorstellungen der „Selbsthilfe“ gegründetes Denken bemerkbar machte, das starke Anregungen vom DHV, aber auch aus den Kreisen der „jungkonservativen“ Klubs empfing und dem „bloßen Parteidenden“ abgeneigt war. Westarp, der den Gründungsauf Ruf entwarf³⁾, hatte ursprünglich an den Namen „Konservative Staatspartei“ gedacht⁴⁾, drang aber damit nicht durch. Auch hinsichtlich der Einstellung der Konservativen Volkspartei zur monarchischen Frage entstanden Schwierigkeiten. „Lambach, der Kreis um Ullmann, nicht minder Hoetzsch bestanden mit Leidenschaft darauf, daß das monarchische Bekenntnis nicht in das Parteiprogramm aufgenommen, jedenfalls nicht zur Bedingung der Parteizugehörigkeit gemacht werden dürfe“⁵⁾. Westarp mußte nachgeben, verteidigte aber — mit Zustimmung von Treviranus und v. Lindeiner-Wildau und nach eingeholter Zusage des Lambach-Kreises, dieser Auffassung nicht zu opponieren — „die Notwendigkeit, der monarchischen Überzeugung und ihrer Vertretung in der Partei Raum zu lassen“, in einem Interview in der „Kreuzzeitung“⁶⁾. Doch wurde weder im Gründungs- noch im späteren Wahlauf Ruf die monarchische Frage angesprochen. —

¹⁾ Vgl. Vk. St. I/26 v. 26. Juli 1930.

²⁾ Vgl. zum Text „Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte“, Bd. III: „Die Weimarer Republik 1919 bis 1933“, Berlin 1954, S. 313 f.; ferner Wilhelm Mommsen, „Deutsche Parteiprogramme“, München 1951, S. 135 f. (Abdruck s. Anhang, Anlage IV). — Unterzeichner des Auf Rufs waren (in namentlicher Reihenfolge): Max Habermann, Dr. v. Kamecke, von Lettow-Vorbeck, H. E. v. Lindeiner-Wildau, Dr. Rademacher, G. R. Treviranus, Dr. Heinz Dähnhardt, Dr. v. Dryander, Anna v. Gierke, Georg Hartmann, Prof. Dr. Hoetzsch, Walther Lambach, Dr. Paul Lejeune-Jung, Herm. Miltzow, Oscar Rümmele, Graf v. d. Schulenburg-Tressow, Frau Erna Tischbein, Dr. Hermann Ullmann, Graf v. Westarp.

³⁾ Vgl. Entwurf Graf Westarps zu dem Auf Ruf der Konservativen Volkspartei, 24. Juli 1930, bei den Westarp-Akten.

⁴⁾ Vgl. den Schlußsatz ebd. — „Staat“ ist der häufigst gebrauchte Ausdruck auch in dem endgültig veröffentlichten Text.

⁵⁾ Graf Westarp, „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930“ (W.-A.).

⁶⁾ Vgl. „Kreuzzeitung“ Nr. 332 v. 9. August 1930; daneben Westarp a.a.O.

Unmittelbar nach der Gründung wurden Schritte zum Aufbau eines Parteiapparats im Lande eingeleitet, wozu die bevorstehende Reichstagswahl zwingend drängte. Die Arbeit der „Volkskonservativen Vereinigung“, sofern sie überhaupt Ansätze zu einer Organisation gezeitigt hatte, war hauptsächlich in Form lockerer „Arbeitsgruppen“, zudem fast nur in einigen Großstädten, wo ein größerer Mitgliederkreis bestand, in Erscheinung getreten: Symptom für eine Einstellung, die die Bedeutung und Funktion der Parteien als realpolitisch überholt ansah und nun sehr ungern neuerlich sich in den „Parteikampf“ verstrickt wußte. Einzig sehr übertriebene Hoffnungen auf einen weiterreichenden Erfolg bei der Wahl ließen Teile der Mitgliedschaft sich mit dem neuen Engagement als „Partei“ abfinden. — Fortschritte wurden in Sachsen erzielt, wo über die Hälfte des Weiteren Vorstandes des DNVP-Landesverbandes Ostsachsen nach einer Vorstandssitzung in Dresden am 28. Juli die DNVP verließ und einen Aktionsausschuß zur Vorbereitung der Gründung eines Landesverbandes Sachsen der Konservativen Volkspartei einsetzte; ihm gehörten die bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Rademacher und Hartmann an¹). Auch der frühere Reichstagsabgeordnete Graf von der Schulenburg-Tressow trat einen Tag nach der Sezession zu den Volkskonservativen über²). Im Anschluß an die Gründungsversammlung der Konservativen Volkspartei in Stettin — unter Vorsitz von Westarp — erfolgte der Übertritt der bisherigen deutschnationalen Reichstagsmitglieder Ernst Mentzel und Otto Schmidt sowie des bisherigen Vorsitzenden des Kommunalpolitischen Ausschusses der DNVP für Pommern, Oskar Thomas³).

Die Zusammensetzung der neuen Partei war von Anfang an durch eine der Zahl nach unverhältnismäßig große Teilnahme von politisch und geistig qualifizierten Persönlichkeiten ausgezeichnet. Demgegenüber fehlte eine breitere Mitgliedschaft im Lande — ein Problem, zu dessen Illustration das Bild der „Offiziere ohne Soldaten“ treffend gewählt wurde. Für die Zusammenarbeit in der Partei entstanden daraus zahlreiche Probleme. Die vorhandene Kraft an Intelligenz, Kenntnissen, Einsatzwillen und Verantwortungsfreudigkeit fand einen zu geringen Wirkungsspielraum. Die Zusammenfassung der konservativen Rechtsgruppen mit der Mitte zu einer Sammelpartei gelang nicht; allenfalls in diesem Rahmen hätten die volkskonservativen Kräfte voll wirksam werden können. So wurde, was ein Gewinn schien, von Anfang an eine Belastung für die neue Partei, die sich bald wieder den akademischeren Zuschnitt einer „Vereinigung“ beilegte und das politische Feld den immer stärker sich radikalisierenden Massenbewegungen überließ. Die Überschätzung der präsidialen Autorität und ihrer Stützen, der Reichswehr und Beamtenschaft, tat ein übriges zu dieser Entwicklung. —

¹) Vgl. Brief v. Maltzahn an Graf Westarp v. 26. Juli 1930 (W.-A.) mit der Feststellung: „Die Lage für die Konservative Volkspartei steht in Ostsachsen durchaus günstig“.

²) Brief Graf v. d. Schulenburg-Tressow an Graf Westarp v. 19. Juli 1930 (W.-A.).

³) Vk. St. I/29 v. 16. August 1930.

Die latente politische Energie, die sich in der Konservativen Volkspartei gesammelt hatte, führte zu ersten Reibungen und Zusammenstößen anlässlich der Kandidatenwahl für die Reichstagswahlen. Anfang August wurde ein vorbereitender „Sechserausschuß“ aus den Herren Treviranus, Graf Westarp, v. Kamecke, v. Lettow-Vorbeck, Dr. v. Dryander und Dr. Rademacher gebildet, der alle Maßnahmen für die Reichstagswahlen abstimmen und vorbereiten sollte¹⁾. Doch war die erste Zusammenkunft am 13. August „nicht sehr erfreulich“. „v. Lettow-Vorbeck war nur kurz da, Dryander fehlte“, ob mit v. Kamecke noch weiter gerechnet werden konnte, war „zweifelhaft“. „Hoetzsch sprach offen aus, daß die alte Gruppe bevorzugt behandelt werden müsse.“ Rademacher widersprach und verlangte Parität mit dem Argument, die Westarp-Gruppe sei nicht in die Volkskonservative Vereinigung aufgegangen, sondern mit ihr verschmolzen. Schließlich wurde der Entwurf einer Reichsliste festgelegt mit Graf Westarp an der Spitze, dann „den fünf alten Volkskonservativen, durchsetzt mit den Welfen, für die Bindungen vorlagen“, dann erst weiteren Westarp-Anhängern²⁾. Am 21. August erschien ein gemeinsamer Wahlauf Ruf der Volkskonservativen, der Wirtschaftspartei und der DVP, der die Durchführung des „von dem Reichspräsidenten v. Hindenburg begonnenen Reformwerkes“ proklamierte³⁾. Ein auch organisatorisches Zusammengehen dieser und anderer politischer Gruppen schien zwingend notwendig, um eine Niederlage bei den Reichstagswahlen abzuwenden.

2. Sammlungsversuche

Sammlungsversuche mit dem Ziel einer Vereinigung der verschiedenen staatsbürgerlichen Parteien wurden vor den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 von drei verschiedenen Gruppen unternommen: von der „Deutschen Staatspartei“, in der sich am 27. Juli die „Deutsche Demokratische Partei“ und die „Volksnationale Reichsvereinigung“ unter Mahraun zu einem kurzfristigen Zweckbündnis zusammengefunden hatten⁴⁾, mit der Absicht eines Zusammenschlusses von DDP und DVP; von der Deutschen Volkspartei mit dem Ziel einer Vereinigung aller bürgerlichen Kräfte, unter Einschluß der linksliberalen in der Staatspartei; von volksskonservativer Seite mit dem Bestreben der Bildung einer „Neuen Rechten“, zu der die DVP, die Wirtschaftspartei, die Landvolkpartei, nicht aber die Staatspartei gehören sollten. Sämtliche Bemühungen, die unter dem

¹⁾ Brief Dr. Rademacher an Treviranus v. 8. August 1930 (W.-A.).

²⁾ Brief Dr. Rademacher an Graf Westarp v. 15. August 1930 (W.-A.). — Auf die internen Schwierigkeiten weist auch ein Brief von Prof. Otto an Graf Westarp v. 14. September 1930 (W.-A.): „... Denn wie auch die Wahlen ausfallen, eine schwere Aufgabe bleibt neben den großen politischen der Aufbau der Partei. Daß in dieser bisher nicht alles zum Besten steht, werden auch Sie empfinden. Der DHV macht sich ungebührlich breit ... Das altkonservative Element scheint manchem nicht sehr genehm zu sein ...“.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 355.

⁴⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 357 f.

Druck der bevorstehenden Wahl oft nur parteitaktischen Erwägungen entsprangen, scheiterten. Begrenzte Ergebnisse waren einzig der gemeinsame Wahlauftritt von DVP, Wirtschaftspartei und Volkskonservativen vom 21. August und eine Reichslistenverbindung zwischen den Volkskonservativen und der Landvolkpartei.

Damit waren alle aus richtiger Einschätzung der politischen Lage vorangehenden Bemühungen der Einigung der Regierungsparteien auf einer „Hindenburglinie“, die bereits seit 1929 als Alternative zu der sich radikalisierenden „Nationalen Opposition“ gesehen wurde¹⁾, praktisch wirkungslos geblieben. Der erwartete „Hindenburgbund“²⁾ blieb aus und wurde nur durch ein loses parlamentarisches Zusammenspiel ersetzt, wie es auch vor dem 18. Juli schon bestanden hatte³⁾. Die letzte Möglichkeit der staatstragenden Parteien, dem als „Parteiendämmerung“ gekennzeichneten Prozeß der Desintegration des parlamentarischen Staates Einhalt zu gebieten, wurde nicht genutzt. „Hier viel mehr denn zwei Jahre später fiel recht eigentlich die Entscheidung über das innenpolitisch-parlamentarische Schicksal der Weimarer Republik“⁴⁾.

Am 30./31. Juli 1930 fand eine Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der DVP, Dr. Scholz, und den Abgeordneten Treviranus von der Konservativen Volkspartei, Drewitz und Sachsenberg von der Wirtschaftspartei, Koch-Weser und Oskar Meyer-Berlin von der Deutschen Staatspartei sowie zwei Vertretern der „Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler“ über eine „Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte“ statt. Die Besprechungen blieben ergebnislos,

¹⁾ Vgl. „Der Niedergang der nationalen Opposition“, S. 35 ff.: „Hätten sich die real denkenden, positiv arbeitenden Persönlichkeiten auf der Rechten gefunden — hätten sie eine *Hindenburglinie* der nationalen Opposition im neuen Staate aufzurichten verstanden —, was hätte . . . werden können . . . Statt der Hindenburglinie entstand die Hugenberglinie. Aus der Idee der nationalen Sammlung wurde der Versuch, eine beschränkte nationalistische Teilmacht zu errichten.“

²⁾ Vgl. den Brief von Groener an Alarich v. Gleich vom 21. Juli 1930 (nach Phelps, „Groener-Dokumente“ a.a.O. S. 1040 f.): „Einige Auguren sagen voraus, daß die Hugenbergianer von den Nazis und dem neuen Hindenburgbund zerrieben werden. Freund Treviranus betreibt bereits mit unserer Assistenz den Schlachtplan . . . Der obengenannte Bund soll für die Wahl eine lose Vereinigung vom Landbund bis zu den Demokraten werden. Ich mache noch ein Fragezeichen dahinter. Qui vivra, verra. Ich kann's erwarten und überlasse dem Kardinal, den Wahlschwindel anzurühren.“ Der Brief wirft ein Licht auf die allzu optimistischen Wahlprognosen in Brüning nahestehenden Kreisen.

³⁾ Vgl. Vk. St. I/19 vom 7. Juni 1930 über die Teilnahme des Leiters der volkonservativen Reichstagsgruppe, v. Lindener-Wildau, an Besprechungen, „die die Erleichterung der technischen Zusammenarbeit der die jetzige Regierung stützenden Fraktionen zum unmittelbaren Ziel hatten und darüber hinaus von manchem auch als Ausgangspunkt für größere parteipolitische Zusammenfassungen im Sinne einer „Staatspartei“ angesehen wurden. Der Verlauf der Besprechungen der Fraktionsführer untereinander und der Fraktionsmitglieder in ihren Kreisen hat zu der Erkenntnis geführt, daß die hier vorliegende Aufgabe am besten durch eine freimütige, auf gegenseitiger menschlicher Achtung beruhende, dauernde persönliche Fühlungnahme der Fraktionsführer gefördert werden kann. Zu weitergehenden formalen Bindungen haben wir uns nicht bereithalten können . . . Außerdem ist die große Umgruppierung des deutschen Parteiwesens heute noch viel zu sehr im Fluß, als daß sie schon einen organisatorischen, zusammenfassenden Ausdruck im Parlament finden könnte“.

⁴⁾ Bracher a.a.O. S. 349; vgl. auch Vogelsang a.a.O. S. 86 ff.

hauptsächlich weil Koch-Weser, nachdem der Gedanke einer einheitlichen Partei fallengelassen worden war, auch die Einzelvorschläge von Scholz, die auf einen Burgfrieden im Wahlkampf und eine Einigung zwischen den Parteien über die kommende Finanzreform, einen gemeinsamen Wahlauftritt und die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im kommenden Reichstag abzielten, ablehnte, während die Vertreter der anderen Parteien einer klaren Stellungnahme auswichen¹⁾.

Nach einer Tagung des Reichsausschusses der DVP am 31. Juli, auf der Scholz das Vertrauen ausgesprochen wurde, ergriff überraschenderweise alsbald Koch-Weser die Initiative zu einem neuen Versuch des Zusammengehens, das allerdings auf die im engeren Sinn „liberalen“ Parteien, Staatspartei und DVP, beschränkt bleiben sollte. Er plädierte in einem an Dr. Scholz gerichteten Brief vom 1. August für eine große Staatspartei und schlug vor, daß er und Scholz sich von der Führung der neuen Partei zurückhalten und sie anderen Kräften überlassen sollten. Gleichzeitig trat Koch einen Erholungsurlaub an und überließ seine Vertretung in der Leitung der weiteren zwischenparteilichen Verhandlungen, denen damit eine neue Chance eingeräumt war, Dr. Höpker-Aschoff²⁾.

Inzwischen scheiterten aber auch weitere Verhandlungen der DVP mit den übrigen bürgerlichen Parteien. Ein am 7. August von Dr. Scholz unternommener Versuch, die DVP, die Wirtschaftspartei, die Konservative Volkspartei und die Landvolkpartei in der Form eines begrenzten Wahlauftritts zusammenzuführen, hatte nur begrenzten Erfolg. Der Widerstand der Landvolkpartei mit ihrer unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Auffassung ließ es lediglich zu einem Abkommen über einen Burgfrieden im Wahlkampf kommen. — Auch die neuen Verhandlungen zwischen Dr. Scholz und Dr. Höpker-Aschoff verliefen ergebnislos. Höpker-Aschoff machte im Einvernehmen mit Reichsfinanzminister Dietrich das Angebot, daß sich Staatspartei und Volkspartei gleichberechtigt zu einer neuen Partei zusammenschließen und die Führung dem Abg. Geheimrat Kahl von der Volkspartei übertragen. Ein Gegenvorschlag von Scholz, der praktisch das Aufgehen der Staatspartei in der Deutschen Volkspartei bedeutete, wurde von der Staatspartei als untragbar empfunden. Eine Besprechung des Kommerzienrats Röchling mit Dr. Scholz am 8. August vermochte an der negativen Entscheidung nichts mehr zu ändern³⁾.

Am 18. August einigten sich schließlich wenigstens drei der gemäßigten Rechtsparteien doch noch auf ein gemeinsames Minimalprogramm. Die Abgeordneten Treviranus und v. Lindeiner-Wildau (Konservative Volkspartei), Drewitz und Sachsenberg (Wirtschaftspartei) und Dr. Scholz (DVP) verfaßten einen gemein-

¹⁾ Vgl. Schultheß 1930, S. 185 ff., S. 191 f.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ebd. — Zu den Interventionen aus industriellen Kreisen vgl. auch Graf Westarp, „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930“ (W.-A.): „... Für den Zusammenschluß auf weiterer Grundlage setzten sich in mehrfachen Unterredungen, die auch ich mit Reusch, Blank und anderen hatte, mit besonderem Nachdruck die „Ruhrlade“ und die Banken als Geldgeber ein.“

samen Wahlauf Ruf. Nachdem die Parteivorstände ihre Zustimmung gegeben hatten, wurde die vereinbarte Verlautbarung am 21./22. August veröffentlicht. Die gleichfalls zur Mitunterzeichnung eingeladene Staatspartei nahm an der Formulierung „Hindenburgprogramm“ Anstoß und unterzeichnete nicht¹⁾.

Während die DVP sich um einen engeren Zusammenschluß aller hinter der Regierung stehenden Parteien bemühte, liefen gleichzeitig Verhandlungen zwischen den Volkskonservativen und der Landvolkpartei, die eine Zusammenfassung der verschiedenen aus der DNVP ausgeschiedenen Rechtsgruppen in einer konservativen Sammlungspartei zum Ziel hatten. Im Anschluß an seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion hatte Graf Westarp keinen Zweifel daran gelassen, daß er allein dieses Zieles wegen in der politischen Arbeit verbleibe und sich zur Wiederwahl stelle; sein Hauptanliegen hierbei war, „durch Zusammenschluß mit der Landvolkpartei die Grundlage für eine größere Rechte zu schaffen und das Landvolk aus der berufsständischen Isolierung herauszuführen“ — eine Absicht, in der er anfänglich von Schiele unterstützt wurde²⁾. „Aus diesem Grunde, und um von der Kleinarbeit der neuen Parteigründung entlastet zu sein“, bat Graf Westarp, nur in den Weiteren Ausschuß der KVP gewählt zu werden; er wolle sich „von der engeren Geschäftsführung distanzieren, um für die Verhandlungen vermittelnder Art über weitere Zusammenschlüsse Bewegungsfreiheit zu haben³⁾“.

Am 23. Juli fand bei Schiele eine abschließende Verhandlung zwischen Schiele, Höfer und Dr. Gereke von der Landvolkpartei, v. Lindeiner-Wildau und Graf Westarp von den Volkskonservativen über eine gemeinsame Reichsliste statt. Die vorhergegangenen Besprechungen waren seitens der Volkskonservativen vor allem durch v. Lindeiner geführt worden; Westarp, der auf engeren Zusammenschluß drängte, „griff wiederholt durch Rücksprachen mit Schiele und Gereke ein, die immer wieder ihm zustimmten, aber erklärten, sich damit im Vorstände der Landvolkpartei nicht durchsetzen zu können“. Das Landvolk, das auf einer prozentualen Aufschlüsselung der Mandate bestand, lehnte auch einen gemeinsamen Namen, durch den Graf Westarp „den Anfang eines politischen Zusammenschlusses zum Ausdruck gebracht sehen wollte“, ab. So wurde

¹⁾ Schultheß a.a.O. — Zu der volkskonservativen Beteiligung an den Verhandlungen vgl. Graf Westarp a.a.O.: „... Sie wurden hauptsächlich von Lindeiner geführt, der dabei mehr Zurückhaltung übte als Treviranus und insbesondere den Anschluß der Staatspartei verhinderte (sic!). Er hielt mich dauernd auf dem Laufenden, und ich war mit dem schließlichen Ergebnis — Erklärung von Scholz, Drewitz und v. Lindeiner, sich im Wahlkampf gemeinsam für das Hindenburgprogramm einsetzen zu wollen, vom 21. 8. — einverstanden, da zur Zeit nicht mehr erreichbar war.“

²⁾ Westarp a.a.O. — Vgl. auch „Kreuzzeitung“ Nr. 205 vom 25. Juli 1930. Desgl. Brief Graf Westarp an Dr. Fresenius vom 8. August 1930 (W.-A.).

³⁾ Vgl. Graf Westarp, „Meine Verhandlungen . . .“, a.a.O.; desgl. Brief Graf Westarp an Graf Lehndorff vom 24. Juli 1930: „Von der engeren Führung der Partei habe ich mich zunächst fern gehalten, um frei zu sein für die Aufgabe der Sammlung der Rechtspartei, bei der es sich zunächst einmal darum handelt, Landvolk und Konservative Volkspartei unter ein Dach zu bringen.“

nur die gemeinsame Reichsliste, aber nicht einmal die feste Zusage einer nach der Wahl zu bildenden Fraktionsgemeinschaft erreicht. Höfer und Gereke, die offiziellen Beauftragten der Landvolkpartei, erklärten, „man dürfe den Kreisen, die unter Führung von Hepp, von Sydow, Döbrich und anderen für den Charakter einer reinen Berufspartei einträten, nicht von Anfang an zu viel zumuten. Der Zusammenschluß der Fraktionen werde sich von selbst ergeben¹⁾“.

Nach der Wahl führte die Landvolkpartei das Reichslistenabkommen, dem auch die Deutsch-Hannoversche Partei angeschlossen war, gegen Widerstände in ihren eigenen Reihen loyal durch. Dagegen scheiterten die Verhandlungen über irgendwelchen fraktionellen oder interfraktionellen Zusammenschluß vollständig an ihrer Weigerung der Zusammenarbeit. Gereke, der versicherte, daß er für den Zusammenschluß einträte, konnte sich gegen Hepp, v. Sybel und andere Landvolkfürher nicht durchsetzen. Bei Schiele gewann Graf Westarp in mehreren Unterredungen vor einer Sitzung von Reichslandbund und Landvolkpartei am 1. oder 2. Oktober den Eindruck, daß er, nachdem große Teile des Landvolkes zu Hitler übergegangen oder bei Hugenberg verblieben waren, seinen Gedanken, das Landvolk in breiterem Umfang mit den Volkskonservativen zusammenzuführen, als gescheitert ansah. Schiele machte kein Hehl daraus, daß es ihm in erster Linie jetzt darauf ankam, „die Einheit im Landbund wiederherzustellen und diese Entwicklung nicht durch fraktionelle Verbindungen . . . zu gefährden. Er setzte sich also nicht nur nicht für den fraktionellen Zusammenschluß ein, sondern hat ihm entgegengewirkt“, — wobei er annahm, „daß der Reichstag doch keine lange Lebensdauer haben werde, so daß es nicht lohne, sich in ihm häuslich einrichten zu wollen“. Westarp ließ keinen Zweifel an seiner Enttäuschung über diese Haltung und befürchtete von der Isolierung der vier volkskonservativen Abgeordneten im Reichstag „ebenso wie von einer einseitigen Verbindung mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst“, mit dem die Volkskonservativen schließlich eine Fraktionsgemeinschaft eingingen, „eine schwere Schädigung der Konservativen Volkspartei²⁾“.

3. Die Wahlniederlage vom 14. September 1930

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erschütterten das trotz aller Fluktuationen im Parteifeld bisher ungefähr konstante Gleichgewicht der parlamentarischen Kräfteverhältnisse in einem unerwarteten Umfang³⁾. Brünings

¹⁾ Vgl. Graf Westarp, „Meine Verhandlungen . . .“, a.a.O.

²⁾ Ebd.

³⁾ Vgl. die gründlichen Analysen der Reichstagswahlen 1930 und 1932 bei Bracher a.a.O., S. 364 bis 370, S. 645 bis 656, und: Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 100 ff., mit der Feststellung: „Der Verlust an Wählern der staatsbürgerlichen Rechten, die von 8,8 im Jahre 1928 auf 3,8 Millionen im Jahre 1932 zurückgingen, ist ganz der NSDAP zugute gekommen.“ Dazu Alfred Milatz, „Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933“, in Sammelband Matthias/Morsey a.a.O. S. 743—793.

Absicht bei der Reichstagsauflösung, „durch Neuwahlen, ehe die wirtschaftliche Depression noch gespannter und bevor die radikalen Tendenzen im Lande stark genug geworden waren, das normale parlamentarische Verfahren zu sabotieren, einen Reichstag mit einer demokratischen Mehrheit zu sichern“¹⁾, wurde nur sehr begrenzt erreicht. Stärker als vorher war Brüning auf den parlamentarischen Rückhalt durch die SPD angewiesen, dem er sich gerade hatte entziehen wollen²⁾. Der eigentliche Gewinner der Wahl waren die Nationalsozialisten, die ihre Mandatszahl von 12 auf 107 erhöhen konnten und einen Gewinn von 5,5 Millionen Wählerstimmen erzielten, der mit der Zahl der bisherigen Nichtwähler (5 Millionen) fast identisch war, wenigstens nicht auf Kosten der Linksparteien ging, die ihre Stellung — wie auch das Zentrum — ungefähr hielten. „Die fluktuierenden konservativ-christlich-agrarischen Gruppen der gemäßigten Rechten erlitten eine vernichtende Niederlage; mit insgesamt 49 Mandaten erreichten sie nicht die Hälfte der nationalsozialistischen Sitze und nur wenig mehr als die zusammengeschrumpften Deutschnationalen“³⁾, die mit 41 Abgeordneten in den neuen Reichstag einzogen. „Der Plan Brünings-Treviranus, einer nach rechts angelehnten Fachregierung unter Ausschluß der SPD Dauer zu verschaffen, hatte sich ebenso zerschlagen wie die Absicht, in Neuwahlen den Bürgerblock zu stärken und wenigstens Hugenberg's Gefolge zu dezimieren“⁴⁾.

Am stärksten traf das Wahlergebnis die zersplitterten regierungstreuen Gruppen der Rechten. Zwar hatten sie nicht weniger Mandate als die DNVP unter Hugenberg erringen können⁵⁾, fielen aber, da sie sich auf kein gemeinsames Vorgehen einigen konnten, weder psychologisch noch politisch als einheitlicher Faktor ins Gewicht. Daß bei der Wahl verschiedene prominente Politiker der Sezessionisten im gleichen Wahlkreis gegeneinander kandidierten⁶⁾, war ebenso wie die Tatsache, daß drei der neugewählten Landvolkabgeordneten,

¹⁾ Heinrich Brüning, „Ein Brief“, „Deutsche Rundschau“ Jg. 70, Bd. II, S. 12.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O.: „Während vor den Wahlen die geplante Koalition von der DDP bis zur DNVP noch eine Mehrheit von 272 : 219 Mandaten gehabt hätte, wäre eine solche Kombination jetzt mit 250 : 327 Mandaten hoffnungslos in der Minderheit geblieben.“

³⁾ Bracher a.a.O. S. 365.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ Die Sitzverteilung der gemäßigten Rechtsparteien im einzelnen war:

Landvolkpartei	19 Sitze
Christl.-Soz. Volksdienst	14 Sitze
Konservative Volkspartei	4 Sitze
Deutsch-Hann. Partei	3 Sitze
zusammen	40 Sitze

⁶⁾ So standen im Wahlkreis Alt-Berlin drei der zwölf ersten Sezessionisten vom Herbst 1929 — und zwar v. Lindeiner-Wildau (Konservative Volkspartei), v. Keudell (Landvolkpartei) und Mumm (Christlich-Sozialer Volksdienst) — einander gegenüber. Hierbei überschritten sich die Frontstellungen noch dadurch, daß v. Lindeiner-Wildau führendes Landbundmitglied und v. Keudell örtlicher Vorsitzender der Volkskonservativen Vereinigung in Frankfurt a. d. O. war. Vgl. Brief v. Lindeiner-Wildau an v. Keudell vom 16. August 1930 (W.-A.).

darunter das Vorstandsmitglied von Sybel, unmittelbar nach dem Zusammentritt des Reichstages im Oktober zu den Nationalsozialisten übergangen¹⁾, ein warnender Hinweis darauf, daß die in manche politischen Überlegungen bereits als feste Größe einbezogene „Neue Rechte“ nur eine Fiktion war. Von den Volkskonservativen, die über 300 000 Stimmen bei der Wahl gewannen²⁾, gelangten nur vier — Graf Westarp, Treviranus, v. Lindeiner-Wildau und Lambach — wieder in den Reichstag, sämtlich nur durch die Reichsliste. Beachtliche Stimmengewinne an einzelnen Orten³⁾, besonders in München, wo General a. D. von Lettow-Vorbeck fast 50 000 Stimmen für die Volkskonservativen gewinnen konnte⁴⁾, blieben für das Gesamtergebnis ohne Belang. Daß v. Lettow-Vorbeck trotz seines Achtungserfolgs infolge einer unglücklichen Placierung auf der Reichsliste nicht wieder in den Reichstag gelangte, führte zu Mißhelligkeiten und schließlich sogar zum Ausscheiden v. Lettows aus der volkskonservativen Parteiarbeit⁵⁾. — Hindenburgs aufschlußreiche Worte nach der Wahl: „Warum haben *wir* denn so schlecht abgeschnitten?“, die er zu Treviranus geäußert haben soll⁶⁾, nahmen die „Schulddiskussion“ vorweg, die allenthalben in volkskonservativen Kreisen nach der Wahl einsetzte.

„Indem Brüning am 18. Juli 1930 den Widerstand einer ‚Zufallsmehrheit‘⁷⁾ gegen seine Pläne mit dem Kampf gegen das Parlament beantwortete und einer aufgewühlten Bevölkerung die in solcher Lage fast provokatorische Zumutung vorzeitiger Neuwahlen auferlegte, opferte er alle politischen Rücksichten und taktischen Bedenken der konsequenten Verfolgung seiner wirtschaftspolitischen Erwägungen⁸⁾.“ Auch Brüning selbst „hat gelegentlich die Ansicht ausgespro-

¹⁾ Vgl. Walter H. Kaufmann, „Monarchism in the Weimar Republic“, S. 201.

²⁾ Deutsch-Hannoversche Partei und Konservative Volkspartei zusammen — teilweise waren gemeinsame Kandidaten aufgestellt oder kandidierten nur Deutsch-Hannoveraner — errangen im gesamten Reich 458 116 Stimmen. Hierbei entfielen auf die Volkskonservativen 313 874, auf die Deutsch-Hannoveraner 144 242 Stimmen. Schwerpunkte volkskonservativer Gewinne waren die Wahlkreise 1. Oberbayern-Schwaben mit 41 782, 2. Hamburg mit 20 737, 3. Schleswig-Holstein mit 17 979, 4. Potsdam II mit 15 693, 5. Westfalen-Nord mit 14 738 Stimmen. Vgl. Egelhaaf's Historisch-politische Jahresübersicht, 23. Jg., 1930, S. 192, desgl. Cuno Horkenbach, „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, Bd. 1 (1931), S. 472 ff. — Landvolk, Konservative Volkspartei und Deutsch-Hannoveraner zusammen errangen 1 058 556 Stimmen (Schultheß a.a.O.).

³⁾ Beispielsweise erhielten die Volkskonservativen im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. bei nur 29 eingeschriebenen Mitgliedern 7 065 Stimmen: Führerrundbrief der Konservativen Volkspartei nach der Reichstagswahl 1930, gez. Treviranus (W.-A.).

⁴⁾ Zum volkskonservativen Wahlerfolg, wenn auch nicht Wahlsieg in München vgl. Erwein v. Aretin, „Krone und Ketten, Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes“, München 1955, S. 47.

⁵⁾ Vgl. den Schriftwechsel bei den Westarp-Akten:

1. Brief Prof. Walter Otto (München) an Graf Westarp vom 14. September 1930,
2. Telegramm Prof. Otto an Graf Westarp vom 15. September 1930,
3. Brief Graf Westarp an Prof. Otto vom 16. September 1930.

⁶⁾ Mündliche Mitteilung von G. R. Treviranus an den Verf.

⁷⁾ So Brüning selbst a.a.O. S. 12.

⁸⁾ Bracher a.a.O. S. 345.

chen, es sei zu früh gewesen für ihn zu diesem Start, es hätten erst die Ansätze zu einer positiven Rechten weiter ausreifen, stärker gedeihen, sich gegenüber der Reaktion durchsetzen müssen¹⁾. Seine volkskonservativen Anhänger empfanden es deshalb trotz ihrer politischen Sympathie für ihn bitter, daß Brüning „seine Freunde stets höchst unökonomisch und mit einer Selbstverständlichkeit und Rücksichtslosigkeit verbraucht hat, die er (auch) gegen sich selbst anwandte“²⁾.

Andere Gründe als Brünings schwer zu entschlüsselnder politischer Charakter, der über dem Festhalten an seinen strategischen Zielen oft die taktischen Rücksichtnahmen vergessen ließ — so vernachlässigte er fast ganz das wichtige Feld der Regierungspropaganda³⁾ —, kamen zum Wahlmißerfolg der Volkskonservativen hinzu. „Die Stimmung einer wirtschaftlich und sozial zermürbten Wählerschaft war gegen sie, und ihr Parteiname bedeutete ein Wagnis⁴⁾.“ Auch daß die Einzelpersönlichkeit der Kandidaten als Folge des Verhältniswahlrechts zu wenig zur Geltung kam, daß die Tendenz der breiten Wählermasse „nicht geneigt war, von der gewohnten Firma zu lassen“ und daß „außer der allgemeinen Radikalisierungerscheinung das bestechend erscheinende Programm Hugenburgs, ehe es sich nicht als undurchführbar in der Praxis erwiesen hatte, gegenüber politischer Einsicht eine größere Werbekraft besaß“⁵⁾, wirkte für die Volkskonservativen ungünstig. Schließlich stieß die „improvisierte Organisation“ der Volkskonservativen „auf eine Hochflut der nationalsozialistischen Welle und nach dem 14. September auf die geradezu suggestive Wirkung des nationalsozialistischen Erfolges“⁶⁾, welcher sich auch solche Persönlichkeiten, von denen ein eigenes Urteil zu erwarten war, nicht mehr widersetzen oder nicht mehr zu widersetzen wagten⁷⁾.

¹⁾ Hermann Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 73.

²⁾ So der Brüning nahestehende Ullmann a.a.O. S. 65.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 403, S. 436 f.

⁴⁾ Führerrundbrief der Konservativen Volkspartei nach der Reichstagswahl 1930, gez. Treviranus (W.-A.).

⁵⁾ Brief Dr. v. Fumetti (Dresden) an Graf Westarp vom 18. September 1930; vgl. in ähnlichem Sinn auch Dr. Graf Robert Keyserlingk (Cammerau bei Schweidnitz) an Graf Westarp vom 8. Oktober 1930, der auch den zu intellektuellen Wahlaufuf der Volkskonservativen bemängelt (W.-A.).

⁶⁾ Brief Graf Westarp an Graf v. d. Schulenburg-Tressow vom 28. August (richtig: 10.) 1930 (W.-A.).

⁷⁾ Vgl. Brief Graf Westarp a.a.O.: „... Für uns ist von besonderer Bedeutung, daß so zahlreiche Persönlichkeiten maßgebender Art, die mit der Führung und Politik Hugenburgs keineswegs einverstanden waren und den von uns dagegen bis in die letzte Konsequenz geführten Widerstand geradezu begrüßt hatten, uns ferngeblieben sind und weiter fernbleiben... nun kommt auch die Suggestion unseres Mißerfolges hinzu.“ Graf v. d. Schulenburg-Tressow stellt in einem Antwortbrief an Graf Westarp vom 30. Oktober 1930 (W.-A.) ein ähnliches Verhalten für Mecklenburg fest: „Hier im Lande wagten vor der Wahl sehr wenige, sich offen zu dieser neuen Partei (KVP) zu bekennen. Besonders auf dem Lande hielten sich eigentlich alle Herren ängstlich zurück und wollten nicht genannt werden. Bei meinen verschiedensten Fühlern wurde ich immer wieder auf die Zeit nach der Wahl getröstet. Das Wahlergebnis hat auf dem Lande

4. Ringen um die Regierungslinie

Vielleicht das wichtigste Kennzeichen der Situation nach der Reichstagswahl 1930 war es, daß ihr Ausgang die fiktive Selbstunterscheidung der Partei-Ideologien in „links“ und „rechts“ ebenso fragwürdig erscheinen ließ, wie sie den durch Brünnings Regierungspraxis deutlich werdenden Zwiespalt von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit unterstrich. Die Lage der hinter der Regierung stehenden Rechtsgruppen war fataler denn je. Unter dem Druck der nationalistischen Idealkonkurrenz und unter dem Zwang des eigenen „antimarxistischen“ Programms konnten sie weder den Einbezug der SPD in die Regierungsfront tolerieren, noch konnten sie eine gangbare parlamentarische Alternative für die auch von ihnen bejahte parlamentarisch tolerierte Präsidial-Regierung Brüning¹⁾ nachweisen, an deren Erfolg oder Nichterfolg auch ihre eigene Existenz hing²⁾. Die Aufgabe, vor der sie standen, ähnelte der der Quadratur des Zirkels und trat nach außen in einer sichtbaren politischen Nervosität in Erscheinung, in der als letzter Ausweg der Schritt „über die Engigkeit der Verfassungsbestimmungen hinaus“³⁾ oder aber, trotz aller Risiken, die Mithineinnahme des Nationalsozialismus in die Verantwortung proklamiert wurde⁴⁾.

Bald nach den Wahlen setzten Bemühungen der verschiedenen Gruppen der Rechten ein, die Regierung nach rechts hin festzulegen und die Nationalsozialisten nach dem „Zählungskonzept“ an der Regierung zu beteiligen: so in einer Entschließung des Reichslandbundes vom 23. September, die die Umgestaltung der Reichs- wie der preußischen Regierung und die Ablösung der „Parteiregierung“ durch „Berufung unabhängiger, willensstarker, tatbereiter nationaler Führer durch den Reichspräsidenten“ forderte und in der Folge Schiele zum Rücktritt vom Präsidentenposten des Reichslandbundes und zur Niederlage seines Reichstagsmandats veranlaßte — so in einer Entschließung von Reichstagsfraktion

¹⁾ Friedrich Stampfer, „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“, Offenbach 1947, S. 579 ff.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 372.

³⁾ So Brief Dr. Rademacher an Treviranus vom 24. Oktober 1930 (W.-A.).

⁴⁾ Eine Möglichkeit, die auch von dem sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun erwogen wurde; vgl. Bracher a.a.O. S. 371.

die Sympathien für die Volkskonservativen vollends begraben. Ich hatte mich für den weiteren Aufbau der Partei an verschiedene Herren gewandt, die uns für den Wahlkampf Geld gegeben hatten, und habe mir überall eine Absage geholt. Eine Besprechung, die ich kürzlich mit verschiedenen Herren der Ritterschaft hatte, hat das Ergebnis gehabt, daß bei den Großgrundbesitzern des Landes die Neigung, sich der volkskonservativen Partei anzuschließen, völlig erloschen ist. Die Herren der Ritterschaft stehen teils noch hinter Hugenberg, in der Mehrzahl folgen sie Wendhausen (Landvolkpartei, zum NS tendierend) und sehr viele werden bei einer Neuwahl nationalsozialistisch wählen. Der Grund hierfür ist in der verzweifelte Lage zu suchen, in der sich der Meckl. Großgrundbesitz befindet, eine Lage, die m. E. noch schlimmer ist, als wie in Ostpreußen . . . Die Volkskonservativen können deshalb nicht darauf rechnen, hier auf dem Lande irgendwelchen Boden zu fassen“. (Anmerkungen in Klammern nicht im Original.)

und Reichsausschuß der Wirtschaftspartei vom 26. September, sich an keiner Regierung zu beteiligen, auf die die Sozialdemokratie direkt oder indirekt Einfluß ausübe, und die in der Folge zur Zurückziehung von Justizminister Bredt aus dem Kabinett führte. Am 2. Oktober stellte die Wirtschaftspartei eine Reihe von Forderungen an die Reichsregierung auf, in denen sie die Herbeiführung eines sofortigen Moratoriums für die Reparationszahlungen mit dem Ziele der Revision des Youngplanes verlangte. Der Vorsitzende der Landvolkfraktion, Döbrich verlangte die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei behielt sich in einer Sitzung vom 24. September, auf der Dr. Scholz für kurze Zeit noch einmal zum Vorsitzenden gewählt wurde — bis er am 1. Dezember aus Krankheitsgründen von Dingeldey abgelöst wurde —, „völlige Freiheit der Entschließungen gegenüber den Maßnahmen der Regierung vor, wobei irgendwelche Kompromisse mit sozialistischen Gedankengängen für sie untragbar seien“¹⁾.

In diesen allgemeinen Tenor der Verlautbarungen der gemäßigten Rechtsgruppen stimmten auch die Volkskonservativen ein. In ihren eigenen Reihen waren aber die Meinungen durchaus nicht einheitlich, und sie empfanden die Schwere der Situation, die gleichzeitig eine Existenzfrage für sie war, drückend. Als erster nahm Graf Westarp in einem Leitartikel „Was nun?“ in der „Kreuzzeitung“ Stellung²⁾, dessen gedämpfter Titel in eigenartigem Gegensatz zu einer gleichzeitigen, forciert stimmungsbetonten Hauptschlagzeile in den „Volkskonservativen Stimmen“: „Mit uns ist die Zukunft!“ stand³⁾. Westarp forderte darin „im Einvernehmen einerseits mit Schiele, andererseits mit Treviranus und Lindeiner“⁴⁾, daß Brüning die Nationalsozialisten vor die Verantwortung stellen solle. Bei anderen führenden Volkskonservativen, vor allem des sonst mit Westarp übereinstimmenden Landesverbandes Sachsen, herrschte eine abweichende Lagebeurteilung vor, die eine rechtsbürgerliche Einrahmung für ungenügend hielt, um „die notwendige Distanz zum Nationalsozialismus politisch und psychologisch zu wahren“⁵⁾. Westarps parteitaktische Überlegung war, daß der Versuch einer Einbeziehung der Nationalsozialisten entweder Hugenberg und die DNVP, bei der eine Regierungsbereitschaft auch von anderen als nicht

¹⁾ Vgl. Horkenbach a.a.O. S. 320 f., S. 327 ff.

²⁾ Graf Westarp, „Was nun?“, in: „Kreuzzeitung“ Nr. 266 vom 17. September 1930.

³⁾ Vgl. Vk. St. I/36 vom 20. September 1930.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp, „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930“ (W.-A.).

⁵⁾ So Dr. Rademacher, „Voraussetzungen einer Rechtskoalition“, in: „Leipziger Neueste Nachrichten“ Nr. 312 vom 8. November 1930 (vgl. Bracher a.a.O. S. 372); desgl. Brief Dr. v. Fumetti (Dresden) an Graf Westarp vom 19. September 1930 (W.-A.). „... Meiner Überzeugung nach gibt es nur ein Mittel, um der Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung zu wehren und sie ebenso rasch wie sie emporgeschossen, wieder zum Zusammenbruch zu bringen, nämlich sie von jedem Einfluß auszuschalten ...“

wahrscheinlich angenommen wurde¹⁾, in die Isolierung führen, oder daß der erwartete Fall, daß die Nationalsozialisten sich nicht beteiligten, zu einer weiteren engen Bindung Hugenburgs an sie und zu einer Anhängerkrise in der DNVP führen werde. Das erweise dann zugleich, „daß die Methoden des Zwanges und erbitterten Kampfes gegen das Zentrum, wie sie von Herrn Hugenberg und den Nationalsozialisten angewandt worden sind, den Erfolg, das Zentrum in Preußen von den Sozialdemokraten zu lösen, nicht erbracht, sondern es in die Arme der Sozialdemokratie getrieben haben“²⁾. Der Aufnahme der NSDAP in die Regierung stand schon die Ablehnung durch Hitler und die agitatorische Maßlosigkeit der nationalsozialistischen Forderungen entgegen³⁾. Trotzdem wurde darauf gedrängt, „die Reichsregierung müsse von sich aus den Nachweis der Unmöglichkeit einer Rechtskoalition erbringen“, damit den „Leuten im Lande“ die Gründe klagemacht werden könnten, „aus denen wir nach wie vor die Steigbügelhalter einer parlamentarisch gestützten und noch nahezu von der Linken gestützten Regierung sind“⁴⁾. Ständig befürchteten die Volkskonservativen, Brüning könne, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die preußische Koalition, sich zu eng mit der SPD einlassen⁵⁾. Für diesen Fall wurde sogar von einigen Seiten der Austritt von Treviranus aus dem Kabinett gefordert⁶⁾. Schließlich setzte sich doch allgemein die Einsicht durch, daß das Kabinett

¹⁾ Vgl. Brief Dr. Rademacher an Dr. Philipp vom 25. Oktober 1930 (W.-A.). Diese Ansicht wird bestätigt durch eine bei Vogelsang a.a.O. wiedergegebene „Aufzeichnung aus der Reichskanzlei“ (vgl. oben Anm.), nach der trotz entgegenkommender Haltung Brünings in einem Gespräch mit Dr. Oberföhrn und v. Winterfeld (6. 10.) die DNVP in einem Brief vom 14. Oktober erneut mit ultimativen Forderungen aufwartete.

²⁾ Vgl. Antwortbrief Graf Westarp an Dr. v. Fumetti vom 20. September 1930 (W.-A.).

³⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Dr. Rademacher vom 4. März 1931 (W.-A.); desgl. auch Brief Dr. Rademacher an Treviranus vom 24. Oktober 1930, ebd.: „... glaube ich zur Zeit nicht an die Möglichkeit einer Rechtskoalition, zumal hier die unsinnigen Wirtschaftsanträge der Nationalsozialisten die Situation ganz außerordentlich verschlechtert haben.“ Zu den Kontakten zwischen Brüning und Hitler im Herbst 1930, in die auch Treviranus eingeschaltet war, vgl. grundsätzlich J. Becker a.a.O. S. 81 ff.; desgl. Pünder a.a.O. S. 65.

⁴⁾ Brief Dr. Rademacher an v. Lindeiner vom 3. November 1930 (W.-A.).

⁵⁾ Vgl. die Briefe v. Maltzahn (Dresden) an die Reichsgeschäftsstelle der Konservativen Volkspartei vom 1. Oktober 1930; Graf Westarp an v. Maltzahn vom 3. Oktober 1930 („... Wir stehen dauernd in Verhandlungen mit Brüning, um ihm den Versuch auszureden, sich auch nur indirekt von der Sozialdemokratie unterstützen zu lassen und ihn zu ernst gemeinten Verhandlungsversuchen mit der Gruppe der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu veranlassen“); Dr. Rademacher an Dr. Philipp vom 25. Oktober 1930 (W.-A.). Vgl. zum Problem der Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierung grundsätzlich Josef Becker, a.a.O. S. 77 f.; E. Matthias, „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, in: „Das Ende der Parteien“, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 104 ff.; Pünder a.a.O. S. 59.

⁶⁾ Vgl. Dr. Rademacher ebd.: „... Die Zurückziehung Treviranus' aus dem Kabinett ist vor etwa zwei Wochen im engsten Kreise in Berlin sehr ernst besprochen worden, und zwar auch von ihm selbst. Ich habe durchaus den Eindruck gehabt, daß er nicht klebt, sondern die Frage durchaus sachlich behandelt. Es erleichtert ihm dabei die Situation, daß er ja wohl in jedem Fall Ost-Kommissar bleiben würde. Man kam dort, trotzdem die Forderung auf Zurückziehung von einigen Seiten recht kräftig vertreten wurde, zu der Auffassung, man solle zurzeit die Machtposition nicht aufgeben, die so ungefähr das letzte ist, was uns geblieben ist...“.

schwerlich ohne sozialdemokratische Tolerierung werde arbeiten können, aber man hatte den Eindruck eines widersinnigen Provisoriums und gab dem Kabinett „keine lange parlamentarische Lebensdauer“¹⁾).

Am Donnerstag, den 2. Oktober, empfing Brüning Graf Westarp, in Gegenwart von Schiele, im Rahmen der Parteiführerbesprechungen²⁾. v. Lindeiner kam während der Besprechung hinzu. Vorher hatte Schiele, wie wiederholt schon, zu Graf Westarp die Meinung geäußert, daß die Regierung Brüning im Reichstag gestürzt werden würde, daß dann aber nicht dasselbe Kabinett, sondern ein anderes, wirklich überparteiliches noch einmal vor den Reichstag treten und, wenn er auch diesem Kabinett das Vertrauen und die Mitarbeit versage, die Auflösung und die weiteren Maßnahmen durchführen müsse. Er stand damit in Gegensatz zu Treviranus, der an dem Kabinett Brüning festhielt. In der Besprechung, die über zwei Stunden dauerte, deutete Brüning die Westarp auch schon von Treviranus übermittelte Auffassung an, daß er die Nationalsozialisten auch aus dem Grunde nicht heranziehen wolle, weil er es für die kommenden Revisionsverhandlungen über den Tributplan für gar nicht ungünstig halte, wenn sie einstweilen noch agitatorisch erstarkten. Im übrigen ließ er durchblicken, daß er beim Zentrum ein engeres Zusammengehen mit den Nazis gar nicht würde durchsetzen können. Die Forderung der Revision des Tributplans sei erst zu erheben, wenn Wirtschaft und Finanzen saniert seien. Westarp widersprach Brüning in allem und legte schließlich im Sinne des von Schiele ihm ausgesprochenen Wunsches dar, er rechne nicht damit, daß das Kabinett sich unter den gegebenen Verhältnissen mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchsetzen könne und er sei der Meinung, daß, wenn es gestürzt werde, an seine Stelle ein anderes, von den Parteien noch mehr losgelöstes Kabinett werde treten müssen. Brüning erwiderte unter anderem, daß er eine Entwicklung, bei der dieses Ziel ins Auge gefaßt werde, gar nicht mitmachen könne, ohne seine Freunde zu unterrichten, und daß das Zentrum dabei nicht mitgehen werde. Lindeiner milderte Westarps Worte ab, indem er ausführte, daß doch zum mindesten an einzelnen Stellen — er denke an Curtius und Wirth — eine Personaländerung notwendig sein werde.

Nachdem die Bestrebungen auf Zusammenschluß der gemäßigten Rechtsparteien mit der Mitte keinen Erfolg gehabt hatten, erfolgten unmittelbar vor und nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags am 13. Oktober Versuche der Volkskonservativen, zumindest im Parlament eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen. Der Vorsitzende der DVP, Scholz, mit dem die Verhandlungen hauptsächlich geführt wurden, befürwortete vor allem eine technische Fraktionsgemeinschaft zwischen Volkspartei, Wirtschaftspartei und der Sammelfraktion der Christlich-Sozialen und Volkskonservativen. Graf Westarp stimmte dem zu,

¹⁾ Vgl. Dr. Rademacher ebd.

²⁾ Nachfolgend vgl. Graf Westarp, „Meine Verhandlungen . . .“ (vgl. oben Anm. 56), unter wörtlicher Anlehnung.

doch betonte er, „daß außerdem ein politisches Zusammengehen erstrebt werden müsse. Formell könne etwa ein interfraktioneller Ausschuß die Grundlage bilden, materiell aber hielte er es als in hohem Maße erstrebenswert, daß bei den kommenden Verhandlungen über die Regierungserklärung von diesen drei Fraktionen eine gemeinsame Erklärung etwa des Inhaltes abgegeben werde, daß man zwecks Durchführung, aber auch Änderung und Ergänzung des Regierungsprogramms das Kabinett zunächst stützen wolle, aber geschlossen dafür eintrete, daß dabei keine Konzessionen an die Sozialdemokratie gemacht würden und daß, sobald dies der Fall sei, sie ihre Unterstützung zurückzuziehen entschlossen seien. Ein solcher Schritt von 74 Abgeordneten würde von großer politischer Bedeutung und Wirkung sein, weil er dem Zentrum ein starkes und geschlossenes Gegengewicht gegen das Abgleiten zur Sozialdemokratie gegenüberstelle“¹⁾. Der Plan fand anfangs die Zustimmung der verschiedenen Parteiführungen, indessen „am 16. mittags erklärte Drewitz nach einer Fraktionssitzung, daß die Wirtschaftspartei nicht für die Regierung stimmen, sondern höchstens sich der Stimme enthalten werde und daß man jedenfalls ein Zusammengehen mit den Christlich-Sozialen und der Deutschen Volkspartei ablehne Infolge des Verhaltens von Drewitz, dessen Fraktion am 16. noch stark durch den Entschluß des Landvolkes, das Mißtrauensvotum anzunehmen, beeindruckt war, und da ferner Scholz aus Gesundheitsgründen gerade in diesen Tagen ausschied, fiel der ganze Plan eines Zusammengehens ins Wasser“²⁾. So kam es auf Antrag der Mittelparteien lediglich zu einem am 18. Oktober mit 318 Stimmen gegen 236 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Landvolkpartei angenommenen Reichstagsbeschluß, über die zwölf von den Rechtsparteien und den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Wegen der Gegensätze innerhalb der gemäßigten Rechten kam es noch in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober zu scharfen Auseinandersetzungen in der Landvolkfraktion, „bei denen Gereke, Stauffenberg und verschiedene Bauern wie Lind und andere scharfen Protest gegen die Einstellung der Hepp, von Sybel und Wendhausen gegen Schiele und für die Nationalsozialisten erhoben. Am 19. glaubte Schiele andeuten zu können, daß es darüber zu einer Spaltung und der Annäherung eines Teiles an die Volkskonservativen kommen werde. Am 20. schien diese Entwicklung dadurch überholt zu sein, daß Schiele mit Kabinettsfrage den Erlaß des unter den Tisch gefallenen Agrargesetzes verlangen wollte und hierzu natürlich die einstimmige Zustimmung der Landvolkfraktion hatte“³⁾.

Die Volkskonservativen stellten sich eindeutig hinter Brüning, wenngleich dies im Hinblick auf die zwiespältige Haltung der anderen gemäßigten Rechtsparteien zu einer gewissen Besorgnis in ihren Mitgliederkreisen führte. Der

¹⁾ Ebd.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ebd.

Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau erklärte diese Haltung im Reichstag — auch im Namen der deutsch-hannoverschen Abgeordneten — mit den Worten¹⁾:

„Der Ernst unserer Lage verlangt für Reich, Volk und Wirtschaft Ruhe für zielbewußte Arbeit, nicht aber Krisen, deren Ende heute niemand voraussagen kann. Deshalb werden wir die Arbeit der Reichsregierung so lange stützen, als sie sich ihrer großen Aufgaben der Sanierung der öffentlichen Finanzen, der Rettung der deutschen Wirtschaft und der Befreiung von fremdem Drucke bewußt bleibt und von diesem Wege auch um das Ziel parlamentarischer Mehrheitsbildungen nicht abweicht.“

Auch als die Reichsregierung am 1. Dezember ihre „erste große Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ erlassen mußte und der Reichstag am 6. Dezember über die Anträge auf ihre Aufhebung zu entscheiden hatte, blieben die Volkskonservativen, gegen Bedenken in ihren eigenen Reihen²⁾, dieser Haltung treu: die Anträge wurden mit 292 gegen 254 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten, der Landvolkpartei und auch der Wirtschaftspartei abgelehnt; die Entscheidung fiel eindeutig durch die Stimmen der Volkskonservativen und des Christlich-sozialen Volksdienstes, dessen Führer Simpfendörfer und Rippel ihre Haltung von der der Volkskonservativen abhängig gemacht hatten³⁾. Die Hauptursache für die ausschlaggebende Vertrauensabgabe der Volkskonservativen für Brüning war nach Westarp „die Unsicherheit über das, was an Stelle der Regierung Brüning gekommen wäre⁴⁾“. Diese Sorge bestimmte auch weiterhin ihre Haltung, nachdem sich der Reichstag am 12. Dezember auf den 3. Februar 1931 vertagt hatte.

Wie sehr das unbeirrte Festhalten Brünings an seiner Regierungslinie, trotz aller Zweifel am Erfolg auch in seiner eigenen Anhängerschaft, den politischen Gegner beeindruckte und zurückzudrängen schien, bezeugt eine Stellungnahme

¹⁾ Vgl. Reichstagsberichte V. Wahlperiode, 1930, Bd. 444, S. 131; desgl. Vk. St. I/40 vom 24. Oktober 1930.

²⁾ Vgl. Telegramm Dr. Rademacher (Dresden) an Graf Westarp vom 5. Dezember 1930 (W.-A.): „Falls Entscheidung über Notverordnung bei uns und Christlich-Sozialen liegt, kann Zustimmung nur erfolgen, falls Landvolk und Wirtschaft ebenfalls dafür stimmen, aktive Stellungnahme dieser Art würde dringend notwendige Klarstellung der inneren Unehrlichkeit der Opposition dieser Parteien bringen. Ohne diese Klarstellung ist Übernahme der Verantwortung für Notverordnung für uns kaum tragbar und Erzwingung der Übernahme der Verantwortung durch Rechtsopposition vorzuziehen.“

³⁾ Brief Graf Westarp an Wallraf vom 24. Februar 1931 (W.-A.).

⁴⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Dr. Wagner vom 9. Dezember 1930 (W.-A.): „Wir waren uns klar, daß unsere Lage durch das Ausbrechen des Landvolks, von welchem übrigens mehrere der uns nahestehenden Mitglieder wie Dingler, Dorsch, Gereke, Lind, Schlange politisch gefehlt haben, und der Wirtschaftspartei auch unseren Wählern gegenüber noch schwieriger geworden ist. Wenn wir trotzdem die Regierung auch jetzt noch nicht gestürzt haben, so geschah es aus sachlicher Verantwortung, die um so schwerer wog, weil wir mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst zusammen den Ausschlag gaben . . . Die Hauptsache ist doch wohl die Unsicherheit über das, was an Stelle der Regierung Brüning gekommen wäre, zunächst jedenfalls auch eine sehr scharfe Kreditkrise. Lindeiner hat Gespräche gehabt, aus denen hervorging, daß auch Herren wie Reusch und Springorum von uns die Vermeidung der Krise wünschten.“

zum Jahreswechsel 1930/31 im „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“, die der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Graf Reventlow veröffentlichte¹⁾:

„Dr. Brüning hat alles erreicht, was er erreichen wollte, abgesehen von ein paar kleinen Zugeständnissen an die sozialdemokratische Fraktion . . . Es ist der Opposition nicht gelungen, die Notverordnungen zu Fall zu bringen, noch auch eine Vertagung des Reichstages zu verhindern. Gerade die nationalsozialistische Bewegung hat alle Veranlassung, die Lage klar und ohne Verschönerung zu sehen, und muß deshalb auch feststellen, daß das Ansehen Dr. Brünings, und damit seines Kabinetts im Lande zweifellos im Wachsen ist, weil er eben jedes Mal durchgesetzt hat, was er sich vorgesetzt hatte, und in nichts nachgegeben hat.“

Trotz wachsender wirtschaftlicher und sozialer Not — am 31. Dezember 1930 hatte die Zahl der Arbeitsuchenden die 4-Millionen-Grenze schon überschritten — gelang es Brüning, nach Wiederezusammentritt des Reichstags im Februar den rechtsradikalen Agitationsanträgen im Parlament einen Riegel vorzuschieben, nachdem ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag am 7. Februar mit den Stimmen der SPD erneut abgelehnt worden war (Stimmenverhältnis 292:220 Stimmen). Durch Änderung der Geschäftsordnung vom 9. Februar sollten Vorschläge zur Änderung des Haushalts nur noch eingebracht werden können, wenn sie gleichzeitig mit entsprechenden Deckungsanträgen verbunden wären. Wichtiger noch war die Festlegung, daß zur Ausübung der Rechte aus Artikel 54 RV nur noch Mißtrauensvoten, nämlich solche Anträge geschäftsordnungsmäßig zulässig sein sollten, die genau entsprechend dem Wortlaut des Artikels 54 Satz 2 besagten, ‚der Reichstag entziehe dem Reichskanzler oder den Ministern das Vertrauen‘. Zur Abwehr der Obstruktionstaktik der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gedacht, erwies sich diese Änderung der Geschäftsordnung als eine weitere Stützung des präsidentiellen Regierungssystems. „Nunmehr hatte der Reichstag selbst in der feierlichen Form der Geschäftsordnung das Verfahren anerkannt, bei dem ein ohne Fühlung mit den Fraktionen ernanntes Kabinett lediglich abzuwarten brauchte, ob sich eine Mehrheit zusammenfand, die ihm in der nunmehr allein zugelassenen Form das Mißtrauen aussprach. Wenn auch durch diese Änderung der Geschäftsordnung die Verfassungsformel nicht geändert und der Reichstag nicht dauernd gebunden wurde“, so wurde sie doch, wie Graf Westarp bemerkte, „ein praktisch und geschichtlich beachtenswerter Markstein auf dem Wege zur Einschränkung des Parteiregiments²⁾“.

Die rechtsradikalen Parteien beantworteten die Änderung der Geschäftsordnung am 10. Februar mit dem Auszug aus dem Reichstag, an dessen Verhandlungen sie erst im Oktober wieder teilnahmen. Nunmehr konnte die Regierung, wenn auch noch stärker als bisher dem Stimmengewicht der Sozialdemokratie ausgesetzt, ungestört an die Fortführung ihres Reformprogramms herangehen. Am 14. Februar wurde ein neues Osthilfegesetz, die sog. „Große Osthilfe“,

¹⁾ Nach „Handelswacht“ Nr. 1 vom 10. Januar 1931.

²⁾ Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 112.

die unter der Federführung von Treviranus entstanden war, vom Kabinett verabschiedet, am 26. März wurde sie im Reichstag, zusammen mit einem Zollermächtigungsgesetz, angenommen. Es war nicht übertrieben, wenn Graf Westarp am 25. März im Reichstag feststellte¹⁾:

„Das innerpolitische Werk steht vor dem Abschluß. Wenn heute der Etat verabschiedet sein wird, wenn es gelingt, das Zollermächtigungsgesetz ohne wesentliche Verschlechterungen zur Annahme zu bringen, wenn die Osthilfe beschlossen sein wird, wenn dann der Reichstag sich entschließt, der Regierung für selbständige Arbeit eine ausgiebige Sommerpause einzuräumen, so wird das Kabinett Brüning einen parlamentarischen Erfolg erreicht haben, wie ihn in diesem Ausmaß bei Beginn der Winterarbeit wohl kaum jemand vorausgesehen hat . . .“

Der Fortschritt der Regierungspolitik, der sich damit abzeichnete, geriet indessen in eine Krise, als im Sommer die außenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung sich zu einer alle staatlichen Maßnahmen gefährdenden Gesamtkrise ausweitete.

Seit den Septemberwahlen 1930 war die Reichsregierung ständig von den Volkskonservativen zu einer stärkeren Forcierung der Tributrevision aufgefordert worden²⁾. Nachdem der Gedanke einer deutsch-österreichischen Zollunion gescheitert³⁾ und am 5. Juni 1931 mit der „Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ ein neuer entschiedener Eingriff in die innere Krise erfolgt war, schien mit dem Besuch, den Brüning und Curtius wenige Tage später dem englischen Premierminister in seinem Landsitz Chequers abstatteten, vor allem aber mit der Initiative Präsident Hoovers vom 20. Juni, die ein Stillhalteabkommen für ein Jahr zum Ziel hatte, tatsächlich eine Wende zum Besseren erreicht zu sein⁴⁾. „Auch der begreifliche Widerstand Frankreichs, des größten europäischen Reparationsgläubigers, wurde in schwierigen Kompromißverhandlungen auf amerikanischen Druck hin so weit abgebogen, daß dem alarmierenden Zusammenbruch der Danat-Bank und der Dresdner Bank schließlich auf den Konferenzen von Paris und London (19./20. Juli) eine Einigung über Hoovers ‚Stillhalte-Vorschlag‘ folgen konnte⁵⁾.“ Die Volkskonservativen unterstützten diese Politik, indem sie im Juni und Juli die Einberufung des Reichstags mit ablehnten, ließen aber keinen Zweifel an ihrem Mißtrauen gegen Curtius und behielten sich „eine erneute Stellungnahme ausdrücklich vor, wenn nicht in kürzester Frist weitere entscheidende Schritte in der Tributfrage

¹⁾ Vk. St. II/12 vom 28. März 1931.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/39 vom 18. Oktober 1930; Vk. St. I/47 vom 13. Dezember 1930; Vk. St. II/12 vom 28. März 1931.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 398 ff.

⁴⁾ Vgl. die volkskonservative Beurteilung durch Dr. Heinz Dähnhardt in Vk. St. II/23 vom 13. Juni 1931: „Chequers ist keineswegs . . . ein Mißerfolg gewesen. Es ist . . . mit Chequers abschließend gelungen, die Forderung der deutschen Tributrevision zu einem Diskussionsgegenstand der Weltpolitik zu machen, aus dem sie nicht wieder verschwinden wird.“

⁵⁾ Bracher a.a.O. S. 404.

erfolgen“ würden¹⁾. Dabei übernahmen sie die zwiespältige Rolle einer ständig ultimativ auftretenden Opposition *innerhalb* der Regierungsfrent nicht zuletzt deswegen, weil keine andere, verantwortlich denkende Rechtsopposition mehr vorhanden war. Am 14. Juli erfolgte „angesichts des Ernstes der politischen Lage“ die Einberufung des „Führerrings“ und des „Parlamentarischen Rings“ der „Volkskonservativen Vereinigung“ nach Potsdam; dort gab Treviranus einen Bericht über die „beinahe in Permanenz tagenden Kabinettsitzungen“ am Vorabend der internationalen Verhandlungen²⁾. Unmittelbar vor Brüning's Abreise nach Paris, am 17. Juli, erließ die Fraktion des Christlich-sozialen Volkendienstes und der Volkskonservativen Vereinigung einen Brief an ihn, in dem sie ihm weitere Unterstützung zusicherte, aber auch Unnachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Gläubigermächte verlangte³⁾. Das Moratorium, das in Paris und London beschlossen wurde, war für die Volkskonservativen eine Bestätigung, daß ihre Mitarbeit in der Regierung richtig war.

Um so mehr empfanden sie, nach dem Erfolg in der Reparationsfrage, das deutsche Zurückweichen in der Zollunionsfrage in Genf als Niederlage und richteten heftige Angriffe gegen Außenminister Curtius⁴⁾, mit dem sie vom Anfang des Kabinetts Brüning an versteckte und offene Auseinandersetzungen geführt hatten⁵⁾. Curtius' Rücktritt am 3. Oktober und die folgende Regierungs-umbildung durch Brüning⁶⁾ erfüllten — mit dem gleichzeitigen Ausscheiden von Wirth und v. Guérard aus dem Kabinett — personal politische Forderungen, die von den Volkskonservativen ständig erhoben worden waren. Treviranus, an dessen Arbeit als Reichskommissar für die Osthilfe gleichfalls — auch aus den eigenen Reihen — Kritik geübt worden war⁷⁾, übergab sein Amt Schlange-Schöningen und übernahm an Stelle von Guérard das Verkehrsministerium. Wenn auch nunmehr „nicht weniger als fünf Gefolgsmänner der alten DNVP (Joël, Schiele, Schlange, Treviranus, Warmboldt)“⁸⁾ dem Kabinett angehörten,

¹⁾ Vgl. den Abdruck eines diesbezüglichen Fraktionsbeschlusses in Vk. St. II/24 vom 20. Juni 1931.

²⁾ Vgl. „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 7 vom 22. Juli 1931.

³⁾ Vgl. ebd.; desgl. Vk. St. II/29 vom 25. Juli 1930; auszugsweise auch: Schultheß 1931, S. 161.

⁴⁾ Vgl. unter der Überschrift „Kapitulation“ die scharfe Kritik in Vk. St. II/35 vom 5. September 1931.

⁵⁾ Vgl. Julius Curtius, „Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik“, Heidelberg 1948, S. 163 ff.; desgl. Rundschreiben „Politische Lage“ der Konservativen Volkspartei Magdeburg, gez. Hilmers, vom 30. Oktober 1930 (W.-A.): „Da der derzeitige Reichsaußenminister (Curtius) nicht gewillt ist, eine Änderung der auf die Wünsche der Sozialdemokratie zugeschnittenen Außenpolitik vorzunehmen, so muß er gestürzt werden“, und Graf Westarp in Vk. St. I/41 vom 31. Oktober 1930: „Der Entschluß, auch die Mißtrauensanträge gegen den Außenminister Curtius durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen, ist uns am schwersten geworden . . .“

⁶⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 415 ff.

⁷⁾ So z. B. in einem Brief von v. Knebel-Döberitz an Graf Westarp vom 17. September 1930, in dem vor allem beanstandet wird, daß Treviranus die Ausräumung der Kompetenzstreitigkeiten mit Preußen nicht gelungen sei.

⁸⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 11 vom 6. Dezember 1931.

so waren die Vorbehalte gegen einzelne seiner Mitglieder — wie etwa Groener, der in einem Brief an Graf Westarp als „für nationale Menschen unerträglich“ bezeichnet wurde¹⁾ —, so war vor allem die Selbstidentifizierung mancher Volkskonservativer mit der „Rechten“, einschließlich der Nationalsozialisten, im Gegensatz zu der „Mitte“, immer noch nicht überwunden²⁾. Vor allem entsprach den Erfolgen der Regierungspolitik kein Nachlassen des unmittelbaren wirtschaftlichen Drucks, keine psychologische Befriedung, vielmehr erreichte die Radikalisierung des politischen Tageskampfes mit der Bildung der „Harzburger Front“ am 11. Oktober 1931³⁾ einen neuen Höhepunkt. Die fünf Tage vorher erlassene Dritte Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ mußte in ihrer Zielsetzung ausdrücklich auf die „Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ ausgedehnt werden. Mehr und mehr breitete sich trotz Brünnings Erfolgen die Resignation auch in den volkskonservativen Reihen aus und konnte z. B. Prof. Hoetzsch zu der Feststellung veranlassen, daß ihm „die uneingeschränkte Unterstützung des Kabinetts Brüning fast von einem Tag zum andern immer schwerer“ falle und daß er „gegen die innenpolitische Linie immer bedenklicher“ werde⁴⁾. In solchen Äußerungen zeigte sich eine Tendenz, die schon im Frühjahr zu einer Umgestaltung der volkskonservativen Bewegung und zu einer weitgehenden Verlagerung ihres politischen Wirkungswillens aus dem gesamtpolitischen in den ideologischen Bereich geführt hatte.

5. *Wieder „Volkskonservative Vereinigung“*

Durch die Niederlage bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 waren die Volkskonservativen in eine Krise geraten, durch die der Widerspruch verschiedener Standpunkte, Interessen und Zielsetzungen, der in einer zu politischer Wirksamkeit gelangenden Partei unschwer in gemeinsame Aufgaben hätte integriert werden können, lähmend in Erscheinung trat. Die Analyse der Gründe der Wahlniederlage schien eine Bestätigung der Ansichten derjenigen zu bedeuten, die einem verbandspolitischen Auftreten als Partei immer ablehnend oder zumindest widerstrebend begegnet waren. Gewiß war, daß die Beteiligung an einer Regierung, die zu unpopulären Maßnahmen zu greifen gezwungen war, dem parteipolitischen Appell an die Wähler hinderlich im Wege gestanden hatte; dadurch, daß die Volkskonservativen der antiparlamentarischen Tendenz dieser Wählerschaft ideologisch und agitatorisch zugestimmt hatten, ohne auf die realpolitischen parlamentarischen Rücksichtnahmen, die die Kabinettsmitarbeit von ihnen forderte, zu verzichten, erschienen sie darüber

¹⁾ Brief Anspach an Graf Westarp vom 12. Oktober 1931 (W.-A.).

²⁾ Vgl. ebd.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 408 ff.; Schmidt-Hannover a.a.O. S. 259 ff.

⁴⁾ Brief Prof. Hoetzsch an Graf Westarp vom 23. November 1931 (W.-A.).

hinaus als inkonsequent und „weich“¹⁾. Ihr eigener Durchsetzungswille war gelähmt und mit der Hypothek einer Absage an „Parlamentarismus“ und „Parteistaat“ belastet, als sich für sie „ein Gang auf dem demokratischen Felde nicht mit Ehre vermeiden ließ“²⁾. Dabei sprachen sie, wie Walther Lambach, von der „unerwünschten Ablenkung durch die Wahlen“³⁾ und mußten schon so den Wählern als Vertreter ihrer Belange zweifelhaft erscheinen. Nach der Niederlage bei der Wahl versuchte man vielfach, die Enttäuschung zahlreicher Anhänger aufzufangen, indem man dialektisch die Begriffe „Partei“ und „Bewegung“ gegeneinander ausspielte⁴⁾ und so selber den eigenen politischen Einsatz während der Wahl unwahrhaftig machte. Bezeichnend für diese Einstellung war ein ausschließlich formales, nicht funktionales Parteiverständnis, ausgedrückt in den Sätzen: „Wo die Partei nicht die starre Hülle, sondern lediglich das Wahlinstrument der Bewegung ist, vollzieht sich der Aufgabenwechsel beim Auftakt zur Wahl und beim Abschluß der Wahl am selbstverständlichsten“⁵⁾. Der Widersinn dieses Satzes erwies sich in den Auseinandersetzungen der Volkskonservativen nach der Wahl nur zu deutlich.

Eine Erweiterung, die aber eher verwirrend als klärend wirkte, erfuhr die Diskussion durch den Vorschlag des Münchener Rechtsanwalts und jungkonservativen Publizisten Edgar J. Jung⁶⁾, der forderte, die in den Begriffen „Vereinigung“ und „Partei“ enthaltenen verschiedenen organisationspolitischen Vorstellungen im Rahmen einer politischen „Bewegung“ zur Übereinstimmung zu bringen, also — nach marxistischer Terminologie — die reine „Bewußtseinsbildung“, auf die die Zielsetzung der „Volkskonservativen Vereinigung“ ging, zur „Agitation“ auszuweiten, ohne wie die Konservative Volkspartei zur parlamentarischen Partei zu werden. Jungs Vorstellungen, die deutlich den Umschlag

¹⁾ Vgl. zur ganzen Problematik Rüdiger Robert Beer, „Rechenschaft“, Sonderdruck zur letzten Nummer der „Volkskonservativen Stimmen“ (1933): „... Wir entschuldigend sagen dürfen, daß die Sturzflut der Ereignisse uns überfiel, ehe wir uns auf dem neuen Boden ganz heimisch gemacht hatten. So konnte es kommen, daß wir uns selbst in das demokratische System zeitweilig verstricken ließen und somit unser Erstgeburtsrecht aufgaben, als wir uns auf die Beteiligung am Abzählspiel der Parteien einließen ... Das Unglück unserer Verbindung war, daß sie vorschnell in eine politische Verantwortung gezwungen wurde ...“

²⁾ Beer a.a.O.

³⁾ Mündliche Mitteilung von Verbandsdirektor Erich Stolt an den Verf.

⁴⁾ Vgl. Walther Lambach, „Konservative Bewegung“, in Vk. St. I/41 vom 31. Oktober 1930: „Für *Parteien* sind die Zeiten nach den Wahlen Zeiten mühsamen Strebens, die Anhänger zu beschäftigen, obwohl der konkrete Anlaß, den die Wahlagitation gab, fehlt. Für *Bewegungen* bedeuten dieselben Zeiten Vertiefung, ein Zurückfinden zum eigentlichen Inhalt des Gemeinschaftlichen, der durch die Wahlagitation zeitweise in den Hintergrund gedrängt worden war.“

⁵⁾ Lambach a.a.O.

⁶⁾ Edgar J. Jung, Autor des jungkonservativen Kompendiums „Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich“, 1. Aufl. Berlin 1928, 2. veränd. 1930, stand ideologisch eher bestimmten Kreisen des Herrenklubs mit v. Papen als den Volkskonservativen nahe, jedoch gehörte dem am 15. März 1931 gewählten „Führerring“ der Volkskonservativen Vereinigung an.

des konservativen Denkens in den Nationalismus anzeigten, wurden erstmals „auf einer losen Zusammenkunft in Hannover“ vorgetragen, „auf der keine Beschlüsse gefaßt wurden“, bei der aber seine Bitte um ein Mandat zur Werbung für eine „Revolutionär-Konservative Bewegung“ „auf Grund der Stellungen der Landesgliederungen der Konservativen Volkspartei wie der Volkskonservativen Vereinigung mit geringen Ausnahmen abgelehnt“ wurde¹). Er ließ sich dadurch nicht abhalten, in eigenem Namen sein Projekt weiter zu propagieren²), wodurch die Unklarheit in den volkskonservativen Reihen noch verstärkt wurde³). Schließlich ging aber die Entwicklung in eine andere, von verantwortlichen Politikern wie Graf Westarp nicht weniger bedauerte Richtung.

Am 9. Oktober 1930 bat Treviranus, sein Amt als Geschäftsführer des „Sechserausschusses“, der Führungsspitze der „Konservativen Volkspartei“, wegen Arbeitsüberlastung niederlegen zu dürfen; sein Nachfolger wurde am 15. Dezember Dr. Paul Lejeune-Jung. In einem Rundschreiben, in dem dieser Wechsel mitgeteilt wurde, gab Treviranus noch einmal den Grundsätzen Ausdruck, nach denen sich die Arbeit der Volkskonservativen Vereinigung seit ihrem Entstehen gerichtet habe. Er sagte, jedem Mitglied sei es freigestellt, seine besondere Auffassung über Wesen und Ziel der volkskonservativen Bewegung zur Geltung zu bringen, sofern dies in den Formen geschehe, auf die jede Gemeinschaftsarbeit angewiesen sei. Er habe in diesem Sinne seit den Wahlen wiederholt betont, daß er nicht gewillt sei, die volkskonservative politische Arbeit „in einem engen Parteischema erstarren zu lassen“. Die Bildung der Konservativen Volkspartei sei unmittelbar vor den Wahlen „zur Anpassung an die Methoden der Parlamentswahl erfolgt zur Erfassung der Wähler, die sich ohne Anlehnung an irgendeine Gliederung oder Arbeitsgemeinschaft der Volkskonservativen Vereinigung zusammenfanden“. Der rein behelfsmäßige Aufbau sei nach dem Ergebnis der Wahl vom 14. September nur insoweit aufrechterhalten worden, als eine selbstständige Organisationsarbeit mit eigener Finanzierung in den einzelnen Wahlkreisen gegeben gewesen sei. Die Besonderheit der politischen Lage nach der Wahl, die eine immer stärkere Ausschaltung des Parlaments und eine entsprechende Stärkung der Regierungsgewalt mit sich gebracht habe, habe zur Vertagung der Entscheidung über die zweckmäßigste Weiterarbeit der konservativen Bewegung geführt, obwohl darin bei der wachsenden Unruhe in der Wählerschaft eine Gefahr gelegen habe⁴). — Eine „Sitzung der vorläufigen Leitung der Konser-

¹) Rundbrief, gez. G. R. Treviranus, vom 10. Dezember 1930 (W.-A.).

²) Vgl. Brief Frhr. Hiller v. Gaertringen an Graf Westarp vom 1. Juli 1931 (W.-A.); desgl. den Antwortbrief Westarps von 14. Juli.

³) Vgl. Brief Graf Westarp an Wallraf vom 24. Februar 1931 (W.-A.): „Schwierigkeiten macht die Ideologie Edgar Jungs in München . . . Es trat ein stark ideologischer Zug und der Gedanke einer konservativen Bewegung, die sich auf Querverbindungen beschränkt, stärker in Erscheinung, als mir zweckmäßig erscheint, und ich setzte den Jung'schen Ideologien entgegen: verachtet mir die praktische Arbeit nicht.“

⁴) Rundbrief, gez. G. R. Treviranus, vom 10. Dezember 1930 (W.-A.).

vativen Volkspartei“, die unter dem Vorsitz von Dr. Lejeune-Jung am 17. Dezember stattfand, brachte noch keine Lösung des Organisationsproblems¹⁾. Außer der Annahme einer von den Herren Langhoff, von Lindeiner-Wildau und Dr. Mariaux ausgearbeiteten „Satzung der Konservativen Volkspartei“, die praktisch schon überholt war²⁾, wurden alle weiteren Entscheidungen auf eine „im Laufe des Winters stattfindende Reichstagung der Konservativen Volkspartei“ verlegt, „die die Organe der Bewegung endgültig bestellen und die Richtlinien für die weitere Arbeit festsetzen“ sollte³⁾. In einem Aufsatz vertrat Treviranus noch einmal die Ansicht, allein die „Volkskonservative Vereinigung“ sei „die Organisationsform“, die eine völlige Bewegungsfreiheit mit dem Verzicht auf Parteiprestige und Parteimethoden geben“ könne. Die Volkskonservative Vereinigung bleibe „das Sammelbecken für alle diejenigen, die Vertiefung der realen politischen Kenntnisse und die Verbreitung neuen konservativen Denkens ernst nähmen“. Die Konservative Volkspartei bezeichnete er demgegenüber als „ein Wahlinstrument“, das erst dann wieder eingesetzt werden könne, wenn die von ihnen vertretene „besonnene Politik konservativer Erneuerung greifbare Erfolge erzielt“ habe⁴⁾. — Die Wirkung der widersprüchlichen Diskussion war, daß einzelne Orts- und Landesverbände tatsächlich nicht mehr wußten, ob sie nun „Konservative Volkspartei“ oder „Volkskonservative Vereinigung“ hießen oder ob gar beide Organisationen nebeneinander bestünden⁵⁾. Auch regte sich Widerstand gegen das Aufgeben des Parteicharakters der Bewegung⁶⁾.

Die Mitte Dezember angekündigte „Reichstagung“ der Volkskonservativen, die sich bis zur endgültigen Klärung der Organisationsform in ihren Schriftstücken als „Konservative Bewegung“ bezeichneten, fand genau zwei Monate später, am 14./15. Februar 1931, in Form einer „Vertretertagung der Konser-

¹⁾ Vgl. Vk. St. I/48 vom 20. Dezember 1930.

²⁾ Vgl. Vk. St. I/49—50 vom 30. Dezember 1930: „Die Absicht dieser Satzung geht dahin, der Organisation den Charakter der *Bewegung* unter allen Umständen zu wahren“ —, usf.

³⁾ Vk. St. I/48 vom 20. Dezember 1930.

⁴⁾ Treviranus in Vk. St. I/49—50 vom 30. Dezember 1930.

⁵⁾ Vgl. Brief Frhr. v. Maltzahn an Graf Westarp vom 15. Dezember 1930 (W.-A.): „... Aus dem Schreiben des Herrn Treviranus haben wir in Sachsen zu unserem Erstaunen, und ich darf wohl sagen, auch zu unserem Befremden, erfahren, daß neben der Konservativen Volkspartei immer noch eine Volkskonservative Vereinigung besteht. Unsere Partei ist wirklich nicht groß genug, um Untergruppen, zu denen ja wohl auch die revolutionären Konservativen gehören sollen, sich leisten zu können. Wir verlangen, daß es nur eine unteilbare Konservative Volkspartei gibt.“ Vgl. auch Brief Graf Westarp an Verlag Klugkist, Inh. Weber, vom 21. Februar 1931 (W.-A.): „... Eine Liquidation der Konservativen Volkspartei ist nicht erfolgt, wenn auch der Gedanke der ideellen Bewegung mehr in den Vordergrund getreten ist als derjenige der politischen Parteibewegung.“

⁶⁾ Vgl. Schreiben der Jungakademischen Gruppe der Konservativen Volkspartei Marburg an Graf Westarp vom 13. Februar 1931 (W.-A.): „... Die Partei lebt aus der Bewegung, aber die Bewegung kann eine Partei niemals ersetzen ...“; Westarps Antwortbrief vom 17. Februar bezeugt seine Übereinstimmung mit dieser Ansicht.

vativen Volkspartei“ statt. Diese wählte einstimmig einen neuen „Führerring“¹⁾, der seinerseits erstmals am 18. März zusammentrat und unter dem Vorsitz von Lejeune-Jung, der zum Sprecher gewählt wurde, als Bezeichnung der Reichsorganisation den Namen „Volkskonservative Vereinigung“ festsetzte, — „unter Wahrung einer weitestgehenden Selbstverwaltung der Landesverbände und sonstigen Gliederungen der Bewegung auch hinsichtlich der Namengebung“²⁾. Gleichzeitig wurde eine Satzung der „Volkskonservativen Vereinigung“ festgesetzt³⁾, die als bezeichnendste Festlegung die Bestimmung enthielt: „Abgeordnete des Reichstages und der Landesparlamente können nicht Mitglieder des Führerringes sein. Sie bilden innerhalb der ‚Volkskonservativen Vereinigung‘ einen ‚Parlamentarischen Ring‘.“ Die Vereinigung unterstrich damit ihren antiparlamentarischen Charakter, entzog sich aber dadurch gleichzeitig dem Führungsgewicht ihrer bekanntesten Politiker.

Der Zwiespalt der volkskonservativen Bewegung, der durch die Entscheidungen vom 18. März 1931 nicht aufgehoben, sondern nur neu unterstrichen wurde, kam besonders in einer Erklärung zum Ausdruck, die von Geheimrat Prof. Dr. Otto und Dr. Edgar Jung (München) „im Auftrage des Landesverbandes Bayern zu Protokoll der Führersitzung“ gegeben wurde⁴⁾. Darin heißt es:

„Die Reichstagung der Konservativen hat in seltener Klarheit den Zwiespalt zwischen dem Wunsche, das heutige System grundsätzlich zu bekämpfen und zu beseitigen einerseits und andererseits der Notwendigkeit der positiven Mitarbeit aufgedeckt. Es ist gleichgültig, ob dieser Zwiespalt in jedem Einzelnen von uns lebt oder ob er je nach dem politischen Temperament zu Gruppenbildung innerhalb der Konservativen Bewegung führt. Entscheidend bleibt sein Vorhandensein . . .“

Aber auch die dort als Kompromiß herausgestellte politische Linie, die „beiden Anschauungen Rechnung tragen“ wollte, nämlich die Regierung „aus staatspolitischen Gründen“ zu unterstützen, „wenn die Regierung eine Reform-Regierung ist und den Abbau des heutigen Systems betreibt“, und sie zu bekämpfen, „wenn ihre Unterstützung auf die Befestigung des heutigen libera-

¹⁾ Vgl. Vk. St. II/7 vom 21. Februar 1931. — Dem Führerring gehörten an:

Prof. Brunstädt, Rostock
Dr. Dähnhardt, Berlin
Graf zu Dohna-Finckenstein
Anna v. Gierke, Berlin
Max Habermann, Hamburg
Prof. Hoetzsch, Berlin
Reg.-Ass. Hüter
Dr. Edgar J. Jung, München
Dr. Kauffmann, Greifswald
Dr. Lejeune-Jung, Berlin

Prof. Dr. Otto, München
Dr. Rademacher, Borna
Dr. Reichert, Berlin
Oskar Rümmele, Berlin
Ernst Schrewe, Münster
Landrat Schwebel, Marburg
Erna Tischbein, Schwerin
Dr. Hermann Ullmann, Berlin
Major a. D. v. Vahlkampf, Mülverstedt
RA Wandschneider, Hamburg

²⁾ Vgl. Rundbrief des Sprechers des Führerrings, Dr. Lejeune-Jung, „An die Vorsitzenden sämtlicher Gliederungen und unsere Mitarbeiter“, Berlin, 21. März 1931 (W.-A.).

³⁾ Vgl. den Abdruck im Anhang, Anlage IV.

⁴⁾ „Erklärung der Herren Geheimrat Prof. Dr. Otto und Dr. Edgar Jung im Auftrage des Landesverbandes Bayern zu Protokoll der Führer-Sitzung vom 18. März 1931“ (W.-A.).

listischen Systems hinausläuft“, war unklar und keine eindeutige Lösung. Vielmehr ließ sie die Abgrenzung zum Nationalsozialismus denkbar weit offen.

Die einzige greifbare Folge der organisatorischen Neufestlegung war ein Aufleben der Versammlungstätigkeit im Lande, die nach der Wahlniederlage fast gänzlich zum Stillstand gekommen war¹⁾. Am 20. Mai trat der Führerring der Volkskonservativen Vereinigung zu einer Besprechung in Dresden zusammen, auf der Treviranus einen Überblick über die innen- und außenpolitische Lage gab. In einer eingehenden Aussprache wurde u. a. festgestellt, daß die nächste Arbeit von Führerring und Mitgliedschaft darin bestünde, die notwendigen Vorbereitungen für die preußische Landtagswahl zu treffen; im Hinblick auf diese politische Entscheidung sei die äußerste Aktivität aller Gliederungen der Vereinigung geboten²⁾.

6. Das Problem Preußen

Das Problem des Dualismus von Reich und Preußen, das einen der Konstruktionsfehler der Weimarer Republik darstellte und in zahlreichen Plänen einer „Reichsreform“ erörtert wurde, ohne trotz vielversprechender Ansätze je einer Lösung zugeführt zu werden³⁾, war für die Rechtsparteien einschließlich der Volkskonservativen mit zusätzlichen Schwierigkeiten belastet. Ihrer Einsicht in die Notwendigkeit einer Änderung des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes standen starke emotionale und auch interessenmäßige Bindungen an die historische Gestalt des preußischen Staates gegenüber, wie er bis 1918 die konservative Vorherrschaft in Deutschland begründet und gesichert hatte⁴⁾. Die Tatsache, daß die politische Entwicklung im Reich sich seit 1918, vor allem seit Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten stärker nach rechts entwickelt hatte, während in Preußen fast ununterbrochen bis 1932 die „Weimarer Koalition“ die Geschäfte leitete und so die Konservativen in ihrer einst traditionellen Domäne von stärkerer Einflußnahme ausschaltete, ließ die Reichsreformpläne der gemäßigten Rechten immer wieder auf eine Lösung in Form der Bismarckschen Personalunion Preußen — Reich, nur in umgekehrter Richtung, zurückkommen: das Reichspräsidialamt sollte mit einem neu zu schaffenden preußischen Präsidialamt vereinigt, ein Ministerernennungsrecht des Präsidenten unabhängig vom Parlament oder eine Personalunion von Reichs- und preußischen Ministern herbeigeführt, dagegen eine Aufteilung des preußischen Besitzstandes in einzelne

¹⁾ „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 4 vom 12. Mai 1931.

²⁾ Vgl. Vk. St. II/20 vom 23. Mai 1931.

³⁾ Zum Problem der Reichsreform vgl. Bracher a.a.O. S. 55 f., S. 565 ff.; dort auch die umfangreiche Literatur. — Ferner Arnold Brecht, „Vorspiel zum Schweigen; Das Ende der Deutschen Republik“, Wien 1948, S. 82 ff. — Von jungkonservativer Seite: Gerhard Günther, „Das werdende Reich; Reichsgeschichte und Reichsreform“, Hamburg 1932.

⁴⁾ Vgl. Wilhelm Stapel, „Preußen muß sein“, Hamburg 1933, S. 10.

Reichsländer vermieden werden¹⁾). Daher stand der Kampf gegen die „Okkupation des preußischen Staates durch die Weimarer Koalition²⁾“ weniger im Zeichen einer Strukturreform des Reiches als dem der unmittelbaren Herrschaftsgewinnung und der autoritären Zielsetzung „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“, wie sie durch v. Papens Reichsexekution gegen Preußen am 20. Juli 1932 dann durchgesetzt wurde, ohne daß sie das Problem der Reichsreform voranbrachte.

Der Gegensatz von Volkskonservativen und Deutschnationalen in der Preußen- und Reichsreformfrage bestand nicht im Grundsätzlichen, sondern im Taktischen, erhielt aber dort stärkstes Gewicht. Die Stellung der Volkskonservativen in diesem Zusammenhang war äußerst schwierig. Sie standen in dem Dilemma, entweder zum Sturz der Preußen-Regierung beizutragen und dadurch die SPD in eine für die Regierung gefährliche Frontstellung gegen Brüning zu bringen, oder aber die Zentrum-SPD-Koalition in Preußen zu tolerieren und sich den daraus folgenden Angriffen und Verdächtigungen von rechts auszusetzen, ohne ihr Ziel, die Herüberziehung des Zentrums auf die Rechte, unter den gegebenen Umständen zu erreichen. Sie mußten daher mit Vorsicht operieren und auf eine spätere Lösung des Zentrums von der SPD in Preußen durch eine Unterstützung der Zentrumspolitik im Reich hinarbeiten³⁾). Auch für das Zentrum, in dem die Ansichten zu dieser Frage geteilt waren, war die Lage problematisch. Seine preußische Sektion war nicht gewillt, die Koalition mit der SPD aufzugeben, und es zeigte sich, „daß der politische Kontakt, der damit entgegen dem ausgesprochenen Wunsche einer Mehrheit in der Reichstagsfraktion und den Bemühungen von Brüning und Kaas mit der SPD wenigstens in Preußen aufrechterhalten wurde, für die weitere Existenz der Brüning-Regierung und ihre Tolerierung durch die größte Partei von erheblicher Bedeutung war⁴⁾“.

Am 2. Februar 1931 wurde vom „Stahlhelm“ ein Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags eingebracht, dem sich NSDAP, DNVP, der größere Teil der DVP und die KPD anschlossen⁵⁾). Die Volkskonservativen sahen sich, nicht zuletzt aus Selbstbehauptungsgründen, veranlaßt, diesem Vorgehen beizu-

¹⁾ Vgl. vor allem „Entschließung des Vorstandes der DNVP vom 9. April 1924“ (Wegener a.a.O. S. 55 ff.); „Entschließung der Parteivertretung der DNVP vom 9. Dezember 1927“ (Teipel a.a.O. S. 90; „Der Deutschnationale“ III/12, Dezember 1927); Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes vom 10. April 1929 („Berliner Lokal-Anzeiger“ Nr. 168 vom 10. April 1929, 2. Beiblatt). Desgl. auch Graf Westarp, „Zur Verfassungsreform“, in: „Preußische Jahrbücher“ Jg. 229, Mai 1932, S. 147 ff.

²⁾ So Stapel a.a.O., S. 16 f.

³⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Graf Eulenburg vom 1. August 1930 (W.-A.): „Eine Entwicklung, die das Zentrum in Preußen von der Sozialdemokratie trennt, und so endlich Herrn Brauns Diktatur ein Ende macht, war durch Ultimaten Hugenburgs nicht zu erreichen; sie ist nur allmählich, wenn überhaupt erreichbar . . . Der in der Politik entscheidende Erfolg wird ergeben, ob der von mir eingeschlagene Weg richtiger war als die dem Zentrum gegenüber angewendete Taktik feindseliger Bedrohung, von der ich bis jetzt jedenfalls einen Erfolg nicht habe sehen können.“

⁴⁾ Bracher a.a.O. S. 333.

⁵⁾ Vgl. hierzu und zum weiteren Bracher a.a.O. S. 385 f.; Eyck a.a.O. S. 370 f.

treten. Doch versuchten sie, die Zielsetzung des Unternehmens aus der rein parteitaktischen Ebene auf die höhere eines ersten Schrittes zur „Reichsreform“ zu heben¹⁾. Am 15. Februar 1931 faßten die Volkskonservativen folgende „Entschlieung zum Preußen-Volksbegehren²⁾“:

„Die Reichstagung der Konservativen, die am Sonntag, den 15. Februar 1931 in Berlin 150 Vertreter der Konservativen Volkspartei aus dem Reich vereinte, beschließt einstimmig, das vom Stahlhelm in Preußen eingeleitete Volksbegehren zu unterstützen. Sie geht davon aus, daß damit nicht nur der Ersatz einer herrschenden Parteikoalition durch eine andere, sondern der Umbau von Preußen und Reich in einer Reform an Haupt und Gliedern eingeleitet werden soll.“

Ein besonderes Motiv für sie war der Kompetenzkonflikt zwischen Preußen und Reich in der Osthilfefrage, von dem sie über Treviranus in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe unmittelbar tangiert wurden und der ihre Regierungsbeteiligung immer wieder erschwerend der gegnerischen Propaganda aussetzte³⁾.

Die Einzeichnung zum Volksbegehren erreichte bis zum April die erforderliche Zahl von annähernd 6 Millionen Stimmen. Nachdem der Landtag seinerseits mit 229:190 Stimmen das Volksbegehren abgelehnt hatte, wurde für den 9. August der Volksentscheid anberaumat. Trotz scharfer Gegenmaßnahmen der preußischen Regierung (Notverordnungen vom 28. März und 17. Juli 1931) wurde das Plebiszit mit 9,7 Millionen Stimmen = 37% der Wahlberechtigten ein psychologischer Erfolg, wenn es auch nicht die für die Annahme erforderlichen 13,7 Millionen Stimmen erreicht hatte. Mit der wieder in Erscheinung getretenen Radikalisierung breiter Volksmassen waren die Volkskonservativen erneut vor die Frage gestellt, wie sie, als äußerster rechter Flügel der Regierungsfrente, ihr Verhältnis zu der übrigen Rechten, vor allem zur NSDAP, gestalten sollten, was nicht zuletzt im Hinblick auf die im Frühjahr 1932 anstehenden preußischen Landtagswahlen von Bedeutung war.

7. NSDAP-Problem und Organisationskrise

Zwischen Sommer 1931 und Sommer 1932 fanden verschiedene Fhlungen zwischen Hitler bzw. Hitlers Umgebung und führenden Konservativen statt. Soweit sie von Hitler ausgingen, dürfte ihr Grund der Versuch gewesen sein, seine Gesprächspartner zu sich herüberzuziehen oder wenigstens zu engerer Zusammenarbeit zu bewegen, mit dem Ziel, unmittelbare Kontakte zum Reichspräsidenten zu erhalten. Auf konservativer Seite waren die Überlegungen maßgebend, wie die Hitler-Bewegung durch eine engere Bindung an die Regierungs-

¹⁾ Vgl. Dr. Heinz Dähnhardt, „Politik im Kreise“, Vk. St. II/13 vom 4. April 1931.

²⁾ Vgl. Vk. St. II/27 vom 21. Februar 1931.

³⁾ Vgl. Vk. St. II/13 vom 4. April, II/31—32 vom 15. August und II/44 vom 7. November 1931; zur Ausräumung des Konflikts vgl. Schlange-Schningens a.a.O. S. 52 f.

front neutralisiert werden könne — Überlegungen, wie sie im Herbst 1931 eine verstärkte Rolle zu spielen begannen¹⁾).

Am 22. August 1931 fand ein Gespräch zwischen Treviranus, Hitler, Göring und Prinz August Wilhelm in Görings Privatwohnung statt. Es erfolgte auf Anregung Hitlers und sollte Treviranus für eine Sprengung der Brüning-Koalition gewinnen²⁾. Die Besprechung endete in gereizter Atmosphäre³⁾. — War so die Herausbrechung des volkshervorgehenden Exponenten aus der Regierung Brüning nicht gelungen, versuchten die Nationalsozialisten trotzdem weiter, die im Lande mehr und mehr isolierten volkshervorgehenden Parlamentarier, die schwerlich mit einer Wiederwahl rechnen konnten, auf ihre Seite zu ziehen. Bei Graf Westarp hatten sie keinen Erfolg⁴⁾, hingegen sie bei Graf v. d. Schulenburg-Tressow, der nach einem Gespräch mit Hitler zur NSDAP übertrat, ihre Absicht erreichten⁵⁾. Wie fluktuierend die politischen Fronten waren, erhellt daraus, daß etwa zur gleichen Zeit der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler, der das Amt des Reichspreiskommissars übernahm, nach einer Aussprache mit Hugenberg in einer öffentlichen Erklärung seinen Austritt aus der DNVP bekanntgab, ohne sich — ein Zeichen für den Prestigeverlust, den die Volkshervorgehenden erlitten hatten — einer anderen Partei zuzuwenden⁶⁾. Schließlich fand im November 1931 eine Zusammenkunft der DHV-Führer Bechly und Habermann mit Hitler statt, auf der Überlegungen über eine Koalition vom Zentrum

¹⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 423 ff. — Dgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 5 ff.

²⁾ Vgl. Brief Treviranus' an General v. Schleicher vom 22. August 1931 (Schleicher-Nachlaß); jetzt abgedruckt bei Vogelsang a.a.O. S. 429 ff. (Dok. Nr. 14). Desgl. G. R. Treviranus, „Die Wurzeln des Übels“, in: „Das Parlament“ III/4 vom 28. Januar 1953: „... Seit mir Hitler in Görings Wohnung in der Badenschen Straße in Berlin im Oktober (?) 1931 in nächtlicher Sitzung seine Ziele in der Außenpolitik entwickelt hatte und am nächsten Nachmittage, von Hugenberg zur Rede gestellt, die von ihm erbetene Zusammenkunft in ein angebliches Ansuchen von mir, bei ihm Unterkunft zu finden, umgefälscht hatte, stand mein Urteil fest. ‚Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt‘.“

³⁾ Göring zu Treviranus bei der Verabschiedung: „Sie werden noch Ihre Haltung bereuen“; mündl. Mittlg. G. R. Treviranus' an den Verf.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt, diktiert Mittwoch 1. Juni 1932“, in: Vjh. f. Zeitg. I/3 (1953), S. 286: „... Vor kurzem hatte mir ... Kommerzienrat Lißner erzählt, in einer Gesellschaft sei zwischen ihm und Goebbels die Rede auf mich gekommen; Goebbels habe mich als Gegner für gefährlich erklärt, aber gesagt, wenn ich zu ihnen übertreten wollte, würde ich willkommen sein, und die Frage Lißners, ob er bei mir sondieren solle, bejaht. Ich habe Lißner erwidert, dazu könne ich mich nicht entschließen, es müsse auch eine nationalbürgerliche Richtung geben, und mir sei die Partei zu sozialistisch und zu unreif, um mich an ihr zu beteiligen. Die vielfach verbreitete Annahme, man solle sich den Nazis anschließen, um sachlichen Einfluß zu gewinnen, halte ich für utopisch, solange der Radikalismus, auf den sie durch ihre Agitation festgelegt seien, überwiege; man würde davon nur über den Haufen gerannt werden.“

⁵⁾ Zu Schulenburgs Weg von der DNVP über die Volkshervorgehenden zu Hitler vgl. Görlitz, „Junker“, S. 371.

⁶⁾ Vgl. Gerhard Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“, Stuttgart 1954, S. 46.

zur NSDAP, unter Ausschluß der Deutschnationalen, angestellt wurden¹⁾. Angesichts der engen Beziehungen, die ihn mit Habermann verbanden, dürfte Brüning über diese Kontaktnahme genau unterrichtet worden sein.

Ein sachliches Ergebnis hatten alle diese Vorgänge nicht, vielmehr verdichteten sie auf volkskonservativer Seite das Mißtrauen gegen Hitlers Absichten und Taktiken. Hatte Graf Westarp nach der Wahl 1930 noch die Möglichkeit einer vom Zentrum bis zur NSDAP reichenden Mehrheit befürwortet²⁾, so kamen ihm im Winter bereits Bedenken, ob wegen Hitlers alleinigem Führungsanspruch diese Möglichkeit weiter verfolgt werden könne³⁾. Westarps Einstellung zu Hitler wurde — im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz — immer skeptischer, im Mai 1931 schrieb er⁴⁾:

„Eine ernste Auseinandersetzung mit den Irrungen Hitlerscher Führung und Politik scheint mir um so notwendiger zu sein, als ich, im Gegensatz zur Strömung der Zeit, die weitere Entwicklung der nationalsozialistischen Partei sehr pessimistisch beurteile.“

Die auf der Tagung der „Harzburger Front“ hervorgetretenen Gruppengegensätze konnten die volkskonservativen Zweifel in die Koalitionsfähigkeit der radikalen Rechten nicht herabmindern⁵⁾. Westarp sah, um der Agitation von rechts wirksam entgegentreten zu können, nur die Möglichkeit, den bereits zweimal gescheiterten Versuch der Zusammenfassung aller staatsbürgerlichen Gruppen noch einmal aufzugreifen. Eine Initiative der Staatspartei, die am 14. und 21. September 1931 zu „Verhandlungen über Zusammenschluß der Parteien und Gruppen, die außerhalb des Zentrums und der bayerischen Volkspartei zwischen Hugenberg und den Sozialdemokraten sitzen“, führte, an denen auch Graf Westarp und Dr. Lejeune-Jung teilnahmen, brachte es indessen erneut nur zu gemeinsamen Erklärungen, anläßlich des Zusammentritts des Reichstages am 13. Oktober⁶⁾. Nach wie vor war den Volkskonservativen ein engeres Zusammengehen mit der Staatspartei sichtlich unerwünscht⁷⁾.

Inzwischen begegneten aber alle Versuche der Führungsspitze, sich den nötigen Aktionsradius zu wahren, einem immer mehr wachsenden Druck aus den Landesverbänden und Mitgliederkreisen auf eine eindeutige Rechtsorientierung, notfalls unter Austritt aus der Regierung. Das Hinüberwechseln des Reichstagsabgeordneten Walther Lambach von den Volkskonservativen zu den

¹⁾ Vgl. „Handelswacht“ Nr. 17 vom 25. November 1931; desgl. Albert Krebs, „Tendenzen und Gestalten der NSDAP“, Stuttgart 1959, S. 32 f.

²⁾ Vgl. Graf Westarp, „Was nun?“, in „Kreuzzeitung“ Nr. 266 vom 17. September 1930.

³⁾ Vgl. Graf Westarp, „Regierung Hitler“, in Vk. St. II/1 vom 10. Januar 1931.

⁴⁾ Brief Graf Westarps an v. Dusch vom 29. Mai 1931 (W.-A.).

⁵⁾ Vgl. Georg Schröder, „Block oder Brei“, in Vk. St. II/41 vom 17. Oktober 1931.

⁶⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an v. Hammerstein-Loxten, Simpfendörfer und Dr. Rademacher vom 22. September 1931 (W.-A.).

⁷⁾ Vgl. Graf Westarp ebd.: „... will ich kein Hehl daraus machen, daß es mir zweifelhaft ist, ob ... ein Zusammengehen mit der Staatspartei sachlich erreichbar und nach außen tragbar ist, selbst wenn es gelingt, der Erklärung einen uns voll befriedigenden Inhalt zu geben.“

Christlich-Sozialen war ein Indiz dafür, wie wenig die „Volkskonservative Vereinigung“ von ihren eigenen Parlamentariern noch als tragfähige und verlässliche Basis angesehen wurde¹⁾. Das Ausscheiden der DVP aus der Regierungsfrente²⁾ trug das Seine zu der Entwicklung bei. Der Druck auf Hindenburg in Briefen und in der Presse, der anscheinend von Hugenberg und Claß angeregt war und auf eine Rechtserweiterung des Kabinetts unter Einbeziehung der Nationalsozialisten gerichtet war³⁾, fand nun auch in volkskonservativen Kreisen ein Echo. Der Vorstand des Wahlkreisverbandes Westsachsen der Konservativen Volkspartei richtete in einer EntschlieÙung vom 13. Oktober „an die Parteispitzen das dringende Ersuchen, sich von der Regierung Brüning II zu distanzieren und mit allen Mitteln, selbst denen der Vertrauensverweigerung für das Kabinett, dahin zu wirken, daß die Kreise der sogenannten nationalen Opposition zur Mitarbeit, gegebenenfalls selbst zur Übernahme der Regierung veranlaßt oder gezwungen werden⁴⁾“. Eine Woche später wiederholte er sein Ersuchen in einer noch deutlicheren Form⁵⁾:

„Bei aller Anerkennung der sachlichen Gründe, die auch im Interesse der Rechtsopposition selbst ein Übernehmen der Reichsregierung durch sie zur Zeit als bedenklich erscheinen lassen, bedauert die Konservative Volkspartei, Wahlkreisverband Westsachsen, auf das tiefste die zur Zeit bestehende Abtrennung der Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter von der Front, in der sich die nationalen Kräfte auch über Nationalsozialisten und Deutschnationale Volkspartei hinaus zu sammeln beginnen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß der nach der nationalen Überzeugung und der Vergangenheit der Partei und ihrer Mitglieder notwendige Anschluß an diese nationale Front baldmöglichst hergestellt wird.“

Die Suggestion des Schlagwortes „national“ als Sammelparole siegte über die „Anerkennung der sachlichen Gründe“, die eine Zusammenarbeit von Brüning und Hitler unmöglich machten, und trieb die volkskonservative Mitgliedschaft im Lande ideologisch in das Fahrwasser der „Harzburger Front“. Das wurde auch deutlich aus einer Denkschrift der Konservativen Volkspartei, Wahlkreisverband Niederschlesien, mit dem zweifelnden Titel „Lohnt es sich noch?“⁶⁾, in der gefordert wurde, „I. die Volkskonservative Vereinigung ganz

¹⁾ Vgl. die Bekanntgabe in Vk. St. II/40 vom 10. Oktober 1931: „... Innerhalb der gemeinsamen Fraktion des Christlich-sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei wird unser Freund Lambach in ein engeres Arbeitsverhältnis zum Volksdienst treten und Mitglied seiner Fraktion werden. ... Selbstverständlich ändert sich dadurch nichts in seiner Zugehörigkeit zur Volkskonservativen Vereinigung, der andererseits im ganzen Reiche auch eine größere Anzahl aktiver Volksdienstpolitiker angehören ...“

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 420 f.

³⁾ Vgl. Conze, „Zum Sturz Brünings“, Vjh. f. Zeitg. I/3 (1953), S. 261 f.

⁴⁾ EntschlieÙung des Vorstandes der Konservativen Volkspartei Wahlkreisverband Westsachsen, vom 13. Oktober 1931 (W.-A.).

⁵⁾ EntschlieÙung des Vorstandes der Konservativen Volkspartei Wahlkreisverband Westsachsen, vom 20. Oktober 1931 (W.-A.).

⁶⁾ Denkschrift „Lohnt es sich noch?“ der Konservativen Volkspartei, Wahlkreisverband Niederschlesien, Görlitz, gez. Heine, an Graf Westarp, vom 4. Dezember 1931 (W.-A.).

klar von dem Wesen einer Partei abzusetzen, auch von der Konservativen Volkspartei, 2. wirklich die konservativen Menschen über die Grenzen der Partei hinaus zu sammeln“, und die diese Forderung mit einem die volkskonservative Situation Ende 1931 äußerst scharf umreißenen Legebericht folgendermaßen stützte:

„Draußen im Lande kommen sich viele, die in der vordersten Front gekämpft haben, verlassen vor und sind müde geworden. Andere, die noch einen Posten halten, überlegen sich, ob es noch Zweck hat, auf verlorenem Posten zu stehen.

Dort, wo die Volkskonservative Vereinigung in der Presse noch Beachtung findet, gilt diese nicht der Bewegung, sondern einigen Persönlichkeiten, die sich z. T. in einflußreichen Stellungen befinden.

Auch den Volkskonservativen Stimmen wird aus dem gleichen Grunde Beachtung geschenkt.

Aber die Volkskonservative Vereinigung als Bewegung hat in der heutigen Gestaltung keine Bedeutung.“

Aus Pommern kamen gleichfalls deprimierende Nachrichten¹⁾. Die letzte Chance, die der Führung für den Zusammenhalt der Organisation blieb, war, in einem Großeinsatz sie noch einmal zusammenzuführen und durch die Wiederwahl Hindenburgs die Voraussetzungen für ein Abflauen der rechtsradikalen Welle und zu einer organischen Festigung des präsidentialen Regierungssystems zu schaffen, in dem der volkskonservative Einfluß, wie angenommen werden durfte, eo ipso stark bleiben würde.

8. *Letzter politischer Einsatz*

a) *Für Hindenburg*

Der Zusammenfall des Termins einer Präsidentenwahl mit dem Höhepunkt der Krise — am Jahresende 1931 wurden 5,6 Millionen Arbeitslose gezählt, eine Zahl, die im folgenden Jahr sich nicht wesentlich mehr erhöhte — mußte alle Erfolge der bisherigen Regierungspolitik im Falle eines negativen Ausgangs in Gefahr bringen. „Zum erstenmal drohte die verfassungsmäßige Bestimmung der Präsidentenwahl durch Volksabstimmung jede Aussicht auf politische Stabilität zu zerstören und den Weg entweder dem Bürgerkrieg oder einer

¹⁾ Vgl. den Brief des Geschäftsführers der Konservativen Volkspartei Pommern, Mundt, an Graf Westarp vom 14. Januar 1932 (W.-A.): „Die Dinge haben sich hier in Pommern für die Volkskonservative Bewegung so unerfreulich entwickelt, daß ich nun fast keine Möglichkeit mehr sehe, die Geschäftsstelle in Stettin aufrechtzuerhalten. Einer sofortigen Auflösung stehen Kündigungsfristen und ähnliche Schwierigkeiten entgegen. Vor allem aber möchte ich bei den bevorstehenden, m. E. recht schwerwiegenden Entscheidungen, wie Präsidentenwahl und Preußenwahl, selbst wenn wir bei der Preußenwahl nicht mit eigenen Listen in den Wahlkampf ziehen, den konservativen Einfluß in Pommern nicht ausgeschaltet wissen. Es ist mir in fast zehnjähriger politischer Tätigkeit in Pommern gelungen, wertvolle Verbindungen auch zu unseren politischen Nachbargruppen anzuknüpfen, die meiner Ansicht nach insbesondere für die Präsidentenwahl wirksam gemacht werden müßten. Ich bin auch durchaus der Überzeugung, daß der Konservativen Bewegung die Zukunft gehört, sofern sie in der Lage ist, sich als Auffangorganisation für Unzufriedene aus anderen Lagern zu erhalten und zu beweisen.“

totalitären Regierung zu öffnen¹⁾.“ Wegen dieser Gefahr waren schon im Februar 1931 in volkskonservativen Kreisen Pläne einer Verlängerung von Hindenburgs Präsidentschaft auf Lebenszeit ventiliert worden²⁾. Sie erforderten allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag, die nicht zu erreichen war. Auch Bemühungen um eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs durch verfassungsändernden Reichstagsbeschluß um zwei Jahre scheiterten an der Ablehnung durch Hitler und Hugenberg³⁾. So blieb nichts übrig, als zur Wahl zu schreiten, die von Hindenburg selbst als falsche Frontenstellung angesehen wurde⁴⁾: Die Masse seiner Rechtswähler von 1925 stand gegen ihn, während die demokratische Mitte und Linke für ihn eintrat. Der erste Wahlgang am 13. März brachte noch nicht die für Hindenburg erforderliche absolute Mehrheit; mit 49,6% der Stimmen blieb er etwas unter ihr, ließ aber Hitler mit 30,1% der Stimmen ziemlich zurück. Im zweiten Wahlgang am 10. April siegte er mit 19,3 Millionen Stimmen = 53% vor Hitler, der 13,4 Millionen Stimmen = 36,8% erreichte. Hugenburgs Kandidat, Duesterberg, war mit 6,8% der Stimmen schon nach dem ersten Wahlgang ausgeschieden, worauf Hugenberg seinen Anhängern die Wahl freigestellt hatte. Der Kandidat der KPD, Thälmann, erreichte im zweiten Wahlgang 3,7 Millionen = 10,2% der Stimmen.

Die volkskonservative Position innerhalb der Front, die für Hindenburg eintrat, war — da die Entscheidung durch die Wählerstimmen der fluktuierenden Rechten fallen mußte — zum ersten Mal seit 1930 wieder entscheidend wichtig geworden⁵⁾. Ihre Bedeutung wurde dadurch unterstrichen, daß Hindenburg selber Wert darauf legte, den konstanten Charakter seiner Amtsführung durch eine größtmögliche Identität seiner Wählerschaft mit der von 1925 bestätigt zu wissen. Das Bewußtsein, daß ihre Politik die allein legitime Fortführung der

¹⁾ Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 7.

²⁾ Vgl. Walther Lambach, „Hindenburg auf Lebenszeit?“, in Vk. St. II/17 vom 2. Mai 1931. Vgl. im gleichen Sinne die Briefe v. Maltzahn an Graf Westarp vom 18. Februar, Graf Westarp an v. Maltzahn vom 12. März 1931 (W.-A.); s. auch Bracher a.a.O. S. 444 f., Anm. 3 und 4.

³⁾ Vgl. zum Gesamtvorgang der Präsidentenwahl Bracher a.a.O. S. 441 ff. — Die Enttäuschung der Volkskonservativen über das Mißlingen des Verlängerungsprojekts wird in Vk. St. III/2 vom 16. Januar 1932 ausgesprochen: „Die Verlängerung . . . wäre der stärkste und sinnfälligste Ausdruck dafür geworden, daß der Aufbau unseres Verfassungslebens ein anderer geworden ist. Der Reichstag selbst hätte aus freien Stücken bekundet, daß das Amt des Reichspräsidenten, daß seine auctoritas und potestas die Grundpfeiler des deutschen Staatslebens sind, nicht aber Parteien und Parlament“ — ein sehr deutlicher Beleg für die autoritärstaatliche Tendenz der Volkskonservativen in Richtung auf eine evolutionäre Umgestaltung der Verfassung.

⁴⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 452 f.; desgl. Brief Groener an Alarich v. Gleich vom 24. Januar 1932: „... Der Alte vom Berge will sich nicht kürten lassen, wenn nicht auch die Rechtser mitmachen“ (nach Phelps, „Groener-Dokumente“, a.a.O. S. 1018).

⁵⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt in Vk. St. III/11 vom 19. März 1932 (nach dem ersten Wahlgang): „Die Entscheidung lag am letzten Sonntag auf dem rechten Flügel, der der einzige bewegliche und ernsthaft umkämpfte Teil der Gesamtfront war, um so mehr, als hier die einzelnen Kampfgruppen teilweise unübersehbar durcheinandergeschoben waren. Der Sieg Hindenburgs konnte erst dadurch zustande kommen, daß Millionen der Hindenburgwähler von 1925 unserer Parole folgten.“

deutschnationalen zu Zeiten der Führung durch Graf Westarp bedeutete, verschaffte den Volkskonservativen breiten propagandistischen Spielraum und führte zu Stimmerfolgen über den engeren Kreis ihrer Anhängerschaft hinaus, der, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt und des Erfolges seiner Bestrebungen ziemlich sicher, noch einmal einen inneren Aufschwung erfuhr¹⁾.

Am 12. Januar, einen Tag nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler, forderten Westarp und Treviranus eine Einigung der staatsbürgerlichen Parteien auf ein Bekenntnis zu Hindenburg. „Sogleich waren freilich ernste Schwierigkeiten mit den Christlich-Sozialen wie mit der DVP und dem Landvolk aufgetreten. Vor allem die Führung der beiden letzteren Gruppen erwartete zunächst noch eine positive Stellungnahme Hitlers und wollte sich offensichtlich die Fühlung mit der NSDAP nicht verbauen. Einen Tag später sah Westarp zwar in einer Unterredung mit Meißner seine Ansicht bestätigt, daß solche Hoffnungen trügerisch seien. Doch entschloß man sich nach Besprechungen mit der DVP, der Staatspartei und der Reichswehr (v. Hammerstein) vorläufig zum Abwarten, um wenigstens dem Stahlhelm und einem Teil der DNVP den Weg zu Hindenburg offenzuhalten²⁾.“ Erst am 27. Januar trat dann ein überparteilicher Ausschuß unter Geßler mit einem Wahlauf Ruf für Hindenburg an die Öffentlichkeit.

Am 1. Februar folgte „die Bildung großangelegter bürgerlicher ‚Hindenburg-ausschüsse‘, die sich . . . der Unterstützung namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens versicherten³⁾; in ihre von der Presse unterstützten Einzeichnungslisten trugen sich ohne Hilfe der Parteiorganisationen schon bis zum 13. Februar über drei Millionen Wähler ein. Gleichzeitig veröffentlichte eine große Anzahl rechtsgerichteter Persönlichkeiten unter Führung Westarps einen Aufruf für Hindenburg⁴⁾. In schwierigem Lavieren zwischen links und rechts gelang hier eine gewisse Sammlung der gemäßigten Rechten⁵⁾.“ Nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser Initiativen erklärte Hindenburg am 16. Februar auch offiziell seine Zustimmung zur Kandidatur.

Die Argumentation der Volkskonservativen für Hindenburg zeigte ihre autoritärstaatlichen Vorstellungen wie ihre Abgrenzung gegen den Nationalsozialis-

¹⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt ebd.: „ . . . Dieses Bewußtsein, daß auf unserer freien und unabhängigen Gruppe ein ungeheures Maß an Verantwortung und Entscheidung lag, gibt heute allen denen, die sich zu uns rechnen, einen Glauben, eine Begeisterung und eine Einsatzfähigkeit für unsere Sache, wie wir sie in dieser Stärke, in dieser Klarheit und Festigkeit selbst in den Tagen unseres Entstehens und unserer Gründung nicht besaßen.“

²⁾ Bracher a.a.O. S. 454 f.; vgl. dort Anm. 37, Brief Graf Westarp an Berthold Hiller v. Gaertingen vom 14. Januar 1932 (W.-A.).

³⁾ Der Vorstand des „Arbeitsausschusses der Hindenburgausschüsse“ der Rechten bestand aus Dr. Gereke (Landvolkpartei), Graf Westarp und Generalmajor a. D. v. Winterfeldt: „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 21 vom 5. April 1931.

⁴⁾ Vgl. den Abdruck des „Aufrufs der Hindenburg-Wähler von 1925“ vom 24. Februar 1932 — mit über 500 Unterschriften — in Vk. St. III/8 vom 27. Februar 1932.

⁵⁾ Bracher a.a.O. S. 455 f.; vgl. dort Anm. 42, Brief Graf Westarp an Krupp vom 20. Februar 1932 (W.-A.), in dem er sich für Krupps Unterschrift unter den Aufruf bedankt.

mus offen auf¹). Dabei bestanden — wie bei Brüning — seit dem Herbst 1931 erste ernste Zweifel an der politischen Geradlinigkeit des greisen Generalfeldmarschalls, die aber unter dem Zwang der Lage zurückgestellt werden mußten²). Die Wiederwahl Hindenburgs erschien so stark als staatspolitische Notwendigkeit, daß „das Bündnis der Parteien zur Erhaltung des Status quo die Klassenstruktur der Gesellschaft, die die Anhänger der Parteien in ihren verschiedenen Parteioorganisationen festgehalten hatte, verwischte³)“. Die unmittelbare Interessensolidarität, die darin lag und das fragile System der präsidentialen Regierungsform bei ihrer Nichtbeachtung notwendig sprengen mußte, wurde trotzdem von den Volkskonservativen nicht erkannt. Nach wie vor meinten sie einen Gegensatz von Reichs- und preußischer Politik feststellen⁴) und auf seine Aufhebung drängen zu müssen. Das führte zu ihrem letzten, höchst widersprüchlichen politischen Engagement: gegen die Preußen-Regierung, für eine „nationale“ Mehrheit im Preußischen Landtag.

b) Gegen die Preußen-Regierung

Am 14. Februar 1932 berieten die Mitglieder des Führerrings und des Parlamentarischen Rings der Volkskonservativen Vereinigung in Berlin die politische Lage und die weiteren Aufgaben. Es wurde beschlossen, die endgültige Entscheidung zu den Preußenwahlen in einer besonderen Sitzung nach der Reichs-

¹) Vgl. die Kandidatengegenüberstellung bei Dr. v. Dryander, „Die Reichspräsidentenwahl im Kampf der Weltanschauungen“, in Flugschrift Graf Westarp, Dr. v. Dryander, Dr. Rademacher: „Hindenburg und seine Wähler von 1925“, Folge II „Zum zweiten Wahlgang“ (1932), S. 13:

„Hindenburg, überzeugter evangelischer Christ, aus überparteilichem preußischem Staatsgedanken erwachsen, durch weltgeschichtliche Leistung legitimiert, nach dem Zeugnis aller Orientierten die Probleme unverändert meisternd, dabei die ganze Umwelt durch die Imponderabilien seines geradezu vorbildlichen Charakters und unbegrenzten persönlichen Ansehens überragend.

Hüler, österreichischer Katholik, mit seiner Kirche mindestens zur Zeit unverbunden, als einer der ‚unbekannten Soldaten‘ auf dem Schlachtfeld bewährt, Parteiführer großen Stils, Kündender eines neuen, sehr unklaren Evangeliums, Abgott von Millionen, die stimmungsmäßig den Wunsch haben, daß ‚alles anders werde‘, und die weder nach staatspolitischer Bewährung noch nach der Eignung für eine ungeheure Aufgabe fragen.

Für jeden Wähler handelt es sich nicht nur um *Männer*, sondern um *Prinzipienfragen*, die in das Zentrum der Welt- und Staatsauffassung führen.“

²) Vgl. Brief Dr. Rademacher an Graf Westarp vom 24. September 1931 (W.-A.): „... Ich bin der Auffassung, daß ich die Bedenken, die ich sonst gegen eine Kandidatur Hindenburgs habe, zurückstellen würde, wenn diese Kandidatur dazu führen würde, den Stahlhelm vom Nationalsozialismus ... loszulösen.“ Zu Rademachers Plan, durch Alternativkandidatur zu Hindenburg — „verhältnismäßig weit rechts gerichtete“ Persönlichkeit — zum mindesten große Teile des Stahlhelms und der Deutschnationalen für eine eigene Kandidatur herüberzuziehen“, vgl. auch seinen Brief an Graf Westarp vom 15. September 1931 (W.-A.). — Vgl. zum Problem auch Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 7 f.

³) Hannah Arendt, „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, Frankfurt 1955, S. 428.

⁴) Dr. v. Dryander a.a.O. S. 15.

präsidentenwahl zu fällen¹⁾). Es wurde jedoch schon festgestellt, daß die volkskonservativen Kräfte dafür einzusetzen seien, „daß die gegenwärtige Koalition in Preußen gebrochen“ werde. Mehrmals kam auf der Tagung zum Ausdruck, daß die Volkskonservative Vereinigung als eine „außerparteiliche politische Bewegung zu arbeiten entschlossen“, dagegen „von allen politischen Mitteln Gebrauch zu machen gewillt“ sei, „die der Durchsetzung volkskonservativen Gedankenguts und einer politischen Machtbildung aus volkskonservativer Haltung heraus“ zu dienen vermöchten. Als Ziel dabei wurde die „Errichtung einer echten, von Parteien unabhängigen Staatsautorität und Herrschaft auf der einen und die Entfaltung und Entwicklung aller Kräfte der Selbsthilfe und Selbstverwaltung auf der anderen Seite“ herausgestellt²⁾: ein trotz aller Bemäntelungen *partei*politisches Programm, durchsetzbar nur auf dem Wege der unmittelbaren Teilhabe an der Macht.

Wieder, zum letzten Mal, bemühten sich Treviranus, v. Lindeiner und Graf Westarp, „eine Zusammenfassung der Gruppen zwischen Hugenberg und Zentrum, unter Nutzbarmachung des Hindenburgzusammenschlusses, herbeizuführen“. Wieder scheiterten sie, diesmal daran, daß die DVP einen brüningfeindlichen Kurs im Reich zur Bedingung machte und daß der Volksdienst durch selbsttätiges Vorgehen seinen besonderen Einfluß auf seine Wähler besser glaubte wahren zu können³⁾. So war „ein Zusammengehen . . . wegen der großen politischen Meinungsverschiedenheiten nicht möglich⁴⁾“. In einer „Stellungnahme des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung vom 2. April 1932⁵⁾“ konnte daher den Mitgliedern lediglich empfohlen werden, „die Wahl von Persönlichkeiten“ zu unterstützen, die ihnen „gesinnungsmäßig nahestünden“. Dabei wurde besonders an die Kandidatur Graf Westarps in den Wahlkreisen Berlin und Potsdam II gedacht, der gleichzeitig die Landesliste der von Landvolk- und Wirtschaftspartei gebildeten „Nationalen Front deutscher Stände“ anführte⁶⁾. Ein Erfolg war den volkskonservativen Bestrebungen bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 24. April nicht beschieden; nicht einmal Graf Westarp wurde gewählt. Ihr Wunsch, die Mehrheit der Weimarer Koalition in Preußen zu brechen, wurde nur negativ, nämlich so erreicht, daß hinfort eine parlamentarische Mehrheitsbildung dort überhaupt nicht mehr möglich war⁷⁾.

¹⁾ Fand statt am 2. April.

²⁾ Vgl. Vk. St. III/7 vom 20. Februar 1932.

³⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an v. Richthofen-Boguslawitz vom 22. März 1932 (W.-A.).

⁴⁾ Brief Graf Westarp an Dr. Hermann (DVP) vom 18. März 1932 (W.-A.).

⁵⁾ In Vk. St. III/14 vom 9. April 1932.

⁶⁾ Vgl. ebd. — In den drei schlesischen Wahlkreisen stimmten die Volkskonservativen für die Liste der „Vereinigten schlesischen Rechten“, die — hier unter Einbezug der DVP — der Westarpschen Landesliste angeschlossen war: Vk. St. III/15 vom 16. April 1932.

⁷⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 502 ff.

Die Entwicklung verlief bis ins einzelne so, wie sie Graf Westarp resignierend vorhergesehen hatte¹⁾).

Die „Volkskonservativen Stimmen“ bemäntelten den Mißerfolg mit Feststellungen wie, „daß Persönlichkeiten und nicht Listen für die Politik wesentlich“ seien²⁾ — eine nicht minder gefährliche Einseitigkeit des Denkens als die Versicherung, „daß der tatsächliche Einfluß, den die Volkskonservative Vereinigung in verhältnismäßig kurzer Bestehenszeit und bei einer kleinen Zahl von Mitgliedern entwickelt habe, daß die Zahl ihrer Freunde, die an entscheidenden Stellen des Staatslebens und im öffentlichen Leben stünden, an den Maßstäben der Demokratie überhaupt nicht mehr gemessen werden könne³⁾“. Mit Brünings Sturz fanden diese Irrtümer eine die Volkskonservativen von dem politischen Einfluß ausschaltende Widerlegung.

9. Der Sturz Brünings

Auf die Einzelheiten der Vorgänge, die zum Sturz Brünings führten, kann hier nicht eingegangen werden⁴⁾. Festzustellen ist nur die Haltung der Volkskonservativen in den einzelnen Phasen der Krise. An ihrem unbedingten Einsetzen für Brüning kann — trotz weitgehenden Schwankens in der Frage des SA-Verbots — kein Zweifel bestehen.

Das SA-Verbot vom 13. April 1932, das nicht weniger von Schleicher als von Groener inspiriert war⁵⁾, von ersterem aber in der Folge torpediert wurde⁶⁾, nahm Maßnahmen vorweg, die Brüning für die Zeit nach den erwarteten deutschen Erfolgen in der Reparations- und Abrüstungsfrage vorgesehen hatte, nun

¹⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an v. Richthofen-Boguslawitz vom 22. März 1930: „Ich glaube nicht, daß die Preußenwahl überhaupt einen regierungsfähigen Landtag bringt, halte es nicht einmal für sicher, daß es gelingt, Braun aus dem Sattel zu heben. Es wird doch nur Mehrheiten für Mißtrauensvoten geben und zunächst mehr oder weniger vom Zufall abhängen, wer dann eine Zeitlang als geduldete Minderheitsregierung oder als geschäftsführendes Ministerium weiterregiert. Das Nazifieber muß sich noch austoben. Vielleicht steht in Preußen als vorläufiges Ende der Entwicklung ein Reichskommissar in Sicht, um so mehr, als Preußen der finanziellen Sanierung durch das Reich dringend bedürftig ist. Das ist aus unserm alten Preußen geworden!“

²⁾ Vk. St. III/17 vom 30. April 1932.

³⁾ Vk. St. III/7 vom 20. Februar 1932.

⁴⁾ Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 8 ff.; Bracher a.a.O. S. 481 ff. — Desgl. die Dokumentation von Werner Conze, „Zum Sturz Brünings“, in Vjh. f. Zeitg. I/3 (1953), S. 261 ff. — Von volkskonservativer Seite: Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt“, bei Conze a.a.O. S. 282—288; Gottfried R. Treviranus, „Weshalb Brüning ging“, in „Vossische Zeitung“ Nr. 437 vom 11. September 1932.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 481 ff. — Desgl. Dorothea Groener-Geyer, „General Groener; Soldat und Staatsmann“, Frankfurt 1955, S. 294 ff., und John W. Wheeler-Bennett, „Die Nemesis der Macht; Die deutsche Armee in der Politik 1918—1945“, Düsseldorf 1954, S. 259 ff. — Von Groener selbst: „Chronologische Darstellung der Vorkommnisse, die zu meinem Rücktritt als Reichswehr- und Reichsinnenminister geführt haben“ (Oktober 1932), abgedruckt bei Gordon A. Craig, „Reichswehr and National Socialism; The Policy of Wilhelm Groener“, in „Political Science Quarterly“ 63 (1948), S. 211 ff. (jetzt auch bei Vogelsang a.a.O. S. 449 ff.).

⁶⁾ Vgl. Pünder a.a.O. S. 118.

aber, wenn auch ohne Beteiligung an der Vorbereitung, unter dem Druck der Innenminister der Länder unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl durchführen ließ, wobei auch Hemmungen bei Hindenburg auszuräumen waren¹). Den Volkskonservativen wie den anderen Rechtsparteien, die durch Dr. Dingeldey (DVP) und Dr. Gereke (Landvolk) förmlich bei Schleicher intervenierten²), mußte das Verbot sehr ungelegen kommen, da es sie in ihrer antilinken Agitation bei den Preußenwahlen hemmte. So erhob sich denn, abgesehen von Personen, die wie Treviranus Einsicht in die Notwendigkeit des Verbots hatten und daher es öffentlich verteidigten³), zahlreiche Stimmen der Ablehnung, die dadurch Rückendeckung erhielten, daß Hindenburg selbst, unter dem Einfluß außerverfassungsmäßiger Berater, in einem offenen Brief an Groener auch die Auflösung der unbewaffneten staatstreuen Organisation des „Reichsbanner“ forderte⁴). Die seit 1918 unverändert fortbestehende Diffamierung Groeners aus nationalistischen Kreisen⁵), die u. a. in der Linie der Kritik auch Graf Westarps an Groener lag⁶), verschärfte die Kritik ins Persönliche.

Hinzu kamen sachliche Gegensätze. Die Volkskonservativen hatten schon im März gegen Severings Polizeiaktion gegen die SA in Preußen Stellung genommen⁷) und wandten sich auch nach dem SA-Verbot dagegen, „daß Beschränkungen und Verbote . . . nur nach einer Seite hin wirksam werden“, wobei sie mit Groener die unbedingte nationalpolitische Zuverlässigkeit der NSDAP zwar anzweifelte, diesen Zweifel aber auf die demokratische „Eiserne Front“ — ohne nähere Beweise zu erbringen — ausdehnten⁸). Wenig später erfolgte durch Dr. Lejeune-Jung eine offizielle Stellungnahme des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung „Zur Lage“⁹), in der es hieß:

„Wir halten es für einen schweren Fehler der Reichsregierung, daß das von ihr in Verteidigung der staatlichen Autorität für notwendig befundene Verbot parteipolitischer Kampfformationen sich ausschließlich gegen Organisationen der NSDAP richtet . . .

¹) Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 4, und detailliert Vogelsang a.a.O. S. 165 ff.

²) Vgl. Groener, „Chronologische Darstellung“ a.a.O.

³) Vgl. Bracher a.a.O. S. 493.

⁴) Vgl. Groener-Geyer a.a.O. S. 308 f.

⁵) Vgl. Brief Anspach an Graf Westarp vom 12. Oktober 1931 (W.-A.): „Unser Gegner, unser Antipode ist der Mann, der am 9. November 1918 den dem Obersten Kriegsherrn geleisteten Fahneneid für erledigt erklärte und der Revolution in der Armee zum Siege verhalf und der im Kabinett Brüning II unter dem wohlverdienten Beifall der sozialdemokratischen und französischen Presse gleich zwei besonders wichtige Ministerien erhielt.“ Zu einer weniger ressentimentgeladenen Beurteilung Groeners vgl. volkskonservativerseits die Porträtstudie bei Hermann Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 48—59.

⁶) Vgl. Groener-Geyer a.a.O. S. 173 ff. — Zur Kritik an der Verfasserin vgl. F. Frhr. Hiller von Gaertringen in „Die Welt als Geschichte“ XIX/3 und 4 (1959), S. 244—254, besonders — Westarp betreffend — dort S. 251 ff.

⁷) Vgl. Vk. St. III/12 vom 24. März 1932 mit der naiven Versicherung: „Uns ist Sicherheit genug, wenn die oberste SA-Führung vorher den Wehr- und Innenminister von ihren Maßnahmen in Kenntnis setzt . . .“

⁸) Vgl. Vk. St. III/15 vom 16. April 1932.

⁹) Dr. Paul Lejeune-Jung, „Zur Lage“ in Vk. St. III/16 vom 23. April 1932.

Obwohl wir jenen verbotenen nationalistischen Formationen äußerst kritisch gegenüberstehen, ruft es unser Befremden hervor, und es muß ebenso das Gerechtigkeitsgefühl des Volkes verletzen, daß ihrer Zielsetzung und Struktur nach gleichgerichtete Organisationen der Linken bisher völlig unbehelligt geblieben sind. Wir können den Einwand nicht gelten lassen, daß die ‚Schutzformationen‘ und ‚Hammerschaften‘ der ‚Eisernen Front‘ im Gegensatz zu den aufgelösten SA. und SS. als Verteidiger der staatlichen Ordnung gewertet werden könnten . . . Wir verlangen deshalb, daß die Staatshoheit *in vollem Umfange*, also auch gegen links, wieder hergestellt wird.“

Zu der Reichstagssitzung am 10. Mai und den folgenden Tagen, in der Groener das SA-Verbot verteidigte¹⁾, brachte die Fraktion der Konservativen Volkspartei und des Christlich-sozialen Volksdienstes einen Antrag ein, wonach die aufgelösten Organisationen der NSDAP „keiner Ausnahmebehandlung unterzogen, sondern der allgemeinen Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität vom 3. Mai und dem darin vorgesehenen Rechtsmittelverfahren unterstellt werden“, dagegen die „militärähnlichen Organisationen des Reichsbanners der gleichen scharfen Kontrolle unterworfen werden“ sollten²⁾. Gleichzeitig schien allerdings einsichtigeren volkskonservativen Kreisen deutlich zu werden, welche Gefahr in der Demission Groeners vom Reichswehrministerium — die übrigens auch von Westarp gefordert worden war³⁾ — für sie selbst lag⁴⁾. —

Eine völlig andere Position im Gesamtrahmen der politischen Fronten, wie sie vor Brünnings Sturz in Erscheinung traten, nahmen die Volkskonservativen zu dem zweiten Faktor ein, der mitauslösend die Krise bestimmte: zum Osthilfeproblem⁵⁾. Es kann nicht mehr strittig sein, daß die Gegnerschaft einflußreicher Kreise des ostdeutschen Grundbesitzes wenn nicht ursächlich, so doch entscheidend zu Brünnings Sturz beitrug⁶⁾; letzter Anstoß zu dieser Gegnerschaft

¹⁾ Vgl. Groener-Geyer a.a.O. S. 315 f. sowie das stenographische Protokoll von Groeners Rede in: Reichstagsberichte vom 10. Mai 1932, S. 2545 ff.; desgl. Pünder a.a.O. S. 120.

²⁾ Vgl. Vk. St. III/19 vom 14. Mai 1932.

³⁾ Vgl. Graf Westarp, „Zu Brünnings Rücktritt“, in Vjh. f. Zeitg. I/3 (1953), S. 282 ff., desgl. Pünder a.a.O.

⁴⁾ Vgl. Vk. St. III/19 vom 14. Mai 1932: „Unsere Kritik hat sich stets gegen den Reichsinnenminister Groener gerichtet, und wenn jetzt der Reichswehrminister zurücktritt, so befürchten wir ein Ausweichen vor Folgerungen, die wir als zwingend empfinden. Ob die Absicht des Ministers selbst, die Reichswehr von politischen Belastungen zu befreien, durch die Vakanz des Ministeriums erreicht wird, scheint uns auch mindestens zweifelhaft. Solange noch mit Parlament und Parteien gerechnet werden muß, bedarf die Wehrmacht eines politischen Sachwalters, wenn nicht die militärische Leitung selbst in das politische Geschiebe hineingeraten soll . . .“ Sie war bereits, und zwar aus eigenem Antrieb, hineingeraten.

⁵⁾ Zur Literatur vgl. Hans Heinrich und Werner Otto, „Die gesamte Osthilfegesetzgebung“, Berlin 1933; desgl. Max Sering, „Deutsche Agrarpolitik“, Leipzig 1934. — Neuerdings, unter Einbezug der politischen Fragen: Graf Henning von Borcke-Stargodt, „Der Ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik; Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte“, Würzburg 1957.

⁶⁾ Vgl. die kritischen Darlegungen von Bracher, a.a.O. S. 511 ff., und Conze, „Zum Sturze Brünnings“, a.a.O. S. 264 ff.; als Gegendarstellungen, die das Gewicht der großagrarischen Einflußnahmen bestreiten, Borcke-Stargodt a.a.O. S. 64 ff., Görlitz, „Hindenburg“, S. 368 ff., „Junker“ S. 376 ff., und Magnus Freiherr v. Braun, „Von Ostpreußen bis Texas“, Stollhamm/Oldenburg 1955, S. 217 ff.

war ein ungezeichneter, vom Kabinett noch nicht genehmigter Referentenvorwurf über die „Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfegebiet und Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen¹⁾“, der Hindenburg — wahrscheinlich über den Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft, Freiherrn v. Gayl²⁾ — zugespielt worden war. Dieser Entwurf war das letzte Glied in einer Kette von Osthilfegesetzen³⁾, die der mit großen Schwierigkeiten kämpfenden ostdeutschen Landwirtschaft Entlastung bringen sollte⁴⁾. Durch präsidiale Verordnung vom 14. August 1930 wurde zur Durchführung dieser Maßnahmen eine dem Reichskanzler unterstellte Oststelle geschaffen, die zunächst von Reich und Preußen gemeinsam besetzt, dann aber ab 5. November 1931 ausschließlich durch einen Reichskommissar für die Osthilfe (Schlange-Schöningen) verwaltet wurde⁵⁾, der Treviranus (Reich) und Hirtsiefer (Preußen) in ihrem Amt ablöste. Der Kampf um die von ihm eingeleiteten Maßnahmen „vollzog sich auf der ganzen Linie mit verkehrter Front. Die, um deren Existenz es ging, markierten Ablehnung, wenigstens ein großer Teil ihrer Führerschaft . . ., und vollbracht wurde das Werk mit Hilfe derer, die am wenigsten persönlich daran interessiert waren⁶⁾“. Die Differenzen über den Umfang der Siedlung im Rahmen der Osthilfe, die nicht nur parteipolitischer Natur waren, sondern auch in verschiedenartigen Agrarwirtschaftstheorien gründeten⁷⁾, führten in der Erbitterung des Kampfes schließlich zur verhängnisvollen Legende des „bolschewistischen Enteignungsrechts des Siedlungsentwurfs⁸⁾“, der der in seinem Urteil nicht mehr selbständige Reichspräsident erlag.

Es zeugt für die Konsequenz der volkskonservativen Distanzierung von Hugenberg und dessen wirtschafts- und agrarpolitischen Vorstellungen⁹⁾, daß sie während der Zuspitzung der Osthilfekrise unbeirrt zu Schlange-Schöningen standen, dessen Maßnahmen sie in einer sich über ein halbes Jahr erstreckenden Vorbereitungskampagne publizistisch nachdrücklich unterstützt hatten. Bereits im November 1931 bezweifelten die „Volkskonservativen Stimmen“, „ob die

¹⁾ Abdruck bei Borceke-Stargodt a.a.O. S. 166 ff.: Der Entwurf entsprach nicht dem endgültigen Kabinettsbeschuß (vgl. Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt“, a.a.O. S. 288).

²⁾ Gayl richtete am 24. Mai 1932 an Hindenburg einen Brief (im Konzept abgedruckt bei Conze a.a.O. S. 276 f.), in welchem er unter Bezugnahme auf den Entwurf intervenierte; ein Exemplar des Entwurfs befand sich im Gaylschen Nachlaß (s. Borceke-Stargodt a.a.O.).

³⁾ Vgl. die Wiedergabe bei Borceke-Stargodt a.a.O. S. 112 ff., S. 117 ff., S. 126 ff.

⁴⁾ Vgl. die Übersicht über die Durchführung des Hilfswerks in „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 48 vom 20. Januar 1933.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 572.

⁶⁾ Schlange-Schöningen a.a.O. S. 60. Schlange gedenkt positiv vor allem der „Mitarbeit einflußreicher industrieller Kreise, in erster Linie der Bank für deutsche Industrieobligationen, deren Vorsitzender Dr. Silverberg . . . einer der Väter der Osthilfe gewesen war“.

⁷⁾ Vgl. Borceke a.a.O. S. 54, Görlitz, „Junker“, S. 355 ff.

⁸⁾ Vgl. Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt“, a.a.O. S. 287.

⁹⁾ Vgl. zur volkskonservativen Abgrenzung gegen die Vorstellungen Hugenburgs Graf Westarp, „Die Osthilfe“, in Vk. St. II/13 vom 4. April 1931.

Osthilfe sich nur auf eine schonungsvolle Erhaltung des nun einmal Bestehenden beschränken“ dürfe und erklärten: „Osthilfe ist nur dann Reichssache und wird nur dann als Reichssache empfunden werden . . ., wenn sie im Kern *Ostsiedlung* ist¹⁾.“ Diesen Tenor behielten sie bei²⁾ und begründeten ihn sogar ausdrücklich mit der Animosität, mit der der ostelbische, besonders ostpreußische Großgrundbesitz im Wahlkampf Hindenburg entgegengetreten sei. Vielleicht wurden durch Stellungnahmen dieser Art, die durch die bekannt guten Kontakte der Volkskonservativen zum Osthilfekommissariat³⁾ noch besonderes Gewicht erhielten, auch umgekehrt wieder Emotionen geweckt, die die „Hypothek des Mißtrauens⁴⁾“, mit der alle Osthilfemaßnahmen belastet waren, nur steigerten. Für die volksskonservative Publizistik der letzten zwei Monate vor Brünings Sturz ist es bezeichnend, daß ein immer drängenderer Akzent auf die Siedlungsfrage gelegt wird⁵⁾, damit aber indirekt das psychologische Klima für Brünings Sturz mitgeschaffen wurde; wirtschafts- und sozialpolitisch scheinen die Siedlungsmöglichkeiten in ihrer Tragweite überschätzt worden zu sein. So lautete denn auch die Begründung, mit der die Regierung Papen die Siedlung einschränkte⁶⁾ — ein Entschluß, an dem sich nach volksskonservativer Ansicht „die Geister schieden⁷⁾“.

Die Zuspitzung der Osthilfeauseinandersetzung mündete in die Gesamtkrise der Regierungspolitik. An den volksskonservativen Kommentaren dieser Zeit fällt eine besonders gute Kenntnis der Vorgänge und personalen Zusammenhänge hinter den Kulissen auf⁸⁾. An Brüning vermißten sie, „daß die Stelle, die, wie es in der Verfassung heißt, die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, ihren Einfluß mit einer gewissen ruhigen Regelmäßigkeit und Gleichmäßigkeit ausstrahlt⁹⁾“. Aber der Art. 56 der Weimarer Reichsverfassung, auf den sie sich beriefen, war längst unterhöhlt und der immer entscheidender werdenden Einflußnahme durch das Reichspräsidialamt ausgesetzt. So veröffentlichten die

¹⁾ Vgl. Artikel „Osthilfe ist Reichssache; Nur Siedlung kann dem Osten helfen“ in Vk. St. II/44 vom 7. November 1931.

²⁾ Vgl. Artikel „Notwendige Auseinandersetzung“ in Vk. St. III/12 vom 24. März 1932: „... Es geht nicht mehr an, daß man unhaltbar gewordene Besitzverhältnisse durch eine Subsidienpolitik auf Kosten der städtischen Kreise bis ins Endlose fortsetzt, ohne daß wir uns davon irgendeinen nationalpolitischen Erfolg versprechen können.“

³⁾ Besonders durch eine im Juli 1931 von Westarp und anderen gegründete „Nationalpolitische Arbeitsgemeinschaft“, die in „vertrauensvoller Fühlung mit der Regierung“ zweiwöchentlich die über die Regierungslinie aufklärenden, wohlinformierten „Briefe nach Ostdeutschland“ an ausgesuchte Adressaten verschickte. Vgl. Bracher a.a.O. S. 515, Anm. 155.

⁴⁾ So Borcke-Stargodt a.a.O. S. 34.

⁵⁾ Vgl. nur Dr. Paul Lejeune-Jung, „Zur Lage“, in Vk. St. III/16 vom 23. April 1932, sowie ebd. Friedrich Koepp.

⁶⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 604, Anm. 12.

⁷⁾ Friedrich Koepp in Vk. St. III/22 vom 4. Juni 1932.

⁸⁾ Vor allem Treviranus scheint von Brüning voll ins Vertrauen gezogen worden zu sein: vgl. Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt“, a.a.O.; desgl. Vogelsang a.a.O. S. 199.

⁹⁾ Artikel „Kabinettskrise?“ in Vk. St. III/18 vom 7. Mai 1932.

„Volkskonservativen Stimmen“ unmittelbar vor der entscheidenden Aussprache zwischen Hindenburg und Brüning, am 28. Mai, einen Artikel, der unmißverständlich an diese Adresse gerichtet war und seine Zuflucht zu Enthüllungen über die Intrigen gegen den Reichskanzler nahm¹⁾: in den Aussprachen zwischen dem Reichspräsidenten und Brüning stünde „die Persönlichkeit des Kanzlers und seine Politik in der Gesamtheit in Frage“; die Vertrauensfrage zwischen Kanzler und Reichspräsidenten sei offen geworden und müsse eine klare Beantwortung finden. „Es ist bekannt“, wird festgestellt, „daß in den letzten Wochen bis in die nächste Umgebung des Reichspräsidenten hinein unermüdlich daran gearbeitet worden ist, die Stellung des Kanzlers zu erschüttern.“ Diese Bestrebungen hätten sich schon im Juni 1931 bemerkbar gemacht und durch den Rücktritt Groeners neuen Auftrieb erhalten. Auch die Initiatoren dieser Bestrebungen werden genannt: „Die Kreise, die am Sturze des Kanzlers arbeiten, sind Sprecher einer Gesellschaftsschicht, der beispielsweise manche Siedlungsvorhaben und Siedlungspläne der Reichsregierung bereits als ‚Bolschewismus‘ erscheinen. Sie sind Sprecher auch eines bestimmten Teiles der deutschen Industrie, die der deutschen Wirtschaft durch Fortfall der tariflichen Bindungen und sozialen Sicherungen glauben Luft verschaffen zu können und die im Kanzler den ‚Gewerkschaftskanzler‘ sehen. Man erstrebt ein sogenanntes Präsidialkabinett, das stärker noch als das Kabinett Brüning von der Reichswehr getragen und vom Nationalsozialismus toleriert sein soll.“ Diese Rechnung habe nun ihre Schwierigkeit darin, daß, „von allen innerpolitischen Unwahrscheinlichkeiten und Schwierigkeiten einmal ganz abgesehen“, Brüning als Außenminister auch dieser Opposition als unersetzlich gelte. Der persönliche Kredit, den sich Brüning bei MacDonald, Stimson und Grandi erworben habe und der die stärkste Waffe der deutschen Außenpolitik sei, ließe sich nicht einfach auf eine andere Persönlichkeit transferieren. Auf der anderen Seite könne der Reichskanzler seine Außenpolitik nur dann weiterführen, wenn die Intrigen hinter seinem Rücken aufhörten. Der Artikel schließt: „Hier liegt der Zirkelschluß der gegenwärtigen politischen Situation, und wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß diese einfache und unkomplizierte Sprache der Tatsachen letzten Endes doch der Sieger über alle geräuschvollen und widerspruchsvollen Gespräche hinter den Kulissen sein wird. Die Entscheidung aber kann nur zwischen dem Reichskanzler und Reichspräsidenten fallen . . .²⁾.“ Die Entscheidung fiel, gegen Brünings gesamtpolitische Konzeption und für Schleicher, der aus der Vorstellungswelt seines ressortgebundenen Pflichtenkreises handelte, ohne die Tragweite der allgemeinpolitischen Folgen zu sehen³⁾.

¹⁾ Artikel „Entscheidung auf lange Sicht; Hindenburg und Brüning“, ungezeichnet, in Vk. St. III/21 vom 28. Mai 1932.

²⁾ Ebd.

³⁾ Vgl. Rudolf Fischer, „Schleicher; Mythos und Wirklichkeit“, Hamburg 1932, S. 46 ff.; ferner Conze, „Zum Sturze Brünings“, a.a.O. S. 262 f.

Am Sonnabend, den 28. Mai, erfuhr Graf Westarp in einem Telefongespräch mit Treviranus, „die Sache des Kabinetts stehe sehr ernst, Brüning habe das Gefühl, daß der Vortrag beim Reichspräsidenten am nächsten Tage zu seinem Rücktritt führen werde; er könne sich einem Drucke der Reichswehr und Kurtchens (Telefonwort für Schleicher) nicht fügen. Er, Treviranus, suche Brüning zum Bleiben zu beeinflussen.“ Westarp „bestärkte ihn darin und bat ihn, Brüning als seine Meinung zu sagen, daß er aus außenpolitischen Gründen unter allen Umständen bleiben müsse¹⁾“.

Am Sonntag, den 29. Mai, wurde Graf Westarp von Treviranus telefonisch über die kühle und formelle Unterredung Brünings mit Hindenburg²⁾ und darüber informiert, daß Brüning entschlossen sei, zu demissionieren. Er warnte Westarp vor Plänen, nach denen er Kanzler eines Übergangskabinetts werden solle. Zum mindesten dürfe er sich nicht auf ein Kabinett ohne verantwortliche Beteiligung der Nationalsozialisten einlassen. Diese Warnungen wurden von Treviranus, nachdem Westarp ihn am gleichen Abend in seiner Wohnung aufsuchte, präzisiert, wobei Westarp bemerkte, daß er „so gut wie entschlossen sei, abzulehnen“. Die von Westarp für Montag, den 30. Mai, erwartete Einladung ins Reichspräsidentenamt blieb indessen aus. Erst für Dienstag, den 31. Mai, den Tag nach Brünings Rücktritt³⁾, erhielt er die formelle Einladung, zusammen mit Simpfendorfer in der Reihe der offiziellen Parteiführerbesprechungen zum Präsidenten zu kommen. Westarps Ausführungen gegenüber Hindenburg und Meißner ließen es an eindringlicher Kritik nicht fehlen, zumal er über die Einzelheiten des ihm von Treviranus mitgeteilten Besuchs des US-Botschafters Sackett bei Brüning kurz vor dessen Demission unterrichtet war⁴⁾. Innenpolitisch äußerte er schwere Sorgen, erwartete, daß die Sozialdemokratie ihre Tolerierungspolitik jetzt aufgeben, die Mitte bei der nächsten Wahl „voraussichtlich ganz verschwinden“ und den Nationalsozialisten, bei anhaltender Wirtschaftskrise, durch Neuwahlen „Tür und Tor für eine radikale Agitation geöffnet“ würde. Auch er fand bei Hindenburg den Eindruck bestätigt, „daß er stark angegriffen und teilnahmslos erschien“. Die ganze Unterredung wirkte auf ihn „tief erschütternd⁵⁾“.

¹⁾ Vgl. Kuno Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt; diktiert Mittwoch 1. Juni 1932“ (Vjh. f. Zeitg. I/3 (1953), S. 282—288), S. 282; zu Westarps außenpolitischen Motiven vgl. ebd. und, detailliert, „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 26 vom 30. Mai 1932. Vgl. besonders auch ders., „Die letzten hundert Meter vor dem Ziel“, „Preußische Jahrbücher“, Bd. 230, Juni 1932, S. 195 ff. — Schon in einem Brief an Paschen vom 24. Dezember 1931 (W.-A.) erklärte Graf Westarp: „Die Gründe, aus denen ich meinerseits es nicht verantworten kann, an dem Sturz der Regierung Brüning mitzuwirken, liegen auf dem Gebiete der Außenpolitik.“

²⁾ Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 8 ff.

³⁾ Zur ungenauen Datierung bei Brüning sowohl wie bei Schlange-Schöninghen vgl. Bracher a.a.O. S. 523, Anm. 192.

⁴⁾ Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 10 f.

⁵⁾ Vgl. insgesamt Graf Westarp a.a.O. S. 283 ff.

Die Hintergründe des Sturzes Brünings wurden am gleichen Tag noch von den Volkskonservativen offen aufgedeckt¹⁾; damit bezeugten sie, daß sie zu weiterer Mitarbeit unter den gegebenen Umständen nicht bereit waren. Wie sehr sie das Opfer ihrer eigenen Präsidialstaatstheorie und ihres Vertrauens in Hindenburg geworden waren, wurde aus der Feststellung deutlich, das Kabinett sei nicht parlamentarisch gestürzt, sondern infolge geschwundenen Vertrauens beim Reichspräsidenten zurückgetreten. „Generalfeldmarschall von Hindenburg kam mit einem Programm aus Neudeck zurück, in dem personalpolitische Wünsche und die Erhaltung des als nicht sanierungsfähig bezeichneten Großgrundbesitzes enthalten waren“; besonders auch die „in letzter Zeit in Verbindung mit General von Schleicher genannten Persönlichkeiten, die der DNVP, aber nicht Hugenberg nahestünden“, hätten sich für Hindenburgs Forderungen — u. a. Rücktritt Dietrichs, Stegerwalds und Groeners — eingesetzt. Als präsumptive Nachfolger Brünings wurden v. Gayl, v. d. Osten-Warnitz, Graf Schwerin-Krosigk, Schleicher, Dr. Goerdeler genannt, aber nicht Papen.

„Die Berufung Herrn v. Papens war eine Überraschung für alle Parteien und Politiker²⁾.“ Brüning „rechnete mit der Möglichkeit, an Stelle Papens Goerdeler oder auch Westarp als seinen Nachfolger bei Hindenburg durchzubringen und so einen Bruch der Regierungskontinuität und taktisch verhängnisvolle Konzessionen an den Rechtsradikalismus zu vermeiden³⁾“. Statt dessen kam Papens schon optisch unglückliches „Kabinett der Barone⁴⁾“.

10. *Volkskonservative Konsequenzen*

Mit Brünings Sturz standen die Volkskonservativen politisch vor dem Nichts. Eine für den 5. Juni nach Berlin einberufene Sitzung des Erweiterten Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung, die über das Ergebnis der Länderwahlen verhandeln sollte, konnte nicht umhin, eine Gesamtbilanz der volkskonservativen politischen Arbeit zu ziehen. Die Tagung wurde eingeleitet mit einem Referat von Dr. Dähnhardt, weiter sprachen vor allem Treviranus, Prof. Hoetzsch und Dr. Ullmann — zumeist Gegner eines „parteipolitischen“ Kurses. Die Sitzung führte zu wichtigen Beschlüssen⁵⁾.

¹⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 26 vom 30. Mai 1932.

²⁾ Vgl. „Eidesstattliche Versicherung“ Dr. Brünings in Hugenergs Entnazifizierungsprozeß, abgedruckt bei Steuer, „Hugenergs Ringen“, II, S. 22.

³⁾ Bracher a.a.O. S. 523. — Zu Goerdeler vgl. Ritter a.a.O. S. 53 ff.; zu Westarps Nomination auch „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 27 vom 7. Juni 1932: „... Der Reichspräsident zuerst den Grafen Westarp als ‚seinen‘ Kanzlerkandidaten bezeichnet hat, ein Gedanke, dessen Ausführung sich schon dadurch verbot, daß Graf Westarp seiner Gegnerschaft gegen jeden Kanzlerwechsel und jede Minderung der Kanzlerautorität vor Abschluß der außenpolitischen Konferenzen wiederholt Ausdruck gegeben hat.“

⁴⁾ Vgl. v. Braun a.a.O. S. 228 f.

⁵⁾ Vgl. Vk. St. III/20 vom 21. Mai, III/23 vom 11. Juni 1932, Beilagen (nur für Mitglieder).

Als erstes wurde das Problem, das unter den Stichworten „Partei oder Vereinigung“ seit 1930 die Verfolgung einer klaren politischen Linie erschwert hatte, endgültig dahin entschieden, daß die Volkskonservative Vereinigung „als außerparlamentarische Gemeinschaft es ablehne, ihren Namen und ihre Organisation (weiterhin) bei parlamentarischen Wahlen einzusetzen¹⁾“. Den — angeblich „einmütig“ gefaßten²⁾ — Beschluß kommentierte Dr. Dähnhardt wie folgt³⁾:

„. . . Mit dieser Entschliebung ist für die Volkskonservative Vereinigung verbindlich festgelegt, daß sie weder mit eigenen Listen hervortreten, noch als solche sich irgendwelchen Sammlungsbestrebungen, Listenverbindungen und getarnten Wahlorganisationen anschließen wird. Die Volkskonservative Vereinigung sieht vielmehr ihre Aufgabe in der außerparteilichen Arbeit.

Soweit Mitglieder der Volkskonservativen Vereinigung in ihrer persönlichen politischen Arbeit eine Verbindung mit Parteien und Wahlorganisationen eingehen und dadurch für ihre Person in parteipolitischer Arbeit irgendwelcher Art hervortreten wollen, wird ihnen dieses von der Volkskonservativen Vereinigung unbenommen bleiben. Es wird aber in jedem Falle, um innerhalb der Volkskonservativen Vereinigung eine echte Sammlung konservativer Kräfte aus den verschiedenen Parteilagern und politischen Gruppierungen nicht einseitig zu verbauen, notwendig sein, daß der *persönliche* Charakter dieses Einsatzes deutlich unterstrichen wird und für ihn die Volkskonservative Vereinigung als solche nicht in Anspruch genommen wird.“

Dieser Beschluß, zusammen mit der gleichzeitigen Benennung Dr. Dähnhardts zum Sprecher des Führerrings, war eindeutig ein Erfolg der jüngeren Kräfte in der Vereinigung, die weniger parteipolitisch und stärker „bündisch“ orientiert waren⁴⁾.

Die zweite einschneidende Änderung war mit der ersten folgerichtig verbunden: der Rückzug aller stärker „politisch“ bestimmten Volkskonservativen in Resignation oder in das Weiterwirken im kleinen, nur noch durch Freundschaftsbeziehungen oder „Querverbindungen“ politisch bestimmten Kreis, bei stärkerer Konzentration auf das eigene politische Fachgebiet⁵⁾, oder, als letzte Konsequenz,

¹⁾ „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 26 vom 8. Juni 1932.

²⁾ In einem Exemplar bei den Westarp-Akten ist „einmütig“ unterstrichen und mit Fragezeichen versehen.

³⁾ „Führerbriefe“ a.a.O.

⁴⁾ Dr. Dähnhardt (Jahrgang 1897), herkommend aus dem „Jungnationalen Bund“, war der Exponent dieser Kräfte.

⁵⁾ Vgl. die imponierende Offenheit bei G. R. Treviranus, „Die Wurzeln des Übels“, in: „Das Parlament“ III/4 vom 28. Januar 1933: „Ich . . . machte mich des Kleinmuts schuldig, als ich meinen Arbeitskreis, geboren aus der Gegnerschaft gegen die Auslieferung der deutschnationalen Partei an die Harzburger Front, auflöste, meinen Freunden die Wahl ließ, wohin sie gehen wollten, mich selbst aus dem aktiven politischen Leben zurückzog. Ich blieb ein sorgenvoller Zuschauer, warnte, aber handelte nicht mehr.“ — Graf Westarp trat in der Folge mit größeren verfassungsrechtlichen Aufsätzen an die Öffentlichkeit (vgl. „Preußische Jahrbücher“, Bd. 229 und 230, Juni 1932 bis Mai 1933). Politisch wirkte er nur noch, zusammen mit Dr. v. Dryander und Dr. Reichert, in der „Nationalpolitischen Arbeitsgemeinschaft“ und an den „Briefen nach Ostdeutschland“ mit.

der Übertritt in andere politische Gruppen. Symptomatisch hierfür war die Begründung des Wechsels in der Führung, nachdem der bisherige Sprecher des Führerrings, Dr. Lejeune-Jung, sein Amt niedergelegt und es zusammen mit Dr. Rademacher, der seinen Posten als stellvertretender Sprecher beibehielt, wegen der nicht satzungsgemäß gegebenen Vollständigkeit im Führerring einstweilen als provisorischem Geschäftsführer Dr. Dähnhardt übertragen hatte. Es hieß dort¹⁾:

„Der bisherige Sprecher des Führerringes, Herr Dr. Lejeune-Jung, sieht es als seine unter den veränderten Verhältnissen ihm persönlich gesetzte Aufgabe an, sich dem bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning und seinem Kreis zur politischen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, um so das Seine dazu beizutragen, den völligen Abbruch des unter der letzten Kanzlerschaft Begonnenen und Erstrebten zu verhindern.“

Das bedeutete, daß Dr. Lejeune-Jung zur Zentrumspartei, von der er einst gleich Martin Spahn und anderen zu den Deutschnationalen übergetreten war, zurückkehrte²⁾.

Für Graf Westarp, den wohl prominentesten Politiker unter den Volkskonservativen, endete mit der Führerringsitzung vom 5. Juni 1932 eine lange Wirksamkeit, die ihn durch alle Höhen und Tiefen des politischen Lebens getragen und kurz zuvor noch mit der Möglichkeit der Berufung als Reichskanzler konfrontiert hatte; konsequent entzog er sich weiteren Bindungen³⁾. Auch auf eine Kandidatur zu den Reichstagswahlen verzichtete er, nachdem alle seine Bemühungen um einen Zusammenschluß der bürgerlich-nationalen Mitte fehlgeschlagen waren⁴⁾. Gegenüber dem Papen-Experiment blieb er kritisch und trat schließlich sogar gegen eine Ausweitung der Ausnahmegesetzgebung und für die Rechte des Parlaments ein⁵⁾.

¹⁾ Vk. St. III/23 vom 11. Juni 1932, Beilage. — Vgl. auch „Volkskonservativer Pressedienst“ Nr. 16 vom 8. Juni 1932.

²⁾ Vgl. Buchheim a.a.O. S. 376 f. — Lejeune soll nach Brünings Rücktritt geäußert haben, daß es ein Fehler gewesen sei, daß er und die anderen katholischen Abgeordneten seinerzeit das Zentrum verlassen hätten (mündliche Mitteilung von G. R. Treviranus an den Verf.); in Goerdelers Kabinettsliste vor dem 20. Juli 1944, auf der er als Wirtschaftsminister vorgesehen war, figurierte er wieder unter der Parteibezeichnung „volks-konservativ“ (vgl. Sonderausgabe „Das Parlament“ vom 20. Juli 1952 [Zeitungsausgabe], S. 7).

³⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an v. Barlöwen-München vom 26. September 1932 (W.-A.).

⁴⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Dr. Rademacher vom 7. Juni 1932 (W.-A.): „Es wird ein primitives und brutales Ringen um die Frage sein, ob Zentrum oder Sozialdemokratie die Macht erobern, oder ob die Regierung Papen, mit der Aussicht, über kurz oder lang an die Nationalsozialisten überzugehen, sich hält. Daß ich, obwohl ich in den letzten zwei Jahren Brüning gestützt habe, der Front des Zentrums nicht beitreten kann, ist klar. Aber auch ein eindeutiges Eintreten für die Entwicklung über Papen zum Nationalsozialismus ist mir unmöglich. In dem Getöse des jetzt bevorstehenden radikalen Wahlkampfes wird die Parole eines nationalen bürgerlichen Zusammenschlusses, so begründet und zukunftsreich sie ist, und so sehr ich es für eine Aufgabe halten könnte, dafür einzutreten, kein Gehör finden.“ (Voller Abdruck des Briefes bei Matthias/Morsey a.a.O. S. 632—634.) Vgl. in diesem Sinne auch seinen Brief an v. Maltzahn vom 16. Juni 1932 (W.-A.).

⁵⁾ Vgl. Graf Westarp, „Reichspräsident und Reichstag als Gesetzgeber“, in „Preußische Jahrbücher“, Bd. 230, H. 3 (Dezember 1932); desgl. Bracher a.a.O. S. 606 f., Anm. 23.

VI. Außer Gefecht

1. Die Volkskonservativen und v. Papen

Die ersten Stellungnahmen der Volkskonservativen Vereinigung, nachdem die Intrigen um den Reichspräsidenten sie außer Gefecht gesetzt hatten¹⁾, waren zurückhaltend: man traute den neuen Machthabern nicht, wollte ihre weiteren Schritte abwarten²⁾, doch herrschte Skepsis vor. Papen wird als Repräsentant „der alten Mächte von Adel, Großgrundbesitz, Großindustrie und hohem Beamtentum“, die vor dem Krieg den Staat bestimmt hätten, gezeichnet, hingegen Brüning „die Verkörperung der aufsteigenden, biologisch jungen Schichten des Volkes“ gewesen sei; insgesamt wird eine Restaurationsära von längerer Dauer erwartet, d. h. den Machtmitteln der Reichsgewalt immer noch die letzte Durchsetzungskraft zugetraut, das Potential der Parteiapparate mit Einschluß der NSDAP unterschätzt³⁾. In der Folgezeit werden vor allem die bürokratische Amtsführung der neuen Regierung, die Einschränkung des Siedlungswerkes und die rigorose Beschneidung der Arbeitslosenversicherung, die einem „Klassenkampf von oben“ gleichkomme, beanstandet⁴⁾. Als einziges positives Verdienst wird Papen angerechnet, „den Zustand in Preußen . . . mit leichter und doch sicherer Hand beseitigt zu haben⁵⁾“; auf die Dauer konnte aber das Ungeschick auch dieses Schritts nicht verborgen bleiben, so daß die „Volkskonservativen Stimmen“ nach dem Urteil des Leipziger Reichsgerichts im Oktober vermerkten⁶⁾, die psychologische Wirkung dieses Urteils könne nur eine allgemeine Zufriedenheit darüber sein, „daß auch die Obrigkeit . . . einen Richter über sich hat⁷⁾“. Der reaktionäre Charakter des neuen Regimes stellte sich deutlich heraus⁸⁾.

Am verhängnisvollsten empfanden die Volkskonservativen Papens Fehler in der Außenpolitik⁹⁾. Sein Zurückweichen in der Reparationsfrage in Lausanne

¹⁾ Während der Zeit der Kanzlerschaft v. Papens und Schleichers waren die Volkskonservativen von jeder wichtigeren Entscheidung und Mitverantwortung ausgeschlossen. Das gestattet es, diesen Zeitraum im Spiegel der volkskonservativen Stellungnahmen mehr referierend, ohne Eingehen auf die Zusammenhänge im einzelnen darzustellen.

²⁾ Vgl. „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 26 vom 8. Juni 1932, gez. Dähnhardt.

³⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt, „Herr von Papen und die junge Generation“, in Vk. St. III/22 vom 4. Juni 1932.

⁴⁾ Vgl. Artikel Dr. Dähnhardt, „Gefährliche Tendenzen“, und Georg Schröder, „Ein schlechter Start“, in Vk. St. III/24 vom 18. Juni 1932; desgl. Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 109 f.

⁵⁾ Ullmann a.a.O.; vgl. auch Vk. St. III/29 vom 23. Juli 1932.

⁶⁾ Vk. St. III/43 vom 29. Oktober 1932.

⁷⁾ Ebd. — Der Artikel schließt: „Herr v. Papen verkörperte das Prinzip der Unbedenklichkeit und des unbeschwerten Handelns. Gerade dieses Prinzip hat aber in Leipzig einen Todesstreich empfangen, von dem es sich nicht wieder erholen wird . . .“

⁸⁾ Vgl. die Definition von „reaktionär“ bei Moeller van den Bruck, „Das Dritte Reich“, S. 183 f.

⁹⁾ Vgl. grundsätzlich Ullmann a.a.O., S. 108 f.

wurde in der Überzeugung, daß Brüning fest entschlossen gewesen sei, an seinem „Nein“ festzuhalten, als Schwäche ausgelegt¹⁾. Vor allem wurde ihm ein Abweichen von der grundsätzlichen Linie einer deutsch-englischen Annäherung vorgeworfen, die unter Brüning erfolgreiche Ansätze gezeitigt hatte²⁾.

Papens Politik, vor allem die zweimalige Ausschreibung neuer Reichstagswahlen, führte zu einem Anwachsen der allgemeinen Radikalisierung. Zwischen 1. Juni und 20. Juli 1932 erfolgten allein in Preußen 461 politische Zusammenstöße mit 82 Toten und 400 Schwerverletzten. Der Gegensatz von autoritärer und totalitärer Zielsetzung erwies sich als unvereinbar; aber Papen erging es wie Brüning, auch ihm fehlte eine echte konservative Partei als Rückhalt³⁾ für sein pseudokonservatives Programm⁴⁾. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler im August stand er praktisch zwischen allen Fronten und genoß nur noch die fragwürdige Unterstützung durch die DNVP, die sich nicht auf seine Person, sondern nur auf sein autoritäres Programm festgelegt hatte.

„Die Schicht, die sich hinter Brüning formiert hatte, in der letzten Zeit vielfach nur noch aus Disziplin und ohne Glauben, mit viel innerer Opposition, schien sich zunächst nur durch Nuancen von Papen zu unterscheiden; aber diese Nuancen, die zunächst der Fernstehende gar nicht wahrnahm und über die man sich schwer verständigen konnte, waren entscheidend. Das zeigte die Entwicklung der Kulturpolitik, der Siedlung, der Reichsreform, der Personalpolitik. Alles lief anders, als es laufen mußte, wenn der Gedanke der Präsidialregierung, den Brüning inauguriert hatte, ohne ihn personalpolitisch zu unterbauen, nicht verbraucht werden sollte⁵⁾.“ Viele dachten wie Schlange-Schöningen, der gleich zu Anfang erklärt hatte, daß er Papens Kabinett „in jeder Hinsicht für eine nationale Katastrophe halte⁶⁾“.

¹⁾ Vgl. „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 30 vom 7. Juli 1932: „Damit war der von Brüning eingenommene Standpunkt verlassen, den unbedingt festzuhalten wir . . . für erforderlich erklärt hatten.“ Zu Brünings als „feststehend“ angenommenem „Nein“ vgl. schon Brief Graf Westarp an Dr. Philipp vom 11. Januar 1932 (W.-A.).

²⁾ Vgl. die Aufsätze von Emil Mika, „Deutschland und der Westen“, Vk. St. III/38 vom 24. September, und „Deutschland und Osteuropa“, Vk. St. III/42 vom 22. Oktober 1932.

³⁾ Vgl. Franz v. Papen, „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952, S. 238: „Wäre unsere konservative Partei (gemeint die DNVP) gemäßigter, fortschrittlicher gewesen, sicher hätten viele Menschen es leichter gefunden, sie zu unterstützen und damit meine Regierung zu stärken. Aber jeder Versuch, deren Charakter zu ändern, scheiterte an dem Felsen von Hugenburgs Persönlichkeit“; vgl. ebd. S. 180.

⁴⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 537 ff., S. 623 ff. — Zu Papens Stellung zwischen Hindenburg und Hugenberg s. treffend Theodor Eschenburg, „Franz von Papen“, in Vjh. f. Zeitg. I/2, S. 156: „Er war Hindenburg treu ergeben und distanzierte sich schon wegen dieser Haltung von Hugenberg. Er war wendiger und eleganter in seinen Formulierungen als dessen Anhänger, auch in der Außenpolitik wesentlich maßvoller . . . Aber in seinen Zielen unterschied er sich kaum von Hugenberg.“

⁵⁾ Ullmann a.a.O. S. 91 f.

⁶⁾ Brief Schlange-Schöningen an Graf Westarp vom 5. Juli 1932 (W.-A.).

2. Die Volkskonservativen und v. Schleicher

Eine andere, stark differenzierte, aber letzten Endes unter dem Zwang der realen Umstände positive Einstellung fanden die Volkskonservativen zu dem Regierungsversuch v. Schleichers, nachdem Papen mit seinem Plan einer gewaltsamen Staats- und Verfassungsreform in seinem Kabinett gescheitert war¹⁾. Ihre Wiederannäherung an den General wurde ermutigt durch die Aussöhnung, zu der sich Brüning und Groener bei Schleicher bereitfanden²⁾. Von besonders engen Bindungen zwischen ihm und den Volkskonservativen kann dennoch nicht gesprochen werden³⁾.

Schleichers Politik vor und während seiner Kanzlerschaft ist nur von seinem Bemühen her zu verstehen, die Massenbewegung des Nationalsozialismus in seine Zielsetzungen einzuspannen⁴⁾ und so zu „zähmen“⁵⁾. Dieses Bemühen endete, nachdem alle Versuche, Hitler und seine Bewegung zu neutralisieren, fehlgeschlagen waren, in dem Plan, die NSDAP von innen her zu sprengen. Schleicher nutzte sein Renommee als „sozialer General“⁶⁾, um über den Weg einer Gewerkschaftsachse von Leipart bis Gregor Strasser und einer Zusammenfassung von Reichsbanner und Stahlhelm zu einer neuen politischen Basis zu gelangen, die die verharschten Parteifronten überwinden sollte⁷⁾. Schleicher scheint in der Tat daran gedacht zu haben, „bis zur endgültigen Konsolidierung der jetzt sichtlich wieder ansteigenden wirtschaftlichen und politischen Ent-

¹⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 644—685.

²⁾ Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 14; Briefe Groeners an Schleicher bei Craig a.a.O. S. 131 ff., Groener-Geyer a.a.O. S. 330 ff.

³⁾ Die Behauptung, die deutschnationale Sezession vom Frühjahr 1930 (?) sei von Schleicher veranlaßt oder gefördert worden, ist nach Fischer (a.a.O. S. 11) zuerst von dem deutschnationalen Publizisten Major a. D. A. Stein (Pseudonym „Rumpelstilzchen“) aufgestellt worden und unrichtig. — Nach Angaben von Gildemeister (a.a.O. S. 87), für die er mehrere Informanten angibt, hat auch die erste Spaltung der DNVP 1929 nicht in Schleichers Absicht gelegen. Eine gegen- teilige Ansicht vertritt Dorothea Groener-Geyer (a.a.O. S. 236). Vgl. im Sinne Dorothea Groener- Geyers auch Th. Vogelsang a.a.O. S. 68.

⁴⁾ Vgl. zu Schleichers Konzeption dabei Vogelsang, „Reichswehr, Staat und NSDAP“ passim, besonders ebd. S. 258 ff.

⁵⁾ Vgl. hierzu auch die Dokumentation von Thilo Vogelsang, „Zur Politik Schleichers gegen- über der NSDAP 1932“, in Vjh. f. Zeitg. VI/1 (1958), S. 86 ff.; desgl. die Niederschrift des General- majors a. D. H. v. Holtzendorff, „Die Politik des Generals von Schleicher gegenüber der NSDAP 1930—1933“ bei Conze a.a.O., sowie Bracher a.a.O. S. 612 f. — Zu Schleichers Gesamtkonzeption grundsätzlich wichtig auch Rudolf Fischer, „Schleicher“, vor allem dort S. 51.

⁶⁾ Zum Mißverständnis Schleichers als „sozialen Generals“ (so auch Dr. Dähnhardt, „Der soziale General“, in Vk. St. III/48 vom 3. Dezember 1932) vgl. Fischer a.a.O. S. 52.

⁷⁾ Zu Schleichers Plan der „Gewerkschaftsachse“ s. u. a. Bracher a.a.O. S. 670 ff., desgl. ebd. zu seinen Bemühungen um Strasser. — Noch Ende Mai 1932 hatte Staatssekretär Meißner Westarp gegenüber den Sturz Brünings damit motiviert, daß die Regierung „von dem Einfluß der Gewerkschaften entlastet“ werden müsse (vgl. Graf Westarp, „Zu Brünings Rücktritt“, a.a.O. S. 287). Nun waren die gleichen Gewerkschaften die letzte Hoffnung für eine Fortsetzung des autoritären Präsidialkurses geworden.

wicklung doch zu jenem Regierungsmodus zurückzukehren, den er ein halbes Jahr zuvor durch den kurzsichtigen Sturz Brünnings desavouiert hatte¹⁾“. Dies mußte ihn den Volkskonservativen, die jetzt gleich Schleicher endgültig die Gefahren, die von der NSDAP drohten, erkannt hatten, wieder naheführen.

Die volkskonservativen Publikationen des Jahres 1932, vor allem die vom Westarp-Kreis redigierten „Briefe nach Ostdeutschland“, enthalten in fast jeder Ausgabe polemische Stellungnahmen gegen den Nationalsozialismus — ein Zeichen, wie sehr im Grunde schon das Gesetz des Handelns an diesen übergegangen war²⁾. Die Ansicht, die Dr. v. Fumetti, der frühere deutschnationale Justizminister in Sachsen, schon 1930 geäußert hatte: nämlich „daß irgendwelche Abmachungen, welche der Regierung eine gesicherte Mehrheit verschaffen, mit dieser Partei nicht getroffen werden können“, da es sich bei den Nationalsozialisten wie bei den Kommunisten um Revolutionäre handele³⁾, setzte sich — zumindest im Westarp-Kreis — jetzt voll durch. Man entdeckte bei Hitler „eine oberflächlich politisierte Mitläufermasse, ein charakterlich nicht immer überzeugendes Unterführertum“, eine „Presse, die es fertigbringt, offenkundige Tatsachen in das Gegenteil umzufälschen“, und sah im Potempa-Mord und Hitlers Solidaritätserklärung mit den Mördern „einseitige Klassenjustiz“ und „Bolschewismus⁴⁾“. Von der NSDAP als einem Teil der „nationalen Bewegung“ war keine Rede mehr, es sei denn, daß man zugunsten von Schleichers Spaltungsprojekt Gregor Strasser herausstellte⁵⁾.

Der Einbezug der Volkskonservativen in Schleichers Pläne führte vor allem über Habermann und den DHV, der einerseits wegen seiner Zugehörigkeit zur „Rechten“, andererseits wegen seiner gewerkschaftlichen Querverbindungen eine Schlüsselstellung innehatte. Der DHV hatte anfangs eine Koalition verfochten, „in der Reichspräsident und Reichswehr wie Nationalsozialisten und Zentrum ihren politischen Wirkungsort hätten⁶⁾“, bekannte sich aber dann, wenn auch zögernd, zu Schleicher⁷⁾; dem schloß sich die Volkskonservative Vereinigung unter dem negativen Aspekt, daß Schleicher die einzige Alternative zu Hitler darstellte, an⁸⁾. Indem Schleicher geschickt mit dem Schlagwort der

¹⁾ Bracher a.a.O. S. 684.

²⁾ Bezeichnenderweise bleibt die „Handelswacht“, die auf die Massenabwanderung von DHV-Mitgliedern zum Nationalsozialismus Rücksicht zu nehmen hatte, zum NSDAP-Problem „neutral“.

³⁾ Brief Dr. v. Fumetti-Dresden an Graf Westarp vom 18. September 1930 (W.-A.).

⁴⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 35 vom 1. September 1932; vgl. vor allem auch ebd. Nr. 11 vom 6. Dezember 1931.

⁵⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt in Vk. St. III/49 vom 10. Dezember 1932.

⁶⁾ Max Habermann in „Handelswacht“ Nr. 12 vom 27. August 1932.

⁷⁾ Vgl. Habermann, „Von Papen bis Schleicher“, in „Handelswacht“ Nr. 20 vom 10. Dezember 1932.

⁸⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt in Vk. St. III/50 vom 17. Dezember 1932.

„Volksgemeinschaft¹⁾“ operierte, griff er unmittelbar auf den Wortschatz der gemäßigten Rechtskreise, der auch in Hitlers Parteiparolen Eingang gefunden hatte, zurück. Noch schien eine Wendung zum Besseren möglich²⁾. Nach Papens Treffen mit Hitler wurde sie fraglicher³⁾, bis offenbar wurde, „daß Deutschland . . . wieder einmal 5 Minuten vor Schluß die Nerven verloren“ hatte⁴⁾. Richtiger: der Reichspräsident unter dem Einfluß seiner Umgebung und v. Papens hatte die Nerven verloren⁵⁾.

3. Das Ende unter Hitler

Als Hitler an die Macht kam, stieß er, vor allem in bürgerlichen Kreisen, auf eine erhebliche Unsicherheit. „Noch hielt man eine Politik der Lüge, des Betrugs und des grundsätzlichen Wortbruchs, wie sie Hitler tatsächlich durchführte, nicht für möglich⁶⁾.“ Umstände und Wirkungsweise eines totalitären Regimes waren noch unbekannt, allenfalls dachte man an eine Parteidiktatur bonapartistischen Zuschnitts, die einen Übergangszustand darstellen würde⁷⁾. Das faschistische Beispiel in Italien, das am ehesten zum Vergleich herausforderte, wurde selbst im engsten Kreis um Hugenberg als auf deutsche Verhältnisse nicht

¹⁾ Das Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ taucht in unserem Zusammenhang erstmals im „Essener Programm“ (November 1920) des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ auf, wo eine „Volksgemeinschaft über Klassenkampf und Parteien“ gefordert wird; vgl. Ullmann, „Das Essener Programm“, „Deutsche Rundschau“ Jg. 76 (1950), S. 899 f. Ullmann sagt selbst, daß das Schlagwort „Volksgemeinschaft“ in dem Steinbruch endete, „aus dem noch die Nationalsozialisten sich ihr Propagandamaterial holten“ (ebd.). Vgl. auch Martin Broszat, „Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus“, a.a.O. Jg. 84 (1958), S. 63 ff. und H. Pross, „Literatur und Politik“, 1963, S. 95 f.

²⁾ Vgl. G. R. Treviranus in Vk. St. IV/1 vom 7. Januar 1933: „Des Trommelns wird unser Volk nach natürlichen Gesetzen über kurz oder lang müde werden. Die Entscheidung des Jahres 1933 liegt trotz allen Lärmens nicht bei den lippeschen Landtagswahlen.“

³⁾ Dr. Dähnhardt, „Hitler besucht Papen“, in Vk. St. IV/1 vom 7. Januar 1933: „Es ist . . . ein offenes Geheimnis, daß die Beziehungen des Reichspräsidenten zu Herrn von Papen nach wie vor ebenso herzlich sind wie sie zu Herrn von Schleicher kühl sind . . . Der angebahnten Koalition Papen — Hitler . . . steht die Front aller volksgebundenen politischen Kräfte gegenüber, die sich . . . unter dem Namen Strasser — Schleicher — Brüning manifestiert.“

⁴⁾ Vgl. Artikel „Schleicher vor dem Sturz“, gez. R. F., in Vk. St. IV/4 vom 28. Januar 1933.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 688 ff.

⁶⁾ Buchheim a.a.O. S. 343 (zum Zentrum). — Bezeichnend ist, wie die Volkskonservativen ihre Befürchtungen gegenüber der Hitler-Regierung in historischen Reminiszenzen äußern: „Es könnte die Gefahr eintreten, daß wir innerpolitisch wieder in einen Zustand zurücksinken, daß wie einst Konservative und Nationalliberale regieren; Zentrum und Sozialdemokratie von der staatspolitischen Erziehung und Mitwirkung ausgeschlossen sind; daß nur eine privilegierte Oberschicht noch den Zugang zu den Staatsämtern hat, und daß der Arbeitnehmer wieder zum Objekt des Staates und der Politik wird.“: Vk. St. IV/5 vom 4. Februar 1933.

⁷⁾ Vgl. Hannah Arendt a.a.O. S. 416; s. auch Dr. Dähnhardt in Vk. St. III/22 vom 4. Juni 1932: „Hitler ist der Condottiere der Restauration, aber kein Revolutionär.“

übertragbar angesehen¹⁾). Die Position der konservativen Machtstützen, Reichspräsident und Reichswehr, schien unerschütterlich²⁾).

Der Grund dieser Irrtümer lag einmal darin, daß man zu Hitlers Person psychologisch keinen Zugang fand. Man tat ihn als „Trommler“ ab. Man empfand diesen „geradezu wilhelminisch auf allen Gebieten Dilettierenden³⁾“ als fremd und nicht ernst zu nehmen. Man sah mit Geringschätzung auf ihn und mokierte sich über den „Führer“-Kult seiner Anhänger⁴⁾. Alle gewohnten Schemata versagten, am stärksten die, die noch gefestigte geistige und religiöse Normen voraussetzten, die doch längst nihilistisch unterhöhlt waren⁵⁾. Es gab nur wenige, die Hitler so durchschauten, aber auch wenige, die ihn so entschieden von Anfang an bekämpften wie Ewald v. Kleist-Schmenzin, der deutschnationale Vorsitzende des „Hauptvereins der Konservativen⁶⁾“.

Ähnlich hilflos stand man Hitlers Programmatik gegenüber. Man erkannte, daß sie „dort verankert“ sei, „wo die ungeheueren Verletzungen des deutschen Selbstbewußtseins am heftigsten wirken⁷⁾“, aber meinte zur Forderung nach dem „Dritten Reich“: „Was man sich darunter vorzustellen hat, ist nirgend näher bezeichnet⁸⁾“. Die Unbestimmtheit des Parteiprogramms der NSDAP, das „Nationalismus mit stark betontem Antisemitismus und einigen sozia-

¹⁾ Vgl. Ludwig Bernhard, „Das System Mussolini“, Berlin 1924, Ders., „Der Staatsgedanke des Faschismus“, ebd. 1931.

²⁾ Vgl. „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 32 vom 31. Januar 1933, gez. Treviranus: „... Die entscheidende Macht hat nach wie vor der Reichspräsident; das wollen wir gegenüber manchen sorgenden Betrachtungen feststellen.“

³⁾ Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 103.

⁴⁾ Vgl. Rudolf Fischer, „Schleicher“, S. 5: „Der ‚Führer‘ ist ein geradenwegs unausstehlicher Ausbund an Treue, Geradheit und Intelligenz, dessen Anblick einen Tobsuchtsanfall des normal sich mühenden Erdenwurms rechtfertigen würde. Die Schwaden dieser allgemeinen Verdummung, die nach und nach auch den letzten Dorfköter um seinen Frieden gebracht hat, vernebeln Sicht und Hirne.“

⁵⁾ Vgl. die frappierenden Fehlrteile bei Wilhelm Stapel, „Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus“, Hamburg 1931: „Daß Hitler sein katholisches Christentum ernst nimmt, ist aus seinem Buch ‚Mein Kampf‘ und aus vielen sonstigen Äußerungen bekannt“ (S. 10) usf.

⁶⁾ Vgl. ein 1932 veröffentlichtes Flugblatt Kleists, abgedruckt bei Annedore Leber, „Das Gewissen steht auf“, Berlin/Frankfurt 1954, S. 149 f., mit der Feststellung, daß der Nationalsozialismus „ein Schädling der Nation und Todfeind unserer (konservativen) Anschauungen“ sei; neuerdings auch Ewald v. Kleist-Schmenzin: „Die letzte Möglichkeit; Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933“, in: „Politische Studien“ 10. Jg., H. 106 (Februar 1959), S. 89 bis 92 (Aufzeichnung aus dem Jahre 1934).

⁷⁾ Ullmann a.a.O. S. 102.

⁸⁾ „Konservative Stichworte“, Wahlkampfbroschüre 1930, Stichwort „Nationalsozialisten“; es heißt dort ff.: „Die nationalsozialistische Presse erschöpft sich seit Jahren Tag für Tag darin, alle politischen Vorgänge und Zusammenhänge als jüdisch oder nichtjüdisch, freimaurerisch oder römisch (ultramontan) zu erklären. Die Juden totschiagen, und alles ist gut.“ Hitlers Antisemitismus machte seine Eignung zum Realpolitiker den Konservativen zusätzlich zweifelhaft.

listischen Forderungen¹⁾“ verband, die kleinbürgerliche Engstirnigkeit vieler seiner Vertreter²⁾ verführte zur Täuschung, daß Hitler überhaupt kein ernsthaftes Programm habe und in der Verantwortung schnell sich verschleifen werde.

Die ersten Stellungnahmen der Volkskonservativen zur Regierung Hitler entsprachen noch diesem allgemeinen, auf den „Führer“ leicht degoutant herablickenden konservativen Selbstbewußtsein³⁾. Auch hielt man die deutsche Politik für so festgelegt, daß Hitler nicht werde umhin können, die Politik seiner Vorgänger seit 1930 fortzusetzen⁴⁾. Noch am 18. Februar 1933 schrieben die „Volkskonservativen Stimmen⁵⁾“:

„Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der augenblickliche Rückzug des autoritären Staates nur vorübergehender Natur ist. Da ein faszistisches Experiment keine lange Dauer verspricht, eine Rückkehr zum Parlamentarismus aber ebenfalls nicht möglich erscheint, bleibt nur der autoritäre Staat als zukünftige Regierungsform in Deutschland.“

Die augenblicklichen Vorgänge seien nur ein „Umweg“ zur „Erweiterung der autoritären Basis, die allmählich zu schmal geworden“ sei, und dienten nur „einer Stabilisierung und Neufundierung der Präsidialgewalt und einer Zerstörung der letzten parlamentarischen Reste, die sich noch gehalten haben⁶⁾“. Zweifellos befürchteten die Volkskonservativen für den am 5. März neu zu wählenden Reichstag eine nationalsozialistische Mehrheit, deren moralische Kompetenz als „Sprecher des Volkes“ sie durch den Hinweis auf den Reichspräsidenten in Frage zu stellen suchten.

Die Reichstagswahlen brachten die Krise. Erstmals wurden von den Volkskonservativen widersprüchliche Wahlempfehlungen gegeben⁷⁾: für die um Papen,

¹⁾ Georg Schröder, „Zur Ideologie des Nationalsozialismus“, in „Der Ring“ III/26 vom 29. Juni 1930. — Zum Wirtschaftsprogramm Dr. Rademacher, „Die wirtschaftliche Lehre des Nationalsozialismus“, in Flugschrift „Hindenburg und seine Wähler von 1925 (II), Zum zweiten Wahlgang“ (1932), unter Angabe von widersprüchlichsten nationalsozialistischen Stellungnahmen zum Recht auf Privateigentum.

²⁾ Vgl. die Polemik in „Volkskonservative Hochschulbriefe“ Nr. 6 vom 13. Januar 1931 anlässlich der Entfernung von Franz Marc, „Turm der blauen Pferde“, aus dem Museum in Weimar auf Veranlassung des NS-Ministers Dr. Frick.

³⁾ Dr. Dähnhardt in Vk. St. IV/5 vom 4. Februar 1933: „... Nicht Adolf Hitler hat die Macht erobert, sondern der Führer des Nationalsozialismus wurde von den Kräften rezipiert, die seit Jahr und Tag den deutschen Staat repräsentieren ... Reichspräsident, Reichswehr und Beamtentum geben auch jetzt der Staatsführung das Gesicht.“

⁴⁾ So Graf Westarp in einem Interview in Studio Radio Bern (abgedruckt Vk. St. IV/7 vom 18. Februar 1933). Westarp sagt ausdrücklich, daß die Völkerbundslinie Brünnings und Papens von der neuen Regierung kaum verlassen werden könne, da sie „durch eine sehr einheitlich gewordene öffentliche Meinung Deutschlands über den Völkerbund festgelegt“ sei; weiter heißt es: „Eine Alleinherrschaft einer Partei nach faszistischem Muster, mag man sie wünschen oder nicht, wird in Deutschland schwerlich möglich sein.“

⁵⁾ Vk. St. IV/7 vom 18. Februar 1933.

⁶⁾ Ebd.

⁷⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt in Vk. St. IV/9 vom 4. März 1933.

Seldte und Hugenberg zusammengeschlossene „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot¹⁾“, für die Christlich-Sozialen²⁾ und indirekt auch für Hitler³⁾).

Was folgte, war die „Gleichschaltung“. Am 31. März stellten die „Volkskonservativen Stimmen“ ihr Erscheinen ein⁴⁾, u. a. wegen des Versiegens bisheriger Zuschüsse. Zwei größere Beiträge für die letzte Nummer, die aus taktischer Rücksichtnahme nicht mehr aufgenommen wurden, erschienen als Sonderdruck der Verfasser⁵⁾ und grenzten noch einmal die volkskonservative Position vom Nationalsozialismus ab⁶⁾. Am 10. April erfolgte in würdeloser Form der Führungswechsel im DHV⁷⁾, der längst nationalsozialistisch unterwandert war. Hoffnungen Westarps auf eine „Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie“ im Reich und in Preußen, die er im Mai noch in den „Preußischen Jahrbüchern“ äußerte⁸⁾, stand die brutale Wirklichkeit entgegen. Ein Jahr später, am 30. Juni 1934, „wurde in Pommern Schießfreiheit gegen den oppositionellen Großgrundbesitz gegeben . . . Schlange-Schöningen rettete nur ein Zufall⁹⁾“, ebenso Treviranus¹⁰⁾, der wie Brüning ins Ausland ging. Am 1. Mai 1933 sah Dr. Dähnhardt sich zur Vernichtung des ins Berliner „Haus der Gewerkschaften“ ausgelagerten volkskonservativen Aktenmaterials gezwungen, um es dem Zugriff der Nationalsozialisten zu entziehen¹¹⁾. Anfang Mai wurden auch die „Briefe nach Ostdeutschland“ gleichgeschaltet¹²⁾. Das formelle Verbot aller Parteien am 14. Juli 1933 besiegelte nur die schon vollzogene Entwicklung.

¹⁾ Vgl. „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 49 vom 2. Februar 1933: „ . . . Ohne uns mit Parteien oder Parteiführern irgendwie zu identifizieren, halten wir eine Stärkung der DNVP oder der mit ihr durch gemeinsame Liste verbundenen Parteien für erwünscht.“

²⁾ Die Herausstellung des Christlich-Sozialen Volksdienstes (verbunden mit der DVP) als der Gruppe, die zwischen den Machtblöcken der Nationalsozialisten und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ „das Zünglein an der Waage bilden könnte“, erfolgte vor allem durch Dr. Dähnhardt; vgl. Vk. St. IV/7 vom 18. Februar 1933.

³⁾ Die Wahlparole der DHV lautete: „Keine Stimme für Hugenberg“; vgl. Max Habermann in „Handelwacht“ Nr. 3 vom 13. Februar 1933.

⁴⁾ Vgl. Vk. St. IV/10 vom 31. März 1933.

⁵⁾ „Rechenschaft; Sonderdruck zur letzten Nummer der „Volkskonservativen Stimmen“, hrsg. von Rüdiger Robert Beer und Friedrich Koepp.

⁶⁾ Sehr eindeutig im Schlußsatz von Koepp ebd.: „Und mit diesem letzten Aufgebot des Demokratismus (sic!) sollten wir etwas gemein haben?“

⁷⁾ Vgl. „Handelwacht“ Nr. 7 vom 20. April 1933 (fortan „gleichgeschaltet“).

⁸⁾ Vgl. Graf Westarp, „Zur Verfassungsreform“, „Preußische Jahrbücher“ Bd. 230, Mai 1933, S. 146.

⁹⁾ Görlitz, „Junker“, S. 395 ff.

¹⁰⁾ Vgl. Walter Hammer, „Hohes Haus in Henkers Hand“, Frankfurt 1956, S. 95.

¹¹⁾ Mündliche Mitteilung Dr. Dähnhardts an den Verf.

¹²⁾ Vgl. „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 57 vom 12. Mai 1933 (Exemplar bei W.-A. von Westarp mit kritischen handschriftlichen Randbemerkungen versehen).

C. Struktur

I. Die Ausgangsbasis

Der volkskonservative Affekt gegen Hugenberg's „Apparat“

Jedes Extrem bedingt ein anderes Extrem. Die von den Volkskonservativen gewählte lockere Organisationsform der „Vereinigung“ ist entscheidend mitbestimmt worden durch ihre Affekthaltung gegen Hugenberg's deutschnationalen „Apparat“¹⁾.

Die DNVP folgte nach 1918 der Entwicklung von der frühen Form der „Honoratioren“-Partei zur bürokratisch-rationalen Massen- und Mitgliederpartei, deren Zwangsläufigkeit und politische Stringenz Max Weber aufgezeigt hat²⁾. Mit dem Fortfall der Unterstützung durch den Staatsapparat mußten die Konservativen stärker als vorher zu einer Organisierung ihrer Anhänger übergehen³⁾; hieraus erwuchs nicht nur eine gewisse innerparteiliche Demokratisierung — ganz im Gegensatz zu den autoritären Zielvorstellungen der Partei —, sondern auch eine gewisse Zentralisierung⁴⁾. Sie wurde zwar nicht so strikt durchgeführt wie bei den Sozialdemokraten etwa, da in der DNVP die Landesverbände ein ausschlaggebendes Gewicht behielten⁵⁾. Trotzdem galt auch für die DNVP, was Sigmund Neumann ganz allgemein zum Typus der „Integrations“- und Mitgliederpartei sagt: Der Anspruch, mit dem hier die Partei an den Menschen herantritt, ist unvergleichlich größer als bei der „Repräsentations“- oder Honoratiorenpartei. „Durchrationalisierung führt zur Versteifung der Parteien, zu ihrer Verfestigung zu unauflösbaren Blöcken realer Interessen“ —

¹⁾ Vgl. zur volkskonservativen Kritik Rudolf Fischer, „Der Apparat Hugenberg“, in Ullmann, „Die Rechte stirbt“, S. 26 ff., und Ullmann, „Apparat und Politik“, ebd. S. 33 ff.

²⁾ Vgl. Max Weber, „Politische Schriften“, München 1921, vor allem dort die Aufsätze „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“, S. 126 bis 260, und „Politik als Beruf“, S. 396 bis 450 (2., erw. Auflage unter dem Titel „Gesammelte politische Schriften“, Tübingen 1958).

³⁾ Mitgliederzahlen der DNVP waren:

Ende 1924 = 763 744 Mitglieder

Mitte 1928 = 695 650 Mitglieder

(nach „Der nationale Wille“, hrsg. von Max Weiß, Leipzig 1928, S. 362 ff.).

⁴⁾ Vgl. Robert Michels, „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Neuauf. der 2., veränd. Aufl. 1925, Stuttgart 1957.

⁵⁾ Vgl. Sigmund Neumann, „Die deutschen Parteien nach dem Kriege“, Berlin 1932, S. 61 f.

oft unter weltanschaulichem Vorzeichen — und damit zur Erschwerung jeder Koalitionspolitik bis zur Kompromißunfähigkeit überhaupt¹⁾. — Der Apparat der DNVP wurde in seiner Wirkkraft ergänzt durch den zu höchster Leistungsfähigkeit ausgebauten „Hugenbergkonzern²⁾“. Auch durch die Herausgabe politischer Schriften im Scherl-Verlag³⁾ wirkte Hugenberg im Sinne seiner Ziele.

Hugenbergs Aufstieg zum Vorsitzenden der DNVP vollzog sich eindeutig im Zeichen der Unterstützung durch die Mehrzahl der Landesverbände und ihres Gegensatzes zur politischen Linie der deutschnationalen Reichstagsfraktion⁴⁾. Nachdem er den Führungsposten erhalten hatte, verstärkte er die Stellung der Parteispitze nicht durch eine Zurückdrängung der Landesverbände vom politischen Einfluß, was sachlich den Erfordernissen der Parteiarbeit entsprochen hätte⁵⁾, sondern durch eine Entmachtung der Reichstagsfraktion, die von jeder Einflußnahme auf den Kurs der Parteiarbeit ausgeschlossen⁶⁾ und zu einem rein ausführenden Werkzeug Hugenbergs als Parteiführers degradiert wurde⁷⁾. Hier lag organisatorisch der Anlaß zu den volkskonservativen Sezessionen⁸⁾; es erwies sich als „nicht möglich, Partei und Fraktion nach dem Muster des preußischen Exerzierreglements zu führen⁹⁾“. Aber „die Krise der DNVP 1929/30 macht deutlich, wie der Parteiapparat am längeren Hebelarm sitzt, indem er mit der

¹⁾ Ebd. S. 108 f., S. 102.

²⁾ Vgl. Ludwig Bernhard, „Der Hugenberg-Konzern; Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse“, Berlin 1928.

³⁾ So z. B. das gegen die allgemeine Arbeitslosenversicherung gerichtete Buch von Gustav Hartz, „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“, Berlin (Scherl) 1928, das zu erheblichen Spannungen in der Partei führte: vgl. Wahrmund a.a.O. S. 55 f.

⁴⁾ Vgl. Alter a.a.O. S. 153 f.

⁵⁾ Vgl. Brief Major a. D. v. Dewitz (Direktor des pommerschen Landbundes) an Graf Westarp vom 4. Januar 1928 (nach Bracher a.a.O. S. 311, Anm. 92): „Diese Organisationsform (gemeint Dezentralisation) . . . versagt. Deshalb energische Abwehr von irgendwelchen Selbstbestimmungsrechten der Landesverbände . . .“

⁶⁾ Vgl. Wahrmund a.a.O. S. 55 ff.

⁷⁾ In einer Sitzung des Parteivorstandes der DNVP im Juni 1929 setzte Hugenberg die Feststellung durch, „daß es das Recht des Parteivorstandes und seines Vorsitzenden sei, die Richtlinien der Politik entscheidend festzulegen. Dazu gehöre insbesondere die Entscheidung über die Frage einer Beteiligung an der Regierung“: Wahrmund ebd. In der Schlußresolution der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes vom 25. April 1930 wird von der Fraktion ausdrücklich verlangt, „daß sie sich als ein Organ der Partei fühlen soll — nicht als der oberste Willenskörper, der die Suprematie für sich beansprucht“: „Der Deutschnationale“ VI/5, Mai 1930, S. 2 f.

⁸⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Graf Eulenburg vom 1. August 1930 (W.-A.): „Einen wesentlichen Unterschied in den Methoden der Parteiführung (zu erg.: durch mich und Hugenberg) habe ich darin erblickt, daß ich in den etwa fünf Jahren meines Parteivorsitzes, in denen die Fraktion in allen wesentlichen Abstimmungen geschlossen geblieben ist, nur mit Mitteln der Überzeugung und des Appells zu wirken gesucht, niemals aber von außen durch Wahlkreis und Parteivorstand einen Zwang ausgeübt habe. In den letzten anderthalb Jahren ist ständig der Zwang von außen angewendet und bis zu Ausschlußandrohungen gesteigert worden. Meine immer wieder ausgesprochene ernste Mahnung, daß das zur Spaltung der Partei führen müsse, hat sich bestätigt . . .“

⁹⁾ Schlange-Schöningen, „Am Tage danach“, S. 28.

Kontrolle über die Kandidatenlisten den Abgeordneten letztlich in der Hand hat¹⁾“.

Neben dem Parteiapparat setzte Hugenberg seinen Presseeinfluß zum Ausbau seiner Machtstellung ein, wobei Partei- und Verlagsgeschäfte Hand in Hand gingen. Schon im „Fall Lambach“ fehlte der gemäßigten Parteirichtung jede Möglichkeit, ihre Ansichten zu verbreiten, da die parteioffiziellen „Amtlichen Mitteilungen“ aus finanziellen Gründen mit Hugenbergs „Schnelldienst“, der keiner Parteikontrolle unterstand, verbunden waren²⁾. Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden „gliederte Hugenberg das letzte unabhängige Organ, auf das die Reichstagsfraktion noch hätte Einfluß nehmen können, die „Parteikorrespondenz“, in seinen Nachrichtendienst, die Telegraphen-Union, ein“³⁾. Im Wahlkampf 1930 richtete Hugenberg folgerichtig „die ganze Wucht seines seit Jahrzehnten ausgebauten Partei-, Presse- und Filmapparates so gut wie ausschließlich“ gegen die Volkskonservativen⁴⁾.

Hugenbergs Vorgehen in der Partei führte ideologisch und organisatorisch zu ihrer Verhärtung zu einem eigenen Sozial- und Weltanschauungsgebilde⁵⁾. Organisatorisch: indem er in bewußter Personalauswahl den Parteiapparat mit deklassierten ehemaligen Offizieren durchsetzte, die nun, als Parteisekretäre usw., ein von ihm finanziertes Dasein führten und ihm schon deshalb ergeben waren, weil er „ihr Ressentiment mit parteipolitischem Inhalt gefüllt, die Vorkriegswelt in Gestalt einer Partei ihnen wiedergeschaffen“ hatte⁶⁾. Ideologisch: indem die Partei zum „Staatsersatz“⁷⁾ wurde, die mit ultimativen Forderungen der Staatsgewalt entgegentrat und, wurden sie nicht erfüllt, jede Mitarbeit im Staat ablehnte. Hugenbergs Programm erwies sich als „das ins Leidenschaftslose übersetzte Programm des Alldeutschen Verbandes“⁸⁾; wie dieses okkupierte

¹⁾ Bracher a.a.O. S. 77.

²⁾ Vgl. Briefe Treviranus an v. Goßlar vom 8. August, an Rippel vom 11. August 1928 (W.-A.).

³⁾ Wahrmund a.a.O.

⁴⁾ Undatierter Führerrundbrief der Konservativen Volkspartei, nach den Reichstagswahlen 1930, gez. Treviranus (W.-A.). — Meinecke, „Die deutsche Katastrophe“, S. 94, sieht in Hugenbergs Presseeinfluß den Hauptgrund für das Scheitern der Volkskonservativen. Vgl. dagegen die Meinung von Bracher (a.a.O. S. 126), der hinsichtlich des nationalsozialistischen Erfolgs „die Presseaktivität als durchaus sekundären Faktor in der Meinungsbildung der Massen“ ansieht. Der volkstkonservative Stimmenerfolg in München — wo als einzige größere deutsche Zeitung die „Münchener Neuesten Nachrichten“ offene Unterstützung gaben —, mag — trotz des zugkräftigen Namens Lettow-Vorbeck — doch auf dem Presse-Einfluß beruht haben; vgl. v. Aretin a.a.O. S. 47.

⁵⁾ Vgl. Neurohr a.a.O. S. 96 ff.

⁶⁾ Nach Wahrmund a.a.O. S. 95 f.

⁷⁾ Vgl. Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 25 f.

⁸⁾ Alter a.a.O. S. 151, zum Alldeutschen Verband und seinen Querverbindungen zu den Deutschnationalen vgl. Alfred Kruck, „Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890 bis 1939“, Wiesbaden 1954, besonders S. 165 ff.

es den Begriff „national“ ausschließlich für die eigenen Belange¹⁾ und trug daher bei zur Destruktion des Begriffes²⁾. Hier lagen die ideologischen Wurzeln der volksservativen Sezession; für die Volksservativen deckten die Begriffe „konservativ“ und „national“ „nicht einfach eine Parteirichtung“³⁾. Hugenburgs Anschluß an Hitler war ideologisch symptomatisch; er zeigte, daß die DNVP nicht mehr eine konservative, sondern eine Partei des Nationalismus geworden war⁴⁾.

Die Folgerungen, die die Volksservativen aus dieser Sachlage für ihre Arbeit zogen, waren extrem, wenn auch psychologisch verständlich. Sie zweifelten gänzlich an dem Unterfangen, „mit weltanschaulichen Bindungen überhaupt Menschen ohne Rücksicht auf Erwerbsgruppen, Berufe oder Herkunft zu binden“⁵⁾ und entschieden sich konsequent für die soziologische Struktur der Drei-Gruppen-Bewegung (Volksservative Vereinigung, Christlich-Sozialer Volksdienst, Landvolkpartei) als der Organisationsform, in der gruppenpolitische Tendenzen sich am wenigsten gegenseitig lähmten⁶⁾. Die Folgezeit bewies, daß keine dieser Gruppen eine wirkliche politische Integrationsfähigkeit besaß, die gegen Hugenburgs „Apparat“ ein Gegengewicht bilden konnte. Das lag auch mit daran, daß die Volksservativen betont die „Verantwortung der politischen Persönlichkeit“, unabhängig von Partei- und Verbandsdirektiven, herausstellten, auch den Fraktionszwang in ihren Reihen ablehnten⁷⁾, damit jedoch zum alten Ideal der Honoratioren-Partei zurückkehrten, das soziologisch und politisch nicht mehr tragfähig war. So kam es, daß die volksservative Entwicklung mehr als „Miteinander und Ineinander politischer Lebensläufe“⁸⁾ denn als eigentliche Parteigeschichte erscheint. Wenn es hieß: „Wir sind kein Diskutierklub, sondern eine politische Zelle“⁹⁾, so wurde der Wirkungswille, der darin lag, durch die zeitbedingte Überzeugung, „daß die politische Arbeit nicht

¹⁾ Vgl. „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 50 vom 10. Februar 1933: „... sind wir grundsätzliche Gegner einer Auffassung, die das Attribut ‚national‘ für die beiden Rechtsparteien gleichsam pachtet.“

²⁾ Vgl. Quabbe, „Tar a Ri“, S. 184: „... ist es unerträglich, die entsetzliche Dummheit der Vorkriegszeit zu wiederholen und der Hälfte der Nation wieder solange die Vaterlandslosigkeit einzureden, bis sie es selber zu glauben anfängt.“

³⁾ Vgl. Beer, „Konservativ?“, S. 4 f.

⁴⁾ Vgl. Dr. v. Fumetti-Dresden an Graf Westarp vom 18. September 1930 (W.-A.): „... Es handelt sich offenbar bei der Spaltung der DNVP nicht, wie es hier vielfach von den aus dieser ausgetretenen Konservativen geglaubt und gehofft wird, bloß um eine Meinungsverschiedenheit über Wege und Mittel bei sonst gleichen Zielen, sondern um einen Riß in der gesamten politischen Auffassung, die letzten Endes auch zu einer Differenz in der Weltanschauung sich erweitert.“

⁵⁾ Rede von Treviranus auf der Gründungsversammlung der Volksservativen Vereinigung am 28. Januar 1930; Vk. St. I/1 vom 1. Februar 1930.

⁶⁾ Vgl. Leitartikel „Volksservativ“ in „Germania“ Nr. 54 vom 2. Februar 1930.

⁷⁾ Nach Vk. St. I/20 vom 14. Juni 1930; vgl. auch Gründungsauftrag der Volksservativen Vereinigung vom 28. Januar 1930.

⁸⁾ Brief Treviranus an den Verf. vom 2. September 1958.

⁹⁾ Dr. Dähnhardt in Vk. St. III/17 vom 30. April 1932.

mehr . . . in den Reichstagsausschüssen geleistet wird, sondern in neu sich bildenden nichtparlamentarischen Arbeitskreisen . . . in direkter Zusammenarbeit zwischen . . . den Behörden und jenen, die vom Volke, von der Selbstverwaltung, von den Verbänden und Bünden her sich zur Verfügung stellen¹⁾, in falsche Richtung geleitet. Daß ein politischer Zweckzusammenschluß des *Kampf*-charakters einer Partei nicht entbehren kann, wurde nicht erkannt. Hugenberg machte die Partei zum „Staatersatz“. Es läßt sich zugespitzt sagen, daß die Volkskonservativen aus einem ideologischen Affekt heraus den Staat zum „Parteiersatz“ machten.

II. Schwerpunktbildungen

Von einer eigentlichen volkskonservativen „Organisation“ kann nicht gesprochen werden, sondern es lassen sich nur gruppenpolitische „Schwerpunkte“ der volkskonservativen Arbeit aufzeigen²⁾.

Der *Mitgliederbestand* von Volkskonservativer Vereinigung bzw. Konservativer Volkspartei betrug nach Schätzungen zwischen 30 000³⁾ und 10 000 Personen⁴⁾. Eine *Reichsgeschäftsstelle* bestand in Berlin, wirkte aber mehr koordinierend als leitend. Nach den „Satzungen der Konservativen Volkspartei“ vom 17. Dezember 1930 wurde die Reichsgeschäftsführung vom 25köpfigen, auf zwei Jahre gewählten Reichsvorstand gewählt und hatten der Parteivorsitzende und der Hauptschriftleiter der „Volkskonservativen Stimmen“ ständigen Sitz in ihr. Sie bestand außer diesen beiden aus 9 Personen. Eines der Vorstandsmitglieder wurde mit der laufenden Geschäftsführung beauftragt⁵⁾. Bis zum 15. Dezember 1930 war neben dem provisorischen Parteivorsitzenden Treviranus Dr. v. Dryander, der jahrelang Schatzmeister der DNVP gewesen war, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Konservativen Volkspartei, danach wurde er durch den neuen Vorsitzenden Dr. Lejeune-Jung in diesem Amt abgelöst⁶⁾. Nach dem Rücktritt Lejeunes 1932 verwaltete Dr. Dähnhardt

¹⁾ Dr. Dähnhardt, Vertrauliches Rundschreiben an Erweiterten Führerring vom 20. September 1932 (nach Gildemeister a.a.O. S. 114).

²⁾ So wortgemäß Briefe Treviranus an Gildemeister vom 28. Oktober 1951 und an Verf. vom 20. März 1958.

³⁾ So die Annahme bei Gildemeister a.a.O. S. 89 f.

⁴⁾ Diese Zahl ist wahrscheinlicher, da für den Regelbeitrag von monatlich 1,— RM für die Volkskonservative Vereinigung kostenloser Bezug der „Volkskonservativen Stimmen“ garantiert war (Vk. St. I/12 bis 13 vom 26. April 1930); nach einer schriftl. Mitteilung des seinerzeitigen Chefredakteurs Dr. Dähnhardt an den Verf. vom 16. September 1956 hat aber die Auflagenhöhe „mit einiger Sicherheit . . . unter 10 000 gelegen“.

⁵⁾ Vgl. „Satzungen der Konservativen Volkspartei“ in Vk. St. I/49 bis 50 vom 30. Dezember 1930 (durch die „Satzungen der Volkskonservativen Vereinigung“ vom 18. März 1930 — vgl. Anhang IV/3 — bald wieder eingeschränkt).

⁶⁾ Vgl. Brief Treviranus an Dr. Lejeune-Jung vom 9. Dezember 1930 (W.-A.). — Eine Biographie Lejeune-Jungs steht von F. G. Hohmann-Paderborn zu erwarten.

das Amt des Geschäftsführers. Als inoffizieller Wahlkampfleiter fungierte 1930 v. Lindeiner-Wildau¹⁾.

Die *Finanzierung* der politischen Arbeit erfolgte neben einem Regelbeitrag der Mitglieder, durch den eine Mitgliedschaft auf Reichsebene automatisch gegeben war²⁾, vor allem durch Zuschüsse des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und — in wesentlich geringerem Grade — durch Zuschüsse seitens der Industrie und Banken³⁾. Nach Treviranus wurden etwa 40 % der Organisationskosten über Habermann und den DHV, 25 % aus anderen Quellen, der Rest durch Mitgliederbeiträge aufgebracht⁴⁾.

Die *regionale Arbeit* im Lande vollzog sich über einzelne Schwerpunkte, die nur in loser Kooperation wirkten, wenn sich auch nach den Satzungen die Partei in Landesverbände gliederte, die sich mit den Reichswahlkreisen decken sollten⁵⁾. Bezeichnend für die lockere Struktur der Organisation ist ein Brief Westarps, der auch Aufschluß über die Hauptzentren der Parteiarbeit gibt⁶⁾:

„Die Konservative Volkspartei ist natürlich in schwierigster Lage. Dennoch halten wir an ihr fest. Lejeune arbeitet als geschäftsführendes Vorstandsmitglied mit Eifer und Erfolg an der Organisation. Rademacher und Philipp-Dresden haben in Sachsen, Lambach in Hamburg, Lindeiner in Berlin einen guten Stamm. Ich kümmere mich, bisher freilich ohne großen Erfolg, um Pommern und Mecklenburg. Schwierigkeiten macht die Ideologie Edgar Jungs in München, für ihn und die dortige Organisation setzt sich Otto ein. Wie es im Westen aussieht, kann ich persönlich weniger übersehen. Das Kennwort ist wohl: Offiziere ohne Soldaten. An elf Universitäten gibt es gute Ansätze akademischer Ortsgruppen.“

In Württemberg hatte die Volkskonservative Vereinigung noch 1932 „als reine Gesinnungsgemeinschaft ohne Organisation . . . keine bevollmächtigten Vertreter“⁷⁾. In Hamburg, einem der Schwerpunkte der Bewegung, äußerte sich der betont „überparteiliche“, durch die dortige starke DHV-Mitgliedschaft bedingte Charakter dieses Landesverbandes darin, daß er sich an den Hamburger

¹⁾ Vgl. Brief v. Lindeiner-Wildau an Treviranus vom 12. November 1930 (W.-A.).

²⁾ Zu den Komplikationen, die sich für die regionale Parteiarbeit daraus ergaben, die über den Mitgliederstand in ihrem Bezirk keine Übersicht hatte, vgl. Brief Dr. Rademacher an v. Lindeiner vom 10. November 1930 (W.-A.).

³⁾ So Briefe Dr. Dähnhardt an den Verf. vom 16. September 1936, Treviranus an Gildemeister vom 28. Oktober 1931. Die Zuschüsse, die u. a. für die „Volkskonservativen Stimmen“ verwandt wurden, erreichten niemals bedeutendere Höhe, abgesehen von einer Zuwendung von 50 000 RM seitens des Norddeutschen Lloyd für die Reichstagswahl 1930 (mündl. Mitteilung von Verbandsdirektor Stolt an den Verf.). — Graf Westarp (Brief an Dr. Rademacher vom 16. September 1930, W.-A.) bedauerte, daß sich unter den gewählten 49 Abgeordneten der gemäßigten Rechten kein einziger Industrieller befand. Die Industriellen Dr. Klönne, Dr. Rademacher, Dr. Reichert, Leopold und Dr. Lejeune-Jung (Syndikus der deutschen Zellstoffindustrie) waren nicht wieder in den Reichstag eingezogen.

⁴⁾ Mündl. Mitteilung von Treviranus an den Verf.

⁵⁾ Vgl. Vk. St. I/49 bis 50 vom 30. Dezember 1930.

⁶⁾ Brief Graf Westarp an Wallraf vom 24. Februar 1931 (W.-A.).

⁷⁾ Vgl. Dr. Wilhelm Kohlhaas, „Darstellung der Verhandlungen über das Abkommen der Volkskonservativen Vereinigung mit der Deutschen Volkspartei in Stuttgart, März 1932“ (W.-A.).

Bürgerschaftswahlen 1931 bewußt nicht beteiligte¹⁾). Der mit der Hamburger Gruppe als „Gau Nordmark“ verbundene Landesverband Schleswig-Holstein sammelte sich um den damaligen Landrat Theodor Steltzer²⁾).

Ein sehr eigenes Gesicht zeigte der Landesverband Sachsen, der als Zusammenschluß der drei dortigen Wahlkreisverbände bewußt sich als „Konservative Volkspartei“ konstituierte und unter dem Vorsitz von Dr. Philipp-Dresden, neben dem Dr. Rademacher, Frhr. von Maltzahn und Dr. v. Fumetti hervortraten, der politischen Linie Graf Westarps nahestand. In Sachsen war, „nahezu gleichmäßig über das ganze Land verteilt, eine einheitlich geleitete Partei vorhanden, die immerhin 27 000 Stimmen aufbrachte“. Von diesem Gesichtspunkt aus — und auch wegen der Besonderheit der sächsischen politischen Verhältnisse — glaubte man, „auf einer weitgehenden Selbständigkeit der sächsischen Organisation bestehen zu müssen³⁾“. Sie wurde in schwierigen Verhandlungen Ende 1930 durchgesetzt, die dazu führten, daß der Landesverband Sachsen der volkskonservativen Reichsleitung nur korporativ angeschlossen war, einen eigenen Mitgliederbeitrag erhob und einen Pflichtbezug der „Volkskonservativen Stimmen“ ablehnte⁴⁾. Dabei spielten vor allem Widersprüche gegen den Einfluß des Gewerkschaftsflügels unter Lambach eine Rolle⁵⁾. Man sprach sogar davon, daß man „in Sachsen mit dem verwaschenen Begriff ‚volkskonservativ‘ aufräumen“ wolle und bekannte sich als „Christliche und monarchische Rechtspartei“, die „kein anderes Parteiprogramm als das will, welches die Gründer der DNVP 1918 aufstellten, welches aber seit Hugenberg's Parteiführung nicht mehr innehalten wird“⁶⁾).

In Mecklenburg wurde der Aufbau eines Landesverbandes anfangs durch Graf von der Schulenburg-Tressow betrieben; später übernahm seine Nachfolge Prof. Brunstädt-Rostock⁷⁾. — In Ostpreußen führten Graf Dohna-Finckenstein und Graf Finckenstein-Schönberg die Organisation⁸⁾.

Einen Sonderfall, der aber für die lockere Struktur der volkskonservativen Bewegung sehr aufschlußreich ist, stellte Bayern dar, wo eine volkskonservative Arbeit eigentlich nur in München bestand. Durch die Unterstützung der von

¹⁾ Vgl. Vk. St. II/35 vom 5. September 1931.

²⁾ Vgl. Vk. St. II/12 vom 28. März 1931 und Axel Henningsen, „Von einem Leben in zwei Kulturen“, Flensburg 1959, S. 59 ff.

³⁾ Vgl. Brief Dr. Rademacher an v. Lindeiner vom 10. November 1930 (W.-A.).

⁴⁾ Vgl. ebd. und Briefe Graf Westarp an v. Lindeiner-Wildau vom 26. November, v. Maltzahn an Graf Westarp vom 15. Dezember, Graf Westarp an v. Maltzahn vom 20. Dezember 1930 (W.-A.).

⁵⁾ Vgl. Briefe Konservative Volkspartei, Landesverband Halle-Merseburg, an Graf Westarp vom 11. August, Konservative Volkspartei Dresden an Graf Westarp vom 22. August 1930 (W.-A.).

⁶⁾ Brief v. Maltzahn an Foertsch vom 23. Oktober 1930 (W.-A.).

⁷⁾ Brief Graf v. d. Schulenburg-Tressow an Graf Westarp vom 30. Oktober 1930 (W.-A.).

⁸⁾ Vgl. Brief Anspach an Graf Westarp vom 12. Oktober 1931 (W.-A.).

Prof. Nikolaus Cossmann herausgegebenen „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit ihrem den Volkskonservativen nahestehenden Chefredakteur Fritz Büchner erreichte die Konservative Volkspartei bei den Reichstagswahlen 1930 mit ihrem Kandidaten Lettow-Vorbeck dort den höchsten Stimmengewinn¹⁾. Die unglücklichen Besitzverhältnisse des Blattes²⁾ und auch eine gewisse Zurückhaltung des einflußreichen Redakteurs für Innenpolitik, v. Aretin, ließen es über eine Verunfethe, bei der auf seiten der Zeitung das Informationsinteresse und regionalpolitische bayrische Gesichtspunkte, bei den Volkskonservativen das Bemühen, in Süddeutschland Fuß zu fassen eine Rolle spielten, nicht hinauskommen³⁾.

Am Beispiel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zeigte sich deutlich, welche Bedeutung für die Volkskonservativen eine eigene oder von ihnen beeinflusste *Presse* besaß. Das offizielle Organ der „Volkskonservativen Vereinigung“ waren die „Volkskonservativen Stimmen“. Sie erschienen — mit einer Auflage von weniger als 10000 Exemplaren — vom 1. Februar 1930 bis zum 31. März 1933. Ihr Redakteur war Dr. Heinz Dähnhardt. Finanziert wurden sie u. a. durch Zuschüsse vom DHV. Ab Jg. III, Nr. 20 vom 21. Mai 1932 erschienen die „Volkskonservativen Stimmen“, sofern sie an eingeschriebene Mitglieder gingen, mit einer Monatsbeilage „Mitteilungen der Volkskonservativen Vereinigung“. Über die Linie des Blattes erfolgten von seiten der Westarp-Gruppe gelegentlich Beanstandungen ideologischer Natur. Aber es trifft zu, was einer der Mitarbeiter feststellte, als das Organ einging: nämlich „daß in diesen Blättern nie ein Gegner beschimpft“ wurde⁴⁾. Sie lagen niveaumäßig wesentlich über ähnlichen deutschnationalen Publikationen.

Ab 1930 wurde seitens der Vereinigung eine Schriftenreihe „Volkskonservative Flugschriften“ herausgegeben. Neben dem Mitarbeiterorgan „Volkskonservative Führerbriefe“ erschien seit Frühjahr 1932 auch eine wöchentlich herausgegebene volkskonservative Pressekorrespondenz. Erscheinungsort aller dieser Publikationen war Berlin. Die „Volkskonservativen Hochschulbriefe“ wurden dagegen durch Dr. Hans Beyer in Hamburg herausgegeben.

Aber die volkskonservative publizistische Arbeit erstreckte sich nicht nur auf die eigenen volkskonservativen Organe, sondern fand auch Verbindungen zu anderen, größeren Blättern der gemäßigten Rechten — so die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Berliner Börsenzeitung“ und das Organ des Reichslandbundes „Deutsche Tageszeitung“. Auch durch Mit-

¹⁾ Vgl. oben S. 113 f.

²⁾ Vgl. v. Aretin, „Krone und Ketten“, S. 49 f.: „Hauptbesitzer der Zeitung waren die ‚Gutehoffnungshütte‘ und die ‚Vereinigten Stahlwerke‘. Für sie war Hitler ‚national‘, also nur mit Glacéhandschuhen anzurühren, und alles ‚Schwarze‘ . . . war nicht ‚national‘ und hatte nur aus Münchener lokalen Geschäftsrücksichten Schonzeit . . .“

³⁾ Vgl. v. Aretin — bis 1927 Führer des Bayerischen Heimat- und Königsbundes — a.a.O. S. 45 ff.

⁴⁾ Rüdiger Robert Beer in: „Rechenschaft“, Sonderdruck zur letzten Nummer der „Volkskonservativen Stimmen“.

arbeit an amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen — so gab Ullmann für das Landwirtschaftsministerium eine Zeitungskorrespondenz heraus¹⁾ — verstärkte sich ihr Einfluß. Unter volkskonservativer Leitung stand die „Hannoversche Landeszeitung“, das Sprachrohr der Niedersächsischen Heimatbewegung²⁾. Als Blatt des „Hanseatischen Landesverbandes“ der Volkskonservativen Vereinigung erschien die „Hamburger Zeitung“³⁾. Der Einfluß, den Ullmanns „Politische Wochenschrift“ (1924 bis 1931) unter Mitwirkung von Rudolf Fischer ausübte, kann kaum überschätzt werden. Regelmäßige politische Wochenübersichten Max Habermanns in der „Deutschen Handelsnachricht“, dem Zentralorgan des DHV, wirkten gleichfalls im volkskonservativen Sinne. Wie sehr ein Publikationsmittel geradezu zum Mittelpunkt einer politischen Gruppierung werden kann, erwies sich für die Volkskonservativen aber am beispielhaftesten an der „Nationalpolitischen Arbeitsgemeinschaft“ mit ihren „Briefen nach Ostdeutschland“ und, mit negativer Folge, an der „Kreuzzeitung“.

Die „Nationalpolitische Arbeitsgemeinschaft“ wurde im Juli 1931 von einem Kreis um Graf Westarp gegründet, nachdem der ostpreußische Großgrundbesitzer v. Batocki die Initiative zu diesem Unternehmen ergriffen hatte⁴⁾. Nach ihren Satzungen⁵⁾ war sie „eine lose Gemeinschaft staatspolitisch gesinnter Männer, die 1. für eine Versachlichung in der Behandlung politischer Probleme, 2. für realpolitisches Verständnis der Bedingungen unserer Lage, 3. für das Verständnis der Notwendigkeit organischer Verfassungsreformen im Sinn einer einheitlichen zielbewußten Staatswillensbildung unter Überwindung des preußisch-deutschen Dualismus, insbesondere auch durch Herausgabe und Versendung von Drucksachen, zu wirken bemüht“ waren. Hauptzweck der Vereinigung war die Herausgabe eines Informationsblattes „Briefe nach Ostdeutschland“, das „für die Politik der Regierung in den dem Radikalismus zuneigenden Kreisen des Ostens ein besseres Verständnis hervorrufen“ sollte⁶⁾. Diese Briefe wurden „in einer Auflage, die in der Regel 8500 betrug, zeitweise, zum Beispiel während der Reichspräsidentenwahl, bis auf 20 000“ Exemplaren aber erhöht wurde, in einer Stärke von 4 bis 8 Seiten zwei- bis dreimal monatlich an ausgesuchte Adressaten verschickt, vor allem den ostelbischen Grundbesitz, Landbundorganisationen und Vertreter der geistigen Berufe⁷⁾. Trägerkreis war die „Arbeitsgemeinschaft“, die sich aus 10 bis 15 Personen zusammensetzte und sich durch Kooptation er-

¹⁾ Brief Ullmann an Gildemeister vom 14. September 1951.

²⁾ Vgl. Vk. St. III/20 vom 21. Mai 1932, Beilage.

³⁾ Vgl. Gildemeister a.a.O. S. 153.

⁴⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Frhr. v. Braun vom 17. Juli 1932 (W.-A.); desgl. Bracher a.a.O. S. 515, Anm. 155.

⁵⁾ Exemplar der Satzungen bei den Westarp-Akten.

⁶⁾ Brief Graf Westarp a.a.O.

⁷⁾ Ebd.

gänzte¹⁾; die Redaktion lag bei Graf Westarp, Dr. Reichert und Dr. v. Dryander, in enger Fühlung mit der Regierung, jedoch bei strikter Wahrung der Eigenständigkeit, was angesichts einer Reichsbeihilfe von 3000 Mark für den Monat, zu der noch „zeitweise erhebliche Zuschüsse aus anderen Stellen hinzutraten“, nicht immer ganz leicht war²⁾. Hauptamtlicher Schriftleiter war Georg Schroeder, der auch am „Ring“ und an den „Volkskonservativen Stimmen“ mitarbeitete. Die „Briefe“, glänzend redigiert, mit besten Informationen versehen, wurden zum eigentlichen Organ der Westarp-Gruppe nach Westarps Ausscheiden aus der „Kreuzzeitung“ und bildeten in Ostdeutschland, wo „in den meisten, selbst größeren Häusern allerhöchstens eine, vielfach keine Zeitung gehalten“ wurde und „die meisten ihre politischen Informationen durch den Reichslandbund, Stahlhelm und ähnliche Organisationen erhielten³⁾“, fast das einzige konservative Gegengewicht gegen die nationalistische Propaganda⁴⁾.

Eine entgegengesetzte Richtung nahm das ursprüngliche Organ der Westarp-Gruppe, die „Kreuzzeitung“⁵⁾. Ihr Chefredakteur (seit 1913) war Georg Foertsch, zusammen mit ihm übernahm Graf Westarp 1919 außer der innenpolitischen Wochenübersicht die „leitende Mitarbeit an der politischen Gesamthaltung des Blattes“; als außenpolitischer Mitarbeiter trat Prof. Otto Hoetzsch hinzu⁶⁾. Durch alte Bindungen an die auch nach 1918 nominell als „Hauptverein der Konservativen⁷⁾“ weiterbestehende Deutschkonservative Partei⁸⁾ wurde die Entwicklung der Zeitung jedoch gehemmt. Graf Westarp verließ den Hauptverein, dessen Vorstandsmitglied er war, schon 1928, als dieser unter der Führung von v. Seidlitz-Sandrecki völkisch-radikale Wahlempfehlungen verließ⁹⁾. Doch verblieb er in der „Kreuzzeitung“ und gelang es ihm, die Haltung des Blattes

¹⁾ Satzungen a.a.O. — Nach einem Protokoll v. Dryanders vom 30. Oktober 1931 über einen Ausspracheabend der „Arbeitsgemeinschaft“ vom gleichen Tage (W.-A.) waren an Mitgliedern anwesend: Graf Westarp, Dr. Reichert, Dr. Körte-Waltersdorf, Frhr. v. Willisen (neu) und Dr. v. Dryander, abwesend: Prof. Hoetzsch, General v. Winterfeld, Prof. Dr. Strathmann-Erlangen, Georg Schroeder, als Gäste anwesend: Dr. Gereke MdR., Graf Keyserlingk-Cammerau, Dr. Georg Solmssen; Treviranus als Gast hatte abgesagt.

²⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Frhr. v. Braun vom 17. Juli 1932 (W.-A.); desgl. ebd. Briefwechsel zwischen Schlange und Dr. v. Dryander vom 15. und 19. Januar 1932.

³⁾ Protokoll v. Dryander a.a.O.

⁴⁾ Wie bei der „Kreuzzeitung“ (vgl. Liebe a.a.O. S. 145, Anm. 180) war die Wirkung der „Briefe nach Ostdeutschland“ durch ihren einflußreichen Leserkreis zweifellos größer, als nach der Auflageziffer angenommen werden könnte.

⁵⁾ Zur Entwicklung des Blattes seit seiner Gründung 1848 vgl. Schüddekopf a.a.O. passim; dort auch die Literatur.

⁶⁾ Nach Liebe a.a.O. S. 43 f.

⁷⁾ Vgl. ebd. S. 29 ff.

⁸⁾ Vgl. Hans Booms, „Die Deutschkonservative Partei; Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff“, Düsseldorf 1954. Desgl. Kuno Graf Westarp, „Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches“, Bd. I und II, Berlin 1935.

⁹⁾ Vgl. Walter H. Kaufmann, a.a.O., S. 174; Teipel a.a.O. S. 78 ff.; desgl. „Der Deutschnationale“ IV/5, Mai 1928.

anfangs in einem den Volkskonservativen wohlwollenden Sinn zu beeinflussen. Das änderte sich aber, nachdem er im Juli 1930 selbst aus der DNVP ausgeschieden war¹⁾. „Nachdem eine größere Anzahl Abonnenten sehr scharfe Briefe und Absagen geschickt“ hatten, glaubte Foertsch, „den Abonentenschwund nicht riskieren zu können²⁾“ und rückte von Westarp ab. „Der ‚Hauptverein der Konservativen‘ unter Ewald v. Kleist-Schmenzin (Vorsitzender seit 1930) blieb innerhalb der alten Deutschnationalen eine Sekte ohne maßgebenden Einfluß³⁾“. Aber Westarp blieb auch innerhalb der verschiedenen volkskonservativen Richtungsgruppen mit seinen Ansichten teilweise isoliert⁴⁾, was verhinderte, daß er je offiziell die Führung innerhalb des Zusammenschlusses erhielt, und hier lag personell einer der Gründe, daß alle auf eine Fusion der gemäßigten Rechtsgruppen gerichteten Ansätze scheiterten⁵⁾. Der Realpolitiker Westarp nahm das in Kauf⁶⁾.

III. Die Volkskonservativen und ihre Verbündeten

Die Hauptstütze der volkskonservativen politischen Arbeit — finanziell, organisatorisch und personell — war der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ (DHV)⁷⁾. Vor allem durch seinen Generalsekretär Max Habermann, der

¹⁾ Vgl. Brief Foertsch an Dr. Gottschalk vom 19. Februar 1932 (W.-A.): „Ich möchte ... bemerken, ... daß die Kreuz-Zeitung an die Partei Hugenburgs nicht gebunden ist. Aber ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß etwa 95% unserer Leser seinerzeit mit Entrüstung von dem Übertritt des Grafen Westarp zu den Volkskonservativen Kenntnis genommen haben. Selbst wenn ich anderer Ansicht gewesen wäre, wäre mir nichts anderes übriggeblieben, als nachzugeben, wenn ich nicht die Existenz des Blattes in Frage stellen wollte.“ Vgl. dagegen Graf Westarp, Antwort „An Graf Seydlitz und den Hauptverein der Konservativen“, in „Kreuzzeitung“ Nr. 209 vom 26. Juli 1930: „... Ich kann ... nicht zugeben, daß die Trennung von den Methoden der Politik und der Parteiführung des Geheimrats Hugenburg ein Abweichen von konservativen Grundanschauungen bedeutet hätte.“

²⁾ Brief Graf Westarp an Berthold Frhr. Hiller v. Gaertringen vom 4. März 1931 (W.-A.) mit der Feststellung, daß auch der Beirat des Blattes nicht mehr auf seiner Seite stehe.

³⁾ Görlitz, „Junker“, S. 369. — Der Hauptunterschied zwischen den Volkskonservativen und dem „Hauptverein“ bestand darin, „daß nach der Anschauung des Hauptvereins Konservatismus ohne das legitimistische Festhalten an der Hohenzollernmonarchie undenkbar“ sei: „Konservative Stichworte“, Wahlkampfbroschüre 1930, Stichwort „Hauptverein der Konservativen“.

⁴⁾ Die Benennung Westarps als „Führer der Konservativen Volkspartei“ bei Conze a.a.O. ist unzutreffend. Nach Dr. Dähnhardt (mündl. Mitteilung an den Verf.) war Westarp den meisten Mitgliedern „strukturell zu altkonservativ“.

⁵⁾ Vgl. z. B. Niederschrift Graf Westarp, „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930“ (W.-A.): „... Er (gemeint Gereke) ließ einfließen, daß die Verbindung mit mir und den Welfen keine Schwierigkeiten mache, daß aber Lambach und Lindeiner an manchen Stellen abgelehnt würden ...“

⁶⁾ Vgl. Brief Graf Westarp an Wallraf vom 28. Juli 1930 (W.-A.): „... Das Bild der neuen Partei hat wegen des Vorwiegens der Volkskonservativen (sic!) und namentlich des DHV große Schönheitsfehler. Die DHV-Arbeit bot die einzig wirklich greifbare Grundlage der Organisation.“

⁷⁾ Vgl. die instruktive Verbandsschrift: Fritz Irwahn, „60 Jahre DHV; Deutscher Handlungsgehilfen-Verband 1893 bis 1953“, Hamburg 1953.

gleichzeitig Mitglied des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung war¹⁾, und durch den Reichstagsabgeordneten Lambach war er maßgeblich an ihr beteiligt. Entstanden 1893 als völkische Richtungsgewerkschaft unter dem Einfluß Stöckerscher Gedanken, war er nicht, worauf sein Name schließen lassen konnte, eine Unterorganisation der DNVP, sondern ein unabhängiger Teil des christlichnationalen „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ unter Stegerwald; mit 409 000 Mitgliedern im Jahr 1930 vertrat er etwa ein Viertel von dessen Gesamtstärke²⁾. Dadurch, daß er den Klassenkampfgedanken vertrat, stand er in einem gewissen Gegensatz zu dem mehr altkonservativen, „gouvernemental“ eingestellten Flügel der Volkskonservativen³⁾. Die antisemitische Tendenz des Verbandes, die sich vor allem in seinem Hauspublizisten Wilhelm Stapel ausdrückte⁴⁾, mag mit einer der Gründe für die spätere Massenabwanderung von DHV-Mitgliedern zum Nationalsozialismus gewesen sein. Hingegen bestand für die Volkskonservativen ein „völkisches Problem“ nicht⁵⁾.

Eine enge Verbindung — durch die Fraktionsgemeinschaft im Reichstag — wurde zwischen den Volkskonservativen und dem Christlich-Sozialen Volksdienst hergestellt — trotz mancher interfraktioneller Mißstimmigkeiten⁶⁾. Zahlreiche Christlich-Soziale waren Mitglied der — „überparteilichen“ — Volkskonservativen Vereinigung, wie auch die „Christlich-soziale Reichsvereinigung“ innerhalb der DNVP, gegründet 1928 in Opposition zu Hugenberg, einer der Vorbereiter

¹⁾ Vgl. A. Leber, „Das Gewissen steht auf“, S. 102. — Nach übereinstimmender Auskunft war Habermann neben Westarp der „politischste Kopf“ der Volkskonservativen.

²⁾ Klemperer a.a.O. S. 101, nach: „Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband im Jahre 1930, Rechenschaftsbericht erstattet von seiner Verwaltung“, Hamburg 1931, S. 8; der DGB zählte etwa 1 250 000 Mitglieder (Irwanh a.a.O. S. 20).

³⁾ Vgl. Walther Lambach, „Verinnerlichung des Klassenkampfes“, in: „Die neue Front“, hrsg. von Moeller van den Bruck, Heinrich v. Gleichen, Max Hildebert Boehm, Berlin 1922, S. 220 ff., mit dem Satz: „Klassenkampf . . . tobt, solange es Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt.“

⁴⁾ Vgl. vor allem Stapels Schrift „Antisemitismus und Antigermanismus; Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und jüdischen Volkes“, Hamburg 1928. — Ein § 7 der Verbandssatzungen versagte bis 1933 Juden die Mitgliedschaft.

⁵⁾ Dies läßt sich durchgehend für alle volkskonservativen Richtungsgruppen nachweisen. Vgl. nur Edgar Jung, „Herrschaft der Minderwertigen“, S. 120 ff.; „Politische Wochenschrift“ IV/10 vom 8. März 1928 (Kritik der „Rassenkunde des deutschen Volkes“ von Hans F. K. Günther, die als ‚monströs‘ und ‚unhaltbar‘ bezeichnet wird); „Volkskonservative Hochschulbriefe“ Nr. 6 vom 13. Februar 1931; Quabbe a.a.O. S. 16 ff. („Die völkische Idee ist einer der größten Unfuge, mit dem je ein Volk vom wirklichen Wege der Reinigung entfernt gehalten wurde . . .“). Die „Briefe nach Ostdeutschland“ (Nr. 55) schrieben noch am 10. April 1933 von den „sehr wertvollen Kreisen unter den Familien jüdischen Stammes“ und wiesen dabei auf das Lebenswerk Stahls, des Gründers der Konservativen Partei, hin.

⁶⁾ Vgl. Graf Westarp, „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930“ (W.-A.): „ . . . Der Abschluß mit den Christlich-Sozialen ist durch Lindeiner erfolgt, ich habe ungern, aber weil als technischer Notbehelf nichts anderes übrig blieb, zugestimmt. Mumm und die anderen früheren deutschnationalen Abgeordneten erklärten, daß sie zu engerer Arbeit hinneigten. Simpfendörfer und der Volksdienst wachten und wachen eifersüchtig darüber, daß gemeinsame politische Fraktionssitzungen nicht stattfinden . . .“

der volksskonservativen Sezession war, ehe sie sich am 28. Dezember 1929 mit dem 1927 gegründeten „Christlichen Volksdienst“ zusammenschloß; von den Sezessionisten beteiligten sich Hülser, Hartwig, Behrens und Mumm, später auch Lambach an diesem Versuch, bisher apolitische pietistische und freikirchliche Kreise zu politischer Mitarbeit zu gewinnen¹⁾.

Ob das Verhältnis von Volksskonservativen und Landvolkpartei als „Bündnis“ angesprochen werden kann, bleibt trotz der gemeinsamen Reichsliste 1930 und trotz des gemeinsamen Einsatzes für Hindenburg 1932 zweifelhaft. Der Zusammenschluß der „Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei“ mit den Volksskonservativen war parteipolitisch das Hauptziel, das Graf Westarp sich nach dem Ausscheiden aus der DNVP gesetzt hatte²⁾. Daß es über dem berufsständischen Selbstverständnis der Landvolkpartei, die sich durch den rein interessenpolitischen Appell an den Wähler eine größere Zugkraft versprach, und durch ihre Radikalisierung seit dem Herbst 1930, wo sie gegen die Brüning-Regierung in Opposition ging³⁾, nicht erreicht wurde, wirkte sich für beide Gruppen negativ aus.

Lediglich mit der Deutsch-Hannoverschen Partei, 1930 bei den Reichstagswahlen mit den Volksskonservativen durch gemeinsame Listen verbunden — ihre drei Abgeordneten waren Hospitanten der Sammelfraktion von Konservativer Volkspartei und Christlich-Sozialem Volksdienst —, konnten die Volksskonservativen ein festes Einvernehmen herstellen. Sie forderten ihre Mitglieder in der Provinz Hannover auf, „sich den Gruppen der Deutsch-Hannoverschen Partei anzuschließen und in ihnen in dem uns gemeinsamen Geiste politische Mitarbeit zu leisten⁴⁾“.

¹⁾ Vgl. Buchheim a.a.O. S. 375 ff., Neumann a.a.O. S. 70 ff. Daneben die programmatische Schriftenreihe „Schriften des Christlich-Sozialen Volksdienstes“. — Zur volksskonservativen Kritik an den Bemühungen und der weiteren Entwicklung des „Volksdienstes“ vgl. Anhang, I/3.

²⁾ Vgl. u. a. Brief Graf Westarp an Wallraf vom 28. Juli 1930 (W.-A.): „... Meine größere Sorge, die mich noch mehr beschäftigt hat als die (volksskonservative) Parteigründung, war der Zusammenschluß mit dem Landvolk... Morgen fällt eine Entscheidung im Vorstand der Bauernpartei. Sollte sie negativ sein, weiß ich nicht, was werden soll.“

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 384 und S. 421.

⁴⁾ Vkl. St. I/19 vom 7. Juni 1930; im gleichen Sinn ebd. I/20 vom 14. Juni 1930 und I/22 vom 28. Juni 1930.

D. Standort und staatspolitische Zielsetzung

Die Präsidialära 1930 bis 1932 in ihren tragenden Kräften ist insgesamt gelegentlich als „volkskonservativ“ bezeichnet worden¹⁾ — nicht ganz zu Unrecht. Es bleibt zu untersuchen, welches die Gesamtstellung der Volkskonservativen in dieser Zeit gewesen ist und in welche Richtung ihre staatspolitische Zielsetzung ging.

I. Kritik am Weimarer „System“

Die Kritik der Rechtsparteien am Staat von Weimar und dessen Herrschaftsformen stand unter dem Schlagwort: „System“. „System“ bedeutete die Gesamtheit der parlamentarischen Einrichtungen und ihrer Träger²⁾. Verfallenheit an das „System“ wurde von den Volkskonservativen später auch ihren Gegnern zur Rechten vorgeworfen³⁾. Als deutsches Wort für „System“ wurde mit negativer Akzentuierung das Wort „Parteiherrschaft“ verwandt⁴⁾. Bei dieser Kritik blieben die Umstände, unter denen die Weimarer Republik als „improvisierte Demokratie⁵⁾“ ins Leben getreten war, gänzlich unberücksichtigt. Ein ideologischer Affekt herrschte vor, der über die auch von demokratischer Seite geübte Bean-

¹⁾ Arthur Rosenberg, „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“, Frankfurt/M. 1955, S. 471 ff.

²⁾ Vgl. hierzu grundsätzlich eine Reichstagsrede Graf Westarps, in: Reichstagsberichte vom 24. Februar 1932, S. 2298: „... Ich verstehe unter ‚System‘ die Gesamtheit der staatlichen Einrichtungen, unter denen wir leben. Ich verstehe unter System ... die ganzen staatlichen Einrichtungen eines Absolutismus einer Parteimehrheit, eines Absolutismus, der einseitig nicht nur über die Gesetzgebung, sondern über die Regierungsbildung und damit über die Verwaltung bestimmt. Ich rechne zu diesem System die Durchführung dieser parlamentarischen absoluten Parteiherrschaft durch alle öffentlichen Korporationen und bis in das letzte Dorf hinein. Ich verstehe unter Auswirkung dieses Systems eine Behandlung auch der Außenpolitik, die lediglich auf den innerparteilichen Machtkampf abgestellt ist. Ich rechne zu diesem System nicht zuletzt das Parteibuch als Unterlage der Anstellung der Beamten.“

³⁾ Ebd. — Westarp legt dar, daß der angebliche Kampf der „Nationalen Opposition“ und des NS gegen das „System“ nicht gegen dieses, sondern gegen die Regierung Brüning und den Reichspräsidenten mit den *Mitteln* dieses Systems gerichtet sei.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft; Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918 bis 1932“, Berlin 1932.

⁵⁾ Vgl. Theodor Eschenburg, „Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik“, Laupheim 1954, und Ders., „Die improvisierte Demokratie; Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik“, München 1963, S. 11 bis 59.

standung mancher Funktionsschwächen der parlamentarischen Regierungspraxis¹⁾ hinausführte zu ihrer grundsätzlichen Negation.

Schon der Art. 1 der Weimarer Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, traf auf Ablehnung²⁾. Da „bis zur Revolution von 1918 ein fast allmächtiger Staat die Tatsache verdeckt hatte, daß politisches Leben stets von vielfältigen politischen und sozialen Kräften bestimmt wird“, wurde die Parlamentarisierung der politischen Macht „sogleich zum Ziel theoretisch-staatsrechtlicher und ideologisch-psychologischer Kritik³⁾“ gemacht. Die Bedeutung der Parteien als Funktionskörper der Demokratie, deren juristische Fixierung auch in der Verfassung fehlte⁴⁾, wurde nicht erkannt, ihr Kompromißcharakter als „Interessenpolitik“ weltanschaulich verdächtig⁵⁾. Vor allem aber wurde der gewiß unglückliche Dualismus in der obersten Reichsgewalt, die aus einem vom Volke gewählten Präsidenten und einem vom Präsidenten ernannten, aber vom Reichstag abhängigen Reichskanzler bestand — wobei das einschränkende Prinzip eines „konstruktiven Mißtrauensvotums“ nicht gegeben war —, für das an obrigkeitlichen Vorstellungen orientierte Staatsbewußtsein der deutschen Rechten zu dem Konstruktionsfehler des „Systems“ schlechthin⁶⁾. Die Frage, wie weit die Stellung des Reichspräsidenten im Rahmen der Verfassung überbetont war, kam über dem personalgebundenen Amtsverständnis der Konservativen⁷⁾ nicht auf; ebenso wurde an der Fiktion der Überparteilichkeit der Machttträger Heer und Beamtentum festgehalten und in ihnen — auch von volkskonservativer Seite — „nahezu die einzige Konkretisierung der Staatlichkeit des Deutschen Reiches“ erblickt⁸⁾. Es erwies sich, daß man „die unzweifelhaft vorhandenen Funktionsschwierigkeiten des deutschen Parlamentarismus, ja seine offen-

¹⁾ Vgl. Ernst Troeltsch, „Kritik am System“, in Ders., „Spektator-Briefe; Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922“, Tübingen 1924.

²⁾ Vgl. Wilhelm Stapel, „Fiktionen der Weimarer Verfassung“, vor allem Kapitel „Volksouveränität“ ebd. S. 66 ff.

³⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 29 f.

⁴⁾ Vgl. ebd. S. 41 ff.

⁵⁾ Vgl. Teipel a.a.O. S. 39 f.

⁶⁾ Vgl. nur Heinrich Herrfahrdt, „Zukunftsfragen der Volksvertretung“, in „Die neue Front“ (1922), S. 136 ff.; Martin Schiele, „Innere Politik“, in „Politische Praxis“ I (1926), S. 53; „Entschließung des Vorstandes der DNVP vom 9. April 1929“ bei Wegener, „Hugenberg“, S. 55 ff., wo überall ein absolutes Kanzlerernennungsrecht des Reichspräsidenten gefordert wird.

⁷⁾ Vgl. Gerhardt Günther, „Reichsgeschichte und Reichsreform“, S. 178 ff.: „Es ist der Grundirrtum der Demokratie, daß sie glaubt, auch das Amt aus der Volkssouveränität ableiten zu können . . .“; desgl. Horst Michael und Karl Lohmann, „Der Reichspräsident ist Obrigkeit; Ein Mahnruf an die evangelische Kirche“, Hamburg 1932, S. 29 f.: „Darf die Kirche zulassen, daß von der unpersönlichen ‚Ordnung‘ eines Staates das Amt der Obrigkeit nicht unterschieden wird, ein Amt, das Menschen zu Trägern der Verantwortung . . . erhebt? Eine Staatsordnung ist keine Obrigkeit!“

⁸⁾ So v. Lindeiner-Wildau mit Bezug auf die Reichswehr (vgl. Reichstagsberichte vom 19. März 1931, S. 1758 A); vgl. auch eine Stellungnahme der Reichswehrführung zu einer bayrischen Denkschrift 1924, wiedergegeben bei Fischer a.a.O. S. 43: „Die reale Macht des Reiches besteht zur Zeit in der Reichswehr, die formale im Artikel 48 der Verfassung.“

kundige Krisis dem Parlamentarismus selber zur Last legte, statt, was zunächst hätte geschehen müssen, die Formen der politischen Willensbildung, also das System des deutschen *Parteiwesens* auf seine Geeignetheit für die demokratische Regierungsform zu untersuchen¹⁾“.

Das wirkte sich vor allem negativ auf das Verhältnis der „nationalen Rechten“ zu den Parteien der Weimarer Koalition, vor allem zur SPD, aus, die als „Novemberparteien“ diffamiert wurden. Ein Zusammenspiel von Regierung und Opposition, wie es in anderen Ländern gegeben war, erwies sich als unmöglich, da sich die Rechtsparteien bewußt außerhalb des Rahmens einer gemeinsamen staatspolitischen Verantwortung stellten und diese dem parteipolitischen Gegner nicht einmal mental zuzubilligen geneigt waren²⁾. Eine ideologisch tradierte Feindschaft der Konservativen gegen die Sozialdemokratie³⁾, die die parteiinterne Entwicklung der SPD, vor allem ihr grundsätzliches Bekenntnis zum Staat auf dem Görlitzer Parteitag 1921⁴⁾ nicht berücksichtigte⁵⁾, richtete unüberbrückbare Schranken auf, was um so bedeutsamer war, als „die Geschichte der Nachkriegsentwicklung der SPD die entscheidenden Stationen dieser Jahre wiedergibt und die Positionen aller anderen Parteien mitsetzte⁶⁾“. — Die Stellung der Volkskonservativen in diesem Zusammenhang differierte trotz einer gewissen Haßliebe zu den „preußischen“ Sozialdemokraten Braun und Severing⁷⁾ nicht wesentlich. Wo sie gelegentlich den Bann brachen und direkten Kontakt zur SPD aufnahmen, brachen sie ein politisches Tabu⁸⁾. Es ist im Gesamt „für Deutschland verhängnisvoll gewesen, daß die konservative Opposition sich nicht auf den Boden der Tatsachen gestellt und eingesehen hat, daß ihre historische Aufgabe darin bestand, die Demokratie ernst zu nehmen und mit der Vorstellung aufzuräumen, daß die Sozialdemokratie nicht regierungsfähig sei⁹⁾“.

¹⁾ Teipel a.a.O. S. 69 f. mit Bezug auf Graf Westarp.

²⁾ Vgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 68; desgl. K. O. v. Aretin über seinen Vater, Vorwort zu „Krone und Ketten“, S. 11: „Der Gedanke, mit der Sozialdemokratie ein Ziel zu verfolgen, lag — ein interessanter Beitrag zur Psychologie der Weimarer Zeit — so außerhalb der Gedankenwelt dieses universal gebildeten und allen Problemen der Zeit aufgeschlossenen bayerischen Grandseigneurs, daß die Frage niemals, auch aus taktischen Gründen nicht, erwogen wurde.“

³⁾ Vgl. Schüddekopf a.a.O. S. 107.

⁴⁾ Vgl. Troeltsch a.a.O. S. 218 f.

⁵⁾ Vgl. „Der Niedergang der nationalen Opposition“, S. 5.

⁶⁾ Neumann a.a.O. S. 23.

⁷⁾ Vgl. Stapel, „Preußen muß sein“, S. 18.

⁸⁾ Tagespolitische Informationen, die Treviranus auf SPD-Bitten regelmäßig morgens 6.30 Uhr telefonisch dem sozialdemokratischen Pressedienst übermittelte, wurden von Schleichers Nachrichtendienst im Einvernehmen mit Postminister Schätzle abgehört. Als die Tatsache des Kontaktes Treviranus — SPD Hindenburg unterbreitet wurde, reagierte dieser zuerst nur abwehrend: „Prächtig, ein Frühaufsteher!“, stand aber in der Folge Treviranus sehr reserviert gegenüber: mündl. Mitteilung G. R. Treviranus' an den Verf.

⁹⁾ Friedrich Glum in einer Besprechung der Papen-Memoiren (nach Informationsblatt „Gespräch aus der Ferne“ Nr. 80, Mai 1953).

Als 1930 „das Parlament in der ihm gestellten gesetzgeberischen Aufgabe versagte“, als sich die Präsidialgewalt „in einem legislativen Vakuum entwickelte, das in einem Reichstag entstand, der auf Grund der Wahlen von 1928 eine eindeutige republikanische Mehrheit aufwies und auf breiter parlamentarischer Basis unter sozialistischer Führung ein Kabinett der Großen Koalition gebildet hatte¹⁾“, als schließlich Brüning ein lediglich toleriertes Minderheitskabinett bildete, das immer stärkerem Druck der „nationalen Opposition“ ausgesetzt war, konnte es für das volkskonservative Staatsverständnis keine Rückkehr zu dem parlamentarischen Regierungsmodus, der so sichtlich versagt hatte, mehr geben, sondern nur noch die „graduelle Änderung des parlamentarischen Systems²⁾“ in Richtung auf eine Stärkung der Präsidialautorität. „Darum müssen wir an die Arbeit gehen, Autorität auf den Wegen zu bilden, die die geltende Verfassung freiläßt, aber auch ohne Scheu vor einer Umgestaltung des staatlichen Lebens“, faßte Treviranus diese Aufgabe schon in seiner Rede auf der Gründungsversammlung der Volkskonservativen Vereinigung am 28. Januar 1930 offen zusammen³⁾. Man entdeckte, daß das System, dem man so lange innerlich reserviert gegenübergestanden hatte⁴⁾, „nur zu einem Teil wirkliche Verfassung, zum andern Teil nicht viel mehr als ein formaler Rahmen, den man mit verschiedenem Inhalt füllen kann⁵⁾“, sei. Dabei aber — das wurde kennzeichnend für das volkskonservative Experiment und seine Abgrenzung gegen den Nationalismus überhaupt — war man bemüht, „nur mit verfassungsmäßigen Mitteln den Notstand zu überwinden und die Entwicklung zu neuen staatsrechtlichen Verhältnissen vorwärtszutreiben⁶⁾“. Dies war das Entscheidungsmoment⁷⁾. Hugenberg und seine Anhänger postulierten, daß nach Meinung der DNVP das System von Weimar nicht ohne einen Bruch der Verfassung beseitigt werden könnte⁸⁾.

¹⁾ Karl Dietrich Erdmann, „Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft“, Vjh. f. Zeitg. III/1 (1955), S. 12.

²⁾ Graf Westarp, Vorbereitung eines Interviews für die „Schlesische Zeitung“, Breslau, ohne Datum (W.-A.).

³⁾ Vgl. Vk. St. I/1 vom 1. Februar 1930.

⁴⁾ Vgl. Georg Quabbe, „Tar a Ri“ (1927), S. 21: „Es wäre unehrlich, es nicht auszusprechen: der konservative Mann betrachtet das innerliche Paktieren mit der Republik von 1918 als eine unmoralische Handlung, es gibt mit ihr ein Paktieren nur unter der psychologischen und ethischen Reserve, unter der der Heilige Stuhl mit Ketzern verhandelt.“

⁵⁾ Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 18.

⁶⁾ Vgl. Graf Westarp, „Die Entwicklung zum Präsidialkabinett“, in „Preußische Jahrbücher“ Bd. 230, H. 1 (Oktober 1932), S. 13.

⁷⁾ Vgl. so auch Conze, „Die Krise des Parteienstaates“, HZ 178, S. 60, und Gildemeister a.a.O. S. 70.

⁸⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 632, Anm. 147.

II. „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“

1. Die Stärkung der Präsidialgewalt

Die staatspolitische Zielsetzung der Volkskonservativen läßt sich in einem Satz — „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ — zusammenfassen. Dieser enthielt ein Programm, das mit der Ausweitung der Notstandsbefugnisse des Reichspräsidenten zum System der Präsidialkabinette¹⁾ wenn nicht institutionelle, so doch politische Wirklichkeit wurde. Der Hebel dieser Umformung der Verfassungswirklichkeit war der Artikel 48 der Reichsverfassung, dessen Handhabung unter Hindenburg nach Inhalt und Form zwar illegitim²⁾, aber infolge des Fehlens der gesetzmäßig geforderten näheren Bestimmung und Umgrenzung des präsidialen Notverordnungsrechts³⁾ kaum abwendbar war.

Hinzu kam, daß in der Sicht der Zeitgenossen die Anwendung des Artikels 48 durchaus legitim schien. „Die Wirtschaftskrise und der Aufstieg Hitlers schnitten alle theoretischen und praktischen Bemühungen ab, durch die die Spannung zwischen Parteienstaat und Präsidentschaftsrepublik konstruktiv hätte gelöst und das Verfassungsrecht mit der Verfassungswirklichkeit im demokratisch-rechtsstaatlichen Sinne hätte in Einklang gebracht werden können⁴⁾.“ Nach dem Sturz der Regierung Hermann Müller infolge der zu starken interessenpolitischen Orientierung der Parteiorganisationen, die in Gegensatz zu ihrer politisch-parlamentarischen Integrationsaufgabe gerieten, war ein echter staatspolitischer Notstand gegeben, für den die Verfassung keine Regelung enthielt⁵⁾.

Neben diese objektiven Faktoren trat ein entscheidendes subjektives Element der Entwicklung: die Tatsache, daß der Inhaber des Präsidialamtes Hindenburg hieß⁶⁾. Solange das Parlament seine Funktionen ausfüllte, bemühte er sich gewissenhaft, sein Amt seinem Verfassungseid gemäß korrekt zu führen. Aber schon die als Wahlaufbruch gedachte „Osterbotschaft“ Hindenburgs vom 12. April

¹⁾ Vgl. zur Entwicklung des Präsidialamtes in der Weimarer Republik Bracher a.a.O. S. 47 ff. (dort auch die zahlreiche Literatur). — Von volkskonservativer Seite die Aufsätze Graf Westarp, „Die Entwicklung zum Präsidialkabinett; Eine verfassungsgeschichtliche Studie“, und Ders., „Reichspräsident und Reichstag als Gesetzgeber“: „Preußische Jahrbücher“, Bd. 230 (1932), H. 1 u. 3, S. 1 bis 13, S. 193 ff.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 57.

³⁾ Vgl. ebd. S. 54 f.

⁴⁾ Conze, „Die Krise des Parteienstaates“, HZ 178, S. 83.

⁵⁾ Vgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“, S. 114 f.: „... Die Weimarer Verfassung berührt die Frage, was im Falle des äußersten Konflikts zu geschehen habe, überhaupt nicht ... An der Tatsache, daß irgendwie regiert werden muß, auch wenn die demokratischen Einrichtungen versagen, und daß dieser Zwang schließlich auch vor dem geschriebenen Gesetz nicht haltmacht, kommt indessen keine Demokratie vorbei. Der Führer, der im Reich dann eingreifen muß, ist der Reichspräsident.“

⁶⁾ Vgl. die kritische Studie von Friedrich J. Lucas, „Hindenburg als Reichspräsident“, Bonn 1959.

1925 „machte unmißverständlich klar, daß der neue Präsident, sofern er gewählt wurde, zwar verfassungsmäßig regieren würde, daß ihm jedoch das Staatsethos des Preußentums, die Idee des Staates als übergeordneter Wesenheit, weit näher stand als die Idee des demokratischen Systems, das keineswegs fest stabilisiert war¹⁾“. So hatte denn Hindenburg schon nach den Reichstagswahlen 1928 die Absicht, im Falle der Reichstag keine sichere parlamentarische Mehrheit zusammenbrächte, ein autoritäres, „überparteiliches“ Kabinett einzusetzen²⁾. Er wiederholte sie Graf Westarp gegenüber im März 1929³⁾. Der Auseinanderfall der Großen Koalition ein Jahr später bedeutete den Zwang zur Realisierung dieser Absicht, die infolge der Person Hindenburgs schließlich — was nicht notwendig der Fall zu sein brauchte — antiparlamentarische Züge annahm.

Brünning, der Kanzler von Hindenburgs Wahl, war ernstlich bemüht, verfassungsfeindliche Auswüchse des neu ins Leben getretenen „Präsidialregiments“ zu vermeiden. In seiner ersten Rede vor dem Reichstag erklärte er, die Regierung werde in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen, „ob die verfassungsmäßigen und rechtlichen Voraussetzungen des Art. 48 gegeben“ seien; ob überhaupt die Anwendung des Art. 48 notwendig sein werde, sei eine Entscheidung, welche das Parlament selbst zu fällen habe⁴⁾. Zumindest stand Brünnings Regierungsform noch „im Zwielficht zwischen parlamentarischem und autoritär-diktaturstaatlichem Regierungsmodus⁵⁾“, erst unter seinen Nachfolgern setzte eine kaum mehr verschleierte Präsidialdiktatur ein.

Die Volkskonservativen unterstützten Brünnings legalen Kurs und sahen darin sogar die Vorbedingung für einen dauerhaften, nicht durch gewaltsame Eingriffe diskreditierten „stillen Verfassungswandel“, wie er durch „Staatsreform“-Maßnahmen unter Einsatz der Reichsgewalt nicht gültig fixiert werden konnte. Alles, wodurch bisher der Reichstag und die Parteien in ihrer absoluten Herrschaft über Regierungsbildung und Gesetzgebung beschränkt worden seien, stellte Graf Westarp 1932 fest, sei lediglich im Wege der Anwendung und Auslegung des unverändert gebliebenen Verfassungsrechtes erreicht worden. Jede Handlung des Reichspräsidenten bei Ausübung seines Ernennungs- und Entlassungsrechtes, jede Notverordnung habe er gewissenhaft darauf geprüft und prüfen lassen, ob sie vereinbar sei mit dem geltenden Verfassungsrecht. Abgesehen von Ausnahmen, die alsbald abgestellt worden seien, habe die Judikatur das positive Ergebnis dieser Prüfung bestätigt und habe die juristische Meinung — wie stets nicht einheitlich, aber doch überwiegend — die Verfassungsmäßigkeit anerkannt. Wenn man den herrschenden Zustand als eine Diktatur bezeichnen wolle, müsse man sich darüber klar sein, daß es sich nicht um eine

¹⁾ Görnitz, „Hindenburg“, S. 255 f.

²⁾ Görnitz a.a.O. S. 296 f.; Conze a.a.O. S. 77.

³⁾ Vgl. Anhang, Anlage III.

⁴⁾ Alphons Nobel, „Brünning“, Leipzig 1932, S. 72 ff.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 404 f.

Diktatur des Verfassungsbruchs oder Staatsstreiches, sondern um eine in der Verfassung selbst begründete, von den verfassungsmäßigen Organen getragene, zum großen Teil auch vom Reichstag und seiner Mehrheit gewollte oder doch geduldete Diktatur handele¹⁾. — Es war die Folge dieser Entwicklung, daß als geltendes Recht betrachtet wurde, „daß der Reichspräsident a) über das Vorhandensein der *tatsächlichen* Voraussetzungen zur Anwendung des Artikels 48, b) über die auf Grund von Artikel 48 zu treffenden *Maßnahmen* nach pflichtgemäßem Ermessen *allein* zu entscheiden habe²⁾“. Das verlieh seiner Stellung monarchenähnlichen Charakter.

2. Der Hindenburg-Mythos als „Ersatzmonarchismus“

Hindenburgs Autorität und Machtbefugnisse — Oberbefehl über die Wehrmacht, Entscheidungsgewalt über Belagerungszustand und Reichsexekution im Innern, Ernennung und Entlassung von Kanzler, Ministern, Beamten und Offizieren — wurden mythisch überhöht durch eine geffissentlich betriebene Propaganda um seine Person. „Die bürgerlichen Parteien waren zu stark dem obrigkeitlichen Denken verhaftet . . ., um auf einen Ersatzkaiser verzichten zu können³⁾“. Der Sachverhalt war bereits 1928 von Lambach in seinem „Monarchismus“-Aufsatz⁴⁾ umrissen worden:

„Dadurch, daß der monarchistische Teil unseres Volkes Hindenburg zum Reichspräsidenten erkor . . ., vollzog sich unbewußt, aber gründlich eine Wandlung in der Einstellung der mindestens zehn Millionen Monarchisten, die durch seine Wahl ein Bekenntnis zur Monarchie hatten ablegen wollen. Der hinter dem Reichspräsidenten aufragende Schatten des Kaisers und Königs überragte einen Hindenburg nicht mehr . . . Einen Funktionär und Platzhalter hatte man gewählt, und einen Träger eigener Größe hatte man zum Reichspräsidenten bekommen.“

Hindenburg wurde zum „Loyalitäts-Pol“, „seine Person trat gleichsam an die Stelle des Monarchen⁵⁾“. Eine Reihe von Publizisten sorgte dafür, dem Volk, das dem Funktionsmechanismus der Demokratie unverständlich gegenüberstand, den Mythos von Hindenburgs Führerpersönlichkeit zu suggerieren⁶⁾. Hierbei wirkte mit, daß Hindenburgs Rolle als monarchisch überhöhter Repräsentant des Staates schon im I. Weltkrieg Grund gelegt worden war, in dem die

¹⁾ Vgl. Graf Westarp, „Die Entwicklung zum Präsidialkabinett“ (oben Anm. 742), S. 11 f.

²⁾ Vgl. „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 36 vom 10. September 1932.

³⁾ Vgl. Eschenburg a.a.O. S. 41 bzw. S. 53.

⁴⁾ „Politische Wochenschrift“ IV/24 vom 14. Juni 1928, S. 495 ff.

⁵⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 243, spez. Anm. 41 ebd.

⁶⁾ Vgl. Stapel, „Fiktionen der Weimarer Verfassung“, S. 113: „Hindenburg ist ein Volkskönig, obgleich er nur den Titel eines Präsidenten führt“; desgl. Ders., „Preußen muß sein“, S. 19: „Dieser Preuße ist heute der einzige Mensch, der das Deutsche Reich zusammenhält. Mag man Bedenken gegen seine Politik haben oder nicht, die Tatsache ist unleugbar, daß ein preußischer Junker, der seinen allernähdigsten König und Herrn im Herzen hegt, der Eckstein des Reiches ist, der einzige Deutsche, dessen bloße Existenz unentbehrlich ist.“

Gestalt des Kaisers immer stärker zurücktrat und Hindenburgs Namen Platz machte. Es wurde sogar allen Ernstes geäußert, erst Hindenburg und Groener hätten 1918 der Republik „die Autorität einer unverdorbenen Herrschaftstradition“ übermittelt und seien so „Träger der Legitimität der neuen Verfassung“ geworden¹⁾. Die Wirkung dieser Legende war, daß man Hindenburg bereits als „Reichsverweser“ sah und folgerte, daß diejenigen, die angeblich den Staat von Weimar „legitimiert“ hatten, auch berechtigt seien, ihn wieder zu stürzen²⁾. Selbst Hindenburg scheint zeitweilig dieser Ansicht erlegen zu sein³⁾. So war psychologisch für Brünings Sturz der Weg geebnet, nachdem erst kurz zuvor Brüning und Westarp Hindenburgs Wiederwahl erzwungen hatten⁴⁾.

III. Die Schlüsselfigur: Brüning

Die Schlüsselfigur für ein Verständnis der volkskonservativen Gesamthaltung ist Brüning. Allerdings ist es erschwert, solange Brünings und auch Treviranus' Memoiren noch ausstehen⁵⁾. Vor allem die Frage, ob Brüning wirklich den „Gedanken der Präsidialregierung inauguriert⁶⁾“ hat oder ob er nur die staatliche Krisensituation mit den präsidialen Vollmachten hat überwinden wollen, harrt noch der Aufklärung⁷⁾. Die Selbstidentifikation der Volkskonservativen

¹⁾ Michael/Lohmann, „Der Reichspräsident ist Obrigkeit“, S. 14 ff.

²⁾ Vgl. Günther, „Reichsgeschichte und Reichsreform“, S. 179: „In der Stellung des Reichspräsidenten und in der geschichtlichen und persönlichen Autorität des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zeichnen sich bereits die Züge eines Reichsverwesers ab. — Die Mitwirkung des Volkes an der von ihm zu führenden politischen Entscheidung könnte am ehesten in der plebiszitären Form gesucht werden. Ein ernsthafter Widerstand ist, da das gegenwärtige System von niemand mehr verteidigt wird, nicht zu erwarten, wenn die Entscheidung in klarer Form und mit unzweideutiger Energie, die sich auf alle Machtmittel des Reiches stützt, herbeigeführt wird.“

³⁾ In einer Unterredung mit v. Papen am 17. November 1932 soll Hindenburg erklärt haben, daß „er fest entschlossen sei, auf keinen Fall auf eine Präsidialregierung zu verzichten und zu den früheren parlamentarischen Methoden zurückzukehren“: vgl. v. Papen a.a.O. S. 241.

⁴⁾ Vgl. Treviranus, „Graf Westarp“, „Deutsche Rundschau“, Jg. 81 (1955), H. 12, S. 1263 ff.: „In der Frage der Wiederwahl des Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 richteten sich an Westarp die schwankenden Elemente auf, darunter Hindenburg selbst.“

⁵⁾ Das Erscheinen der letzteren ist unter dem Titel „Heinrich Brüning und seine Zeit“ für 1965 vorgesehen: Mitteilung G. R. Treviranus an Verf.

⁶⁾ Vgl. S. 167, Anm. 14.

⁷⁾ Vgl. Karl Dietrich Erdmann, „Die Zeit der Weltkriege“ (Bd. IV von Gebhardt, „Handbuch der Deutschen Geschichte“), Stuttgart 1959, S. 164: „Die Frage, ob auch Brüning zu Anfang des Jahres 1930 eine Verfassungsänderung als Ziel vor Augen sah, läßt sich nach dem heutigen Stande unseres Wissens nicht beurteilen.“ Die These, daß Brüning tatsächlich die Demokratie zu retten beabsichtigte, und zwar zuerst durch eine Hugenberg schwächende Wahl, dann durch ein Durchhalten bis zum außenpolitischen Erfolg und bis zum Abebben der Wirtschaftskrise, vertritt Werner Conze, „Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise“, in: HZ 199 (1964), H. 3. — Nach Treviranus, „Die Wurzeln des Übels“, „Parlament“ III/4 vom 28. Januar 1953, soll Brüning es Weihnachten 1929 abgelehnt haben, einen Vorschlag Schleichers, „an die Spitze eines Präsidialkabinetts ohne parlamentarische Verantwortung zu treten, auch nur zu diskutieren“. Schleicher habe dies „nie verwunden“.

mit Brüning ging wenigstens so weit, daß sie die Bezeichnung „volkskonservativ“ später nur denen zugestanden, die auch nach Brünings Sturz ihm die Treue hielten¹⁾. Auch der Vertrauensmann Hindenburgs unter den Volkskonservativen, Graf Westarp, entschied sich für Brüning und gegen den Reichspräsidenten²⁾. In Abwandlung eines auf die Freikonservativen unter Bismarck geprägten Satzes könnte man die Volkskonservativen die Partei „Brüning sans phrase“ nennen.

Brünings prinzipielles Regierungsverfahren war „nicht Regierung gegen das Parlament, aber doch relative Unabhängigkeit und Einschaltung außerparlamentarischer Hilfsmittel für den Fall parlamentarischen Widerstandes, nicht Präsidialdiktatur, aber doch engste Zusammenarbeit mit dem Präsidenten, der aus seiner konstitutionellen Zurückhaltung heraustreten und durch direkten Eingriff (Artikel 48 oder Reichstagsauflösung) einen parlamentarischen Engpaß der Regierung erweitern mochte, nicht Ausschaltung der mehrheitsunfähigen Parteien, aber nur lose Zusammenarbeit mit einer von Fall zu Fall gewonnenen Tolerierungsmehrheit³⁾“. Die Bewältigung der Probleme, die durch die Staats- und Weltwirtschaftskrise aufgeworfen waren, erfolgte fast ausschließlich auf dem Verwaltungswege, wobei sie fast stets noch Brünings außenpolitischen Rücksichtnahmen untergeordnet wurden. Die fehlende Publizität, der bürokratische Charakter vieler Maßnahmen führte für Brünings Gefolgschaft zu erschwerenden psychologischen Belastungen. Wenn er auf volkskonservative Kritik gestoßen ist, dann hier. Sie wich immer wieder der Einsicht in den Zwang, unter dem Brüning handelte. Aber es bleibt doch eine Tatsache, daß neben der emotionalen Argumentation der Nationalisten „die alten aufklärerischen Methoden der politischen Propaganda nicht mehr mit Erfolg angewandt⁴⁾“ werden konnten, daß man „Brüning nicht ohne Grund nachsagte, ihm sei Propaganda innerlich zuwider⁵⁾“ und daß der sozialdemokratische Leiter der Reichspressestelle, Walter Zechlin, der selbst bekannt hat: „Ich habe es nie als meine Aufgabe angesehen, die Meinung meines Chefs der Presse zu vermitteln, sondern ich war bemüht, die Meinung der Presse meinem Chef zu vermitteln⁶⁾“, auf der Rechten kein Echo finden konnte. Vor allem geriet so Brünings „Deflationspolitik“ in ein falsches Licht. Die Notverordnung, die die Presse zur

¹⁾ Mündl. Mitteilung G. R. Treviranus an den Verf. — Zu einem gewissen Brüning-„Kult“ in volkskonservativen Kreisen vgl. kritisch Brief v. Vahlkampf an Volkskonservative Stimmen vom 17. August 1931 (W.-A.).

²⁾ Vgl. Treviranus, „Graf Westarp“ a.a.O.: „Hindenburg war der Mann seiner Wahl 1917 wie 1919, 1925 und 1932. Aber er blieb an Brünings Seite, als der Feldmarschall den Kanzler fallen ließ. Ritter ohne Furcht und Tadel.“

³⁾ Bracher a.a.O. S. 307.

⁴⁾ W. Gerhart (Waldemar Gurian), „Um des Reiches Zukunft“, S. 69.

⁵⁾ Georg Schröder in Vk. St. III/15 vom 16. April 1932.

⁶⁾ Vgl. „Die Welt“ Nr. 287 vom 10. Dezember 1959; zur volkskonservativen Kritik an Zechlin vgl. Brief v. Maltzahn an Graf Westarp vom 22. Oktober 1931 (W.-A.) und Vk. St. II/43, II/45 vom 31. Oktober und 14. November 1931.

Veröffentlichung bestimmter amtlicher Nachrichten verpflichtete, da „Erklärungen der deutschen Reichsregierung in einem Teil der deutschen Presse entweder unterschlagen oder verstümmelt und entstellt gebracht werden¹⁾“, war gewiß der psychologisch unglücklichste Weg zur Beeinflussung einer aufgewühlten öffentlichen Meinung²⁾.

Der Schwerpunkt von Brünings politischer Arbeit muß in der Außenpolitik gesehen werden. Er hat den Abbau der Reparationen und Deutschlands Recht auf Rüstungsgleichheit im Prinzip durchgesetzt gehabt³⁾, als er gestürzt wurde, und nicht zuletzt dieser Erfolg ist es gewesen, der für die Volkskonservativen Brünings Abgang als politisches Unglück erscheinen ließ⁴⁾. Ihre Ansicht, „daß es bei voller Würdigung der Bedenken ein Fehler war, der NSDAP nicht nach den Wahlen 1930 die Regierungsbeteiligung anzubieten⁵⁾“, kann rückblickend nicht geteilt werden⁶⁾. Aber sie revidierten selbst ihre Ansichten unter der Verschärfung der politischen Lage Schritt für Schritt: in der Frage der Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle der Bürokratie⁷⁾, in dem Akzentwechsel in der Beurteilung des Parteiwesens⁸⁾, schließlich auch des Parlamentarismus⁹⁾. Brünings Sturz begrub alle Ansätze zu einer positiven Weiterentwicklung der gemäßigten Rechten, die darin lagen.

¹⁾ Vgl. „Volkskonservative Führerbriefe“ Nr. 7 vom 22. Juli 1931.

²⁾ Vgl. grundsätzlich auch Brief Graf Westarp an Brüning vom 2. Oktober 1931 (W.-A.), in dem er u. a. das Fehlen jeder Motivation bei den Notverordnungen und das Fehlen eines wirksamen Presseapparats bedauert.

³⁾ Vgl. Brüning, „Brief“, a.a.O. S. 10; desgl. Erdmann a.a.O. S. 167.

⁴⁾ Vgl. Graf Westarp in „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 26 vom 30. Mai 1932 (ungez. Artikel, noch vor Brünings Sturz geschrieben) und ebd. Nr. 27 vom 7. Juni 1930; s. auch oben S. 159 f.

⁵⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 39 vom 13. Oktober 1932; ebd. einschränkend (Fußnote): „Bei den Bedenken Dr. Brünings wirkte damals und noch mehr später seine Kenntnis der Personalien einer ganzen Anzahl von Naziführern mit.“

⁶⁾ Vgl. grundsätzlich Josef Becker, „Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930 bis 1932“, HZ Bd. 196 (1963), H. 1, S. 74 bis 111.

⁷⁾ Vgl. Brief Prof. Hoetzsch an Graf Westarp vom 23. November 1931 (W.-A.).

⁸⁾ Vgl. Graf Westarp, „Am Grabe der Parteiherrschaft“ (1932), S. 127 ff.: „... Ohne Parteien kann die politische Arbeit im Parlament (die Westarp allerdings auf die Legislative und Regierungskontrolle beschränkt sehen will) nicht geleistet werden ... Wenn ich als absolutistischer Reaktionär gelte, so kann auch das mich nicht hindern, gerade jetzt gegen den Strom zu schwimmen, der Parteiorganisation und Parteiinteresse, Parteipolitik und Parteeinfluß ganz zu beseitigen droht. Selbst wenn einmal die Volksvertretung nicht durch eine ... Massenwahl gebildet, sondern aus der Selbstverwaltung ... hervorgehen sollte, wird es politische Parteien geben müssen ...“.

⁹⁾ Vgl. Dr. Dähnhardt in Vk. St. IV/2 vom 14. Januar 1933: „Wie oft hat man nicht dem Parlamentarismus die Kulissenverhandlungen bei einer Regierungsneubildung, die sich oft wochenlang hinzogen, den Streit der Interessengruppen ... innerhalb einer Koalition, die aus verschiedenen Partnern zusammengesetzt war, zum Vorwurf gemacht ... Auch der größte Optimist könnte nicht behaupten, daß in dieser Hinsicht der staatsrechtliche Übergangszustand ... einen Fortschritt gebracht hätte. Nie haben die Intrigen und Kabalen der Vorzimmer ..., die Wünsche schwer faßbarer und ständigem Wechsel unterworfenen Kliquen und Kamarillen eine so große Rolle gespielt wie gegenwärtig.“

„Nicht das Parlament, sondern Hindenburg, dessen Senilität durch die Intrigen Schleichers und Papens ausgenützt wurde, entzog ihm plötzlich das Vertrauen. Nach dem Buchstaben der Weimarer Verfassung wäre dies kein Grund für Brünings Rücktritt gewesen¹⁾.“ Wenn Bracher²⁾ meint: „Für Brüning gab es keine Alternative zu dem so oft beschworenen ‚Vertrauen‘ des Reichspräsidenten“, so ist das ein offenes Problem. Treviranus fragt: „War Brünings Entsagung gerechtfertigt?“ und antwortet, daß er, im Gegensatz zu Dietrich und Stegerwald, Brüning geraten habe, vor den Reichstag zu treten, die Bilanz der Außenpolitik darzulegen und vom Reichspräsidenten bis zum Votum des Reichstages die Belassung der Kanzlerschaft zu fordern³⁾. Zumindest die Frage, ob Brünings Kabinett „eine Mehrheit für Ablehnung von Mißtrauensvoten und von Anträgen auf Aufhebung der Notverordnungen finden werde“, war auch nach Westarps Ansicht „im Mai 1932 keineswegs in höherem Grade zweifelhaft, als das bis dahin bei jedem Zusammentritt des Reichstages der Fall gewesen war⁴⁾“. Aber Brüning verharnte bei seinem Rücktritt und verwarf das Angebot Loebes, darüber den Reichstag in einer Kampfabstimmung entscheiden zu lassen⁵⁾. „Brüning fiel über seine eigene Lehre vom ‚Präsidialkabinett‘ und war ein viel zu ehrlicher und konsequenter Mann, um die Folgerung seines Abschieds nicht zu ziehen, wenn die Folgerung sich nun gegen ihn selbst richtete⁶⁾.“

Mit Brünings Rücktritt waren endgültig alle Aussichten zerschlagen, die DNVP zu einer sinnvollen Zusammenarbeit mit dem Zentrum und einer Lösung von der NSDAP zu bewegen — von Anfang an das Ziel der Volkskonservativen. Einmal noch hatten im Februar 1931 Äußerungen v. Oldenburg-Januschau, der den Auszug der Deutschnationalen aus dem Reichstag „nur sehr widerstrebend mitgemacht und verbürgt geäußert“ hatte, „daß er Brüning für den besten Kanzler seit Bismarck halte⁷⁾“, vergebliche Hoffnungen geweckt. Doch nicht einmal Hergt, einst der Führer des gemäßigten Flügels der DNVP, fand sich zu einer von Westarp gewünschten „klärenden Aussprache“ bereit⁸⁾. Die „neue Rechte“ blieb eine Fiktion.

¹⁾ v. Aretin a.a.O. S. 36 f.

²⁾ A.a.O. S. 523.

³⁾ Vgl. oben Anm. 2.

⁴⁾ Graf Westarp, „Die Entwicklung zum Präsidialkabinett“, „Preußische Jahrbücher“, Bd. 230, H. 1 (Oktober 1932), S. 4.

⁵⁾ Mündl. Mitteilung G. R. Treviranus an den Verf.

⁶⁾ v. Aretin a.a.O.

⁷⁾ Brief Graf Westarp an Wallraf vom 24. Februar 1931 (W.-A.); vgl. Vk. St. II/17 vom 2. Mai 1931. — Westarp stellt fest: „Er (Oldenburg-Januschau) ist der einzige, der persönlich freundschaftliche Beziehungen zu mir, und zwar ostentativ aufrechterhält.“

⁸⁾ Graf Westarp a.a.O.

IV. Der Plan einer „Neuen Rechten“

Der Gedanke einer Sammlung der bürgerlichen Kräfte zu einer neuen Rechtspartei, die im Wechselspiel mit der „Linken“ ein parlamentarisches Regierungssystem nach angelsächsischem Muster ermöglicht hätte, war so alt wie die Weimarer Republik selbst. Vor allem Ernst Troeltsch hat ihn überzeugend vertreten. Er erklärte, die Umgruppierung der drei großen bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP, DDP), „die klare Scheidung der Restaurationsleute und der Optanten für die neue Entwicklung, der Verzicht auf das Schlagwort ‚national‘ wäre das große Bedürfnis der Lage“; das Ziel sei, „die Mitte zu verbreitern und die Opposition soweit wie möglich in eine loyale Opposition zu verwandeln“. Es bedürfe „eines konservativen Intelligenzmomentes in der Regierung“, das „ganz und gar nicht bürgerlich-antisozialistisch im alten Sinn der ‚staats-erhaltenden‘ Parteien“ sein dürfe, das die neuen Verhältnisse ehrlich annähme, aber innerhalb dieser die jedem Staat unentbehrlichen relativ konservativen Interessen verträte¹⁾. Dieser Gedanke, konstitutiv auch für die Volkskonservativen, ist immer wieder aufgenommen worden und immer wieder gescheitert.

Eine Schlüsselstellung für alle in diese Richtung gehenden Überlegungen nahm das Zentrum ein, die klassische deutsche Ausgleichspartei. Es zeigte sich allerdings, daß gerade der weitgespannte Rahmen der Zentrums Partei einer einseitigen Option zwischen links und rechts hinderlich entgegenstand und daß spezifische ihrer Interessen, kulturpolitische im Reich, personalpolitische in Preußen, eine eindeutige Entscheidung für sie unmöglich machten²⁾ und ihr die staatspolitische Schlüsselstellung wichtiger erscheinen ließen³⁾ als eine klare Orientierung nach einer der beiden Seiten, die in doppelter Weise in der Partei gewünscht wurde, ohne sich durchsetzen zu können⁴⁾. In diesem Zusammenhang bedauerten die Volkskonservativen, daß den „linksliberalen politischen Antrieben im Zentrum“ immer wieder „durch die scheinconservativen Mächte auf der Rechten die Argumente geliefert“ würden⁵⁾.

Der Gedanke „einer unmittelbaren Verbindung von Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei als den wesensähnlichsten Gruppen des Reichstages“ im Rahmen einer großen „volkskonservativen Gemeinschaft“ war mitauslösend für die Entstehung der volkskonservativen politischen Konzeption und wurde schon 1926, in bewußter Abkehr von der gleichzeitig von anderer Seite betriebenen „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen DNVP und

¹⁾ Troeltsch, „Spektator-Briefe“, S. 166 f.; vgl. auch ebd. S. 56.

²⁾ Vgl. Neumann a.a.O. S. 42 f.

³⁾ Vgl. ebd.: „... Fast scheint es ein Programm: Rechtskoalition im Reich, Linkskoalition in Preußen — die Notlösung einer Mitterregierung, um die beiden gemäßigten Flügelparteien an die Staatsführung zu binden, zu der sie sich bei ihren scharfen Gegensätzen nicht unmittelbar zusammenfinden können.“

⁴⁾ Vgl. zu den Richtungsgruppen im Zentrum Buchheim a.a.O. S. 333 f.

⁵⁾ Ullmann, „Die Rechte stirbt“, S. 38.

DVP, durch Ullmann, Lambach und Treviranus vertreten¹⁾. Ullmann erklärte, „mit einer bloßen Einigung negativer Art, mit einem ‚Bürgerblock‘ gegen die Sozialdemokratie“ allein sei nichts getan, eine erfolgversprechende Politik sei ohne das Zentrum nicht mehr möglich. „Die wahrhaft volksskonservativen Kräfte im Zentrum“ seien stark und würden von den gleichen Kräften auf der Rechten angezogen. Nötig sei nur, daß sich die Rechte „reinlich von den liberalistischen Einschlügen verschiedener Art“ in ihren eigenen Reihen scheide²⁾. Von diesen frühen Gedanken führt eine direkte Linie zur volksskonservativen Sezession 1929.

Erst einmal setzte sich innerhalb der DNVP nicht diese, vom rechten Gewerkschaftskreis um Lambach propagierte Linie, sondern die von den Vorsitzenden der „Preußischen Arbeitsgemeinschaft“ im Preußischen Staatsrat, Frhr. v. Gayl und Dr. Jarres, vertretene Auffassung eines engeren Zusammengehens von DNVP und DVP durch, die mit einer Fraktionsgemeinschaft im Reichstag und im Preußischen Landtag beginnen sollte. Der Gegensatz beider Parteien, nach Hugenburgs und der Ansicht anderer Deutschnationaler nur durch die Person Stresemanns bedingt³⁾ — Differenzen mit Stresemann waren 1924 auch der Anlaß des Übertritts der „Nationalliberalen Vereinigung“ mit Quaatz, Klönne, Vögler, Gildemeister und Becker zur DNVP⁴⁾ —, ließ das Projekt aber nach zustimmenden Äußerungen der deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp und D. Winckler⁵⁾ sowie des Deutschnationalen Parteitag in Köln am Widerstand des Reichsausschusses der DVP scheitern⁶⁾.

Mit Stresemanns Tod schien „das seit 1919 erstarrte deutsche Parteiensystem aufzubrechen⁷⁾“. Der Hingang dieses bis dahin die politische Szenerie beherrschenden Staatsmanns und das Volksbegehren gegen den Youngplan konnten als „Ausgangspunkte für vorläufig noch unklar brodelnde Neubildungen“ betrachtet werden⁸⁾. Stresemann selbst hatte seine Partei in der „Krisis“ gesehen und deren Überwindung in der „Bildung einer großen Partei der Mitte außerhalb des Zentrums von den ‚linken‘ Deutschnationalen bis zu den ‚ver-

¹⁾ Vgl. Ullmann in „Politische Wochenschrift“ II/11 vom 18. März, II/30 vom 29. Juli 1926; Treviranus in „Berliner Börsenzeitung“ vom 23. Juli 1926; Lambach in „Politische Wochenschrift“ III/37 vom 15. September 1927, desgl. „Politische Praxis“, II (1927), S. 60.

²⁾ Vgl. Ullmann, „Notwendige Einigungen — notwendige Trennungen“, „Politische Wochenschrift“ II/30 vom 29. Juli 1926.

³⁾ Vgl. A. Thimme, „Stresemann“, S. 88 f.; Bracher a.a.O. S. 83 f. — Desgl. Hans Erdmann v. Lindeiner-Wildau, „Wir und die Deutsche Volkspartei“, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 77 Berlin 1921.

⁴⁾ Vgl. Liebe a.a.O. S. 78.

⁵⁾ Vgl. Graf Westarp, „Klar das Ziel, fest das Wollen“, Rede auf dem Reichsparteitag der DNVP in Köln am 9. September 1926, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 260, S. 18 ff.

⁶⁾ Vgl. „Politische Wochenschrift“ III/37 vom 15. September 1927.

⁷⁾ Max Habermann in „Handelswacht“ Nr. 20 vom 25. Oktober 1929.

⁸⁾ Ders. ebd. Nr. 22 vom 25. November 1929.

nünftigen' Demokraten¹⁾“ erblickt. Ähnlich äußerte sich der Abgeordnete v. Kardorff in der „Berliner Börsenzeitung“. Aus anderen Motiven heraus, die sich aus Spannungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Regierungskoalition ergaben, bedauerte Kaas in einer öffentlichen Rede, daß keine nationale Opposition vorhanden sei, mit der die Politiker im Ernstfall als parlamentarischem Machtfaktor rechnen müßten²⁾).

Die volkskonservative Sezession, die mit der Krise der „Großen Koalition“ zusammenfiel, schien der Auslöser sein zu sollen, der diese verschiedenen Kombinationen zu einer konservativen Sammlungsbewegung vorantrieb. Die Volkskonservativen schienen ihren Schritt selbst so zu verstehen, wenn sie als den Hauptansatzpunkt ihrer Arbeit die „Erneuerung des Parteiwesens“ ansahen und offiziell verkündeten³⁾:

„Wir wollen in staatspolitischer Gemeinschaft und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen zusammenarbeiten. Wir werden die Notwendigkeit sichtbar machen, daß Parteien einander nicht nur zu bekämpfen, sondern mit dem Blick aufs Ganze auch zu ergänzen haben.“

Mit dem hellsichtigen Blick des Gegners erkannte der frühere sozialdemokratische Reichsinnenminister Sollmann, der von dem „großen konservativ-sozialen Block“ sprach, „der die marxistische Sozialdemokratie überwinden soll⁴⁾“, um was es hier ging.

Tatsächlich schien sich eine parteipolitische Neuformation zu vollziehen. So sondierte die Bayrische Volkspartei, seit ihrem „letztlich entscheidenden Votum⁵⁾“ bei der Reichspräsidentenwahl 1925 und wegen ihrer monarchistischen Grundhaltung ein wichtiges Bindeglied zwischen der Rechten und dem Zentrum, in ihrer Parteikorrespondenz Ende Januar 1930, ob nicht eine „engere Zusammenarbeit zwischen Bayrischer Volkspartei bzw. Zentrum und der christlich-nationalen Fraktionsgemeinschaft“ hergestellt werden könne⁶⁾. Der Fühler wurde von den „Konservativen Stimmen“ unter der Überschrift „Neubildung der Rechten“ durchaus positiv aufgenommen⁷⁾, ohne daß vorerst weitere Schritte erfolgten. Doch konnte die „Rheinische Zeitung“ vom 2. Mai 1930 melden, daß kurz zuvor „Besprechungen zwischen Wirth, Brüning und zwischen Vorstandsmitgliedern der Zentrumsparlei und Zentrumsfraktion“ stattgefunden

¹⁾ Vgl. Conze, „Die Krise des Parteienstaates“, HZ 178, S. 59 f.

²⁾ Vgl. Habermann in „Handelswacht“ Nr. 20 vom 25. Oktober 1929.

³⁾ Gründungsaufruf der Volkskonservativen Vereinigung, in Vk. St. I/1 vom 1. Februar 1930.

⁴⁾ In „Rheinische Zeitung“, nach „Handelswacht“ Nr. 24 vom 25. Dezember 1929: „Herr Hugenberg tobt gegen uns. Herr Hitler rast. Herr Seldte paradiert. Die geistige Offensive gegen uns aber bereiten Brüning und Treviranus vor . . . Hugenberg? Reden wir nicht zuviel von den Toten. Rüsten wir uns auf die Kämpfe mit den Lebenden . . . Entscheidungen im deutschen Parteileben reifen heran.“

⁵⁾ Bracher a.a.O. S. 78; vgl. auch Görlitz, „Hindenburg“, S. 251.

⁶⁾ Nach „Pressebericht Nr. 24“ der DNVP vom 29. Januar 1930.

⁷⁾ Vk. St. I/1 vom 1. Februar 1930.

hätten „mit dem Ziele, bei den kommenden Reichstagswahlen, die nunmehr in allernächster Zeit bestimmt bevorstehen, vier bisherige Mitglieder der deutschen nationalen Reichstagsfraktion als Spitzenkandidaten auf die Reichsliste des Zentrums zu übernehmen, und zwar (in der Reihenfolge): Klönne, Behrens, Mumm und Treviranus¹⁾“. Der Vorstand der DNVP beriet, wahrscheinlich auf Grund einer ähnlichen Information, am 25. April, „ob die gegenwärtige Stellung des Zentrums schon einen Übergang zu einer volkskonservativen Politik im Sinne einer antimarxistischen Stellungnahme bedeute. Es wurde von einer Seite hervorgehoben, daß die Kurie und das Episkopat in dieser Richtung wirksam seien. Aber es wurde dem entgegengehalten, daß der Einfluß, insbesondere des Episkopates auf das Zentrum sich bisher merkwürdig schwach erwiesen“ habe, was „mit dem demokratischen Zeitgeist“ zusammenhänge²⁾.

Gleichzeitig geriet mit der Bildung der „Volksnationalen Reichsvereinigung“, ausgehend vom „Jungdeutschen Orden³⁾“, Bewegung in die Parteifronten. Der „Jungdeutsche Orden“, der, ohne sich unmittelbar zur Republik und ihren Symbolen zu bekennen, doch den Grundsatz der „positiven Mitarbeit“ proklamierte⁴⁾, arbeitete seit 1925 im Sinne einer deutsch-französischen Verständigung, stand in scharfem Gegensatz zu Hugenberg und hatte auch den Youngplan unterstützt. „Der Erlaß von ‚Richtlinien zur Vorbereitung einer volksnationalen Aktion‘ durch das Hochkapitel vom 25./26. Januar 1930 beantwortete die Frage, ob es sich dabei um die Gründung einer neuen Partei handle, mit der Definition, daß man einen ‚Volksbund mit parlamentarischem Machtwillen‘ schaffen wolle⁵⁾“. Am 5./6. April wurde auf einem „Reichsvertretertag“ in Berlin die offizielle Gründung vollzogen⁶⁾. Anfangs liefen die „volkskonservativen“ und „volksnationalen“ Sammlungsbestrebungen unabhängig voneinander parallel. Doch wurde ihre Gleichgerichtetheit schon durch einen Vortrag offenbar, „den der demokratische Politiker, ehemalige badische Staatspräsident und Reichspräsidentenskandidat Prof. Hellpach Anfang April 1930 in der Demokratischen Vereinigung in Köln zu dem Thema ‚Innerdeutsche Generalreinigung‘ hielt“. Hellpach nannte hier eine „große konservative Volkspartei“ von Lin-

¹⁾ Nach „Der Deutschnationale“ VI/5, Mai 1930, S. 6. — Nach der „Rheinischen Zeitung“ bestand „an dem Wahrheitsbeweis dieser Meldung nicht der geringste Zweifel“; Treviranus (mündl. Mitteilung an den Verf.) bestätigt dies (bis auf die angegebene Reihenfolge). Brüning's Vorgehen sei ihm selbst aber unbekannt gewesen und ohne Fühlungnahme erfolgt.

²⁾ „Der Deutschnationale“, VI/5, Mai 1930, S. 4.

³⁾ Vgl. Klaus Hornung, „Der Jungdeutsche Orden; Ein Beitrag zur Geschichte des ‚Neuen Nationalismus‘ in Deutschland 1919 bis 1933“, Diss. Ms. Tübingen 1955, veröffentlicht in „Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, Düsseldorf 1958 (hier zitiert als Manuskript); desgl. Vera Gebhardt, „Ideen und Politik des Jungdeutschen Ordens unter besonderer Berücksichtigung des Versuches zur Gründung einer neuen Mittelpartei: ‚Volksnationale Reichsvereinigung‘, ‚Deutsche Staatspartei‘“, Diss. Ms. Hamburg 1952.

⁴⁾ Vgl. Alter a.a.O. S. 87 ff.

⁵⁾ Hornung a.a.O. S. 121 ff.

⁶⁾ Ebd.

deiner bis Lemmer als das Ziel der politischen Neugruppierung in Deutschland. Als Widerpart zur SPD sollte diese Partei die Regierungspartei Brünnings werden, eine Partei, die auf dem Boden der Republik stehe und als „Synthese von konservativer Gläubigkeit und liberaler Geistigkeit“ in der Volkskonservativen Vereinigung und der Volksnationalen Reichsvereinigung präformiert sei¹⁾). Hellpach selbst trat Anfang Mai aus der DDP aus, als er für seine Ideen einer großen bürgerlichen Partei mit Einschluß der Volkskonservativen dort kein Echo fand²⁾).

Alle Tendenzen zur Umbildung des deutschen Parteiwesens trafen sich, als für den 14. September 1930 neue Reichstagswahlen ausgeschrieben waren; sie trafen sich, aber sie fanden sich nicht. Ob es sich um Groeners Plan eines „Hindenburg-Bundes“ „vom Landbund bis zu den Demokraten³⁾“, um den kurzfristigen Zusammenschluß von „Volksnationaler Reichsvereinigung“ und Demokratischer Partei zur „Deutschen Staatspartei⁴⁾“ oder um die volkskonservativen Bemühungen um eine „neue Rechte“ einschließlich der DVP handelte⁵⁾: alle Projekte zerschlugen sich. Die Gründe dafür sind vielfältig und können hier nicht untersucht werden⁶⁾. Die Wirtschaftspartei, mit der die Volkskonservativen u. a. in Verhandlungen getreten waren, ging schon im Herbst 1930 in die Opposition⁷⁾. Die Rechtsschwenkung der DVP nach Stresemanns Tod und vor allem nach dem Rücktritt von Scholz (2. November 1930), der mit Graf Westarp befreundet war und von den Volkskonservativen gern als Innenminister gesehen worden wäre⁸⁾, ihre Annäherung an die „nationale Opposition“ führte zu der seltsamen Frontverschiebung, daß eine nominell „konservative“ Partei eine „liberale“ als „reaktionär“ brandmarkte⁹⁾. Das ernüchternde Fazit zog Graf Westarp in einem Brief vom August 1931¹⁰⁾:

„Die Schwerindustrie und die Banken, wohl auch andere Geldgeber dieser Art, haben seit der vorigen Wahl auf Zusammenschluß mindestens von der Volkspartei bis uns gedrängt; je nach Einstellung der eine nach rechts bis zu den Deutschnationalen, der andere bis zur Staatspartei hin, letzteres allerdings ist mir persönlich kaum entgegengetreten. Versuche von Lindeiner und mir vor der letzten Wahl fanden bei Scholz viel Gegenliebe, scheiterten hauptsächlich am Landvolk. Seitdem ist meines Wissens nichts geschehen außer 1. theoretischem Hin- und Hergerede, 2. einigen praktischen Versuchen von mir, die 100 Abgeordneten zwischen Hugenberg und Zentrum zu gemein-

¹⁾ Ebd. S. 131.

²⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 332.

³⁾ Vgl. oben S. 106 Anm. 16.

⁴⁾ Vgl. Hornung a.a.O. S. 140 ff.

⁵⁾ Vgl. oben S. 108 ff.

⁶⁾ Vgl. im einzelnen Neumann a.a.O. S. 49 ff.

⁷⁾ Vgl. Bracher a.a.O. S. 384.

⁸⁾ Mündl. Mitteilung G. R. Treviranus an den Verf.

⁹⁾ Vgl. „Demaskierung bei der DVP“ in Vk. St. I/22 vom 28. Juni 1930.

¹⁰⁾ Brief Graf Westarp an seinen Schwiegersohn Berthold Frhr. Hiller v. Gaertringen vom 14. August 1931 (W.-A.).

samem Handeln zusammenzuführen, die teilweise Erfolg hatten — Föhlung besteht dauernd. Im Winter wird noch viel darüber palavert werden. Entschlüsse pflegen erst zustande zu kommen, wenn es beinahe oder ganz zu spät ist, also da die Preußenwahl kaum vor Frühjahrs stattfindet, nicht viel früher . . . Von der Staatspartei würden höchstens einzelne zu ertragen sein. Bleiben die 100, auf die mein Bemöhen weiter gerichtet ist. Ich schlage vor, den Zusammenschluß einer positiven Rechten stark zu propagieren, auch die DNVP nicht auszuschließen, sondern vor die Verantwortung zu stellen.“

Westarps Prognose war richtig. Nach einer mißglückten Initiative der Staatspartei fanden erst im Frühjahrs und Sommer 1932 erneute — und diesmal endgültig letzte — Versuche zur Überwindung der Spaltung der gemäßigten Rechten statt. Ein Sonderversuch wurde nur noch im Zusammenhang des Schleicherschen Projekts einer „Gewerkschaftsachse“ vom Habermann-Kreis unternommen, mit der beschränkten Zielsetzung einer einheitlichen staatspolitischen Front der Gewerkschaften¹⁾.

Im Januar erfolgte eine Aufforderung des Abgeordneten Sachsenberg von der Wirtschaftspartei, der zu Westarp engen Kontakt hatte, zur Bildung eines christlich-nationalen Blocks auf ständischer Grundlage, dessen Führung Seldte und dessen Fraktionsführung Graf Westarp erhalten sollte. Sogleich ergaben sich wieder Schwierigkeiten mit der DVP unter Dingeldey, die an dem Programm Anstoß nahm, und mit Simpfendörfer, der um die Autonomie des Volksdienstes fürchtete²⁾. Mit der DVP standen die Volkskonservativen seit deren Ausscheiden aus der Regierungsfront im Herbst 1931 in gespannten Beziehungen³⁾. So kam für die Preußen-Wahlen nur ein — vergebliches — Wahlbündnis von Landvolk und Wirtschaftspartei zustande⁴⁾. Mit der Zuspitzung der Krise um die Regierung Brüning und der Möglichkeit neuer Reichstagswahlen ergab sich aber der Zwang zu weiteren ernsthaften Erwägungen. „Noch steht keineswegs fest“, schrieben die „Volkskonservativen Stimmen“, „ob Brüning wirklich ‚das System‘ bereits endgültig überwunden hat. Wir werden doch alle die geheime Sorge nicht los, ob nicht eines Tages, wie schon einmal 1924, wieder nach dem Buchstaben der Verfassung ‚normal‘ regiert wird und das Tiktak der Koalitionstaktik von neuem beginnt“. In diesem Falle laufe „eine außerparteiliche und außerparlamentarische Gruppe Gefahr, sich politisch auszuschalten und ein bloßer Diskutierklub zu werden“. Deshalb dürfte man „unter keinen Umständen das Ziel und die Möglichkeit einer Neuordnung der Rechten aus dem Auge verlieren⁵⁾“.

¹⁾ Vgl. oben S. 142; ferner Buchheim a.a.O. S. 415 f.

²⁾ Aufzeichnung Graf Westarps über eine Unterredung zwischen ihm und Sachsenberg am 11. Januar 1932 (W.-A.).

³⁾ Die Vk. St. II/45 vom 14. November 1931 sprechen von den „Herren Dingeldey und Hugenberg, deren offizielle Vereinigung auch wir für sinnvoll halten“. Zur rückblickend verständnisvolleren Beurteilung Dingeldeys vgl. Hans Booms, „Die Deutsche Volkspartei“, bei Matthias Morsey a.a.O. S. 523 bis 539.

⁴⁾ Vgl. oben S. 150 f.

⁵⁾ Dr. Gerhardt Giese, „Unser Weg“, in Vk. St. III/20 vom 21. März 1932 (Beilage).

Kurz vor Brüning's Sturz, am 28. Mai 1932, schrieb Graf Westarp an v. Keudell, daß anläßlich neuer Erwägungen über den Zusammenschluß der bürgerlichen Rechtsparteien „Mahraun aus eigener Initiative sich mit Entschiedenheit angeboten“ habe, „den Jungdeutschen Orden einer solchen Neubildung als bündischen Unterbau zur Verfügung zu stellen¹⁾“. Konkrete Verhandlungen unter Leitung von Dr. Solf endeten — nachdem Anfang Mai Graf Westarp in einer Besprechung mit Dingeldey dessen Zustimmung zur Gründung einer „national-bürgerlichen“ oder „staatsbürgerlich-nationalen“ Partei, in Gegenstellung zur NSDAP, der DVP, Wirtschaftspartei und Landvolk ihre Organisationen zur Verfügung stellen sollten, erlangt hatte²⁾ — mit einer Gründungsversammlung in Berlin am 14. Juni und mit der Wahl eines Arbeitsausschusses³⁾. Der fiktive Charakter des Unternehmens trat darin zutage, daß Dingeldey wieder schwankend wurde, neue Differenzen zwischen Landvolk- und Wirtschaftspartei auftraten und der Christlich-soziale Volksdienst sich versagte⁴⁾. Graf Westarp zog sich zurück und distanzierte sich auch von den weiteren Verhandlungen, die zeitweise um eine Fusion der Mitte mit der DNVP unter Goerdeler's Führung gingen und am 2. Juli zu einem Wahlabkommen zwischen DNVP und DVP führten⁵⁾. Der Appell zum konservativen Zusammenschluß hatte versagt. Der nationalistische Zusammenschluß führte zu Hitlers Machtergreifung.

V. „Offiziere ohne Soldaten“

Konservative in der Welt der Diskontinuität

Das Scheitern des konservativ-autoritären Regierungsversuchs vor 1933 ist durch tiefere Gründe als nur die Ungunst der politischen Umstände bedingt gewesen. Sofern „Kontinuität und Konservativität einander ergänzen und Seiten desselben Inbegriffs⁶⁾“ sind, erhebt sich die entscheidende Frage, wieweit „Konservative in der Welt der Diskontinuität⁷⁾“ noch bestehen, einen Führungsanspruch erheben und — was mehr ist — ihn durchsetzen konnten, ohne das konservative Prinzip selber zu diskreditieren.

¹⁾ Brief Graf Westarp an v. Keudell vom 28. Mai 1932 (W.-A.); abgedruckt bei Matthias/Morsey a.a.O. S. 631 f.

²⁾ Brief Graf Westarp an Dr. Rademacher vom 7. Juni 1932 (W.-A.), nach Bracher a.a.O. S. 606. Abdruck des Briefes jetzt bei Matthias/Morsey a.a.O. S. 632—634.

³⁾ Bracher a.a.O., Anm. 22.

⁴⁾ Westarp a.a.O.

⁵⁾ Bracher a.a.O. S. 606; vgl. Booms a.a.O. S. 531 ff.

⁶⁾ Moeller van den Bruck, „Das Dritte Reich“, S. 219.

⁷⁾ Vgl. Karl Kindt, „Konservative in der Welt der Diskontinuität“, in: „Deutsches Pfarrernblatt“ Jg. 1951 Nr. 13 (Antwort auf die Kritik Wilhelm Stapels an Mohler — „Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?“ — ebd. Jg. 1951, Nr. 11). — Zum Begriff der „Diskontinuität“ s. Max Picard, „Hitler in uns selbst“, 1946.

Schon nach der Reichsgründung 1871 hatte einer der letzten „echten“, preußisch-legitimistischen Konservativen, Albrecht von Roon, festgestellt, er „sehe nicht den Boden, auf welchem eine konservative Partei der Zukunft gegründet werden kann¹⁾“. Es war tatsächlich so, daß der „plebejische Konservatismus“, der in der Mitte der siebziger Jahre von den Feudalen aufgerufen und organisiert wurde, um nach der Einberufung des allgemeinen Reichstagswahlrechts über eine Wählergefolgschaft zu verfügen²⁾“, schon pseudokonservative Züge aufwies. „In der Demokratie emanzipierte er sich von der alten Führerschicht, um eigene Wege zu gehen und eigene Ziele anzustreben³⁾“. Schon während des I. Weltkrieges hatte die alte konservative Elite in der psychologischen Führung der Massen versagt; „die patriarchalische Vorstellungswelt des Gutsherrn genügte zwar, um die ländlichen Bereiche des Ostens in strengem Wohlwollen zu leiten, nicht aber, um den dunklen hungernden Massen der grauen Großstädte den inneren Sinn und die Notwendigkeit der Fortführung des Krieges zu verdeutlichen⁴⁾“. Daß die Staatsführung im November 1918 auf den „Desperationskampf auf nationalistischer Grundlage“ verzichtete, „beweist, daß die alte Führungsschicht des kriegerischen Adels und die Masse des Volkes auseinandergefallen war⁵⁾“. „Massendasein, Industrialisierung, durchtechnisierte Maschinenwelt, politische Demokratisierung, Wohlstandsgesellschaft und kulturelle Nivellierung als vorgegebene objektiv-historische Situation“ bedingen, „daß es heute keine konservativen oder liberalen Weltanschauungen und Aktionsprogramme mehr geben kann, sondern nur so etwas wie einen konservativen Denkstil und Verhaltenstypus⁶⁾“. „Einstweilen sind aus den alten Weltanschauungen psychologisch interpretierbare Typen der Stellungnahme geworden, die Inhalte haben sich zu Haltungen formalisiert⁷⁾“.

Es ist nicht so, daß die Volkskonservativen von diesen eingetretenen Veränderungen unberührt gewesen wären. Sie waren sich klar darüber, daß „einer weiteren Öffentlichkeit sich mit dem Wort ‚konservativ‘ gar keine Vorstellung oder das Bild eines junkerlichen Schreckgespenstes aus dem Vorkriegs-Simplizissimus⁸⁾“ verbinde und daß „‚konservativ‘ kein Wort mit augenblicklicher Zugkraft⁹⁾“ sei. Gerade deswegen „sind die ‚Volkskonservativen‘ ein Schlüssel-

¹⁾ Albrecht von Roon in einem Brief vom 3. Februar 1871 an seinen Neffen Moritz von Blankenburg (nach Herbert Blank, „Konservativ“, Hamburg 1953, S. 7).

²⁾ Eschenburg a.a.O. S. 47 bzw. S. 59.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Görlitz, „Junker“, S. 324 f.

⁵⁾ Schüddekopf a.a.O. S. 121.

⁶⁾ H. J. Schoeps, „Konservative Erneuerung“, Stuttgart 1956, S. 43, S. 23.

⁷⁾ Ebd. S. 19 f. — So auch Blank a.a.O. S. 65. Zur frühen Vorwegnahme dieser Einsicht durch Quabbe vgl. oben S. 9 f.

⁸⁾ R. R. Beer, „Konservativ?“, S. 3.

⁹⁾ Brief Amtsgerichtsrat Schoen/Düsseldorf an Graf Westarp vom 20. Juli 1930 (W.-A.).

thema, ist doch an diesem Versuch die Problematik alles Konservativismus in einem Massenzeitalter sehr schön abzulesen¹⁾“.

Auf die Problemstellung „Elite und Masse“, die politisch gesehen die Frage nach der Führungsauslese in der Demokratie ist, kann hier nicht eingegangen werden²⁾. Die konservative Führungsschicht vor 1933 erhob jedenfalls ihren Führungsanspruch mit einer nicht mehr angemessenen Selbstverständlichkeit³⁾. Vor allem aber wurde — von Ausnahmen abgesehen — der in einer pluralistischen Massengesellschaft notwendig reaktionäre Grundzug jeder autoritären Machtdurchsetzung nicht erkannt. Ullmann schrieb 1926: „Heute kann konservative Politik nur gemacht werden mit konservativen Massen gegen internationalistisch und liberalistisch beherrschte Massen“, doch fragte er gleichzeitig: „Wo aber sind konservative Massen⁴⁾?“ Westarp gebrauchte für die Volkskonservativen das Wort „Offiziere ohne Soldaten⁵⁾“ und mußte sich von der „Vossischen Zeitung“ die bittere Feststellung entgegenhalten lassen, er, der immer wieder erklärt habe, das parlamentarische System tauge nichts, das deutsche Volk sei zur Selbstregierung nicht fähig, und es müsse der „starke Mann“ kommen, der allein Deutschland zur Freiheit führen könne, sei nach einem Jahr Diktatur Hugenberg, die die disziplinierteste und stärkste bürgerliche Partei zu einem Scherbenhaufen gemacht habe, aus einem konservativen Legitimisten zu einem meuternden Revolutionär geworden⁶⁾. Wo lagen die Ursachen dieser Verwirrung?

Es ist für die deutsche Rechte nach 1918 verhängnisvoll geworden, daß sie — trotz der gelegentlichen Erkenntnis, auch in der Republik sei eine Weiterbildung konservativer Ideen möglich⁷⁾ — an einem veralteten Herrschaftsschema festhielt. Sie sah nicht, was Ernst Troeltsch schon 1919 erkannt hatte, daß nur die Republik und keine Diktatur, keine Restauration von rechts fernerhin das konservative Prinzip konstituiere⁸⁾. Das wurde besonders deutlich 1930. 1930 „änderte sich die Lage. Die Vertreter der bestehenden politischen Ordnung, die Anhänger des Weimarer Staates, wurden konservativ, d. h. sie verteidigten die Inhalte der bestehenden Institutionen und ihren Geist; sie wandten sich gegen die amorphe Masse, die demagogischen Einflüssen zugänglich sei und deren Augenblickslaune nicht beachtet werden dürfte. Sie beriefen sich auf die Bedeu-

¹⁾ Brief Mohler an Gildemeister vom 12. September 1951.

²⁾ Vgl. von einem früheren Volkskonservativen nur: Rüdiger Robert Beer, „Zur Krise der gesellschaftlichen Führung“, in: „Ordnung als Ziel“, Festschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Peter van Aubel, Stuttgart-Köln o. J., S. 187 ff.; ferner Otto Stammer, „Das Elitenproblem in der Demokratie“, in: Schmollers Jahrbuch 71 (1951), S. 16 ff.

³⁾ Vgl. Moeller van den Bruck a.a.O. S. 126 ff.

⁴⁾ Ullmann in „Politische Wochenschrift“ II/30 vom 29. Juli 1926.

⁵⁾ Brief Graf Westarp an Wallraf vom 24. Februar 1931 (W.-A.).

⁶⁾ „Vossische Zeitung“ Nr. 290 vom 5. Dezember 1929.

⁷⁾ So Ullmann, „Die Rechte stirbt“, S. 34 f.

⁸⁾ Vgl. Erich K. Kollmann, „Eine Diagnose der Weimarer Republik; Ernst Troeltschs politische Anschauungen“, HZ 182 (1956), H. 2.

tung der Kontinuität, um die Unentbehrlichkeit der Weimarer Verfassung zu erweisen, also auf ein Moment, das früher gerade ihre Gegner für sich in Anspruch genommen hatten, die dem republikanischen Regime vorhielten, ein Experiment zu sein, von den bewährten Grundlagen deutscher Staatlichkeit abzuweichen¹⁾.“ Aber ihr Autoritätsverständnis hinderte die traditionell „Konservativen“ daran, aus dieser Sachlage die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Die konservative Parteilehre war seit ihrem Begründer Friedrich Julius Stahl²⁾ autoritär und — in Frontstellung zu Hegel — antitotalitär ausgerichtet³⁾. Der grundlegende Unterschied beider Auffassungen vor 1933 bestand in ihrer verschiedenen Bewertung der Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative. Während die autoritär orientierten Konservativen die Legislative nur auf ihre „ursprünglichen Funktionen“ zurückführen, d. h. sie von der Beteiligung an der Regierungsbildung ausschließen, sonst aber unangetastet lassen wollten, traten die totalitären Kräfte für den Zusammenfall von Exekutive und Legislative in der Hand des „Führers“ ein⁴⁾. Die Konservativen hingegen postulierten, daß „das Ziel der deutschen Revolution nicht ein demokratischer Cäsarismus werden⁵⁾“ dürfe und hielten, während der Totalitarismus keine Grenze der Machtdurchsetzung anerkannte, an letzten sittlichen Wertmaßstäben und ihrer Berücksichtigung im politischen Handeln fest⁶⁾. Ganz in diesem Sinne erklärte Graf Westarp⁷⁾ im Präsidentschaftswahlkampf 1932:

„... Der Reichspräsident berücksichtigt Empfindungen und Erfahrungen großer und wertvoller Teile des deutschen Volkes, wenn er eine Grenze absteckt, vor der Parteiabsolutismus und Parteistreit haltzumachen haben. Herr Goebbels handelt nach dem französischen Wort . . . : ‚Ich bin ihr Führer, also muß ich tun, was sie wollen‘ . . . Reichspräsident von Hindenburg hält fest an der preußisch-deutschen Überlieferung einer über den Parteien stehenden Führung des Staates.“

Aber die alten Bindungen und „natürlichen Volksordnungen“ waren schon zu sehr zersetzt, „als daß man auf sie einen überparteilichen Hoheitsstaat aufbauen konnte. Die Entwicklung zeigt, daß die Kräfte, die im Gegensatz dazu nach einem faschistischen totalen Staat drängten, stärker waren⁸⁾“.

¹⁾ W. Gerhart (Waldemar Gurian) a.a.O. S. 88.

²⁾ Vgl. zu Stahls Bedeutung für die konservative Parteilehre Sigmund Neumann, „Die Stufen des preußischen Konservatismus; Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild Deutschlands im 19. Jahrhundert“, in „Historische Studien“, Heft 190, Berlin 1930, S. 97 ff.; desgl. Quabbe a.a.O. S. 96 ff.

³⁾ Vgl. Schoeps a.a.O. S. 86; ebenso Stapel, „Preußen muß sein“, S. 29.

⁴⁾ Vgl. Edgar Jung, „Herrschaft der Minderwertigen“, S. 295; Carl Schmitt, „Staat, Bewegung, Volk; Die Dreigliederung der politischen Einheit“, Hamburg 1933, S. 35.

⁵⁾ Franz v. Papen, „Appell an das deutsche Gewissen; Reden zur nationalen Revolution“, Oldenburg 1933, S. 103.

⁶⁾ Vgl. Arnold Brecht a.a.O. S. 21 ff.

⁷⁾ Graf Westarp in Flugschrift „Hindenburg und seine Wähler von 1925“, II, „Zum zweiten Wahlgang“ (1932), S. 9.

⁸⁾ Georg Schröder im letzten Heft der „Briefe nach Ostdeutschland“, Nr. 61 vom 4. Juli 1933.

Als die Volkskonservativen, die Landvolkpartei und der Christlich-Soziale Volksdienst sich formierten, hatte bereits eine Gesamtradikalisierung eingesetzt. „Den Vorteil hatten nicht die Deutschnationalen Hugenburgs, sondern die radikaleren und politisch unverbrauchten Nationalsozialisten¹⁾“, die durch Hugenburgs Bündnisschaft dem Bürgertum erst akzeptabel geworden waren²⁾. „Das Absinken, die Proletarisierung der Mittelschichten war zu weit gediehen³⁾“ und „die reaktionären Hemmungen hatten zu lange und zu stark gewirkt“, um eine Umbildung des staatlichen Lebens „etwa im englischen Stil“ noch zuzulassen⁴⁾. Es bildete sich eine Situation heraus, wie sie die „Briefe nach Ostdeutschland“ 1932 drastisch so schilderten⁵⁾:

„Die innere Lage wird täglich ernster. Die Wahnsinnstaten häufen sich. Es ist, als hätten selbst Verständige den Kopf verloren. Alte Freundschaften hören auf. Große Organisationen brechen auseinander. In kirchlichen Vereinen, wirtschaftlichen Verbänden, studentischen Verbindungen toben wilde Kämpfe. Es ist alles möglich, daß im DHV Herr Bechly sich durchgesetzt hat. 90 v. H. seiner Gefolgschaft sind Nazis. In den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen werden altbewährte Führer durch unbewährte Radikale ersetzt . . . Wer die Landtagsstenogramme liest, hat, wenige lucida intervalla ausgenommen, den Eindruck eines Tollhauses.“

Dies war die politische Atmosphäre, die während der ganzen Präsidialära das öffentliche Leben bestimmte. Es nimmt nicht wunder, daß die Volkskonservativen einen „eigenen Stil der Kundgebungen . . . vor einem geladenen Kreise⁶⁾“ bevorzugten, gleichfalls nicht, daß sie im Volk nicht durchdrangen. Ihre Hemmung, die eigene Idee zu propagieren, ja ihre Zweifel an der Möglichkeit ihrer Propagierung überhaupt — „unser tiefster Sinn ist der Masse nicht verständlich“, resignierte Quabbe⁷⁾ — führte zu einem Verzicht auf Breitenarbeit, der zu den anderen Behinderungen der volkskonservativen Durchsetzungskraft hinzutrat. Sie „glaubten an eine ‚Revolution von oben‘, eine ‚Revolution von innen‘⁸⁾“ — und scheiterten.

¹⁾ Neumann, „Die deutschen Parteien“, S. 72.

²⁾ Vgl. Habermann in „Handelswacht“ Nr. 22 vom 25. November 1929: „Von der radikalen Vertretung des § 4 dieses Volksbegehrens (gegen den Youngplan) haben die Nationalsozialisten als konsequente Revolutionäre den großen Gewinn gehabt . . . Was im Volksbegehren an revolutionärem Nationalismus stecken mag, wird in Zukunft die Wege des Nationalismus wandeln . . .“

³⁾ Ullmann, „In der großen Kurve“, S. 73. — Vgl. den gerade in seiner Unbeholfenheit eindringlichen Brief Thiede/Neu-Schönningstedt (Holstein) an Graf Westarp vom 26. März 1932 (W.-A.): „Ich erlaube mir, Ihnen beifolgendes Schreiben an das Ministerium zur gefl. Kenntnis zu bringen. Der Zweck dieses ist, Ihnen den Grund und die Ursache des fortschreitenden Radikalismus etwas zu erläutern. Die zu unternehmende Wahlpropaganda sowohl für den 10., wie den 24. April d. J., müßte dementsprechend wirtschaftlich belehrend abgestimmt sein, um wirkungsvoll zu werden, denn tief, sehr tief im Innern der Einzelnen, wie Gruppen, ist die Idee der NSDAP so suggestiv verbreitet, daß alles andere hart und zürnend abgelehnt wird . . .“

⁴⁾ Ullmann a.a.O. S. 73.

⁵⁾ „Briefe nach Ostdeutschland“ Nr. 31 vom 15. Juli 1932.

⁶⁾ „Volkskonservative Führerbriege“ Nr. 5 vom 5. Juni 1931.

⁷⁾ Quabbe a.a.O. S. 119 f.

⁸⁾ Beer, „Rechenschaft“.

Zusammenfassung

Der Begriff „volkskonservativ“ entstand 1926 in einem christlich-nationalen Gewerkschaftskreis um Hermann Ullmann, den Herausgeber der „Politischen Wochenschrift“, und um den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten aus dem DHV, Walther Lambach. Er entwickelte sich bald zur Sammelbezeichnung der gemäßigten Kräfte in der Deutschnationalen Volkspartei, die — nicht zuletzt ihres gouvernementalen Staatsdenkens wegen — eine „positive Mitarbeit“ auch in der Republik forderten. Ihnen entgegen stand ein ideologisch vom Alldeutschen Verband bestimmter Kreis um Hugenberg, der den Gedanken der „grundsätzlichen Opposition“ gegen das Weimarer „System“ verfocht. Die Gegensätze spitzten sich zu, als zweimalige deutschnationale Regierungsbeteiligungen — 1925 und 1927 — mit einem politischen Mißerfolg endeten. Sie erreichten ihren Höhepunkt nach der Wahlniederlage 1928 mit einem Aufsatz „Monarchismus“ von Walther Lambach („Politische Wochenschrift“ IV/24 vom 14. Juni 1928), in der er die Öffnung der Partei auch für „konservative Republikaner“ verlangte, mit dem Übergang im Parteivorsitz von Graf Westarp auf Hugenberg am 20. Oktober des gleichen Jahres und mit dem von Hugenberg inspirierten „Volksbegehren gegen den Youngplan“ 1929. Sie hatten zur Folge eine zweimalige Spaltung der Partei.

Die erste Sezession, deren unmittelbarer Anlaß das Volksbegehren, vor allem dessen § 4, war, erfolgte am 3. bis 4. Dezember 1929; zwölf Reichstagsabgeordnete unter Führung von Treviranus verließen die Partei und gründeten am 28. Januar 1930 die „Volkskonservative Vereinigung“ als „überparteiliches Sammelbecken junger Kräfte auf der Rechten“. Ihnen folgten — nach einer schweren Krise in der DNVP im April des Jahres, bei der die Vertrauensabgabe für Brüning zur Debatte stand — am 18. Juli 1930 anläßlich der Ablehnung der 1. Notverordnung durch den Reichstag 25 weitere Abgeordnete unter Graf Westarp. Sie schlossen sich teilweise am 23. Juli mit der „Volkskonservativen Vereinigung“ zur „Konservativen Volkspartei“ zusammen. Weitere Zusammenschlußbestrebungen, vor allem mit der Landvolkpartei, schlugen fehl. Bei den Reichstagswahlen am 14. September brachte die neue Partei nur vier Abgeordnete durch: Graf Westarp, Treviranus, v. Lindeiner-Wildau und Lambach. Anschließend ging sie im Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst ein. In der Regierung war sie seit deren Bestehen durch ihren ersten Vorsitzenden Treviranus vertreten.

Nachdem eine Anlehnung der Regierung Brüning nach rechts gescheitert war, ergaben sich angesichts der Staats- und Wirtschaftskrise ernste Zerreiß-

proben für den volksskonservativen Zusammenhalt. Ideologische Verschiedenheiten — einer mehr jungnational-gewerkschaftlichen Richtung mit Lambach, die der Hauptträger der Organisation war, stand eine mehr altkonservativ-gouvernementale Gruppe unter Westarp gegenüber — kamen hinzu. Die Differenzen wurden provisorisch überbrückt, als am 14./15. Februar 1931 ein volksskonservativer Vertretertag beschloß, zur Arbeitsform der „Vereinigung“ zurückzukehren. Doch blieben die Volksskonservativen in Parlament und Öffentlichkeit weiter in der politischen Auseinandersetzung. Sie beteiligten sich am Stahlhelm-Volksentscheid in Preußen 1931, am Präsidentschaftswahlkampf für Hindenburg 1932 und wahrten zu Brüning ein Treueverhältnis, das über dessen Sturz hinauswährte. Dem Regierungsexperiment v. Papens standen sie kritisch gegenüber.

Mit dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung geriet auch die „Volksskonservative Vereinigung“ in eine innere Krise. Nach dem Übergang der Führung von Dr. Lejeune-Jung auf Dr. Dähnhardt am 5. Juni 1932 beteiligte sie sich nicht mehr an Wahlen und widmete sich ausschließlich der politischen Bildungsarbeit. Dennoch wirkte sie, vor allem publizistisch, weiter im Sinne der von ihr vertretenen Zielsetzung „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“. Eine vom Westarp-Kreis im Sommer 1931 gegründete „Nationalpolitische Arbeitsgemeinschaft“ warb „für die Politik der Regierung in den dem Radikalismus zuneigenden Kreisen des Ostens um besseres Verständnis“. In ihrem Organ „Briefe nach Ostdeutschland“ wie in den „Volksskonservativen Stimmen“ wurde eine entschiedene Abgrenzung gegen Hitler und Hugenberg vollzogen.

Die volksskonservative Bewegung, die etwa 10000 Mitglieder zählte, ist über eine lockere äußere Struktur nicht hinausgelangt. Personell und organisatorisch war sie eng an den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) angelehnt; sein Generalsekretär Max Habermann war Mitglied des Volksskonservativen Führerrings. Volksskonservative Impulse gingen später in den deutschen Widerstand ein.

Quellen und Literatur

1. Aktenmaterial

Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstages; IV. und V. Wahlperiode 1928—1932.

Nachlaß-Akten Graf Westarps (Privatarchiv).

Nachlässe General von Schleicher, Bundesarchiv.

2. Zeitungen und Zeitschriften

„Volkskonservative Stimmen“ hrsg. von der Volkskonservativen Vereinigung, Jg. 1—4, 1930 bis 1933.

„Volkskonservative Führerbriefe.“

„Volkskonservativer Pressedienst.“

„Volkskonservative Hochschulbriefe“, hrsg. von Hans Beyer.

„Volkskonservative Beiträge für die Mitarbeiter in der Nordmark“, hrsg. vom Büro Lambach, Berlin.

„Briefe nach Ostdeutschland“, hrsg. von der Nationalpolitischen Arbeitsgemeinschaft, 1931 bis 1933.

„Neue Preußische Kreuzzeitung“ Jg. 1930.

„Deutsche Handelswacht“, hrsg. vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 1929 (36. Jg.)—1933.

„Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“, Jg. 1928 und 1929.

Nachrichtenblatt „Unsere Partei“ (DNVP), Jg. 7/1929.

„Deutscher Schnelldienst“ (DNVP), 1930.

„Der Deutschnationale“, monatliches Nachrichtenblatt, hrsg. anfangs vom Kreisverein Kiel der DNVP, später vom Landesverband Schleswig-Holstein, Jg. 1—6, 1925—1930 (später nicht mehr erschienen).

„Pressebericht Nr. 24“ der DNVP vom 29. Januar 1930 (Pressespiegel über Gründung von „Volkskonservativer Vereinigung“ und „Volksnationaler Reichsvereinigung“).

„Landvolk-Nachrichten“, Jg. 1932/Nr. 17 vom 7. März 1932 (Wahlnummer zur Reichspräsidentenwahl).

„Politische Wochenschrift“, hrsg. von Hermann Ullmann und Rudolf Fischer, Jg. 2—5 (1926 bis 1930).

„Deutsches Volkstum“, hrsg. von Dr. Wilhelm Stapel und Albrecht Erich Günther, Hamburg, Jg. 1930—1933.

„Der Ring“, Politische Wochenschrift, hrsg. von Frhr. von Gleichen, Jg. 1928—1930 (1—3).

„Schriften des Christlichen (Christlich-sozialen) Volksdienstes“, Nr. 1—21 (1928—1932).

„Die Woche“, Hindenburg-Sonderheft vom 1. Oktober 1927.

3. Politische Zeitliteratur

„Die Abtrünnigen; Geschichte einer Abspaltung, die die Festigung der Partei brachte“, Deutschnationales Rüstzeug Nr. 16, Berlin 1930.

Alter, Junius: „Nationalisten; Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit“, Leipzig 1930.

- v. *Arnim*, Hans, und v. *Below*, Georg (Hrsg.): „Deutscher Aufstieg; Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien“, Berlin 1925.
- Beer*, Rüdiger Robert: „Heinrich Brüning“, Berlin 1931.
- Beer*, Rüdiger Robert: „Konservativ?“, Berlin 1931.
- Bernhard*, Ludwig: „Das System Mussolini“, Berlin 1924.
- Bernhard*, Ludwig: „Der ‚Hugenberg-Konzern‘; Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse“, Berlin 1928.
- Bernhard*, Ludwig: „Der Staatsgedanke des Faschismus“, Berlin 1931.
- Boehm*, Max Hildebert: „Ruf der Jungen; Eine Stimme aus dem Kreise um Moeller van den Bruck“, 3, Freiburg 1933.
- Brockdorff*, Alexander Graf: „Das Youngsystem und seine Wirkung“, Langensalza 1930.
- „Hier irrte Heinrich Brüning; Deutschland im west-östlichen Spannungsfeld“, Sondernummer der „Bonner Hefte“, Stuttgart 1954.
- Buchheit*, Gert: „Franz v. Papen; Eine politische Biographie“, Breslau 1933.
- Buchheit*, Gert: „Im Schatten Bismarcks; Brüning — Papen — Schleicher“, Berlin und Leipzig 1933.
- Fischer*, Rudolf: „Schleicher; Mythos und Wirklichkeit“, Hamburg 1932.
- Freyer*, Hans: „Revolution von rechts“, Jena 1931.
- Freytag-Loringhoven*, Axel v.: „Der Gedankengehalt des Konservatismus“, in: „Beiträge zur konservativen Politik und Weltanschauung“, Heft 15, Berlin o. J.
- Freytag-Loringhoven*, Axel v.: „Deutschnationale Volkspartei“, in: „Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas“ (Schriftenreihe), Berlin 1931.
- „Die Neue Front“, Sammelband, hrsg. von Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen, Max Hildebert Boehm, Berlin 1922.
- Gerhart*, Walter: „Um des Reiches Zukunft; Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion?“, Freiburg 1932.
- „Gestalten rings um Hindenburg“, Dresden 1928.
- Gleichen*, Heinrich Frhr. v.: „Staat, Opposition und Nation“, Sonderheft von „Der Ring“, Dezember 1928.
- Graef-Anklam*, Walter: „Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928“, in: „Der nationale Wille“, hrsg. von Max Weiß.
- Graefe-Goldebee*, A. v.: „Völkische Freiheitsbewegung, Deutschnationale und NSDAP“, in: „Deutsch-völkisches Rüstzeug“ Nr. 22, Berlin 1930.
- Günther*, Albrecht Erich (Hrsg.): „Was wir vom Nationalsozialismus erwarten; zwanzig Antworten“, Heilbronn 1932.
- Günther*, Gerhard: „Das werdende Reich; Reichsgeschichte und Reichsreform“, Hamburg 1932.
- Gurian*, Waldemar: s. Walter Gerhart.
- Hartz*, Gustav: „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“, Berlin 1932.
- Hieronimi*, Theo (Hrsg.): „Die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen“, Berlin (Februar) 1933.
- Hülser*, Gustav: „Der Christlich-soziale Volksdienst und die Parteien“, in: „Schriften des Christlich-sozialen Volksdienstes“, Nr. 15.
- Hugenberg*, Alfred: „Der Wille der Deutschnationalen“, Berlin o. J. (Frühjahr 1932).
- Hugenberg*, Alfred: „Die soziale Frage in Deutschland“, Berlin 1932.
- Irwahn*, Fritz (Bearbeiter): „60 Jahre DHV; Deutscher Handlungsgehilfen-Verband 1893 bis 1953; Ein historischer Auftrag“, hrsg. vom Deutschen Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 1953.

- Jung, Edgar J.*: „Die Herrschaft der Minderwertigen; Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich“, 2. verändert. Aufl. Berlin 1930 (1. ebd. 1928).
- „Konservative Stichworte“, hersg. von der Konservativen Volkspartei, Berlin o. J. (1930).
- Kriegk, Otto*: „Hugenberg“ in: „Männer und Mächte“, Leipzig 1932.
- Lambach, Walther*: „Ursachen des Zusammenbruchs“, Hamburg o. J. (kurz nach 1918).
- Lambach, Walther*: „Die Herrschaft der 500; Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland“, Hamburg/Berlin 1926.
- Lambach, Walther* (Hrsg.): „Politische Praxis“, Hamburg — Berlin 1926/1927 (2 Bde.).
- Lettow-Vorbeck, Paul von*: „Warum ich aus der DNVP austrat“, Wahlkampfbroschüre 1930.
- Moeller van den Bruck, Arthur*: „Das dritte Reich“, ungekürzte Sonderausgabe (3. Aufl.), hersg. von Hans Schwarz, Hamburg 1931 (1. Aufl. Bln. 1923).
- Moeller van den Bruck, Arthur*: „Das Recht der jungen Völker“, hersg. von Hans Schwarz, Berlin 1932.
- Michael, Horst und Lohmann, Karl*: „Der Reichspräsident ist Obrigkeit! Ein Mahnruf an die evangelische Kirche“, Hamburg 1932.
- Müller-Meiningen, Ernst*: „Parlamentarismus; Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten“, Berlin/Leipzig 1926.
- Müller-Meiningen, Ernst*: „Der Niedergang der nationalen Opposition; Ein Warnruf aus den Reihen der Jugend“, hersg. vom Jungnationalen Ring, Berlin 1929.
- Nobel, Alphons*: „Brüning“, Leipzig 1932.
- Papen, Franz v.*: „Appell an das deutsche Gewissen; Reden zur nationalen Revolution“ (Februar und März 1933), Oldenburg 1933.
- Quaatz, Reinhold Georg*: „Vor dem Sturm“, Berlin 1931.
- Quabbe, Georg*: „Tar a Ri; Variationen über ein konservatives Thema“, Berlin 1927.
- „Rechenschaft“, Sonderdruck zur letzten Nummer der „Volkskonservativen Stimmen“ (1933), hersg. von Severus (Pseudonym für Rüdiger Robert Beer) und Friedrich Koepp.
- Reibnitz, Kurt v.*: „Im Dreieck Schleicher — Hitler — Hindenburg; Männer des deutschen Schicksals“, Dresden 1933.
- Reichert, J. W.*: „Ist Hugenberg's Plan zur Abwälzung der Tributlasten auf das Ausland durchführbar?“, Sonderdruck „Ruhr und Rhein“, Berlin 1930.
- Richthofen, Frhr. v.*: „Speckzölle über Nationalpolitik“, Boguslawitz 1930 (Privatdruck).
- Schmitt, Carl*: „Staat, Bewegung, Volk; Die Dreigliederung der politischen Einheit“, Hamburg 1933.
- Schotte, Walter*: „Das Kabinett Papen, Schleicher, Gayl“, Leipzig 1932.
- Stadler, Eduard*: „Seldte — Hitler — Hugenberg! Die Front der Freiheitsbewegung“, 1930.
- Stapel, Wilhelm*: „Volksbürgerliche Erziehung; Versuch einer volkskonservativen Erziehungslehre“, Hamburg 1928.
- Stapel, Wilhelm*: „Die Fiktionen der Weimarer Verfassung; Versuch einer Unterscheidung der formalen und der funktionalen Demokratie“, Hamburg 1928.
- Stapel, Wilhelm*: „Antisemitismus und Antigermanismus; Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes“, Hamburg 1928.
- Stapel, Wilhelm*: „Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus“, Hamburg 1931.
- Stapel, Wilhelm*: „Der christliche Staatsmann; Eine Theologie des Nationalismus“, Hamburg 1932.
- Stapel, Wilhelm*: „Preußen muß sein; Eine Rede für Preußen“, Hamburg 1933.
- Stein, Adolf*: „Hugenberg und die anderen“, Berlin 1927.
- Strathmann, D.*: „Nationalsozialistische Weltanschauung“, in: „Schriften des Christlich-sozialen Volksdienstes“, Nürnberg 1931.
- Sontag, Walter*: s. Junius Alter.

- Teipel, Heinrich*: „Wir müssen aus dem Turm heraus; Gedanken zur Krise des deutschen Parteiwesens“, Berlin 1925.
- Teipel, Heinrich*: „Graf von Westarp; Der Parlamentarier wider den Parlamentarismus“, Berlin 1932.
- Treviranus, G. R.*: „Rückblick“, als Manuskript gedruckt 1930.
- Ullmann, Hermann*: „Das werdende Volk; Gegen Liberalismus und Reaktion“, Hamburg 1929.
- Ullmann, Hermann*: „Die Rechte stirbt — Es lebe die Rechte!“, Berlin 1929.
- Ullmann, Hermann*: „In der großen Kurve; Führer und Geführte“, Berlin 1933 (abgeschlossen 1. November 1932).
- Ullmann, Hermann*: „Durchbruch zur Nation; Geschichte des deutschen Volkes 1919 bis 1933“, Jena 1933.
- „Volkskonservative Richtlinien zu deutscher Erneuerung“, o. O., o. J.
- Wahrmond, Dr.*: „Gericht über Hugenberg“, Dillingen 1932.
- Wegener, Leo*: „Hugenberg; Eine Plauderei“ (mit dokumentarischem Anhang), Solln-München 1930.
- Weiß, Max* (Hrsg.): „Der nationale Wille; Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918 bis 1928“, Leipzig 1928.
- Westarp, Kuno Graf*: „Unser Ziel: Deutschlands Befreiung!“, Rede auf dem Reichsparteitag in Berlin am 16. November 1925, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 246, Berlin 1925.
- Westarp, Kuno Graf*: „Klar das Ziel, fest das Wollen!“, Rede auf dem Reichsparteitag in Köln am 9. September 1926, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 260, Berlin 1926.
- Westarp, Kuno Graf*: „Die Sendung der Deutschnationalen Volkspartei“, Ansprache in der Werbewoche des Landesverbandes Berlin am 9. Mai 1927, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 294, Berlin 1927.
- Westarp, Kuno Graf*: „Die deutschnationale Arbeit in der Regierungskoalition“, Referat auf „Sommertagung 1927“, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 296, Berlin 1927.
- Westarp, Kuno Graf*: „Deutschnationale Innenpolitik in der Regierungskoalition“, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 292, Berlin 1927 (Kreuzzeitung-Artikel vom 5. Februar bis 9. April 1927 und vom 10. bis 19. Mai 1927).
- Westarp, Kuno Graf*: „Aufgaben der Deutschnationalen Volkspartei“, „Deutschnationale Flugschrift“ Nr. 330, Berlin 1928.
- Westarp, Kuno Graf*: „Hindenburg und seine Wähler von 1925“, I (anlässlich 1. Wahlgangs), 1932.
- Westarp, Kuno Graf*: „Hindenburg und seine Wähler von 1925“, II: „Zum zweiten Wahlgang“, hrsg. von Graf Westarp, Dr. v. Dryander, Dr. Rademacher, Berlin 1932.
- Westarp, Kuno Graf*: „Die letzten hundert Meter vor dem Ziel“, in: „Preußische Jahrbücher“ Bd. 229, H. 9 (Juni 1932).
- Westarp, Kuno Graf*: „Die Entwicklung zum Präsidialkabinett; Eine verfassungsgeschichtliche Studie“, in: „Preußische Jahrbücher“ Bd. 230, H. 1 (Oktober 1932).
- Westarp, Kuno Graf*: „Reichspräsident und Reichstag als Gesetzgeber“ in: „Preußische Jahrbücher“ Bd. 230, H. 3 (Dezember 1932).
- Westarp, Kuno Graf*: „Zur Verfassungsreform; Reich und Preußen“, in: „Preußische Jahrbücher“ Bd. 230, H. 8 (Mai 1933).
- Westarp, Kuno Graf*: „Am Grabe der Parteiherrschaft; Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918 bis 1932“, Berlin 1932.

4. Memoiren und Biographien

- Aretin, Erwein v.*: „Krone und Ketten, Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes“, hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar v. Aretin, München 1955.
- Berndorff, Hans Rudolf*: „General zwischen Ost und West; Aus den Geheimnissen der deutschen Republik“, Hamburg 1951.

- Braun, Magnus Frhr. v.:* „Von Ostpreußen bis Texas; Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen“, Stollhamm/Oldenburg 1955.
- Braun, Otto:* „Von Weimar zu Hitler“, Hamburg 1949.
- Curtius, Julius:* „Sechs Jahre Minister der deutschen Republik“, Heidelberg 1948.
- Curtius, Julius:* „Der Young-Plan; Entstellung und Wahrheit“, Stuttgart 1950.
- François-Poncet, André:* „Als Botschafter in Berlin 1931 bis 1938“, Mainz 1949.
- Geffler, Otto:* „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“, hrsg. von K. Sendtner, Stuttgart 1958.
- Goebbels, Joseph:* „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei; Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern“, München 1934.
- Görlitz, Walter:* „Hindenburg; Ein Lebensbild“, Bonn 1953.
- Groener-Geyer, Dorothea:* „General Groener, Soldat und Staatsmann“, Frankfurt/M. 1955.
- Kessler, Harry Graf:* „Tagebücher 1918 bis 1937“, Frankfurt/M. 1961.
- Kleist-Schmenzin, Ewald von:* „Die letzte Möglichkeit; Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933“, in: „Politische Studien“ 10. Jg., H. 106 (Februar 1959), S. 89 bis 92.
- Lettow-Vorbeck, Paul von:* „Mein Leben“, Biberach 1957.
- Luther, Hans:* „Politiker ohne Partei“, Stuttgart 1960.
- Meißner, Otto:* „Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler“, Hamburg 1950.
- Niekisch, Ernst:* „Gewagtes Leben“, Köln/Berlin 1958.
- Oldenburg-Januschau, Elard v.:* „Erinnerungen“, Leipzig 1936.
- Papen, Franz v.:* „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952.
- Pünder, Hermann:* „Politik in der Reichskanzlei; Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 bis 1932“, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.
- Severing, Carl:* „Mein Lebensweg“, I u. II, Köln 1950.
- Schacht, Hjalmar:* „Das Ende der Reparationen“, Oldenburg 1931.
- Schlange-Schöningen, Hans:* „Am Tage danach“, Hamburg 1946.
- Schmidt-Hannover, Otto:* „Umdenken oder Anarchie; Männer — Schicksale — Lehren“, Göttingen 1959.
- Winnig, August:* „Aus zwanzig Jahren“, Hamburg 1948.
- Winterfeldt-Menkin, Joachim v.:* „Jahreszeiten meines Lebens; Das Buch meiner Erinnerungen“, Berlin 1942.
- Zechlin, Walter:* „Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf; Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten“, Hannover 1956.

5. Nachschlagewerke und Handbücher

- „Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart“, hrsg. von J. und K. Hohlfeld, Bd. III: „Die Weimarer Republik 1919—1933“, Berlin 1954.
- „Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1930“ (23. Jg.) ff., Stuttgart.
- „Handbuch der Politik“, Bd. III (1921): Georg v. Below, „Die Deutschnationale Volkspartei“, Berlin/Leipzig 1921.
- „Politisches Handwörterbuch“, hrsg. von P. Herre, Leipzig 1923.
- „Die gesamte Osthilfegesetzgebung“, hrsg. von Dr. Hans Heinrich und Dr. Werner Otto, Berlin 1933.
- „Die 27 deutschen Parteien und ihre Ziele“, hrsg. von Johannes Saß, Hamburg 1931.
- „Deutsche Parteiprogramme; Eine Auswahl vom Vormärz bis zur Gegenwart“, München 1951, hrsg. von Dr. Wilhelm Mommsen.
- „Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute“, 5 Bde., hrsg. von Cuno Horkenbach, Berlin 1931 ff.
- Reichstags-Handbuch, IV. und V. Wahlperiode, 1928 und 1930.

- „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, hrsg. von Ulrich Thürauf, Bd. 69—74 (1928/33).
 „Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919“ (mit Einschluß der Änderungen bis zum 1. August 1929), Berlin o. J.
 „Unsere Zeitgenossen; Wer ist's?“, hrsg. von Hermann A. L. Degener, IX. Ausgabe, Berlin 1928.

6. Darstellungen und Untersuchungen

- Apelt*, Willibalt: „Geschichte der Weimarer Verfassung“, München 1946.
Arendt, Hannah: „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, Frankfurt/M. 1955.
Becker, Josef: „Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930—1932“, in: HZ Bd. 196 (1963), H. 1.
Beer, Rüdiger Robert: „Zur Krise der gesellschaftlichen Führung“, in: Festschrift „Ordnung als Ziel“, Stuttgart/Köln o. J.
Below, Georg v.: „Die Deutschnationale Volkspartei“, in: „Handbuch der Politik“, Berlin/Leipzig 1921, Bd. III, S. 95—101.
Bergsträsser, Ludwig: „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“, 9, München 1955.
Beyer, Hans: „Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928—1932“, in: „Jahrbuch der Heimatgemeinschaft des Kreises Eckernförde“, 15. Jg., Eckernförde 1957, S. 173—202.
Booms, Hans: „Die Deutschkonservative Partei; Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff“, Düsseldorf 1954.
Booms, Hans: „Die Deutsche Volkspartei“, in: Matthias/Morsey, „Das Ende der Parteien 1933“, Düsseldorf 1960, S. 523—539.
Borcke-Stargodt, Henning Graf v.: „Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik; Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte“, Bd. III der Ostdeutschen Beiträge des Göttinger Arbeitskreises, Würzburg 1957.
Boveri, Margret: „Der Verrat im XX. Jahrhundert“, Bd. II: „Für und gegen die Nation“, Rowohlts Deutsche Enzyklopädie Bd. 24, Hamburg 1956
Bracher, Karl Dietrich: „Die Auflösung der Weimarer Republik; Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie“, Stuttgart/München 1955.
Brecht, Arnold: „Vorspiel zum Schweigen; Das Ende der Deutschen Republik“, Wien 1948.
Broszat, Martin: „Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus“, in: „Deutsche Rundschau“, Jg. 84, H. 1, S. 53 ff.
Brüning, Heinrich: „Ein Brief“, in: „Deutsche Rundschau“, Jg. 70, Bd. 2 (1947), S. 1—22.
Brüning, Heinrich: „Die Vereinigten Staaten und Europa“, Vortrag, gehalten im Rhein-Ruhr-Club, Stuttgart 1954.
Brunzel, Hans Paul: „Die ‚Tat‘ 1918—1933; Ein publizistischer Angriff auf die Verfassung von Weimar innerhalb der ‚Konservativen Revolution‘“, Diss. Ms. Bonn 1952.
Buchheim, Karl: „Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland“, München 1953.
Carsten, Francis L.: „Reichswehr und Politik 1918—1933“, Köln 1964.
Conze, Werner: „Die Weimarer Republik“, in: „Deutsche Geschichte im Überblick“, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1953.
Conze, Werner: „Zum Sturz Brünnings“, Dokumentation, in: Vjh. f. Ze itg. 1/3 (1953), S. 261 ff
Conze, Werner: „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“, in: HZ 178 (1954), S. 47—83.
Conze, Werner: „Brünnings Politik unter dem Druck der großen Krise“, in: HZ 199 (1964), H. 3.
Craig, Gordon A.: „Reichswehr and National Socialism; The Policy of Wilhelm Groener“, in: „Political Science Quarterly“ 63 (1948).
Craig, Gordon A.: „Deutsche Staatskunst von Bismarck bis Adenauer“, Düsseldorf 1961.

- Dörr, Manfred: „Die Deutschnationale Volkspartei 1924—1928“, Phil. Diss. Marburg 1964.
- Ellwein, Thomas: „Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise“, München 1954.
- Erdmann, Karl Dietrich: „Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft“, in: *Vjh. f. Zeitg.* III/1 (1955), S. 1—19.
- Erdmann, Karl Dietrich: „Der Ertrag der deutschen Geschichte von 1900—1945“, in: „Zeitwende“, Jg. 29 (1958), H. 1, S. 6—13.
- Erdmann, Karl Dietrich: „Die Zeit der Weltkriege“, in: Bruno Gebhardt, „Handbuch der deutschen Geschichte“, Bd. 4, Stuttgart 1959.
- Eschenburg, Theodor: „Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik“, Laupheim 1954.
- Eschenburg, Theodor: „Franz v. Papen“, in: *Vjh. f. Zeitg.* I (1953).
- Eschenburg, Theodor: „Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik; Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher“, in: *Vjh. f. Zeitg.* IX/1 (1961), S. 1—29.
- Eschenburg, Theodor: „Die improvisierte Demokratie; Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik“, München 1963.
- Eyck, Erich: „Geschichte der Weimarer Republik“, Bd. I: „Vom Zusammenbruch des Kaiser­tums bis zur Wahl Hindenburgs“, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1954, Bd. II: „Von der Konferenz von Locarno bis zu Hitlers Machtübernahme“, ebd. 1956.
- Forschbach, Edmund: „Edgar J. Jung und der deutsche Widerstand“, in: „Civis“ VI/59 vom 15. November 1959, S. 82—88.
- Friedensburg, Ferdinand: „Die Weimarer Republik“, Hannover/Frankfurt (= 2. Auflage) 1957.
- Freund, Michael: „Konservatives Harakiri; Zu Mohlers Buch: Die Konservative Revolution“, in: „Die Gegenwart“, Jg. 7 (1952), H. 2.
- Friedenthal, Elisabeth: „Volksbegehren und Volksentscheid über den Youngplan und die Deutsch-nationale Sezession“, Diss. Ms. Tübingen 1957.
- Gebhardt, Vera: „Ideen und Politik des Jungdeutschen Ordens unter besonderer Berücksichtigung des Versuches zur Gründung einer neuen Mittelpartei: Volksnationale Reichsvereini-gung“, „Deutsche Staatspartei“, Diss. Ms. Hamburg 1952.
- Gildemeister, Johann: „Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei vom Oktober 1929 bis Mai 1932 mit besonderer Berücksichtigung der Abspaltung der Volkskonservativen“, Staats-examensarbeit Hamburg 1951.
- Görlitz, Walter: „Die Junker; Adel und Bauer im deutschen Osten; Geschichtliche Bilanz von sieben Jahrhunderten“, Glücksburg 1956.
- Hammer, Walter: „Hohes Haus in Henkers Hand“, Frankfurt 1956.
- Hammerstein, Kunrat Frhr. von: „Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme“, in: „Frankfurter Hefte“ Jg. 11 (1956), H. 1 ff.
- Helbich, Wolfgang J.: „Die Reparationen in der Ära Brüning; Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930—1932“, Berlin 1962.
- Hertzmann, Lewis: „The Right Wing Opposition in the Weimar Republic 1918—1924“ (Univer-sity of Nebraska Press, Lincoln) 1963.
- Herzfeld, Hans: „Die moderne Welt 1789—1945“, Bd. II: „Weltmächte und Weltkriege, Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945“, Braunschweig 1952.
- Heydt, F. A. Frhr. v. d.: „Stiller Verfassungswandel und Verfassungsinterpretationen“, in: „Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie“ 39 (1950/1951), S. 461 ff.
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Frhr.: „Die Deutschnationale Volkspartei“, in: Matthias/Morsey, „Das Ende der Parteien 1933“, Düsseldorf 1960, S. 543—652 (mit dokumentarischem Anhang).
- Högner, Wilhelm: „Die verratene Republik; Geschichte der deutschen Gegenrevolution“, Mün-chen 1958.
- Horning, Klaus: „Der Jungdeutsche Orden; Ein Beitrag zur Geschichte des ‚Neuen Nationalis-mus‘ in Deutschland 1919—1933“, Düsseldorf 1958.

- Kaufmann*, Walter H.: „Monarchism in the Weimar Republic“, New York 1953.
- Kindt*, Karl: „Konservative in der Welt der Diskontinuität“, „Deutsches Pfarrerblatt“ Nr. 13 (1951).
- Klemperer*, Klemens V.: „Germany's New Conservatism; Its History and Dilemma in the Twentieth Century“, Princeton University Press 1957. — Inzwischen deutsche Ausgabe unter dem Titel: „Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“, München 1962.
- Kollmann*, Erich K.: „Eine Diagnose der Weimarer Republik; Ernst Troeltschs politische Anschauungen“, in: HZ Bd. 182 (1956), H. 2.
- Krebs*, Albert: „Tendenzen und Gestalten der NSDAP; Erinnerungen an die Frühzeit der Partei“, Stuttgart 1959.
- Kruck*, Alfred: „Geschichte des alldeutschen Verbandes, 1890—1939“, Wiesbaden 1954.
- Kuehnelt-Leddihn*, Erik v.: „Neukonservatismus und Neoliberalismus“, in: „Neues Abendland“ Jg. 11, 2. Quartal 1956, H. 2, S. 121—134.
- Leber*, Annedore: „Das Gewissen steht auf; 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945“, hrsg. in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, 7, Berlin-Frankfurt 1957.
- Leber*, Annedore (Hrsg.): „Das Gewissen entscheidet; Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933—1945 in Lebensbildern“, Berlin/Frankfurt 1957.
- Liebe*, Werner: „Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924“, Düsseldorf 1956.
- Mannheim*, Karl: „Das konservative Denken; Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland“, in: „Archiv für Sozialwissenschaft“, Bd. 57 (1927), H. 1 (S. 68—142), H. 2 (S. 470—495).
- Matthias*, Erich: „Hindenburg zwischen den Fronten 1932“ (Dokumentation), in: Vjh. f. Zeitg. VIII/1 (1960), S. 75—84.
- Matthias*, Erich; *Morsey*, Rudolf: „Das Ende der Parteien 1933“ (Sammelband), Düsseldorf 1960.
- Meinecke*, Friedrich: „Die deutsche Katastrophe“, Wiesbaden 1946.
- Michels*, Robert: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Stuttgart 1957 (Neuaufll. d. 2. veränd. Leipzig 1925).
- Mohler*, Armin: „Die Konservative Revolution 1918—1932; Grundriß ihrer Weltanschauungen“, Stuttgart 1950.
- Mohler*, Armin: „Konservative Revolution; Ein aphoristischer Hinweis“, in: „Burschenschaftliche Blätter“, Jg. 69 (1954) H. 2.
- Mohler*, Armin: „Die französische Rechte; Vom Kampf um Frankreichs Ideologienpanzer“, München 1958.
- Morsey*, Rudolf: „Die Deutsche Zentrumsparlei“, in: Matthias Morsey, „Das Ende der Parteien 1933“, S. 281—453 (einschließlich dokumentarischem Anhang).
- Neumann*, Sigmund: „Die Stufen des preußischen Konservatismus; Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild Deutschlands im 19. Jahrhundert“, in: „Historische Studien“, Berlin 1930.
- Neumann*, Sigmund: „Die deutschen Parteien; Wesen und Wandel nach dem Kriege“, Berlin 1932.
- Neurohr*, Jean: „Der Mythos vom Dritten Reich; Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus“, Stuttgart 1957.
- Ott*, Eugen: „Ein Bild des Generals Kurt von Schleicher; Aus den Erfahrungen seiner Mitarbeiter dargestellt“, in: „Politische Studien“, 10. Jg., H. 110 (Juni 1959), S. 360—371.
- Pechel*, Rudolf: „Deutscher Widerstand“, Erlenbach-Zürich 1947.
- Phelps*, Reginald H.: „Aus den Groener-Dokumenten“, in: „Deutsche Rundschau“ VII—XII (1950) und I (1951).
- Pikart*, Eberhard: „Preußische Beamtenpolitik 1918—1933“, in: Vjh. f. Zeitg. VI/2 (1958), S. 119 ff.
- Predöhl*, Andreas: „Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929—1931“, in: Vjh. f. Zeitg. I (1953).

- Pross*, Harry: „Literatur und Politik; Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870“, Olten/Freiburg 1963.
- Ritter*, Gerhard: „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“, Stuttgart 1954.
- Rohden*, Peter Richard: „Die politische Gedankenwelt der Neuzeit in ihren weltanschaulichen Grundlagen“, in: „Archiv für Politik und Geschichte“, Jg. 2 (1924), Bd. 1, S. 167—202, Bd. 2, S. 318—351.
- Rohden*, Peter Richard: „Deutscher und französischer Konservatismus“, in: „Die Dioskuren“, Jahrbuch für Geisteswissenschaften, hrsg. von Walter Strich, Bd. III: „Grundideen des politischen Lebens der Gegenwart“, München 1924, S. 90—138.
- Roloff*, Ernst-August: „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933“, Hannover 1962.
- Ronde*, Hans: „Von Versailles bis Lausanne; Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg“, Stuttgart 1950.
- Rosenberg*, Arthur: „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“, Frankfurt/M. 1955.
- Rothfels*, Hans: „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ (1949), Fischer-Bücherei Bd. 198.
- Schoeps*, Joachim: „Konservative Erneuerung — Ideen zur deutschen Politik“, Stuttgart 1958.
- Schüddekopf*, Otto-Ernst: „Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke; Die Zusammenhänge zwischen Außenpolitik, innerer Staatsführung und Parteigeschichte, dargestellt an der Geschichte der Konservativen Partei von 1807 bis 1918“, Braunschweig 1951.
- Schüddekopf*, Otto-Ernst: „Linke Leute von rechts; Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik“, Stuttgart 1960.
- Schwierskott*, Hans-Joachim: „Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus der Weimarer Republik“, Göttingen 1962.
- Sonthheimer*, Kurt: „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, in: Vjh. f. Zeitg. V/1 (1957).
- Sonthheimer*, Kurt: „Der Tat-Kreis“, in: Vjh. f. Zeitg. VII/3 (1959).
- Stadelmann*, Rudolf: „Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen“, in: ders., „Deutschland und Westeuropa“, Laupheim 1948.
- Stampfer*, Friedrich: „Die ersten vierzehn Jahre der Deutschen Republik“, Offenbach (= 2. Aufl.) 1947.
- Stapel*, Wilhelm: „Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?“, „Deutsches Pfarrersblatt“ Nr. 11 (1951).
- Steuer*, Lothar (Hrsg.): „Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden; Tatsachen und Entscheidungen in den Verfahren zu Detmold und Düsseldorf 1949/50“, Detmold 1951.
- Thimme*, Annelise: „Gustav Stresemann; Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik“, Hannover/Frankfurt 1957.
- Timm*, Helga: „Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930“, Düsseldorf 1952.
- Topf*, Erwin: „Wer stürzte Brüning?“, in: „Der Monat“, November 1960, H. 146.
- Treviranus*, Gottfried R.: „Die Wurzeln des Übels; 20. Jahrestag der ‚Machtergreifung‘“, in: „Das Parlament“ III/4 vom 28. Januar 1953.
- Treviranus*, Gottfried R.: „Glückwünsche für Hermann Ullmann“, in: „Deutsche Rundschau“ Jg. 80 (1954), H. 9.
- Treviranus*, Gottfried R.: „Kuno Graf Westarp (1864—1945)“, in: „Deutsche Rundschau“ Jg. 81 (1955), H. 12.
- Treviranus*, Gottfried R.: „Heinrich Brüning“, in: „Deutsche Rundschau“ Jg. 81 (1955), H. 11.
- Treviranus*, Gottfried R.: „Heinrich Brüning 75 Jahre“, in: „Deutsche Rundschau“, November 1960.
- Troeltsch*, Ernst: „Spektator-Briefe; Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922“, Tübingen 1924.

- Ullmann, Hermann*: „Das Essener Programm, November 1920“, in: „Deutsche Rundschau“, Jg. 76 (1950), H. 11.
- Ullmann, Hermann*: „Pioniere Europas; Die volksdeutsche Bewegung und ihre Lehren“, München 1956 (hrsg. von der Arbeitsstelle für Heimatvertriebene / Süd, München).
- Vernekohl, Wilhelm* (Hrsg.): „Heinrich Brüning; Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit“, Münster 1961.
- Vogelsang, Thilo*: „Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932“, Dokumentation, in: Vjh. f. Zeitg. VI/1 (1958).
- Vogelsang, Thilo*: „Reichswehr, Staat und NSDAP; Beiträge zur deutschen Geschichte 1930 bis 1932“, Stuttgart 1962 (mit dokumentarischem Anhang).
- Weber, Max*: „Gesammelte politische Schriften“, München 1921.
- Westarp, Kuno Graf*: „Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches“, Bd. I u. II, Berlin 1935.
- Wheeler-Bennett, John W.*: „Die Nemesis der Macht; Die deutsche Armee in der Politik 1918 bis 1945“, Düsseldorf 1954.

Anhang

I. Stellungnahmen zur Entwicklung der Rechtsparteien 1927—1932

1. Brief von Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg an Graf Westarp vom 17. September 1927 (nach Leo Wegener, „Hugenberg“, Solln-München 1930)

„... Der Zwiespalt, daß unsere Partei — oder zum mindesten die ‚Weltauffassung‘, die man immer als ihre eigentliche Grundlage bezeichnet hat — in ihrem innersten Wesen eine antiparlamentarische ist, und daß sie trotzdem in einem parlamentarischen Staate mitarbeiten muß, ist im Augenblick als eine Tatsache zu würdigen und darf nicht vergessen werden.

Die innere Unbequemlichkeit dieses Zustandes — es ist wie mit der ‚künstlichen‘ russisch-österreichischen Politik Bismarcks — führt heute offenbar manchen, wenigstens in den Parlamenten, zu der Neigung, sich mit dem heutigen parlamentarischen Staate überhaupt abzufinden. Wer vermeint, sich dabei auf entsprechende Neigungen draußen im Lande, namentlich in der Wirtschaft stützen zu können, verkennt, daß es sich bei dieser nicht um grundsätzliche Erwägungen, sondern um die Beurteilung von Augenblicksfragen und Augenblicksinteressen handelt. Nirgends ist im Grunde, trotz aller Kompromisse des Augenblicks, das Gefühl dafür, wie unmöglich — nicht etwa der Parlamentarismus irgendwo in der Welt, sondern — der heutige deutsche Staat ist, tiefer verankert als in der Wirtschaft. Innerlich parlamentarisch gesonnen sind in Deutschland überhaupt nur die Nutznießer des heutigen deutschen parlamentarischen Systems, nämlich die Parlamentarier selbst und ihre Mitgenießer der Macht. Im übrigen fühlen sich eigentlich alle Schichten und Glieder des Volkes im Grunde als Opfer dieses Systems, das sich ja auch nirgends in der Welt so sinnlos auswirkt wie bei uns.

Wer sich innerlich mit diesem parlamentarischen System abfindet, gehört geschichtlich zu den vorübergehenden (oder vorüberschwankenden) Erscheinungen, die entweder — das entscheidet die Geschichte — Platzhalter für die Deutschland völlig zerstörenden Mächte sein werden oder — wenn es gut geht — lediglich Kärner sind, die ohne gestaltende Gedanken lediglich eine Zeitlang die ihr Leben fristende Tagesarbeit tun.

Das Schlimmste bei einer Entwicklung, die unsere Partei auf diesen Weg führt, ist die Gefährdung der mitarbeitenden Jugend. Wer theoretisch auf dem Boden der Notwendigkeit völligen Neu- und Umbaus unseres jetzigen Staatslebens steht — und das ist der in die Zukunft weisende Geist, der uns vereinigt hat — und demnach den heutigen Staat verachtet und trotzdem auf die Mitarbeit am Parlamentarismus seine persönliche Laufbahn und Zukunft aufbaut, ist innerlich Krüppel und wird bald seinen Ehrgeiz über alle Theorien und Überzeugungen siegen lassen — zumal im deutschen Parlamente die feste Hand fehlt, die früher den einzelnen begabten jungen Menschen lernen und sich eingliedern ließ. Ein ‚Deutschnationaler‘, der innerlich Parlamentarier geworden ist, ist genau dasselbe wie ein deutscher Demokrat.

Wenn wir uns aus dieser Entwicklung nicht herausreißen, wird naturgemäß die instinktive Abneigung gegen alle Versuche immer größer werden, uns aus dem oben erwähnten Zwiespalt nach anderer Richtung hinauszuführen, nämlich durch eine Neugestaltung unseres Staates, unserer Wirtschaft, unserer Volksorganisation. Es ist er-

schreckend, welche geistige Angst in den parlamentarischen Organen der Partei heute gegenüber jedem Anlauf herrscht, den Grundproblemen der Zeit zu Leibe zu gehen. Ich erinnere nur an das Problem Reich — Preußen. Die Folge ist vollständigste Stagnation der Gesamtpartei in bezug auf eine der wichtigsten Fragen deutscher Zukunftspolitik, die nur unsere Initiative richtig gelöst werden kann. In bezug auf die Grundfrage wirtschaftlicher Neuorganisationen, die Stellung und Lage der Landwirtschaft im heutigen und künftigen deutschen Staate — eine Frage, die sozusagen das Hemd am Körper unserer Partei ist, behelfen wir uns mit ollen Kamellen, statt die Zukunft vorzubereiten. Weder in bezug auf die drängenden Aufgaben der Wirtschaft noch in bezug auf die Aufgaben deutscher Freiheit — auch soweit wir ihnen gegenüber nicht in Ketten und Klammern liegen — ich erinnere nur an die unter unserer Mitverantwortung vor sich gehende Behandlung der Fragen des deutschen Ostens, insbesondere gegenüber Polen — sieht das danach verlangende Volk bei uns eine Führung. Gewiß — auch bei anderen nicht. Aber das sollte ja gerade der Unterschied sein. Die Lebensfragen unserer Kinder — auf die kommt es an — erschöpfen sich nicht in formalen Verfassungsfragen —, mit denen wir uns ja aber auch nicht beschäftigen. Sie erschöpfen sich nicht einmal in der Frage Monarchie oder Republik, die wir aber nachgerade in weitesten Kreisen der Partei auch viel zu sehr wie eine gedankenlose Formel des Rosenkranzgebetes behandeln. Sondern sie gipfeln schließlich in der Aufgabe neuen Schaffens, der Aufrichtung eines ganz neuen, dem deutschen Wesen angepaßten Staates. Aber dazu haben wir keine Zeit, weil der tägliche Tanz auf dem parlamentarischen Parkett unsere Kräfte verzehrt. Darüber, was eine richtig aufgezogene bürgerliche Propagandamacht für die deutsche Zukunft bedeutet, und vor allem, was man tun könnte, um bei ihrem Aufbau zu helfen, macht man sich im allgemeinen nicht einmal Gedanken, geschweige denn, daß man die Macht, wenn man sie hat, in diesem Sinne ausnutzte. — — —

Es sollen dies nur Beispiele zur Begründung des Satzes sein, daß wir uns nicht einmal Mühe geben aus den gegebenen Verhältnissen heraus den Zwiespalt, in dem die Partei nun einmal steckt und stecken muß, in dem Sinne zu lösen, wie es ihrem Wesen entsprechen würde.

Wenn wir das aber nicht tun und die dazu erforderliche Tatkraft, Intelligenz und Einigkeit nicht aufbringen, so werden wir unsere geschichtliche Aufgabe ebensowenig nach dem Kriege wie vor und während des Krieges erfüllen und müssen als Angehörige einer Generation von Herbstzeitlosen und ohne Hoffnung ins Grab steigen.

Ich will zum mindesten für eine solche Entwicklung nicht mitverantwortlich sein und fühle mich verpflichtet, alles in meinen Kräften Stehende zu tun, um sie abzuwenden. Ich wende mich deshalb heute zunächst an Sie, — als den Partei- und Fraktionsvorsitzenden — und wiederhole den Vorschlag, den ich schon in der Parteivorstandssitzung nach dem Regierungseintritt gemacht habe: Geben Sie der Partei ein wirkliches Eigenleben neben den Fraktionen und lassen Sie die unparlamentarische Partei das Gewissen der in den heutigen Parlamenten mitarbeitenden Fraktionen sein oder werden! Dann wird wenigstens zunächst eine formale Linie vorgezeichnet sein, von der aus wir die Kräfte zur Lösung der wirklichen Aufgabe der Partei frei machen und sammeln können.

Das ist — ich höre den Einwand — kein Vorwurf gegen irgendeine Persönlichkeit oder Gruppe von solchen. Wir wollen von Haus aus das gleiche und sind uns nur nicht klar über einen historischen politischen Defekt unseres Volkes, daß nämlich seine führenden Schichten — und dazu gehören wir doch — jedesmal, wenn eine einheitliche politische Gesamttaktion notwendig ist, die Stoßkraft, die Zielklarheit und den politischen Willen nicht aufbringen können, die bis zum Erfolge führen. Wer bestreitet das? Und wenn wir wissen, daß wir diesen Fehler mit uns schleppen, müssen wir in

dem Willen der Überwindung einig sein und dies durch die Art unserer Organisation zu erleichtern trachten. Darin beruht die politische Erziehungsaufgabe unserer Partei am Volke.

Auch rein taktisch gesehen, bedarf es in dieser Richtung des Handelns. Unsere parlamentarischen Schwimmversuche setzen uns der größeren Gefahr aus. Ich denke mit Sorge an die Möglichkeit, daß der größte Trumpf, den wir für die nächsten Wahlen in der Hand hatten, und den wir frühzeitig ausgespielt haben, das Schulgesetz, uns durch die Gegenspieler im kommenden Herbst und Winter entwertet werden und dann gegen uns zählen könnte.

Ein solcher taktischer Mißerfolg in Verbindung mit dem jetzigen inneren Zustand der Partei könnte für die nationale Sache — nur auf sie kommt es an — verheerende Folgen haben. Für die Wahlen und für die Mitwirkung der Jugend, der Frauen und der grundsätzlich eingestellten Leute, ohne die man Wahlen schlecht machen kann, müßte es verhängnisvoll werden, wenn wir im Augenblick der Wahl nicht den Angriffsgeist und die Angriffskraft besäßen, ohne die keine Siege zu erringen sind. Dieser Angriffsgeist und diese Angriffskraft der nationalen Sache, die wir vertreten, muß so oder so bis zur Wahl außer Zweifel gestellt werden.“

2. Brief von MdR Walther Lambach an Hugenberg anläßlich seines Austritts aus der DNVP

(nach „Handelswacht“ Nr. 24, vom 25. Dezember 1929)

„Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Es war ein Verdienst der Deutschnationalen Volkspartei, den konservativen Gedanken von den ostelbischen Positionen aus über Elbe und Main hinübergetragen und ihn mit den christlich-sozialen Gedanken des Westens vermählt zu haben. Durch Ihre Politik ist dieser Erfolg wieder zerschlagen worden. Die Einzeichnungsergebnisse zum Volksbegehren in Ihrem eigenen Wahlkreis Westfalen-Nord, in Westfalen-Süd, Hessen-Nassau, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Düsseldorf-Ost und -West, Niederbayern, Pfalz, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Leipzig und Hamburg beweisen es. Die konservativen Brücken über Elbe, Rhein und Main sind durch Sie zerstört worden.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte unter ihrem ersten Vorsitzenden eine Brücke über die Kluft zwischen den Ständen geschlagen. Sie hatte das Arbeitgebertum in Stadt und Land mit den von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als aufrechten Führern anerkannten christlich-nationalen Gewerkschaften auf dem Boden weltanschaulich begründeter politischer Willensbildung verbunden. Sie haben durch Ihre betriebsame Förderung der Irrwege der Sozialpolitik, mit der Sie Ihre Tätigkeit als Parteivorsitzender eröffneten, diese Brücken wieder zerstört. Durch Ihren Brief nach Amerika und die darin enthaltene Aufforderung an ausländische Kapitalisten zur Beteiligung am Kampfe gegen große Teile der deutschen Arbeitnehmerschaft haben Sie den Weg zur innerdeutschen Verständigung über innerdeutsche soziale Fragen verlassen und sich außerhalb jener Willensgemeinschaft gestellt, die eigene Not aus eigener Kraft in eigener Würde überwinden will. Die Deutschnationale Volkspartei, die einst eine Hoffnung des deutschen Arbeitnehmers gewesen war, stößt infolgedessen heute in der Arbeitnehmerschaft auf tiefes Mißtrauen.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte Brücken zu den positiven Christen in beiden Konfessionen geschlagen. Der von Ihnen angeordnete Gewissenszwang gegen katholische Abgeordnete im Preußischen Landtag hat die Katholiken von ihr weggedrängt. Auch Ihr Kanossagang auf dem Kasseler Parteitag kann nicht auslöschen, daß Sie dazu fähig gewesen sind. Ihre Tätigkeit als Presse- und Filmunternehmer hat das Amt

des deutschnationalen Parteivorsitzenden mit der Kultur und Sitte zersetzenden Wirksamkeit von Boulevardblättern und lüsternen Filmen in Zusammenhang gebracht. Weite evangelische Kreise haben sich infolgedessen von der Partei abgewandt und sind eigene Wege gegangen. So haben Sie auch gegenüber und zwischen den Konfessionen die Brücken zerstört, die nationale Arbeit gebaut hatte.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte mit gutem Erfolg Möglichkeiten zur Verständigung und Zusammenarbeit von Stadt und Land geschaffen, indem sie christlich-nationalen Arbeitnehmern und deutschen Bauern bei Hunderten von gesetzgeberischen Maßnahmen weit über die Fraktionsgrenzen hinaus einander die Hand zu reichen ermöglichte. Wenn nicht Landbundführer und christlich-nationale Gewerkschaftsführer auch gegen Ihre politischen Absichten mit zäher Beharrlichkeit die gegenseitigen Beziehungen ernsthaft gepflegt hätten, so hätte Ihre antigewerkschaftliche Politik auch die Brücken zwischen Stadt und Land inzwischen endgültig zerstört.

Die Deutschnationale Volkspartei hat staatspolitisch vom ersten Auftreten in der Nationalversammlung an dafür gesorgt, daß bei nachdrücklicher Vertretung ihrer eigenen politischen Auffassung ein gemeinsames Arbeiten mit anderen christlichen und nationalen Parteien möglich blieb. Sie hat auf allen Gebieten im Hand-in-Hand-Arbeiten mit Volkspartei und Zentrum christliche und nationale Güter gegen den Marxismus geschützt. Sie, Herr Hugenberg, haben durch Ihre Politik eine so tiefe Kluft zwischen sich und diese anderen antimarxistischen Parteien gelegt, daß eine gemeinsame Abwehr des Marxismus mit Ihnen zusammen nicht mehr möglich ist und die Deutschnationale Volkspartei unter Ihrer Führung infolgedessen zu politischer Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Ihre Presse hat durch planmäßiges Verschweigen und Herabsetzen der positiven Leistungen der von uns selbst in die Regierung entsandten Minister und der in dieser Zeit geleisteten Gesetzgebungsarbeit diese Isolierung der Deutschnationalen Volkspartei vorbereitet.

Durch den Zuchthausparagraphen des Volksbegehrens, den Sie eingebracht haben, ohne den Mut oder das Verantwortungsbedürfnis zu finden, ihn der Fraktion vorher vorzulegen, haben sie eine Kluft zwischen sich, Ihren Freunden und dem Reichspräsidenten Hindenburg aufgerissen, die die Möglichkeit einer ernsthaften Nationalpolitik für die Partei noch mehr beschränkt. Sie haben den lebendigen Widerstandswillen an einem aussichtslosen Frontabschnitt angesetzt und ohne die Möglichkeit eines Sieges abgenutzt. Sie haben diese Abkehr von Hindenburg in Kassel noch besonders dadurch unterstrichen, daß Sie von dem ersten Parteitag, den die Partei unter Ihrer Führung abgehalten hat, nicht einmal ein Begrüßungstelegramm an den Vater des Vaterlandes haben senden lassen.

Als es Ihnen zum Bewußtsein gebracht worden war, daß eine bedeutende Gruppe von Abgeordneten sich bei dieser entscheidenden Gelegenheit nicht Ihnen, Herr Hugenberg, sondern ihrem eigenen Gewissen folgend, der Abstimmung fernhalten würden, haben Sie unter Drohung mit dem Fraktionszwang die selbstverständliche Begründung dieser Haltung im Reichstage verhindert. Als meine Freunde Hartwig und Hülser mit mir dann wenigstens durch eine kurze Mitteilung in der Presse den uns vertrauenden Anhängern im Lande die Wahrheit über unsere Meinung und unsere Haltung anzudeuten versuchten, haben Sie in dem seinerzeit auf Grund Ihrer eigenen Vorschlagsliste zusammengesetzten Parteivorstand die Aufnahme eines Ausschlußverfahrens gegen uns beantragt und bewilligt bekommen. Sie haben in Ihrer Begründung ausdrücklich gesagt, daß der Ausschluß nur wegen des einen Satzes in unserer Erklärung erfolgen solle, der besagt, daß wir uns in der Abstimmung zum § 4 auf Seiten des Ministers Schiele gestellt haben. Mit parteidisziplinarischen Mitteln wollten Sie das Bekanntwerden der Wahrheit verhindern.

Solange noch irgendeine Wahrscheinlichkeit bestand, daß mit Ihnen an der Spitze der Partei oder ohne Sie eine Rückkehr zu den bei der Begründung der Partei festgelegten politischen Methoden möglich sei, haben meine Freunde und ich unter Selbstverleugnung und Zurückstellung jeder öffentlichen Kritik unsere politische Arbeit im Rahmen der Fraktion, die dank der Führung des Grafen Westarp Ihrem Befehl noch nicht untergeordnet war, geleistet. Diese Möglichkeit besteht jetzt nicht mehr. Deshalb melde ich Ihnen hiermit meinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei, deren Vorsitzender Sie sind.“

3. „Die Politisierung der evangelischen Gemeinschaften“

(unterzeichneter Aufsatz — hier gekürzt — in „Volkskonservative Stimmen“, Jg. III, Nr. 17 vom 30. April 1932)

„Der Christlich-soziale Volksdienst verdankte seinen Erfolg bei den Reichstagswahlen 1930 nicht zuletzt den evangelischen Gemeinschaften, die unter der Parole ‚Nicht rechts noch links, sondern Jesus Christus!‘ einer echten politischen Entscheidung auswichen. In manchen Gebieten wurde das Gesicht des Volksdienstes völlig durch Gemeinschaftskreise bestimmt, die nur allzu oft Religion und Politik in theologisch unzulässiger Weise verbanden. Berlin, Pommern und die rheinischen Kreise prägten eine bestimmte Erscheinungsform des Christlich-sozialen Volksdienstes, die besonders geeignet war, landeskirchliche Kreise abzustößen.

... Der Christlich-soziale Volksdienst hat die Gemeinschaften zum ersten Male politisiert. Aus Nichtwählern wurden Wähler. Betrachtet man jedoch heute (zu erg.: nach den preußischen Landtagswahlen 1932) diese Politisierung, so muß man fragen, ob sie nicht lediglich Vorarbeit für die Hitler-Bewegung war? Denn eine echte Politisierung ist dem Volksdienst nur in wenigen Fällen gelungen. Die durch und durch unpolitische Argumentation der NSDAP mußte gerade jetzt Anklang in jenen Kreisen finden, weil die Politik der Christlich-Sozialen im Reiche zur echten Entscheidung wurde — und deshalb kein Verständnis fand.

... Unrichtig ist es, jetzt von einer nationalsozialistischen Gesinnung der Gemeinschaften zu sprechen. Richtiger wäre es, schlicht und offen anzugeben, daß maßgebliche Gemeinschaftsführer der NSDAP Stimmen ‚geliehen‘ haben, die noch 1930 dem Volksdienste zuflossen, jetzt aber durch eine Angleichung an Hitler nutzbringender verwandt werden sollten. . . Vorher war jedoch eine Klärung von Streitfragen notwendig. Ganz geheuer war es mit dem ‚positiven Christentum‘ der NSDAP nicht. Man stieß sich an den unchristlichen, neuheidnischen Lehren eines Alfred Rosenberg, an dem starken Vorherrschen der Katholiken in der Führung, an gewissen Andeutungen Feders über eine neue Religion, die die Einheit von Glauben, Blut und Staat krönen werde. Man schrieb Anfragen an das Braune Haus. Und man erhielt Antworten.

Wer einmal in den verschiedenen Gemeinschaftsblättern diese Antworten und ihre Aufnahme gelesen hat, muß an den politischen Möglichkeiten dieser Art des Protestantismus verzweifeln. Jede Erklärung wurde freudig geschluckt, auch dann, wenn sie handgreiflich geheuchelt war. Man nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Rosenbergs Buch ‚privat‘ sei, und regte sich in keiner Weise darüber auf, daß dieser private Rosenberg als Chefredakteur des von Hitler herausgegebenen Hauptblattes der Partei nicht entfernt wurde. Man vernahm mit Freude, daß Hitler nach der Machtergreifung die letzten Streitfragen klären werde, und vergaß geflissentlich, daß maßgebliche nationalsozialistische Führer . . . einem neuen Staatskirchentum — das von den Gemeinschaften radikal abgelehnt werden muß — das Wort redeten. Man pries dafür Hitler als den ‚von Gott gesandten‘ Führer . . .

Anfangs waren die Kampfmethoden noch sehr negativer Art. Es wurde Kritik an Abstimmungen des Volksdienstes geübt. Man bemängelte die Wahl des Dissidenten Löbe zum Reichstagspräsidenten und bewies durch die groteske Überschätzung dieser technischen Entscheidung (die von dem Christlich-sozialen Volksdienst mit den Angaben der Geschäftsordnung begründet wurde), daß ein Gefühl für echte *Politik* nicht vorhanden war. Man kritisierte die Regierung Brüning und das Glaubensbekenntnis ihres Führers. Man ging dann dazu über, offen die ‚nationale Opposition‘ zu empfehlen . . . Das geschah in den ‚Gotthardbriefen‘ und in dem Wochenblatt ‚Licht und Leben‘, die beide von dem deutschnational eingestellten Pfarrer Gauger herausgegeben wurden, noch in einer Form, die deutlich das Bemühen zeigte, Gerechtigkeit walten zu lassen.

Ganz anders war es in ‚Heilig dem Herrn‘ und anderen Blättern. Hier machte sich eine hemmungslose Agitation gegen die ‚romhörige‘ Politik der Regierung bemerkbar . . . Pastor Flemming brachte es in der ‚Kantate‘ über sich, zu erklären, man müsse Gott danken, ‚daß ER diese Bewegung auf den Plan gerufen hat‘ . . . Das evangelische Schwärmertum steht heute hinter Hitler.

Angeichts dieser Entwicklung muß wieder gefragt werden, ob eine Politisierung der Gemeinschaften zu verantworten und möglich ist. Diese Frage kann nicht bejaht werden, da die Gemeinschaftsbewegung aus sich heraus bisher keine echte politische Grundhaltung entwickeln konnte. Sie wurde einst vom süddeutschen Pietismus zum Christlich-sozialen Volksdienst hingelenkt und steht heute ohne innere Haltung hinter Hitler. Zu einer echten politischen Entscheidung fehlen die Grundlagen, fehlt es an Luthergeist und vor allem an einer theologisch zuverlässigen und sauberen Bestimmung der Aufgaben, die der Mensch auf dieser Welt zu erfüllen hat. Von dem Gesamtkonto des Protestantismus werden die Gemeinschaften noch für lange Zeit abzubuchen sein — abzubuchen, weil sie nicht den politischen Mut aufbrachten, eine Entscheidung zu fällen, sondern aus Ressentiment, Moralisierung und Verärgerung über andere sich Hitler angeschlossen, ihm ihr politisches Schicksal *anvertrauten*. Das Schicksal der Hitler-Bewegung wird also auch das Schicksal der evangelischen Gemeinschaften sein: Wiederausschaltung der unpolitischen Elemente. Es muß auch Nichtwähler geben.“

II. Briefe von General a. D. Graf Friedrich von der Schulenburg an General von Schleicher

(„Nachlässe von Schleicher“, Bundesarchiv, Konvolut 17)

1. Auszug aus Brief vom 2. Juni 1928:

. . . Die katastrophale Niederlage der Partei ist alleinige Schuld der Führung, die dem radikalen Flügel immer wieder erlaubt hat, aus der Reihe zu tanzen und in der breiten Öffentlichkeit Opposition gegen die eigene Führung zu treiben! Die überwiegende Mehrheit der Partei hatte sich für die positive Arbeit entschieden und auf die Opposition verzichtet, die 8 Jahre lang in Preußen auch nichts genutzt und die Völkischen vom Boden weggefegt hat. Wenn man in eine republikanische Koalition eintritt, 4 Minister in dieses Kabinett schickt und sie auf die Verfassung schwören läßt, und die republikanischen Richtlinien unterschreibt, so kann man nicht gleichzeitig in Presse und Versammlungen mit der schwarzweißroten Fahne wehen und ins monarchische Horn stoßen und die auswärtige Politik in Grund und Boden schimpfen. Hergt hatte als Vizekanzler die Möglichkeit, sich über alle Wege der auswärtigen Politik unterrichtet zu halten und Einspruch zu erheben, wenn wir nicht damit einverstanden waren. Das ist nicht geschehen. Deshalb sind wir für diese Politik mit verantwortlich und decken sie. Die Stresemannsche Politik ist in der großen Linie richtig, ja die einzig mögliche.

Man kann mit diesem und jenem Schritt nicht einverstanden sein, aber ohne Bataillone, ohne Bündnisse, ohne Macht und Einfluß und umgeben von uns nicht freundlich gesinnten Völkern kann man nur lavieren, die Verständigung suchen und den Frieden preisen. Wir haben einen Zick-Zack-Kurs gesteuert, d. h. eine unehrliche Politik betrieben. Der gesunde Sinn der Wähler hat darauf eine nicht mißzuverstehende Antwort gegeben. Wenn wir weiter diesen Kurs steuern, werden wir weiter sinken. Ich sehe die Lösung darin, daß wir die jetzige Lage benutzen, um den radikalen Flügel abzustößen, auch auf die Konsequenz hin, als Fraktion etwas schwächer zu sein. Ich würde ferner alle Führer beseitigen und die Partei in Führung, Organisation und Programm ganz neu aufbauen . . .“

2. Auszug aus Brief vom 4. Juli 1928:

„. . . Wenn die Partei die jetzige Zeit des Zusehens nicht dazu ausnutzt, um sich an Haupt und Gliedern neu aufzubauen und mit einem klaren Programm hervorzutreten, das nicht nur für die Obersten Schichten, sondern für die Arbeiterschaft, Mittelstand und Jugend zugkräftig ist, wird sie weiter an Boden verlieren. Ich verlange dieses klare und revidierte Programm auch deshalb, weil ich nicht im Zweifel bin, daß wir zu einer bürgerlichen Koalition bereit sein werden, wenn immer sie möglich sein würde. Ich möchte die Partei davor bewahren, dann wieder durch das kaudinische Joch von republikanischen Richtlinien gehen zu müssen. Die jetzige Lösung der Fraktionsführung baut sich nicht auf sachlichen, sondern persönlichen Rücksichten auf. Sie ist nicht Fisch, nicht Fleisch . . .“

3. Auszug aus Brief vom 15. August 1931:

„. . . Ein Volk, das wirtschaftlich im Bankrott steht und wehrlos ist, kann sich nach Außen keine aggressive Politik leisten. Im Gegenteil ist eine sehr behutsame auswärtige Politik geboten, die sich Nirgends eine Blöße giebt und den Anderen einen Vorwand zum Eingreifen schafft. Wie die Lage ist, halte ich eine Verständigung mit Frankreich für unerläßlich. Ohne dieselbe werden uns England und Amerika nicht wirksam helfen und nur auf diesem Wege werden wir hinsichtlich der Reparationen vorwärtskommen. Auch die Änderung des Versailler Vertrages ist nur mit Frankreich möglich. Die nüchterne Beurteilung der realen Wirklichkeit zwingt uns diese Verständigung auf, auch die politische. In den nächsten 10 Jahren werden wir reichlich mit der inneren Gesundung und Befestigung beschäftigt sein, und, um diese zu erreichen, ist mir jedes Mittel recht. Politische Verträge gelten nicht auf ewig. Sie können zum Papierfetzen und durch die Entwicklung der Machtverhältnisse überholt werden. Aber Weltumwälzungen vollziehen sich nicht in wenigen Jahren. Jahrzehnte sind dazu notwendig. Diese geschichtliche Wahrheit wird von Draufgängern und von politisch urteilslosen Generalen nicht eingesehen werden, aber der Staatsmann, die Führung muß sie in diese General-Rechnung einstellen. Wohin würde die Stahlhelmpolitik mit dem ‚Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!‘ in die Tat umgesetzt führen? Zum Verlust des linken Rheinufers und Ostpreußens! . . .“

III. Niederschrift Graf Westarps über „Montag, 18. März (1929) 5.30 bis 6.15 von Hindenburg eingeladene Besprechung“

(Westarp-Nachlaß)

„Nach Ankündigung Meißners wünschte er Äußerung, ob er bald einschreiten müsse, oder die Entwicklung der Regierungsverhältnisse weiter abwarten solle. Er wünsche nicht, daß man ihm Vorwurf wegen Untätigkeit mache. Ich sprach mich für Abwarten

aus; bei normalem Verlauf werde Krise um Pfingsten bei zweiten Lesungen von Etat und Steuergesetzen eintreten, evtl. auch bei Vorliegen des Pariser Ergebnisses.

Das müsse wohl abgewartet werden, um die Unfähigkeit der Regierung Müller noch klarer in Erscheinung treten zu lassen. Auch in der Partei seien die für die besonders scharfe Opposition eintretenden Kreise der Meinung, daß wir die Krise jetzt nicht erzwingen sollten, würden also dem Herrn R. P. keine Vorwürfe machen können, wenn er noch warte.

Natürlich könne unerwartet, bspw. aus der sozialdemokratischen Fraktion heraus, wegen des Wehrprogramms oder doch sonst aus Stimmungen des Hohen Hauses eine Krise früher eintreten; ich schätze aber kurz vor oder wahrscheinlich erst nach Pfingsten. Von Schacht sagte er, er sei zähe und die deswegen gegen ihn erhobenen Vorwürfe halte er für unberechtigt; für die Weltbank scheine er eingenommen zu sein.

Dann fragte der R. P. wer im Falle einer Krise als Kanzler in Frage komme; ich wich aus und machte keinen positiven Vorschlag. Er sprach folgende Namen durch: Luther, bei ihm keine große Neigung, bei uns auch nicht, Groener nannte ich als von anderer Seite vorgeschlagen; er: zu viel Gegner. Er fragte nach General von Schleicher. Ich: kenne ihn zu wenig, um mich unbedingt auf nein oder ja festzulegen. Habe seit Jahren beobachtet, daß er bei Krisen kriegsspielmäßig ein Bild über mögliche Entwicklungen sucht. Er: Lindeiner. Ich: viel Gegner auch in der Partei und gerade im Hugenberg-Lager. Er fragt warum. Ich: aus seiner früheren Tätigkeit sei ein meiner Ansicht nach unverdientes Mißtrauen, aber es sei einmal vorhanden. Ich würde jedenfalls unter Umständen bereit sein, ihn zu stützen, könne aber keine Garantie übernehmen, ob nicht Hugenberg eine andere Linie verfolge und im Besitz des Parteiapparates der stärkere sein werde. Er: Hugenberg als zu weit rechts stehend komme als Kanzler nicht in Betracht, wie er denn in der Partei stehe. Es kämen dauernd Nachrichten, daß die Stimmung für ihn nicht mehr so gut sei wie im Anfang. Ich: jeder Parteivorsitzende erlebt erst mal Flitterwochen mit der Partei, denen Stimmungsumschläge folgen. Hugenberg hat ein anderes System als ich, indem er Minderheiten und anders Gesinnte schroffer behandelt als ich es tat. Ob er damit auf die Dauer durchhalten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Augenblicklich sind einzelne Mißstimmungen, wenn daraus eine Opposition erwächst, so ist sie zur Zeit noch im Anfangsstadium. Die Dauerangriffe des Jungdeutschen und von links bleiben bei ihrer Zähigkeit nicht ganz ohne Eindruck. Ich habe ihm anfangs gesagt, zu Zeiten der Opposition sähe ich keinen Anlaß zu Differenzen, das brauche nicht unter allen Umständen, könne aber anders werden, wenn sich später einmal nach einer Wahl die Möglichkeit einer Teilnahme an der Regierung ergäbe. Fürs Außenministerium denkt er an Neurath, der aber wohl nicht wollen werde, oder Rosenberg. Ich befürwortete beide. Stresemann sei wohl erledigt. Ich machte darauf aufmerksam, daß Kaas, sobald sich Aussichten ergeben, dem Rheinland die Räumung zu bringen, Ambitionen haben könne. Er: ich werde doch keinen Richelieu machen. Im übrigen ziehe ich Berufsdiplomaten den Laien vor, die, entschuldigen Sie, im Reichstag über die Außenpolitik reden, ohne im Geschäft selbst drin zu stehen. Finanzministerium denkt er an Schlieben. Beim Innenministerium sagte ich, wenn nicht Volkspartei, so könne ja unter Umständen, ohne daß ich mich heute darauf festlegen könne, Lindeiner in Frage kommen. Was Seeckt vorhabe, wisse er nicht, ich erklärte es auch nicht zu wissen, könnte mir aber denken, daß er möglich sei. Die Ernennung eines Generals, gegen die er Bedenken geäußert, werde vielleicht als Zeichen für die Absicht diktatorischer Gewalt gedeutet werden. Man müsse wissen, was man wolle, ob man ohne und gegen Sozialdemokratie regieren wolle, was er in einer Zwischenbemerkung als nötig bestätigte. Dann werde man auch vor einer Persönlichkeit, die auf die Absicht von Gewaltanwendung schließen lasse,

nicht zurückschrecken dürfen. Noske sei wohl nichts? Ich: entschieden nicht. Die Ernennung sogenannter vernünftiger Sozialdemokraten verfehle ihren Zweck insofern, als gerade diese Leute die Sozialdemokratie nicht mitbrächten, und schaffe auf der anderen Seite Mißtrauen und eine unklare Situation.

Er fragte nach seinen verfassungsmäßigen Befugnissen. Ich bestätigte, daß er die einzelnen Minister nur auf Vorschlag des Kanzlers ernennen könne. Natürlich könne er dessen Vorschläge ablehnen. Ebenso könne er jeden Kanzler entlassen, die Abhängigkeit bestehe nur darin, daß der neu ernannte Kanzler durch Mißtrauensvotum beseitigt werden könne. Auf dieser Zwangslage habe sich der Brauch vorheriger Verhandlungen mit den Fraktionen entwickelt, ohne daß diese Verhandlung ausdrücklich vorgeschrieben sei. Er: beabsichtige nicht noch einmal nach diesem Brauch zu verfahren. Er fragte noch nach seiner Auflösungsbefugnis. Ich gab dieser einen möglichst weiten Rahmen und bejahte sie zum Beispiel, wenn der Reichstag mit Etatsgesetz und Regierungsbildung scheitere, auch wenn er einem vom R. P. gewollten Reichskanzler ein Mißtrauensvotum erteile.

Schluß: von ihm: dann müssen wir wohl noch einige Wochen abwarten, und ich habe von Ihrer Seite keine Vorwürfe wegen Untätigkeit zu erleiden. Die Kanzlerfrage ist ja dann sehr schwierig. Darüber, daß er Personalfragen mit mir besprochen, sagte ich ihm volle Diskretion zu.“

IV. Volkskonservative Aufrufe und Satzungen

1. Gründungsaufruf der Konservativen Volkspartei 1930

(Nach Wilhelm Mommsen, „Deutsche Parteiprogramme“, S. 135 f.)

Das 1918 zur Herrschaft gelangte Parteiensystem hat versagt. Die Deutschnationale Volkspartei wurde in schwerster Zeit gegründet, um die nationalen Kräfte auf der Grundlage einer gemeinsamen Weltanschauung zu sammeln und dem Aufbau neuen, staatlichen Lebens dienstbar zu machen. Ihre Entwicklung hat den wirksamen Einsatz konservativer Kräfte verhindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Das deutsche Volk braucht mehr als andere Zusammenfassung in einer starken Staatsgewalt. Nur aus Sammlung und Einsatz aller konservativen Kräfte kann sie erwachsen. Der konservative Staatsgedanke sieht im Staat den lebendigen Ausdruck der ewigen Volkspersönlichkeit. Ehre, Freiheit, Gesundheit und Kraft der Nation stehen über den Interessen des einzelnen. Dies Bekenntnis zum Volkstum lehrt Ehrfurcht vor der geschichtlichen Überlieferung, die nicht straflos verleugnet werden kann. Es verpflichtet zur Arbeit an der Gegenwart für Freiheit und Zukunft der Nation. Um unseren Staat stark zu machen für diesen Kampf, müssen wir das System regelloser Massenherrschaft durch einen der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes entsprechenden Staatsaufbau überwinden. Wir verbinden diese Aufgabe mit den Pflichten des Tages. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht verkümmern und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung zerstören. Im Bewußtsein der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in staatspolitischer Gemeinschaftsarbeit und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammen zu wirken. Wir sind überzeugt, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern im Blick auf das Ganze zu ergänzen haben. Die Lösung der großen uns gestellten Aufgaben setzt innere Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentums wollen wir sie in friedlichem Wettstreit der Bekenntnisse gewinnen. Soziale Klassensonderung von oben und unten wollen wir überwinden. Das notwendige Streben des einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolge darf Nation und Staat nicht

schwächen. Eigentum soll uns Verpflichtung zum Dienst am Ganzen sein. Selbstverwaltung durch die Nächstberufenen soll den Staat von täglicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatsdiener wieder herstellen. Unser Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei.

2. Wahlaufruf der Konservativen Volkspartei 1930

(nach Johannes Saß, „Die 27 deutschen Parteien und ihre Ziele“, Hamburg o. J., S. 40 f.)

Äußere Politik

1. Wir dringen auf eine Revision der Tributlasten und auf die Wiedergutmachung der ungerechten Grenzziehung im Osten, Abstimmungsfreiheit für Eupen-Malmedy und auf die Rückgabe des deutschen Saargebietes unter deutsche Reichshoheit.

2. Wir fordern Abrüstung der Siegerstaaten zur Herstellung der Rüstungsgleichheit.

3. Wir verlangen Gleichberechtigung des Deutschen Reiches im Kreise der Völker, Befreiung von jedem moralischen Makel, Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit mit den deutschen Volksgruppen außerhalb der Reichsgrenzen.

Verwaltung

4. Die Aufgaben von Reich und Ländern sollen neu geordnet werden, um Doppelregiererei und Leerlauf zu vermeiden. Dabei ist die Reichsgewalt zu stärken, das geschichtlich und landschaftlich begründete Eigenleben der deutschen Stämme zu achten. Der Staat soll sich auf seine eigentlichen Aufgaben als Träger der Staatshoheit und Hüter der Rechtsordnung beschränken. Die Selbstverwaltung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist auszubauen. Dazu gebrauchen die Gemeinden finanzielle Verwaltungsfreiheit aus besonderen Einnahmequellen, um die Selbstverantwortung für die Haushaltsgebarung praktisch ausüben zu können.

5. Wir fordern Herabsetzung der Gemeinde-Realsteuern und die Verkoppelung jeder künftigen Erhöhung mit allgemeinen Gemeindeabgaben und eine Prüfung der Haushalte durch unabhängige Buchprüfer. Wir fordern eine gleichmäßige Verteilung der wechselnden Belastung auf Reich und Länder. Das Übermaß der behördlichen Arbeit muß durch Verringerung der Aufgabenkreise und Vereinfachung der Verwaltung in Reich und Ländern beseitigt werden. Die Sonderstellung der Staatsdiener muß gesichert bleiben.

Wahlverfahren

6. Um alle deutschen Menschen zur Mitarbeit an den ungeheuren politischen Aufgaben der Zukunft heranzuziehen, ist ein neues Wahlsystem notwendig, das das Band persönlichen Vertrauens und greifbarer Verantwortung zwischen Wählern und Gewählten herstellt. Dazu soll uns die Einführung der Personenwahl an Stelle der Partei- und Programmwahl helfen.

Wirtschaft

7. Die Sorge für einen lebensfähigen inneren Markt, der den Millionen feiernder Hände nicht nur Unterstützung, sondern Brot geben soll, ist die vordringliche Aufgabe

der Handelsvertrags- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Agrarhilfe und Osthilfe müssen in einem langfristigen Aufbauprogramm ihre Vollendung finden.

8. Das selbständige Gewerbe ist gegen Wettbewerb und sozialisierende Neigungen der öffentlichen Hand, das deutsche Sparkapital gegen willkürliche und wechselnde Eingriffe der Finanzpolitik zu schützen. Die berufsständischen Gliederungen aller Erwerbs- und Berufszweige sind als Vertreter ihrer Wirtschafts- und Standesinteressen anzuerkennen und zu fördern. Das Erbgut der sozialen Schutzgesetzgebung soll als sittliche Verpflichtung volklicher Schicksalsverbundenheit gewahrt werden. Städtische Selbsthilfe muß mit größerer Selbstverwaltung innerhalb der einzelnen Versicherungszweige die Sparsamkeit erzwingen, ohne welche die Zwangsbeiträge der Versicherungspflichtigen die Lebenshaltung ernstlich gefährden müssen.

Kultur

9. Die öffentliche Kulturpflege muß in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der christlichen Heils- und Sittenlehre, die wir gegen alle Angriffe verteidigen, geführt werden. Die berechtigten Ansprüche der Kirchengemeinschaften sind in Achtung vor jeder ehrlichen religiösen Überzeugung zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Konfessionen in unserem Volke zu schützen. Wir lehnen es ab, einem ringenden Volke und einer suchenden Jugend die Steine zukunftsferner Versprechungen an Stelle des Brotes pflichterfüllter Arbeit zu reichen.

10. In dankbarer und ehrfürchtiger Erinnerung an unsere große Vergangenheit, in treuer Verbundenheit mit den Frontsoldaten, die starben, damit wir leben, fordern wir freudigen Willen und schrankenlose Hingabe für den Bau am entsühnten, erneuerten Reich.

3. Satzung der Volkskonservativen Vereinigung (1931)

1. Aufgabe und Ziel

Die „Volkskonservative Vereinigung“ erstrebt die politische Zusammenfassung aller Kräfte, die entschlossen sind im Sinne des „Konservativen Manifestes“ vom 15. Februar 1931 für einen freien, kraftvoll geführten deutschen Staat zu kämpfen.

2. Mitgliedschaft

Mitglied der „Volkskonservativen Vereinigung“ kann jeder Angehörige des deutschen Volkes werden.

Der Aufnahmeantrag ist an die Reichsgeschäftsstelle der „Volkskonservativen Vereinigung“ oder an die für den Wohnort des Antragstellers zuständige Gliederung zu richten.

3. Gliederung

Die „Volkskonservative Vereinigung“ gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können sich nachbarlich zusammenschließen. Innerhalb des Landesverbandes werden die Mitglieder je nach den örtlichen Notwendigkeiten zu Ortsgruppen, Arbeitsgemeinschaften, Jugendgruppen, Studentengruppen, Trutzscharen und ähnlichen Gliederungen zusammengefaßt. Die Satzungen der Landesverbände geben sich die in diesen Bezirken wohnenden Mitglieder selbst. Die Satzungen sind dem Führerring vor ihrer endgültigen Verabschiedung zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Der Führerring darf dagegen Einspruch erheben, wenn ein Verstoß gegen die politische Gesamtrichtung der Bewegung oder die Reichssatzung vorliegt oder zu befürchten ist.

4. Körperschaftliche Mitglieder und Sondervereinigungen

Die Aufnahme körperschaftlicher Mitglieder und der Zusammenschluß gleichartiger körperschaftlicher Mitglieder (Hochschulgruppen, Trutzscharen usw.) auch über die Grenzen der Landesverbände hinaus ist mit Zustimmung des Führerringes zulässig. Die Frage der Vertretung solcher körperschaftlichen Mitglieder und Sondervereinigungen auf der Reichstagung regelt der Führerring.

5. Beiträge

Der Regelbeitrag für Mitglieder der „Volkskonservativen Vereinigung“ wird vom Führerring festgesetzt. Mitglieder, die diesen Regelbeitrag zahlen, erhalten dafür die „Volkskonservativen Stimmen“ durch die Post geliefert.

Auf Vorschlag der Landesverbände kann der Führerring für Untergliederungen und Einzelmitglieder auch eine andere Regelung der Beitragsbestimmungen und der Zustellung der „Volkskonservativen Stimmen“ zulassen.

6. Reichsorgane

I. Reichstagung der Konservativen

Die Vertretung der Gesamtmitgliedschaft der „Volkskonservativen Vereinigung“ geschieht durch die „Reichstagung der Konservativen“.

Die „Reichstagung der Konservativen“ besteht aus dem Führerring und den Vertretern der Landesverbände. Abgeordnete des Reichstages und der Landesparlamente, die der „Volkskonservativen Vereinigung“ angehören, sind zur Reichstagung eingeladen.

Zur Reichstagung entsendet jeder Landesverband für jeden seiner Reichstagswahlkreise zwei Vertreter, die dem Vorstand des Landesverbandes angehören müssen. Außerdem entsendet jeder Landesverband für je angefangene 200 seiner der Reichsgeschäftsstelle nachgewiesenen Mitglieder einen Tagungsabgeordneten.

Die „Reichstagung der Konservativen“ tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. Die Einberufung und die Festsetzung der Tagesordnung erfolgt durch den Führerring, tunlichst mit einer Frist von einem Monat.

Anträge zur Reichstagung müssen mindestens von drei Mitgliedern der Reichstagung unterschrieben sein; sie sind dem Führerring acht Tage vor der „Reichstagung der Konservativen“ einzureichen. Anträge, die nicht fristgerecht eingereicht sind, können nur mit Zustimmung des Führerringes verhandelt werden.

Die „Reichstagung der Konservativen“ beruft den Führerring; sie nimmt den Rechenschaftsbericht des Führerringes entgegen und ist allein zuständig für Änderungen der Reichssatzung.

II. Führerring

Der Führerring wird von der „Reichstagung der Konservativen“ für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Führerringes kann sich dieser für den Rest der laufenden Amtszeit durch Zuwahl ergänzen.

Abgeordnete des Reichstages und der Landesparlamente können nicht Mitglieder des Führerringes sein. Sie bilden innerhalb der „Volkskonservativen Vereinigung“ einen „Parlamentarischen Ring“.

Die Willensbildung des Führerringes erfolgt durch einstimmige Beschlüsse mit der Maßgabe, daß die Meinung des Führerringes auch dann als einheitlich gilt, wenn nicht mehr als zwei Mitglieder des Führerringes eine abweichende Auffassung zum Ausdruck bringen und der Sprecher dem so zustande gekommenen Beschluß sich anschließt.

Der Sprecher wird vom Führerring aus seiner Mitte berufen. Tagungen des Führerringes werden vom Sprecher nach Bedarf, mindestens viermal im Jahre, einberufen. Zu den Tagungen des Führerringes sind die Mitglieder des Parlamentarischen Ringes, soweit sie dem Reichstag angehören, einzuladen. Der Führerring gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

7. Reichsgeschäftsstelle

Die Reichsgeschäftsstelle der „Volkskonservativen Vereinigung“ untersteht dem Führerring, vertreten durch den Sprecher. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

8. Übergangsbestimmung

Die Amtsdauer des durch die erste Reichstagung der Konservativen berufenen ersten Führerringes hat am 15. Februar 1931 begonnen.

Personenregister

- Agena 66 Anm., 78 Anm.
 Ahlefeldt, von 51, 55
 Alvensleben, Werner von 30 Anm.
 Anspach 99 Anm.
 Anschütz 45
 Aretin, Erwein von 88 Anm., 135 Anm., 140, 156 Anm.
 August Wilhelm, Prinz 107
 Bachmann 78 Anm.
 Batocki, Adolf Tortilowicz von 141
 Bazille, Wilhelm 50, 78 Anm.
 Bechly, Hans 107, 167
 Becker, Johann 92 Anm., 158
 Beer, Rüdiger Robert 12, 47 Anm., 65 Anm., 100 Anm., 132 Anm., 136 Anm., 140 Anm., 164 Anm., 165 Anm., 167 Anm.
 Behrens, Franz 52 Anm., 56, 58, 77 Anm., 145, 160
 Biener 78 Anm.
 Berndt 77 Anm.
 Beyer, Hans 140
 Bismarck, Otto Fürst 24, 154, 156
 Bismarck-Varzin, Graf Klaus von 30 Anm.
 Blankenburg, Moritz von 164 Anm.
 Braun, Otto 90 Anm., 105 Anm., 115 Anm., 148
 Brecht, Johann Victor 91
 Brüning, Heinrich 11 Anm., 42 Anm., 49, 63 ff., 66 Anm., 67 Anm., 69, 71 ff., 75 Anm., 83 Anm., 86 ff., 92 Anm., 95 Anm., 105, 107 ff., 111 Anm., 113, 115, 117, 119 ff., 124 ff., 129 Anm., 131 Anm., 132, 145, 146 Anm., 149, 151, 153 ff., 159, 161, 162 f., 168 f.
 Bruhn 77 Anm.
 Brunstädt 103 Anm., 139
 Büchner, Fritz 140
 Claß, Heinrich 40, 109
 Cossmann, Nikolaus 140
 Cuno, Wilhelm 26
 Curtius, Julius 65, 93, 97 f.
 Dawes 27
 Dähnhardt, Heinz 47 Anm., 52 Anm., 80 Anm., 97 Anm., 103 Anm., 106 Anm., 111 Anm., 112 Anm., 122 ff., 125 Anm., 127 Anm., 128 Anm., 129 Anm., 131 Anm., 132, 136 Anm., 137, 138 Anm., 140, 143 Anm., 155 Anm., 169
 Dewitz, Johann Georg von 134 Anm.
 Dietrich, Hermann Robert 84, 122, 156
 Dingeldey, Eduard 91, 116, 162, 163
 Dingler, Wilhelm 78 Anm., 95 Anm.
 Döbrich, Friedrich 86, 91
 Dohna-Finckenstein, Graf Hermann zu 103 Anm., 139
 Dommès, von (General a.D.) 35
 Domsch 78 Anm.
 Dorsch, Wilhelm 95 Anm.
 Drewitz, Hermann 83 f., 85 Anm., 94
 Dryander, Gottfried von 29 Anm., 30 Anm., 54 f., 57, 62, 71, 78 Anm., 80, 82, 113 Anm., 123 Anm., 137, 142
 Duesterberg 111
 Einstein, Albert 45
 Eulenburg, Graf 66 Anm., 77 Anm., 105 Anm., 134 Anm.
 Everling 78 Anm.
 Fagts 51
 Finckenstein-Schönberg, Graf von 139
 Fischer, Rudolf 141, 147 Anm.
 Foertsch, Georg 142 f.
 Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. von 21 Anm., 23, 24 Anm., 25 Anm., 26, 28 Anm., 29 Anm., 32 Anm., 38 Anm., 39 f., 41 Anm., 44 Anm., 48 Anm., 53, 57 Anm., 60 Anm., 69 Anm., 70 Anm., 78 Anm.
 Frick, Wilhelm 131 Anm.
 Fromm, Curt Wilhelm 54, 78 Anm.
 Fürstenberg-Donaueschingen, Fürst zu 30 Anm.
 Fumetti, Arthur von 89 Anm., 91 Anm., 92 Anm., 128, 136 Anm., 139
 Gayl, Wilhelm Frhr. von 64 Anm., 118, 122, 158
 Gereke, Günther 85 f., 94, 95 Anm., 112 Anm., 116, 142 Anm., 143 Anm.
 Gerlach, Ludwig von 18 Anm.
 Gerns 78 Anm.
 Gessler, Otto 112
 Gierke, Anna von 80 Anm., 103 Anm.
 Gildemeister, Alfred 39 Anm., 40 Anm., 41 Anm., 44 Anm., 47 Anm., 55 Anm., 137 Anm., 138 Anm., 141 Anm., 149 Anm., 158, 165 Anm.
 Gleich, Gerold („Alarich“) von 63, 64 Anm., 83 Anm., 111 Anm.
 Goebbels, Joseph 107, 166
 Goerdeler, Carl 107, 122, 124 Anm., 163

- Göring, Hermann 107
 Gok, Gottfried 39, 78 Anm.
 Goldacker, von 66 Anm., 78 Anm.
 Goltz, Rüdiger Graf von der 43
 Gossler, von 73 Anm.
 Gottheuner 77 Anm.
 Graef-Thüringen, Walter 30, 31 Anm., 78 Anm.
 Graefe-Goldebee, Albrecht von 26, 28 Anm., 77
 Grandi 120
 Groener, Wilhelm 63, 64 Anm., 83 Anm., 99,
 111 Anm., 115 ff., 120, 122, 127, 153, 161
 Guérard, Theodor von 65, 98
 Gurian, Waldemar 19, 154 Anm., 166 Anm.
 Haag 78 Anm.
 Habermann, Max 37, 43 Anm., 45 Anm., 47
 Anm., 64, 79, 80 Anm., 103 Anm., 107 f.,
 127 f., 132 Anm., 138, 141, 143, 144 Anm.,
 162, 158 Anm., 159 Anm., 167 Anm., 169
 Hammerstein, von 112
 Hampe, Robert 71, 77 Anm.
 Hanemann 78 Anm.
 Haniel, Karl 30 Anm.
 Harnack, Prof. 45
 Hartmann, Georg 78 Anm., 80 Anm., 81
 Hartwig, Emil Karl 52 Anm., 54 ff., 58, 78
 Anm., 145
 Haßlacher 78 Anm.
 Hegel 166
 Helfferich, Karl 26 ff., 70, 79
 Hellpach, Willy 160 f.,
 Hemeter 78 Anm.
 Henning 77
 Hepp, Karl 72, 86, 94
 Hergt, Oskar 25 f., 28, 30 ff., 38, 49 f., 54,
 78 Anm., 156
 Hermann 114 Anm.
 Heydebrand 41
 Hilferding, Rudolf 63
 Hilmers 98 Anm.
 Hindenburg, Paul von 11 Anm., 24, 29, 33,
 40 Anm., 45 f., 57 f., 61, 63, 65, 70, 75, 88,
 104, 109 ff., 113, 116, 117 Anm., 118 ff.,
 126 Anm., 131 Anm., 145, 148 Anm., 150 ff.,
 156, 159 Anm., 161, 166, 169
 Hirtsiefer, Heinrich 118
 Hitler, Adolf 45 f., 79, 86, 92, 106 ff., 111 f.,
 126 ff., 136, 140 Anm., 150, 159 Anm., 169
 Höfer 85 f.
 Höpker-Aschoff, Hermann 84
 Hoetzsich, Otto 49 f., 52 Anm., 56, 58 f.,
 59 Anm., 61, 78 Anm., 80, 82, 99, 103 Anm.,
 122, 142, 155 Anm.,
 Hohenlohe, Fürst zu 30 Anm.
 Holtzendorff 127 Anm.
 Hoover, Herbert 97
 Hüter 103 Anm.
 Hülser, Gustav 52 Anm., 54 ff., 58, 66, 78
 Anm., 145
 Hugenberg, Alfred 20, 21 Anm., 25 Anm., 28
 Anm., 29, 30 Anm., 31, 32 Anm., 33, 35 ff.,
 38 Anm., 39 Anm., 41 Anm., 45 Anm., 48
 Anm., 52 Anm., 57 Anm., 59, 61, 63, 64 Anm.,
 66 ff., 69 Anm., 73 Anm., 75 Anm., 77, 78
 Anm., 79, 86 f., 89, 90 Anm., 91 f., 105,
 107 ff., 111, 114, 118, 122, 126 Anm., 129,
 132 f., 134 ff., 139, 143 Anm., 144, 147 Anm.,
 149, 153 Anm., 158, 159 Anm., 160 f., 165,
 167 ff.
 Humboldt, Wilhelm von 17 Anm.
 Jäntzsch 73 Anm.
 Jandrey, Willy 72, 78 Anm.
 Jarres, Karl 158
 Joël, Curt 98
 Jung, Edgar 13 Anm., 22, 100, 101 Anm.,
 103, 138, 144 Anm., 166 Anm.
 Kaas, Ludwig 43, 48 Anm., 105, 159
 Kahl, Wilhelm 45, 84
 Kamecke, Karl Otto von 80 Anm., 82
 Kapp, Wolfgang 26
 Kardorff, Siegfried von 47 Anm., 159
 Kauffmann (Greifswald) 103 Anm.
 Keudell, Walther von 14 Anm., 31 f., 32 Anm.,
 49 f., 52 Anm., 54 ff., 58, 60, 70, 77 Anm.,
 87 Anm., 163
 Keyserlingk, Graf Robert 89 Anm., 142 Anm.
 Kleiner 78 Anm.
 Kleist-Schmenzin, Ewald von 130, 143
 Klönne, Moritz 49 f., 52 Anm., 54, 56, 57
 Anm., 58, 61, 78 Anm., 138 Anm., 158, 160
 Knebel-Döberitz 98 Anm.
 Koch-Weser, Erich 83 f.
 Koch, Wilhelm 71, 78 Anm.
 Koepp, Friedrich 119 Anm., 132 Anm.
 Körte-Waltersdorf, Ludwig 142 Anm.
 Kriegsheim, Arno von 45 f.
 Kries, Wolfgang von 73 Anm.
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 112
 Anm.
 Lambach, Walther 19 ff., 21 Anm., 33 ff.,
 36 Anm., 37 Anm., 38 Anm., 52 Anm., 57
 Anm., 58, 78 Anm., 80, 88, 100, 108, 109
 Anm., 111 Anm., 135, 138 f., 143 Anm.,
 144 f., 152, 158, 168 f.
 Langhoff (KVP) 102
 Laverrenz 77 Anm.
 Lehmann 77 Anm.
 Lehnendorff, Graf 85 Anm.
 Leipart, Theodor 127
 Lejeune-Jung, Paul 22 Anm., 52 Anm., 54,

- 56, 58, 78 Anm., 80 Anm., 101 ff., 108, 116, 119 Anm., 124, 137 f., 169
- Lemmer, Ernst 161
- Leopold, Bernhard 72, 78 Anm., 138 Anm.
- Lettow-Vorbeck, Paul von 78 Anm., 80 Anm., 82, 88, 135 Anm., 140
- Lind, Heinrich 57, 78 Anm., 94, 95 Anm.
- Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von 22 Anm., 24 Anm., 26, 28, 30, 31 Anm., 23, 49 ff., 52 Anm., 53 ff., 61, 70, 72, 78 Anm., 79 f., 83 Anm., 84 f., 87 Anm., 88, 91, 92 Anm., 93, 95, 102, 114, 138, 139 Anm., 143 Anm., 144 Anm., 147 Anm., 158 Anm., 160 f., 168
- Lißner, Kommerzienrat 107
- Löbe, Paul 156
- Luther, Hans 27 ff., 31
- Macdonald 120
- Mahraun, Arthur 82, 163
- Maltzahn, Frhr. von 81 Anm., 92 Anm., 102 Anm., 111 Anm., 124 Anm., 139, 154 Anm.
- Mariaux, Franz 102
- Marx, Wilhelm 27, 31
- Maurras, Charles 18
- Meinecke, Friedrich 10 Anm., 45, 75 Anm., 135 Anm.
- Meißner, Otto 63, 112, 121, 127 Anm.
- Mentzel, Ernst 72, 78 Anm., 81
- Meyer (Magdeburg), Konrad 73 Anm.
- Meyer-Berlin, Oskar 83
- Miltzow, Hermann 80 Anm.
- Mitscher 73 Anm.
- Moeller van den Bruck, Arthur 10, 17 Anm., 19 f., 125 Anm., 144 Anm., 163 Anm., 165 Anm.
- Mönke, Wilhelm 62, 77 Anm.
- Mohler, Armin 9 Anm., 10 Anm., 22 Anm., 163 Anm., 165 Anm.
- Müller, Hermann 11 Anm., 45, 62 ff., 64 Anm., 150
- Müller-Otfried 78 Anm.
- Mumm, Reinhard 52 Anm., 54, 56, 58, 78 Anm., 87 Anm., 144 Anm., 145, 160
- Mundt 110 Anm.
- Nagel 55
- Neuhaus, Albert 29
- Neumann, Sigmund 41 Anm., 133, 148 Anm., 166 Anm., 167 Anm.
- Neurohr, Jean 13 Anm., 18 Anm., 19
- Oberföhrer, Ernst 21 Anm., 32, 53, 66 f., 68 Anm., 71 ff., 76 f., 78 Anm., 92 Anm.
- Ohler 77 Anm.
- Oldenburg-Januschau, Elard von 70, 156
- Osten-Warnitz, von der 122
- Otto, Prof. 82, 88 Anm., 103, 117 Anm., 138
- Papen, Franz von 27, 64 Anm., 100 Anm., 105, 119, 122, 124 ff., 128 Anm., 129, 131, 148 Anm., 153 Anm., 156, 166 Anm., 169 Anm.
- Philipp, Dr. 78 Anm., 92 Anm., 126 Anm., 138 f.
- Preyer, Dietrich 54, 77 Anm.
- Quaatz, Reinhold 50, 53, 78 Anm., 158
- Quabbe, Georg 7, 15, 16 Anm., 19, 24 Anm., 30 Anm., 40 Anm., 48, 136 Anm., 144 Anm., 149 Anm., 166 Anm., 167
- Rademacher, Walther 22 Anm., 54, 57, 71 f., 78 Anm., 80 Anm., 81 f., 82 Anm., 90 Anm., 91 Anm., 92 Anm., 93 Anm., 94 Anm., 103 Anm., 108 Anm., 113 Anm., 124, 131 Anm., 38 f., 163
- Rantzau, Johann Albrecht von 62
- Reichert, Jakob Wilhelm 54, 57, 71 f., 78 Anm., 103 Anm., 123 Anm., 138 Anm., 142
- Restorff, von 34 Anm., 36 Anm., 38
- Reusch, Paul 30 Anm., 84 Anm., 95 Anm.
- Reventlow, Graf Ernst von 96
- Richthofen-Boguslawitz, Praetorius Frhr. von 70 f., 78 Anm., 114 Anm., 115 Anm.
- Rieseberg 78 Anm.
- Rippel, Otto 37 Anm., 95, 135 Anm.
- Röchling, Kommerzienrat 84
- Rohden, Peter Richard 15, 17 Anm.,
- Roon, Albrecht von 164
- Rümmele, Oscar 80 Anm., 103 Anm.
- Sachsenberg, Gotthard 83 f., 162
- Sachs 78 Anm.
- Sackett 121
- Schacht, Hjalmar 42
- Schätzle 148 Anm.
- Schiele, Martin 28 f., 46, 49 f., 53 f., 65 f., 68, 72, 78 Anm., 85 f., 90 f., 93 f., 147 Anm.
- Schlange-Schöningen, Hans 28 Anm., 32 Anm., 34 Anm., 38 f., 40 Anm., 47, 50, 52 Anm., 54 ff., 58, 66, 78 Anm., 79, 95 Anm., 98, 106 Anm., 118, 121 Anm., 126, 132, 134 Anm., 142 Anm.
- Schleicher, Kurt von 32, 64, 107 Anm., 115 f., 120 ff., 125 Anm., 127 f., 129 Anm., 148 Anm., 153 Anm., 156, 162
- Schlieben, Hans von 29
- Schmidt-Hannover, Otto 33 Anm., 39, 48 Anm., 55, 74 Anm., 78 Anm., 99 Anm.
- Schmidt-Stettin, Otto 72, 78 Anm., 81
- Schmitt, Carl 166 Anm.
- Scholz, Ernst 83 f., 85 Anm., 91, 93 f., 161
- Schrewe, Ernst 103 Anm.

- Schroeder, Georg 108 Anm., 125 Anm., 131 Anm., 142, 154 Anm., 166 Anm.
 Schröter 78 Anm.
 Schulenburg, Graf Friedrich von der 32, 80 f., 89 Anm., 107, 139
 Schulenberg-Filehne, Graf von der 73 Anm.
 Schultz-Bromberg, Georg 36, 78 Anm.
 Schwebel, Landrat 103 Anm.
 Schwerin-Krosigk, Lutz Graf 122
 Seeckt, Hans von 64 Anm.
 Seidlitz-Sandrecki, von 142
 Seldte, Franz 132, 159 Anm., 162
 Severing, Carl 44, 116, 148
 Silverberg, Paul 118 Anm.
 Simpfendorfer, Wilhelm 95, 108 Anm., 121, 144 Anm., 162
 Solf, Wilhelm 163
 Sollmann, Wilhelm 60, 159
 Solmssen, Georg 142 Anm.
 Soth 66 Anm., 78 Anm.
 Spahn, Martin 54, 78 Anm., 124
 Springorum, Fritz 95 Anm.
 Staffehl 77 Anm.
 Stahl, Friedrich Julius 14, 24, 166
 Stapel 13 Anm., 14 Anm., 19 f., 48, 57 Anm., 104 Anm., 130 Anm., 144, 147 Anm., 148 Anm., 152 Anm., 163 Anm., 166 Anm.
 Stauffenberg, Frhr. von 94
 Stegerwald, Adam 122, 144, 156
 Steiniger 77 Anm.
 Steltzer, Theodor 139
 Stimson 120
 Stöcker, Adolf 24 Anm., 144
 Strasser, Gregor 127 f., 129 Anm.
 Strathmann, Hermann 30 Anm., 54, 57, 72, 78 Anm., 142 Anm.
 Stresemann, Gustav 27, 29, 30 Anm., 32, 48 Anm., 52 Anm., 158, 161
 Stubbendorff, Walther 55, 66 Anm., 77 Anm.
 Sybel, Heinrich von 86, 88, 94
 Sydow, von 86
 Thälmann, Ernst 111
 Thomas, Oskar 81
 Tischbein, Erna 80 Anm., 103 Anm.
 Traub, Gottfried 26
 Treviranus, Gottfried 11 Anm., 16 Anm., 22 Anm., 31 Anm., 34 Anm., 35, 36 Anm., 38 f., 48 f., 51 ff., 56 Anm., 57 Anm., 60 Anm., 64 Anm., 65, 70, 72, 77, 78 Anm., 79, 80 Anm., 82 ff., 85 Anm., 87 f., 90 Anm., 91 ff., 97 f., 101, 102 Anm., 104, 106 f., 112, 114, 115 Anm., 116, 118, 119 Anm., 121 f., 123 Anm., 124 Anm., 129 Anm., 130 Anm., 132, 135 Anm., 136 Anm., 137 f., 142 Anm., 148 Anm., 149, 153, 154 Anm., 156, 158, 159 Anm., 160, 161 Anm., 168
 Troeltsch, Ernst 147 Anm., 148 Anm., 157, 165
 Troilo, von 77 Anm.
 Ullmann, Hermann 12, 18, 19 Anm., 20 ff., 40 Anm., 41 Anm., 45 Anm., 48 Anm., 64 Anm., 65 Anm., 80, 88 Anm., 89 Anm., 103 Anm., 116 Anm., 122, 125 Anm., 126 Anm., 129 Anm., 130 Anm., 133 Anm., 135 Anm., 140, 141 Anm., 149 Anm., 157 Anm., 158, 165, 167 Anm., 168
 Vahlkampf, von 103 Anm., 154 Anm.
 Vögler, Albert 43, 158
 Vogt 78 Anm.
 Wagner 95 Anm.
 Waldow, Wilhelm von 73 Anm.
 Wallraf, Max 28, 35 f., 54, 71, 78 Anm., 138 Anm.
 Wandschneider, Rechtsanwalt 103 Anm.
 Warmbold, Hermann 98
 Weber, Max 133
 Wege 77 Anm.
 Wendhausen, Albrecht 90 Anm., 94
 Wendt, Hans 47 Anm.
 Wesenfeld (DNVP) 73 Anm.
 Westarp, Kuno Graf 15, 21 f., 22 Anm., 23 Anm., 24, 26, 28 f., 30 Anm., 31, 32 Anm., 34 ff., 38 Anm., 40 f., 45 f., 48 ff., 52 ff., 55 Anm., 56 Anm., 57 Anm., 61, 63, 66 Anm., 67 Anm., 68 Anm., 69 ff., 73 Anm., 75 ff., 79 ff., 82 Anm., 84 Anm., 85 f., 88, 89 Anm., 91, 92 Anm., 93 ff., 96 Anm., 98 Anm., 99, 101, 102 Anm., 105, 107 f., 109 Anm., 110 Anm., 111 Anm., 112, 113 Anm., 114 ff., 118 Anm., 121 f., 123 Anm., 124, 126 Anm., 127 Anm., 128, 131 Anm., 132, 134 Anm., 136 Anm., 138 ff., 141 ff., 143 Anm., 144 Anm., 145, 146 Anm., 148 Anm., 149 Anm., 150 Anm., 151, 152 Anm., 153 f., 155 Anm., 156, 158, 161 f., 163, 164 Anm., 165 f., 167 Anm., 168 f.
 Wienbeck 78 Anm.,
 Winckler, Friedrich 28, 73 Anm., 158
 Wilhelm II. 34 Anm.
 Willisen, Frhr. von 64 Anm., 142 Anm.
 Winterfeld, Friedrich von 38, 92 Anm.
 Winterfeldt, Detlof von 112 Anm., 142 Anm.
 Wirth, Joseph 65, 93, 98, 159
 Wolf 78 Anm.
 Wulle, Reinhold 26, 77
 Zechlin, Walter 154
 Zitzewitz, Georg Werner von 73 Anm.

Inhaltsverzeichnis

Seite

A. Einleitung

I. Die Volkskonservativen	9
Versuch einer Eingrenzung	9
1. Der Volkskonservatismus als Problem	9
2. Das ambivalente Selbstverständnis der Volkskonservativen . . .	12
II. Was heißt „konservativ“?	14
1. „Konservativ“ und „liberal“	14
2. „Konservativ“ und „reaktionär“	16
3. „Konservativ“ und „nationalistisch“	17
III. Der Begriff „volkskonservativ“	19

B. Stufen der Entwicklung

I. Das deutschnationale Problem	23
Der Widerstreit von „grundsätzlicher Opposition“ und „positiver Mitarbeit“ in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) 1918—1928 .	23
II. Vorstufen zur volkskonservativen Sezession (1928)	33
1. Der „Fall Lambach“	33
2. Der Übergang im Parteivorsitz von Graf Westarp auf Hugenberg .	37
III. Der Ausbruch der Krise (1929)	42
1. Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan	42
2. Innerparteiliche Frontenbildung und Parteispaltung	47
IV. Politischer Neubeginn	57
1. Gründung und Anfangsentwicklung der Volkskonservativen Vereinigung	57
a) Die Gründungsversammlung im Herrenhaus am 28. Januar 1930	57
b) Auf dem Wege zur Präsidialregierung	60
2. Die Bildung der Regierung Brüning	63
3. Die „April-Krise“ in der DNVP	65
4. Zweite Spaltung der DNVP	71

V. Das volksskonservative Problem: Partei oder Vereinigung?	79
Der Widerstreit von „Konservativer Volkspartei“ und „Volksskonservativer Vereinigung“ 1930—1932	79
1. Die Gründung der „Konservativen Volkspartei“	79
2. Sammlungsversuche	82
3. Die Wahlniederlage vom 14. September 1930	86
4. Ringen um die Regierungslinie	90
5. Wieder „Volksskonservative Vereinigung“	99
6. Das Problem Preußen	104
7. NSDAP-Problem und Organisationskrise	106
8. Letzter politischer Einsatz	110
a) Für Hindenburg.	110
b) Gegen die Preußen-Regierung.	113
9. Der Sturz Brünings	115
10. Volksskonservative Konsequenzen	122
VI. Außer Gefecht	125
1. Die Volksskonservativen und v. Papen	125
2. Die Volksskonservativen und v. Schleicher	127
3. Das Ende unter Hitler	129
 C. Struktur	
I. Die Ausgangsbasis	133
Der volksskonservative Affekt gegen Hugenberg's „Apparat“	133
II. Schwerpunktbildungen	137
III. Die Volksskonservativen und ihre Verbündeten	143
 D. Standort und staatspolitische Zielsetzung	
I. Kritik am Weimarer „System“	146
II. „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“	150
1. Die Stärkung der Präsidialgewalt	150
2. Der Hindenburg-Mythos als „Ersatzmonarchismus“	152
III. Die Schlüsselfigur: Brüning	153
IV. Der Plan einer „Neuen Rechten“	157
V. „Offiziere ohne Soldaten“	163
Konservative in der Welt der Diskontinuität.	163
Zusammenfassung	168
Quellen und Literatur.	170

Anhang

Anlage I: Stellungnahmen zur Entwicklung der Rechtsparteien 1927 bis 1932	180
Anlage II: Briefe von General a. D. Graf Friedrich von der Schulenburg an General v. Schleicher	185
Anlage III: Niederschrift Graf Westarps über „Montag, 18. März (1929) 5.30 bis 6.15 Uhr von Hindenburg eingeladene Besprechung“	186
Anlage IV: Volkskonservative Aufrufe und Satzungen	188

